

Peer Pasternack

# Hochschule und Wissenschaft in der DDR 1945–1989

Ein kurzer Abriss

HoF-Handreichungen 17 • Beiheft zu „die hochschule“ 2024



**Peer Pasternack**

# **Hochschule und Wissenschaft in der DDR 1945–1989**

**Ein kurzer Abriss**

*HoF-Handreichungen 17  
Beiheft zu „die hochschule“ 2024*

Institut für Hochschulforschung (HoF)  
Halle-Wittenberg 2024

# die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von Peer Pasternack  
für das Institut für Hochschulforschung (HoF)  
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Redaktion: Uwe Grelak

---

Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg, Collegienstraße 62, D-06886 Wittenberg  
<https://www.die-hochschule.de>

Kontakt:

Redaktion: Tel. 03491-466 234, Fax 03491-466 255;

eMail: [uwe.grelak@hof.uni-halle.de](mailto:uwe.grelak@hof.uni-halle.de)

Vertrieb: Tel. 03491-466 254, Fax: 03491-466 255, eMail: [institut@hof.uni-halle.de](mailto:institut@hof.uni-halle.de)

ISSN 2366-696X, ISBN 978-3-937573-98-4

---

Die Zeitschrift „die hochschule. journal für wissenschaft und bildung“ versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung. Die „HoF-Handreichungen“ als Beilagen der „hochschule“ widmen sich dem Transfer hochschulforscherischen Wissens vor allem in die Praxis der Hochschulentwicklung.

Das Institut für Hochschulforschung (HoF), 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ([www.hof.uni-halle.de](http://www.hof.uni-halle.de)). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird geleitet von Peer Pasternack.

Als Beilage zu „die hochschule“ erscheint der „HoF-Berichterstatter“ mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg. Daneben publiziert das Institut die „HoF-Arbeitsberichte“ (<https://www.hof.uni-halle.de/publikationen/forschungsberichte/>) und die Schriftenreihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“ beim BWV Berliner Wissenschafts-Verlag. Ein quartalsweise erscheinender eMail-Newsletter kann abonniert werden unter <https://lists.uni-halle.de/mailman/listinfo/hofnews>.

*Abbildung vordere Umschlagseite: Links: Leibnizdenkmal (Leipzig) zwischen Hörsaalbau und Moritzbastei; Künstler: Ernst Julius Hähnel (1811–1891), 1883; Aufnahme von 1996, SLUB/Deutsche Fotothek, Hans Reinecke. Rechts: Karl-Marx-Büste (Jena) vor der Universität Jena, Fürstengraben; Künstler: Will Lammert (1892–1957), 1953, Aufnahme von 1959; Foto: Fotozentrum/Universität Jena.*

# Inhalt

Abkürzungsverzeichnis.....	4
----------------------------	---

## A. Sichtachse 1: Chronologie

1. 1940er und 50er Jahre.....	11
2. Die 60er Jahre.....	25
3. Die 70er Jahre.....	31
4. Die 80er Jahre.....	37

## B. Sichtachse 2: Querschnittsthemen

<b>5. Strukturen und Personal.....</b>	<b>45</b>
5.1. Hochschulwesen.....	48
5.2. Außerhochschulische Forschung: Akademien und Ressortforschung.....	54
5.3. Industrieforschung.....	59
5.4. Weitere wissenschaftsrelevante Strukturen.....	63
<b>6. Wissenschaftsalltag und Politik.....</b>	<b>67</b>
6.1. Forschungsplanung und Bürokratie.....	68
6.2. Politisierter Alltag.....	73
6.3. Konfliktanordnungen und -dynamiken.....	78
6.4. Politische Repressionen.....	84
6.5. Politische Loyalitäten.....	88
<b>7. Leistungsaspekte.....</b>	<b>93</b>
7.1. Leistungsbedingungen.....	93
7.2. Forschung.....	103
7.3. Lehre und Studium.....	113

## C. Schluss

8. Resümee.....	125
9. Annotierte Lektüreempfehlungen.....	131
Zum Gesamtzeitraum 1945–1989 (131). Zu den Entwicklungen bis in die 60er Jahre (135). Zu den 70er und 80er Jahren (137)	

Verzeichnis der Tafeln.....	139
-----------------------------	-----

Literatur.....	140
----------------	-----

## Abkürzungsverzeichnis

ABF	Arbeiter-und-Bauern-Fakultät	IPW	Institut für Politik und Wirtschaft
AdL	Akademie der Landwirtschaftswissenschaften	KZ	Konzentrationslager
AdW	Akademie der Wissenschaften	MBW	Ministerium für Bildung und Wissenschaft
AfG	Akademie für Gesellschaftswissenschaften	MEW	Marx-Engels-Werke
AMLO	Akademie für Marxistisch-Leninistische Organisationswissenschaft	MfS	Ministerium für Staatssicherheit
APW	Akademie der Pädagogischen Wissenschaften	MFT	Ministerium für Forschung und Technologie
auFE	außeruniversitäre Forschungseinrichtung	MHF	Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen
BMFT	Bundesministerium für Forschung und Technologie	MINT	Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik	MOGEVUS	Molekulare Grundlagen der Entwicklungs-, Vererbungs- und Steuerungsprozesse
DDR	Deutsche Demokratische Republik	MWB	Ministerium für Wissenschaft und Bildung
DPZI	Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut	MWT	Ministerium für Wissenschaft und Technik
ELF	Einheit von Lehre und Forschung	NASA	National Aeronautics and Space Administration
FDJ	Freie Deutsche Jugend	NMR	Nuclear Magnetic Resonance
FG	Forschungsgruppe	NÖS	Neues Ökonomisches System
FuE	Forschung und Entwicklung	NÖSPL	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung
FSU	Friedrich-Schiller-Universität Jena	NS	Nationalsozialismus
GST	Gesellschaft für Sport und Technik	NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
IfD	Institut für Demoskopie Allensbach	NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
IfH	Institut für Hochschulbildung der Humboldt-Universität	OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
IfL	Institut für Lehrerbildung	OP	Operationsaal
IGW	Institut für Gesellschaft und Wissenschaft Erlangen	PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
IHS	Ingenieurhochschule	SAW	Sächsische Akademie der Wissenschaften
IML	Institut für Marxismus-Leninismus	SBZ	Sowjetische Besatzungszone
		SCI	Science Citation Index

SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	VERS	Verband Ehemaliger Rostocker Studenten
SKET	Schwermaschinenbau-Kombinat „Ernst Thälmann“ Magdeburg	VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	VZÄ	Vollzeitäquivalent
SS	Schutzstaffel	WTO	Sektion Wissenschaftstheorie und -organisation der Humboldt-Universität
StatBA	Statistisches Bundesamt	WTR	Wissenschaftlich-technische Revolution
SV	Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft	WTZ	Wissenschaftlich-Technisches Zentrum
TH	Technische Hochschule	ZFP	Zentraler Forschungsplan
TU	Technische Universität	ZHB	Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin
UAL	Universitätsarchiv Leipzig	ZIOC	Zentralinstitut für organische Chemie Berlin-Adlershof
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	ZK	Zentralkomitee
US	Vereinigte Staaten	ZKI	Zentralinstitut für Kybernetik und Informationsprozesse der AdW
USA	Vereinigte Staaten von Amerika		
VbE	Vollbeschäftigteneinheit		
VDS	Verband Deutscher Studentenschaften		



Die DDR ist nach lediglich dreieinhalb Jahrzehnten eines der weltweit am intensivsten erforschten Länder. Gleichwohl weckt sie anhaltend das Interesse von Forscher:innen und erscheint jedenfalls insofern keineswegs als ausgeforscht. Das gilt auch für die Themen Wissenschaft und Hochschule. Dazu sind in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten rund 4.800 Buchpublikationen erschienen, jedes Jahr im Durchschnitt 140 Bücher.<sup>1</sup> Während es aber zu zahlreichen Lebensbereichen und Handlungsfeldern in der DDR mittlerweile zusammenfassende Überblicksdarstellungen gibt, ist dies für das Hochschul- und Wissenschaftssystem bislang noch nicht der Fall.

Es gibt keine Darstellung für den Gesamtzeitraum 1945 bis 1989, keine für alle Segmente des Wissenschaftssystems, folglich auch keine, die beides miteinander kombiniert. Um dem zumindest vorläufig abzuwehren, wird hier eine einführende Kompaktdarstellung vorgelegt. Sie soll insbesondere denjenigen, die sich – etwa im Rahmen einer Studienabschlussarbeit – das Thema DDR-Wissenschaft überblicksweise erschließen müssen, dazu eine effektive Möglichkeit geben. Zu diesem Zweck schlägt die hiesige Darstellung zwei Sichtachsen durch das Dickicht der Zeiten, Strukturen und Prozesse:

- Zum einen wird eine chronologische Schilderung geliefert, die nach Jahrzehnten gegliedert ist. Damit soll selbstredend nicht behauptet werden, dass sich die Wissenschaftsverhältnisse in Zehnjahrestaktungen gewandelt hätten. Vielmehr sind hierfür darstellungspragmatische Gründe maßgeblich (Abschnitt A.).
- Zum anderen werden bedeutsame Querschnittsthemen in ihren Entwicklungen über die 45 Jahre SBZ und DDR hinweg beleuchtet: die Wissenschaftsstrukturen, das Verhältnis von Wissenschaftsalltag und Politik sowie das Leistungsprofil der DDR-Wissenschaft (Abschnitt B.).

Dabei werden einerseits alle drei – ansonsten typischerweise getrennt verhandelten – Großsegmente der DDR-Wissenschaft berücksichtigt: Hochschulwesen, außerhochschulische Forschung und Industrieforschung. Andererseits finden sich jeweils strukturelle, personelle, kulturelle und inhaltliche Aspekte behandelt. Dies wird häufig mit exemplarischen Vertiefungen verbunden, um allgemeine Entwicklungen an Beispielen zu illustrieren und zu plausibilisieren.

---

<sup>1</sup> Darunter neben wissenschaftlichen Untersuchungen auch zahlreiche Dokumentationen und Zeitzeugenerinnerungen. Vgl. zu dieser Literatur jeglicher Textsorten Pasternack (2006), Pasternack/Hechler (2016), Pasternack (2021: 245–587), Grelak/Pasternack (2024: 233–295). Ergänzt werden die Veröffentlichungen zur DDR-Wissenschaftsgeschichte durch rund 1.600 Publikationen, die sich dem Wissenschaftsumbau in den 1990er Jahren widmen. Dieser wird in der vorliegenden Publikation nicht behandelt, vgl. dazu aber Pasternack (2025) und die zugehörige Bibliografie (ders. 2025a).



**A.**

**Sichtachse 1:  
Chronologie**



# 1. 1940er und 50er Jahre

Vor 1945 hatten auf dem Territorium, das dann die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) bildete, 16 Hochschulen bestanden. Nach dem Kriegsende wurden von diesen in den Jahren 1945/46 13 wieder eröffnet, darunter die sechs traditionellen Voll-Universitäten: Berlin, Greifswald, Halle-Wittenberg, Jena, Leipzig und Rostock. Drei andere zuvor bestehende Hochschulen gliederte man in die jeweils nahe gelegene Universität ein.<sup>1</sup> Neun weitere Hochschulen wurden dann bis 1950 neugegründet. Damit bestanden zu Beginn der DDR 22 Hochschulen. (Buck-Bechler/Jahn/Lewin 1997: 48) An diesen studierten zu jener Zeit 31.500 Personen (davon im Direktstudium 27.800) (MBW 1990: 26).

Ein Teil der ursprünglichen Wissenschaftler stand dabei nicht zur Verfügung, da er 1945/46 in die USA und in die Sowjetunion verpflichtet worden war. Dort wurden diese Experten insbesondere in den Atomprojekten, in der Raketen- und der Luftfahrtforschung eingesetzt. Der Vorgang war Teil der Reparationsleistungen, die die Alliierten im Potsdamer Abkommen verabredet hatten. Der US-amerikanische Transfer von Spezialisten beruhte in höherem Maße auf Freiwilligkeit, da sich die Betroffenen so sicherer vor Nachfragen zur eigenen Rolle im Nationalsozialismus wählten (eine Erwartung, die sich erfüllte). Das prominenteste Beispiel war hier der NS-Ingenieur Wernher von Braun (1912–1977), der vom SS-Offizier zum Leiter des US-amerikanischen Raketenprogramms avancierte (vgl. Neufeld 2009).

Die sowjetische Besatzungsmacht hatte 1946 rund 2.000 Spezialisten – Forscher und Ingenieure aus Hochschulen, der außeruniversitären und Industrieforschung – in die Sowjetunion expediert (Schmidt 2015: 1), doch waren auch zuvor bereits und später aus Kriegsgefangenen- und Internierungslagern in Deutschland Naturwissenschaftler und Ingenieure rekrutiert worden. Insgesamt dürfte sich diese Gruppe auf maximal 3.500 Personen belaufen haben (Ciesla 1993: 24), zuzüglich ihrer Familienangehörigen also wohl etwa acht- bis neuntausend Personen. Die in die Sowjetunion verbrachten Forscher waren dort kaserniert und ansonsten gegenüber der hungernden Bevölkerung privilegiert: Die Verpflegung war gut, die Lebensumstände erträglich, die Familien waren dabei. Gearbeitet wurde großteils mit Anlagen, die in Deutschland konfisziert worden waren. (Vgl. Weiss 2019: 119; Pose 2019)

---

<sup>1</sup> Forstwirtschaftliche Hochschule Eberswalde sowie die Handelshochschulen Berlin und Leipzig

Walter Janka (1914–1994), der 1956 aus politischen Gründen inhaftierte Leiter des Aufbau-Verlages, machte darauf aufmerksam, dass es keine Reparationen (wie auch keine sowjetische Besatzung und keine DDR) gegeben hätte, „wenn die Deutschen nicht halb Rußland vorher zerstört hätten“ (Janka/Mitzenzwei 1993: 175). Daran zu erinnern, erscheint durchaus angebracht, wenn man sich die wenig reflektierte Selbstgerechtigkeit mancher Titel von Erlebnisberichten und Studien vergegenwärtigt, die seit 1990 zur Reparationsarbeit deutscher Wissenschaftler in der Sowjetunion erschienen sind: „Spezialisten hinter Stacheldraht – Ein ostdeutscher Physiker enthüllt die Wahrheit“ (Berner 1990), „Raketensklaven – Deutsche Forscher hinter rotem Stacheldraht“ (Magnus 1995), „Moskaus Beute“ (Knyschewskij 1995) oder „Die verschleppten Spezialistenfamilien“ (Trieder 2018).<sup>2</sup>

Mitte bis Ende der 50er Jahre kehrten die Spezialisten aus der Sowjetunion zurück, überwiegend in die dann bestehende DDR, da die UdSSR wenig Interesse daran hatte, das Know-how im allgemeinen und das Wissen über sowjetische Forschungsaktivitäten im besonderen jenseits des eigenen Machtbereichs flottieren zu lassen. In der DDR wurden die Zurückkehrenden in den Wissenschaftsbetrieb integriert (vgl. Schmidt 2015: 172f.).

Bis dahin waren im Osten Deutschlands bereits zwei Hochschulreformen vollzogen worden. Die erste wurde als antifaschistisch-demokratische Umgestaltung bezeichnet und von 1946 bis 1948 durchgeführt. Sie zielte auf die Öffnung der Hochschulen für Arbeiter- und Bauernkinder, gestützt durch Vorbereitungskurse, sowie die Etablierung des Marxismus-Leninismus im Hochschulbetrieb. Waren die unmittelbaren Nachkriegsjahre noch von einer gewissen politischen Großzügigkeit gegenüber der Wissenschaft gekennzeichnet, so hatte ab 1948 eine Wende zur Politisierung der Wissenschaft eingesetzt. Forschung und Hochschulbildung sollten nun steuerbar gemacht sowie auf politische und ökonomische Aufgaben ausgerichtet werden. (Malycha 2001: 14f.)

Die parallel stattfindende Expansion des Hochschulsektors folgte strukturpolitischen Schwerpunktsetzungen: Vor allem die Fachrichtungen Wirtschaft und Ingenieurwesen wurden gefördert. Das kann insofern kaum verwundern, als der Ostteil Deutschlands zunächst ein allein nicht existenzfähiger Wirtschaftsraum war. In diesen mussten ganze Industrien, Verkehrsstrukturen und produktionsorientierte Dienstleistungsstandorte eingepflanzt werden. An der Abfolge und regionalen Verteilung der innerhalb eines einzigen Jahrzehnts neu geschaffenen und nach den Kriegszerstörungen wieder aufgebauten Hochschuleinrichtungen lassen sich die wirtschaftlichen Schwerpunktbildungen erkennen.

---

<sup>2</sup> In wohlthuender Sachlichkeit hebt sich davon das Buch „Deutsche Wissenschaftler und Spezialisten im Sowjetischen Atomprojekt“ von Rudolf Arthur Pose (2019) ab.

Dies war zunächst wesentlich eine Bauaufgabe. Für die zwei Nachkriegsjahrzehnte können zwei überlappende Perioden des DDR-Hochschulbaus unterschieden werden: 1945 bis 1955 stand der Wiederaufbau von im Krieg zerstörten Hochschulkomplexen und -bauten im Mittelpunkt. Ab 1950 begannen Planungen für den Neubau Technischer Hochschulen sowie für die Erweiterung und Verlagerung von Hochschulkomplexen, die dann bis 1965 das Hochschulbaugeschehen bestimmten. Neubauten betrafen vor allem die neugegründeten Hochschulen für Schwermaschinenbau Magdeburg, für Chemie Leuna-Merseburg, für Elektrotechnik Ilmenau und für Verkehrswesen Dresden. Erweiterungen wurden insbesondere für die TH Dresden, die Universität Leipzig, die Bergakademie Freiberg, die Universitäten Halle-Wittenberg (Universitätskomplex Halle-Kröllwitz) und Rostock (Universitätskomplex Rostock-Südestadt) realisiert. (Rothe 1985: 51f., 64–77)

Die sich bereits hierin abbildenden Tendenzen zur Spezialisierung zeigten sich auch im außeruniversitären Forschungsbereich. Zwar wurde die Akademie der Wissenschaften, auf der Preußischen Akademie fußend, als Universalakademie wiedereröffnet und im Laufe der Jahre mit einem Forschungsbereich ausgestattet, der zum Schluss der DDR 56 Institute umfasste. Daneben aber wurden 1951 die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (AdL)<sup>3</sup> und die Bauakademie gegründet.<sup>4</sup> 1970 trat noch die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) hinzu, deren Vorgängereinrichtung, das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut (DPZI), indes bereits 1949 entstanden war.<sup>5</sup>

Hinsichtlich seiner hochschul- und wissenschaftspolitischen Inhalte war das erste Jahrzehnt der DDR vorrangig durch vier Elemente gekennzeichnet: Ideologisierung, Zentralisierung, Gegenprivilegierung und Kaderpolitisierung.

Die Ideologisierung zielte auf eine Anpassung der Wissenschaften und Hochschulbildung an das zu errichtende sozialistische Gesellschaftssystem – 1952 wurde der „Aufbau des Sozialismus“ verkündet (vgl. ZK 1952). Dazu wurde der Marxismus-Leninismus als politisch herrschende Doktrin auch für die Wissenschaft für verbindlich erklärt. Seine philosophischen und politikstrategischen Annahmen sollten fortan die wissenschaftlichen Erkenntnisprozesse anleiten. Das fand sich z.T. mit polizeistaatlichen Methoden durchgesetzt. Da-

---

<sup>3</sup> vgl. Wagemann (2006, 2006a und 2006b), Rübensam/Wagemann (2011), Kuntsche (2017)

<sup>4</sup> zu deren Arbeitsergebnissen siehe die Bibliografie Tripmacker (1993)

<sup>5</sup> zur DPZI-Geschichte vgl. Zabel (2009), zur APW-Geschichte Häder/Wiegmann (2007), Malycha (2008) und Wiegmann (2015)

gegen erhob sich auch Widerstand, insbesondere in Gestalt studentischer Aktionen.<sup>6</sup> Diese hatten oft desaströse biografische Folgen, bis hin zu Lagerhaft und Tod.

1949 bis 1951 und später immer einmal wieder wurden Kampagnen gegen „bürgerlichen Objektivismus und Kosmopolitismus“ inszeniert. Zahlreiche Wissenschaftler entschlossen sich in der Folge zur Flucht in den Westen. Für den Zeitraum 1947 bis 1961 schätzen Waldemar Krönig und Klaus-Dieter Müller (1994: 401), dass 2.700 Hochschulwissenschaftler.innen die DDR verlassen haben. Ralph Jessen (1999: 46) ermittelte für die Jahre 1952 bis 1961 allein für die sechs Universitäten und die TU Dresden rund 1.700 in den Westen abgewanderte Lehrende, davon mindestens 320 Professoren und Dozenten. Diesen Abwanderungen suchte die SED-Führung zu begegnen, indem sie Fachleute mit Einzelverträgen ausstattete, die erhebliche materielle Besserstellungen beinhalteten. Das betraf vornehmlich Naturwissenschaftler. Für eine Reihe der im Land gebliebenen Gesellschaftswissenschaftler fielen die Folgen der DDR-Politik hingegen biografisch desaströs aus. Bekanntere Namen sind hier Wolfgang Harich (1923–1995), Ralf Schröder (1927–2001), Herbert Crüger (1911–2003), Kurt Vieweg (1911–1976) und Günter Mühlpfordt (1921–2017). Hinzu treten viele andere, die der Vergessenheit anheim gefallen sind.

Die Zuständigkeit für die Hochschulen ging mit Auflösung der Länder im Jahre 1952 an das Staatssekretariat für Hochschulwesen über. Dies schuf die Voraussetzung, um das Hochschulsystem der DDR fortan zentralstaatlich steuern zu können. Die später so genannte II. Hochschulreform von 1951/52 brachte die Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums und verschultere Studienabläufe. Daneben wurden ein staatliches Stipendiensystem für sozial schwache Studierende eingeführt (von dem bereits im ersten Jahr 88 Prozent der Direktstudierenden profitierten, vgl. MBW 1990: 27) sowie mit der Aspirantur eine neue Form der Qualifikation von wissenschaftlichem Nachwuchs (auch dies mit der Pflicht zur politisch-ideologischen Fortbildung): Doktorandinnen und Doktoranden konnten fortan von ihren Hochschulen für drei Jahre angestellt werden und sich in dieser Zeit allein auf ihre Promotion konzentrieren.

Zugleich wuchs die Mehrgleisigkeit bürokratischer Zuordnungen: 1950 war bei der Staatlichen Plankommission ein Zentralamt für Forschung und Technik installiert worden. Auf das 1955 gegründete Amt des Ministerrates für Kernforschung und Kerntechnik folgte 1961 das Staatssekretariat für Forschung und Technik. 1957 war im SED-Zentralkomitee eine eigenständige Ab-

---

<sup>6</sup> vgl. Krönig/Müller (1994); Müller/Osterloh (1996); Kowalczyk (1997); Schmiedebach/Spieß (2001); Blecher/Wiemers (2005); Warda (2008); Gerstengarbe/Hennig (2009)

teilung für Wissenschaft entstanden. Ebenfalls 1957 wurde der Forschungsrat der DDR gegründet, der langfristige Wissenschaftsprogramme ausarbeiten, die Forschung auf Schwerpunkte lenken und Forschungsressourcen steuern sollte. (Vgl. Wagner 1992)

Bereits zuvor waren Entscheidungen getroffen worden, die auf die Brechung des bürgerlichen Bildungsmonopols zielten – also auf die Aufhebung der traditionellen Hochschulfunktion, die Selbstreproduktion der gebildeten Stände zu sichern. Mit den Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (ABF) waren Vorstudienanstalten, die bislang schon Angehörige bildungsferner Schichten an ein Hochschulstudium heranführten, verstetigt worden.<sup>7</sup> Tatsächlich wurde zu mindest zwischen 1954 und 1964 das angestrebte Ziel – 50 Prozent Arbeiter- und Bauernkinder innerhalb der Studentenschaft – erreicht (Kowalczuk 1995: 48). Lässt sich dies als insoweit berechtigte Maßnahme deuten, um bildungsbezogene Gerechtigkeitslücken zu schließen, so verband sich damit ebenso eine explizite Politisierung des Hochschulzugangs: Es wurde nicht nur das eine Bildungsmonopol gebrochen, sondern auch eine anderes neu etabliert. In den nächsten zwei Jahrzehnten gab es dann faktisch ein proletarisches bzw. funktionärsproletarisches Bildungsmonopol (als „Arbeiter“ galten auch Berufsoffiziere, Staats- und Parteifunktionäre). Mit diesem wurde sichergestellt, dass die Hochschulen die kaderpolitische Heranbildung einer realsozialistischen Dienstklasse leisteten.

Das schloss nicht aus, sondern setzte voraus, dass die künftigen Akademiker:innen auch fachlich solide ausgebildet werden. Um weder das fachliche noch das politische Ziel zu gefährden, wurde eine Durchmischung des Lehrkörpers in Gang gesetzt: Bürgerliche Gelehrte benötigte man, um die Qualität von Lehre und Forschung zu sichern; marxistische Wissenschaftler sollten deren „Objektivismus“ neutralisieren. Zugleich nahm man aber in den ersten Jahren auch an, dass sich der Marxismus-Leninismus im Streit der Denkansätze und Theorien ohnehin durchsetzen werde. Voraussetzung sei lediglich, dass sich die bürgerlichen Wissenschaftler hinreichend intensiv mit den Klassikern des Marxismus befassten (Malycha 2001: 16).

Die Präsenz bürgerlicher Gelehrter dokumentierte sich auch darin, dass 1954, nach Fächern differenziert, bis zu 46 Prozent der Universitätsprofessoren ehemalige NSDAP-Mitglieder waren (Jessen 2002: 48; 1999: 306). Für wünschenswert hielt man das selbstredend nicht, aber für einstweilen unvermeidlich. Die Institute, auch die Universitätskliniken mussten weiterlaufen. Es dürfte der durch KZ-Haft und/oder Exil geprägten neuen Führungsschicht nicht leicht gefallen sein, eine Wissenschaftselite wieder in ihre Ämter einzusetzen, die in solchem Ausmaß, wie es zwischen 1933 und 1945 geschehen

---

<sup>7</sup> vgl. Schneider (1997), PDS-Bundestagsfraktion (2000), Zech (2004), Miethe (2007), Miethe/Schiebel (2008), Woywodt (2009)

war, sämtliche Prägungen durch Bürgerlichkeit und humanistischem Gymnasium abzuwerfen vermocht hatte, um sich an einem einzigartigen Zivilisationsbruch und am bis dahin mörderischsten Krieg zu beteiligen.

Vor allem in der Medizin verband sich mit den bürgerlichen Gelehrten ein spezielles Problem. Einerseits gaben diese sich gern unpolitisch, also allein der Wissenschaft verpflichtet. Andererseits waren gerade dort beträchtliche Teile der 1945 vorzufindenden Medizin-Professorenschaft nationalsozialistisch verstrickt gewesen: Fast drei Viertel der medizinischen Hochschullehrer hatten sich bis 1945 der NS-Partei angeschlossen (Ernst 1997a: 26). Der politische Wille der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED war eine konsequente Entnazifizierung – angesichts von 20 Millionen sowjetischen Kriegstoten und den KZ-Erfahrungen der deutschen Kommunisten mehr als nachvollziehbar. Relativ bald aber sahen sich beide zu Konzessionen in dieser Frage genötigt, da es an Fachleuten fehlte, so auch an den Medizinischen Fakultäten. Bereits 1947 begann eine Phase der Reaktivierung von NS-belasteten Hochschullehrern (vgl. Ernst 1997: 146–170).

Im Ergebnis hatte die medizinische Hochschullehrerschaft der frühen DDR die höchste NS-Verstrickungsdichte aufzuweisen. 1954 waren bei den naturwissenschaftlichen Professoren 31 Prozent NS-verstrickt gewesen, bei den Technikern 42 Prozent, in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern 17 und der Theologie sechs Prozent (Jessen 1999: 306). In der Medizin war es Mitte der 50er Jahre die Hälfte (Tafel 1). Der Durchschnitt über alle Fächer hinweg betrug 18 Prozent.

*Tafel 1: NS-Mitgliedschaften von DDR-Medizin-Ordinarien 1947–1961*

Mitgliedschaftskategorien		alle Ordinarien		darunter amtierend im Jahr... (in % <sup>***</sup> )			
		absolut	% <sup>***</sup>	1947	1952	1957	1961
<b>NS-Mitglied-schaften</b>	NSDAP	114	43,5	33	43	50	48,5
	NSDAP oder SS oder Kombination 1*	123	47	38	49	55	51
	NSDAP und Kombination 2**	54	21	12	21	27	24
<b>ohne NS-Mitgliedschaft</b>		86	33	28	25	26	33
<b>Insgesamt</b>		262	100	100	100	100	100

\* Kombination 1 = SA und NSÄB/NSDB oder SA und NSKK/NSFK und HJ/Förderndes Mitglied der SS oder NSÄB/NSDB und NSKK/NSFK und HJ/Förderndes Mitglied der SS

\*\* Kombination 2 = SS/SA oder NSÄB/NSDB und NSKK/NSFK oder NSÄB/NSDB und HJ/Förderndes Mitglied der SS

\*\*\* Überlappungen zwischen den Kategorien; gerundet

Quelle: Ernst (1997: 147), formal leicht angepasst

In ihrer Untersuchung „Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961“ fragte Anna-Sabine Ernst (1997) nach den sozialen Strategien, mit denen die Medizinprofessoren dem umfassenden gesellschaftlichen Transformationsanspruch der SED begegneten – mit dem Ergebnis, trotz ihres überaus starken Engagements für den Nationalsozialismus von der Entnazifizierung weitgehend verschont geblieben zu sein. Herausarbeiten konnte Ernst, dass die z.T. widerwillig gewährte Loyalität der Mediziner zur DDR geknüpft gewesen sei an den Erhalt ihrer professionellen Autonomie und Statusprivilegien.

Zum endgültigen Abbruch der Hochschullehrerlaufbahn hatte die Entnazifizierung bei weniger als 15 Prozent der Medizinprofessoren geführt. Zugleich bildeten SED-Mitglieder unter den Medizinordinarien bis 1961 eine Seltenheit: Mit 13 Prozent waren sie dort deutlich geringer vertreten als im Durchschnitt der Fächer. Letzterer betrug Mitte der 50er Jahre knapp 30 Prozent. (Ernst 1997a: 26, 30) Umso wichtiger erschien es der neuen Staatsmacht, marxistischen Wissenschaftlern den Weg in die Hochschulen zu ebnen bzw. solche möglichst schnell zu entwickeln. Diese setzten sich dann aus drei Untergruppen zusammen: respektablen Gelehrten, mit denen es alsbald häufig auch Konflikte gab,<sup>8</sup> hoffnungsvollen Nachwuchswissenschaftlern, denen akademische Blitzkarrieren organisiert wurden,<sup>9</sup> sowie Parteiarbeitern ohne wissenschaftliche Meriten.<sup>10</sup>

Besonders leicht machte es die SED den vorgefundenen Professoren allerdings auch nicht, Vertrauen zu fassen. Die politischen Umgestaltungen an den Hochschulen mit dem neuen gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium

---

<sup>8</sup> etwa Leo Kofler (1907–1995), Hans Mayer (1907–2001), Ernst Bloch (1885–1975), Walter Markov (1909–1993) oder Robert Havemann (1910–1982)

<sup>9</sup> vgl. die zahlreichen Berufungen im Alter um das 30. Lebensjahr, z.B. Wolfgang Harich (1923–1995) oder Gunther Kohlmeier (1913–1999)

<sup>10</sup> Etwa Kurt Hager (1912–1998), der 1949 an der Humboldt-Universität zu Berlin ohne akademische Voraussetzungen Professor für Historischen und Dialektischen Materialismus geworden war. 1982 wurde Hager, vermutlich auf politischen Druck hin, in das beim Dietz-Verlag erscheinende Philosophen-Lexikon aufgenommen. Die Autoren des Artikels hatten erkennbar alle Mühe, dem seit 1955 amtierenden Ideologie-Sekretär des SED-Zentralkomitees eine Biografie zu schreiben, welche die Aufnahme in ein Philosophen-Lexikon einigermaßen plausibel macht: „... hat H. viel zur Ausbildung marxistischer Kader sowie zur philosophischen Forschungsarbeit zu Grundfragen des dialektischen und historischen Materialismus und zu philosophischen Fragen der Wissenschaftsentwicklung beigetragen. [...] In seinen philosophischen Arbeiten geht es ihm um die allseitige Begründung der inneren Einheit von konsequentem philosophischen Materialismus und Dialektik und um die philosophische Durchdringung der gesellschaftlichen Praxis.“ (Autorenkollektiv 1982, 334–337) Die Vermutung, dass die Aufnahme politischem Druck entsprang, legt ein Umstand nahe: Als einziger Artikel des Lexikons ist dieser nicht durch einen personalisierten Autor gezeichnet, sondern mit „Autorenkollektiv“. Man wird vermuten dürfen: Mit dieser Autorschaft wollte sich niemand durch namentliche Zeichnung in der Fachwelt blamieren.

oder den Kampagnen gegen immer wieder neu entdeckte „Revisionisten“ in den Gesellschaftswissenschaften – das ließ eher Distanz als Nähe geraten erscheinen. Wie inhaltlich abstruse Kampagnen der SED ablaufen, wurde zu dem bereits Anfang der 50er Jahre den Naturwissenschaftlern und Medizinern in zwei Kampagnen vorgeführt – man hat wohl annehmen müssen: exemplarisch, d.h. Wiederholungen wahrscheinlich. Die eine Kampagne galt der Durchsetzung der Lehren des russischen Physiologen Iwan P. Pawlow (1849–1936). Dessen Theorien wurden in Konkurrenz zur Psychosomatik, die im Westen an Bedeutung gewann, gestellt. Mit ihnen sollte der dialektische Materialismus auch in der lebenswissenschaftlichen Forschung richtungsweisend (gemacht) werden. (Ernst 1997: 310)

Die (vermeintliche) Affinität von Pawlow und Marxismus-Leninismus gründete auf dem Umstand, „daß die Deutung von organischen wie von psychischen Prozessen als Ergebnis materieller Reflexketten den Materialismus marxistisch-leninistischer Prägung zu bestätigen schien“. Indirekt verhielt die Lehre Pawlows zudem, dass sich Emotionen und Verhalten vollständig rational erklären ließen. Das wiederum eröffnete, so die Erwartung, neue Möglichkeiten, auf die menschliche Subjektivität zuzugreifen. (Ebd.: 311f.) Der Philosoph Walter Hollitscher (1911–1986) etwa betonte auf einer regierungsoffiziellen Pawlow-Tagung, Pawlows Lehren hätten „auf dem Gebiete der Physiologie und Psychologie in konkreter Weise die Richtigkeit der Philosophie des dialektischen Materialismus von neuem unter Beweis gestellt“ (Hollitscher 1953: 127).

Pawlow selbst ist vor seiner Instrumentalisierung in Schutz zu nehmen. Gegenüber der bolschewistischen Macht hatte er sich distanziert verhalten, und die radikale Reduktion der Psychologie auf rein physiologische Prozesse fand in der Sowjetunion erst nach seinem Tode 1936 statt (Ernst 1997: 321). 1954 äußerte sich der DDR-Ministerrat zur Pawlow-Rezeption, d.h. eine an sich (natur)wissenschaftliche Debatte wurde auch formal zum Gegenstand regierungsamtlicher Intervention:

„Trotz großen Interesses haben die Errungenschaften der sowjetischen Medizin, insbesondere die Erkenntnisse der Lehre Pawlows, erst in geringem Umfang Eingang in die medizinische Forschung und Praxis gefunden. Die Entwicklung der experimentellen Fächer der Medizin wurde vernachlässigt. Die klinischen Disziplinen gehen nicht genügend von einer experimentell begründeten Theorie der Medizin aus. Der kämpferische Meinungsstreit zwischen der fortschrittlichen humanistischen Lehre Pawlows und dualistischen Theorien der Psychosomatik sowie anderen idealistischen Auffassungen ... muß noch verstärkt und prinzipieller geführt werden.“ (Ministerrat 1954: 275)

Zum Ende der 50er Jahre jedoch hatte sich die einseitig-verfälschende Pawlow-Rezeption erschöpft: Hinhaltender Widerstand der Fachcommunity verband sich mit inneren Widersprüchlichkeiten der politischen Kampagne und

mangelnden Erfolgen bei der experimentellen Unterfütterung der überdehnten theoretischen Spekulationen.

Bei der anderen, der Lyssenko-Kampagne, die bereits sofort nach dem Kriegsende begonnen hatte, verhielt es sich von Beginn an etwas anders. Politisch zielte sie darauf, Lyssenkos Theorie durchzusetzen, wonach die Eigenschaften von Lebewesen nicht durch Gene, sondern durch Umweltbedingungen bestimmt würden. Diese Theorie negierte die Existenz von Genen als „unsozialistisch“ und betrachtete die klassische Genetik als Ausfluss der bürgerlichen Ideologie. Die Entstehung neuer Arten erfolge keineswegs durch Mutation und Selektion, sondern durch Einflüsse der Umwelt. Dabei erworbene Eigenschaften könnten dann vererbt werden. Trofim Lyssenko (1898–1976) versprach auf Basis dieser Spekulationen, ertragreiche Nutzpflanzen-Sorten zu züchten und alle Ernährungsprobleme lösen zu können.

Unter der Protektion von Stalin stehend, konnte er seine Theorien in groß angelegten Landwirtschaftsprojekten prüfen. Dabei wurden etwa große Flächen mit Weizensorten bepflanzt, die dafür klimatisch nicht geeignet waren. Dies führte zu Missernten und verschärfte die kollektivierungsbedingten Hungersnöte. Das jedoch wurde nicht den zugrundeliegenden Theorien, sondern vermeintlicher Sabotage zugeschrieben. (Vgl. Medwedew 1971)

Die Biologen in der SBZ, dann DDR nahmen zu diesen Theorien und ihren Anwendungen eine Haltung ein, die „von einem hohen Maß an taktischer Vorsicht geprägt“ war (Fäßler 2003: 22). Dafür gab es Gründe. „Lyssenko habe mittels des Marxismus die Überlegenheit der sozialistischen Biologie bewiesen“ – so referiert Frank Naumann das zeitgenössische Argumentationsniveau (Naumann 1991: 92). Um dem Vorwurf vorzubeugen, ideologischen Verrat zu üben, reichte es nicht, dem Lyssenkoismus nur auf theoretischer Ebene entgegenzutreten. Es brauchte empirische Nachweise der Widerlegung. Bereits 1951 wurde fachöffentlich mitgeteilt, dass an nahezu allen züchtungsbiologischen Forschungseinrichtungen der DDR Kontrollversuche laufen. Vor allem im Institut für Kulturpflanzenforschung Gatersleben gelang es 1949 bis 1952, zahlreiche Experimente Lyssenkos als Fehlinterpretationen oder Fälschungen zu qualifizieren: vegetative Hybridisierung, Umwandlung von Winter- in Sommerweizen, Kältebehandlung von Getreide und Kartoffeln, Nestzuchtverfahren u.a.<sup>11</sup> (Fäßler 2003: 22–25) „So erfolgreich diese Arbeiten mit Blick auf die Zurückweisung des Lyssenkoismus in der DDR waren, so banden sie doch erhebliche Forschungskapazitäten für letztlich fruchtlose Arbeiten.“ (Ebd.: 22f.)

---

<sup>11</sup> Das bewahrte das Gaterslebener Institut nicht davor, nach 1990 als „Hochburg der lyssenkoistischen Forschung in der DDR“ diffamiert zu werden (Siemens 1997: 258).

Gleichzeitig gab es auch überzeugte Lyssenkoisten in der DDR. Doch bemerkenswert war nicht nur, dass diese relativ schnell eine kleine Minderheit darstellten. Vielmehr ließen sich bereits 1953, „also zum Zeitpunkt uneingeschränkter Dominanz des Lyssenkoismus in der Sowjetunion“, unter den Leitern der 38 Genetik- bzw. Züchtungsanstalten in der DDR lediglich sechs, d.h. 18 Prozent, als ausgewiesene Lyssenkoisten nachweisen. „Eine Analyse des wichtigsten Fachorgans ‚Biologisches Zentralblatt‘ belegt die völlige Abwesenheit lyssenkoistischer Beiträge während der Jahre 1947 bis 1965, wohingegen zahlreiche Beiträge zu genetischen Problemen erschienen.“ (Ebd.: 23)

Ebenso bemerkenswert ist, dass man staatlicherseits diese konkurrierenden Forscher gewähren ließ. Zwar wurde der von Lyssenko vertretene „schöpferische Darwinismus“ durchaus politisch protegiert, etwa seit 1948 im theoretischen Organ der SED „Einheit“ oder in der Zeitschrift „Biologie in der Schule“. Institutsinterne Wandzeitungen der SED attackierten Forscher, die skeptisch oder kritisch waren, offen und hart. Die Hochschulbehörden bemühten sich, „die Arbeitsbedingungen unbotmäßiger Forscher unerträglich zu gestalten. Ausbleibende Mittelzuweisungen, Gehaltskürzungen, Streichung von Mitarbeiterstellen bildeten die Palette der repressiven Maßnahmen.“ (Ebd.: 24f.) Auch in Lehrplänen und Schulbüchern fand sich von 1950 bis 1955 die klassische Genetik durch Lyssenkos Theorien an den Rand gedrängt, was bis Ende der 50er Jahre Wirkungen zeitigte.

Zeitgleich aber konnten die erwähnten experimentellen Prüfungen der Lyssenko-Ansätze stattfinden, und als 1951 die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR gegründet wurde, stellte man zwei profilierte Lyssenko-Kritiker an deren Spitze: Hans Stubbe (1902–1989) als Präsidenten und Gustav Becker (1905–1970) als Vizepräsidenten. Unterwegs allerdings verlor die DDR durch die Auseinandersetzungen auch profilierte Forscher:innen, die resigniert nach Westdeutschland auswichen, so Elisabeth Schiemann (1881–1972, vgl. Nürnberg/Höxtermann/Voigt 2014), Hans Nachtsheim (1890–1979), Jürgen Wilhelm Harms (1885–1956, vgl. Penzlin 1994: 67–90), Hermann Kuckuck (1903–1992) und Hans Kappert (1890–1976). Schließlich ebnete die Debatte „ohne aufklärerischen Schluss-Strich“ bis Anfang der 60er Jahre ab (Höxtermann 2000: 275).

Sowohl die Pawlow- als auch die Lyssenko-Debatte waren mit massiver Politisierung der Wissenschaft verbunden. Sie erforderten zeitraubende Anstrengungen, um den Primat wissenschaftlicher Erkenntnis gegenüber ideologischem Wunschdenken Geltung zu verschaffen. Zugleich verdeutlichten sie den Forschern, womit in der DDR immer wieder zu rechnen sein müsse. Indem beide Versuche, wissenschaftsfremd einer bestimmten Schule zum Durchbruch zu verhelfen, scheiterten, zeigte sich aber auch: Die DDR war bis

zum Mauerbau auf ein minimales Wohlwollen der Wissenschaftler angewiesen und musste mit diesen Kompromisse eingehen. Andernfalls hatte das wissenschaftliche Personal immer noch die Exit-Option der Abwanderung.

Auch die Institutionen im Forschungsbereich waren vergleichsweise durchsetzungsstark. Die Akademie der Wissenschaften insbesondere war ausgesprochen erfolgreich, eigene Wünsche und Vorstellungen zu realisieren. Der Staats- und Parteiapparat, so Agnes Charlotte Tandler (2000: 345), habe sich zunächst als „hoffnungslos inadäquat“ gegenüber dieser mächtigen Interessenvertretung erwiesen. „Das Zentralamt für Forschung und Technik wie das spätere Staatssekretariat für Forschung und Technik blieben ohne wesentlichen Einfluss und konnten sich schon allein auf Grund ihrer mager qualifizierten Personalstruktur nicht durchsetzen.“

In den Geisteswissenschaften war die Gründergeneration, bis Ende der 40er Jahre berufen, „durch eine recht bunt gemischte Gruppe ehemaliger Emigranten – vor allem aus Westeuropa und den USA – und NS-Verfolgter geprägt“ (Jessen 1998: 46). Wissenschaftler wie Jürgen Kuczynski (1904–1997), Walter Markov (1909–1993), Hans Mayer (1907–2001), Ernst Bloch (1885–1975), Ernst Engelberg (1909–2010), Werner Krauss (1900–1976), Alfred Meusel (1896–1960), Wolfgang Steinitz (1905–1967) und andere ähnelten sich in einem: Sie waren wissenschaftlich qualifiziert, aber überwiegend akademische Außenseiter ohne glatte Universitätskarriere. „Aus der Perspektive der ‚normal science‘ handelte es sich oft um marginale, randständige Personen – mehr Intellektuelle als Laufbahngelehrte.“ (Ebd.)

Im Westen Deutschlands, so schätzt Ralph Jessen ein, hätten sie zur selben Zeit wohl kaum eine Chance auf eine Professorenkarriere gehabt. Dies aber weniger, weil es ihnen an fachlicher Qualität mangelte, sondern „weil sie den fachlichen Berufungskriterien nicht genügten, sie als Linke nicht in die politische Landschaft paßten oder ... aus anderen Gründen gegen den Kodex des konservativen Milieus verstießen“:

„Etwa die Germanistin Hildegard Emmel, der man in Hamburg nach 1945 als Frau den Weg zur Habilitation verlegte, der Osteuropahistoriker Eduard Winter, der als gefallener Priester in Wien an der katholischen Kamarilla gescheitert war, oder der Historiker Heinrich Sproemberg, dessen wissenschaftliche Karriere sich schon im Ersten Weltkrieg in der politischen Ausgrenzung durch deutschnationale Wortführer seines Faches festgefahren hatte.“ (Ebd.)

Besonders für Leipzig wird diese Zeit immer wieder als eine geschildert, in der sich eine aparte Mischung aus bürgerlichen Gelehrten – Theodor Frings (1886–1968), Hermann August Korff (1882–1963), Theodor Litt (1880–1962) die bekanntesten, zu nennen aber auch Julius Lips (1895–1950) oder Erwin Jacobi (1884–1965) – und originellen Marxisten – Ernst Bloch, Hans Mayer, Walter Markov, Werner Krauss, Ernst Engelberg, Fritz Behrens (1909–1980)

u.a. – ergeben habe. Dieser Mischung sei ein sehr eigenes intellektuelles Klima entsprungen. So schrieb Gerhard Zwerenz (1925–2015)<sup>12</sup> davon, dass dort eine „ganze Meute linker, als links geltender oder linksangehauchter Berühmtheiten“ lehrte, eine „liebenswerte Horde lebendig begrabener Utopisten“, und daneben habe es die Bürgerlichen gegeben, „die keinen Grund sahen, sich nach links zu entwickeln. Ihre seelische Robustheit kann als uner-schütterlich gelten“ (Zwerenz 1971: 116, 120).

Letztere waren gleichsam zufällig in Leipzig, da sie bereits vor der sowjetischen Besatzung dort wirkten. Erstere kamen aus der Westemigration oder aus NS-Haft. Insbesondere wenn Bloch und Mayer Vorlesungen hielten, waren die Hörsäle voll. Beide seien Koryphäen gewesen, „auf die ganz Leipzig stolz war und die überall in der Stadt, in jedem Café mit bewundernden Blicken bedacht wurden und deren Namen selbst den Taxifahrern vertraut waren“. Sie waren die „heimlichen, die eigentlichen Fürsten von Leipzig“, und so fiel auf diejenigen, die ihnen lauschen konnten, „etwas von dem Glanz ihrer majestätischen Würde“. Mit diesen Worten beschrieb der Schriftsteller Christoph Hein (2018: 125) diese akademische Atmosphäre.

Nur idyllisch waren aber auch die Leipziger Verhältnisse in den 50er Jahren nicht. Das intellektuell offene Klima war verbunden mit einer zunehmenden Politisierung des Universitätslebens im Zeichen des „sich verschärfenden Klassenkampfes“. Das betraf ebenso den Kampf um die sozialistische Umgestaltung der Universität wie fortwährende Tribunale vor Partei- und FDJ-Organisationseinheiten, um politische Abweichungen zu sanktionieren. Auch war das Uni-Leben geprägt von endlosen FDJ-Versammlungen, fortwährenden Arbeitseinsätzen in Landwirtschaft und Industrie, Kesseltreiben gegen einzelne Dozenten oder Studierende, GST-Ausbildungen usw.

Diese sozialistische Umgestaltung sollte dann auch die beiden Leipziger Heroen treffen. Ernst Bloch hatte 1949 seine erste Professur mit 63 Jahren in Leipzig erhalten, war 1955 mit dem Nationalpreis der DDR ausgezeichnet und zum Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin gewählt worden. Mit dem Ungarn-Aufstand 1956 begann seine Distanzierung. Seine letzte Vorlesung behandelte „Probleme der Fortentwicklung des Marxismus nach Marx“ – politisch eine Provokation, galt doch der historische und dialektische Materialismus als in sich schlüssig und abgeschlossen. Eingeleitet mit der Zwangsemeritierung, begann 1957 eine Kampagne gegen Bloch, die wohl eine Anklage gegen Bloch wegen Revisionismus vorbereiten sollte (Münster 2004: 281). 1961 kehrte er von einer Reise nach Westdeutschland nicht in die DDR zurück.

---

<sup>12</sup> nach dem Philosophiestudium in Leipzig (1953 bis 1956) 1957 nach Westdeutschland geflohen und dort als literarischer Autor auch die DDR-Verhältnisse im Blick behaltend

Auch Hans Mayer blieb 1963 nach einer Vortragsreise in der Bundesrepublik. Vorausgegangen waren sieben Jahre fortgesetzter öffentlicher Angriffe und massiver Überwachung durch SED und MfS. Seit 1950 hatte er eine Professur für Kultursoziologie und Literaturgeschichte an der Universität Leipzig innegehabt. Als „Kommunist ohne Parteibuch“ eckte er jedoch bald an, die Auseinandersetzungen waren zäh und zogen sich hin, versandeten und wurden kampagnenhaft neu gestartet. Mayers Horizont war zu weit für die damalige DDR, seine Folgsamkeit gegenüber den kulturpolitischen Direktiven zu wenig ausgeprägt. „Er zeigte sich nicht bereit, die Überlegenheit der Sowjetunion und ihrer Literatur einfach vorauszusetzen, sondern zog eine sachliche Analyse und Erörterung vor; er nahm philosophische und literarische Erscheinungen ernst, die längst und ein für allemal als dekadent und reaktionär zu gelten hatten; mithin, ihm gebrach es rundum an Parteilichkeit, was im Interesse der reinen Lehren und richtigen Linien in den Köpfen der Wissenschaftler und Studenten nicht geduldet werden durfte.“ (Klein 1997: 43)

Das Ruder übernahmen an den Hochschulen dann andere. Dass bei der Heranbildung einer eigenen, DDR-konformen Akademikergruppe die akademische Qualifikation für die wissenschaftlichen Positionen weniger wichtig war als die politische Zuverlässigkeit, erschien und erscheint im Rahmen eines traditionellen Wissenschaftsverständnisses als höchst befremdlich. Es gründete aber zunächst nicht (allein) in kommunistischer Kaderpolitik. Dahinter stand vielmehr ein doppeltes Problem: Die vorhandenen Professoren waren weit hin nationalsozialistisch verstrickt gewesen, und wissenschaftliches Ersatzpersonal mit herkömmlicher akademischer Sozialisation stand in nur geringem Maße zur Verfügung. Dieter Wittich (1930–2011), später Erkenntnistheorie-Professor in Leipzig, schilderte diese Situation als eine Besonderheit seines 1950 begonnenen Studiums an der Humboldt-Universität – „nämlich von Verfolgten des NS-Regimes unterrichtet zu werden“:

„Es waren Lehrer, denen allesamt die wissenschaftlich und methodisch außerordentlich wichtigen Assistentenjahre ebenso wenig vergönnt gewesen waren wie etwa ein langjähriger vertrauter Umgang mit einem erfahrenen Ordinarius. Wissenschaftlich gesehen waren sie so etwas wie Waisenkinder. Manche unter ihnen ... hatten nicht einmal ein Gymnasium besuchen können, andere ... hatten nur wenige Semester studiert. Die wenigen, die einen Hochschulabschluß aus der Zeit vor 1945 besaßen, hatten diesen oft für ein ganz anderes Gebiet erreicht, als es das war, was sie nun zu lehren hatten.“<sup>13</sup> (Wittich 2001: 498)

---

<sup>13</sup> Letzteres findet sich mit einem anschaulichen Beispiel illustriert: „Am auffälligsten war das wohl bei Hermann Ley, einem 1944 in Leipzig promovierten Zahnmediziner, der nun als eine Art marxistischer Naturphilosoph mit dem wenig schmeichelhaften Ruf leben mußte, er wäre, was selten genug geschehe, auf gleich zwei wissenschaftlichen Gebieten ‚der Größte‘, nämlich der größte Philosoph unter den Zahnärzten und der größte Zahnarzt unter den Philosophen.“ (Wittich 2001: 498)

Insofern stand die Notwendigkeit, aus einer z.T. bildungsfernen Kohorte heraus einigermaßen akzeptable Wissenschaftler zu entwickeln. „Manche von ihnen waren dabei auch wegen ihrer geringen wissenschaftlichen Erfahrungen viel zu stark auf ‚unerschütterbare Wahrheiten‘ oder ‚hehre Vorbilder‘ angewiesen, als dies theoretischem Denken eigentlich zuträglich sein konnte“ (ebd.: 499). Bei dieser ersten Generation und der nachfolgenden, die häufig über die ABF an die Universitäten gelangt waren, wurde dann die Loyalität zum DDR-System wesentlich durch den sozialen Aufstieg geprägt, den nur dieses System hatte ermöglichen können.

Neben den oben schon genannten Repressionen, die in den Jahren seit 1945 bis zum Mauerbau ein Merkmal der sozialistischen Umgestaltung des Hochschulwesens gewesen waren, gab es weitere offene und verdeckte Repressalien. Eine 1994 erschienene Dokumentation verzeichnet sechs Verhaftungswellen in dieser Zeit, von denen 1.078 Studierende betroffen waren. Diese politisch motivierten Verhaftungen mündeten in Verurteilungen zu Haftstrafen und führten für 148 Studierende zur Deportation in die Sowjetunion. Letzteres endete häufig mit dem Tod. (VERS 1994: 202–207) Auf Basis dieser Vorarbeiten und der Auswertung von Archivbeständen erstellte das Universitätsarchiv Leipzig vervollständigte Listen für die mitteldeutschen Hochschulen, d.h. die in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Diese sind ergänzt um Angehörige des Lehrkörpers und weisen für die Jahre 1945 bis 1962 378 verhaftete Hochschulangehörige nach (Blecher/Wiemers 2005: 298–333). Dass auch dies noch nicht vollständig war, zeigt eine Statistik zu Verhaftungen allein von Angehörigen der Martin-Luther-Universität in Halle. Sie dokumentiert für die Jahre 1945 bis 1961, dass weit über 150 Universitätsangehörige Verhaftungen anheimfielen, die großteils in langjährige Haftstrafen mündeten (Gerstengarbe/Hennig 2009: 606–613).

In den späteren Jahren dann waren die Mechanismen der Normendurchsetzung weniger offen repressiv. Doch beschädigten Nichtzulassungen, Exmatrikulationen, „Bewährungen in der Produktion“ oder Disziplinarverfahren bis zum Ende der DDR Biografien und Karrieren.<sup>14</sup>

---

<sup>14</sup> siehe dazu auch unten 6.4. Politische Repressionen

## 2. Die 60er Jahre

Acht Jahre nach Gründung der DDR war ein Buch mit dem Titel „Produktivkraft Wissenschaft“ erschienen (Kosel 1957). Dieses bereitete eine Perspektivierung vor, die in den 60er Jahren unter dem Namen „Wissenschaftlich-technische Revolution“ (WTR) der Wissenschaft eine zentrale Rolle zuweisen sollte.<sup>15</sup> Das hatte mehrere Dimensionen.

Zum ersten wurde der anhaltende Produktivitätsrückstand der DDR-Wirtschaft auf deren Innovationsschwäche zurückgeführt.<sup>16</sup> Ausgeschlossen war es, wie Hubert Laitko ausführte, irgendwelche perspektivischen Entwürfe noch auf vermehrten Einsatz von Arbeitskräften zu gründen: Arbeitskraft war quantitativ wie qualitativ, d.h. hinsichtlich des Fächers der verfügbaren Qualifikationen und ihrer territorialen Verteilung, zu einem knappen Gut geworden. Das hatte auch der Stopp der Massenabwanderung durch den Mauerbau nur etwas gemildert. Folglich habe sich die Wirtschaftsplanung „gebieterrisch auf den Weg technischer Innovationen und damit auf die Wissenschaft verwiesen“ gesehen. (Laitko 2018: 68) Etwas anderes wäre auch kaum möglich gewesen, „wenn die DDR nicht von vornherein aus dem Systemwettbewerb aussteigen wollte“ (Laitko 1996: 34).

Daraus resultiert zum zweiten, dass die WTR-Euphorie häufig als reine Funktionalisierung der Forschungsprozesse apostrophiert wurde und wird. Tatsächlich aber war sie mehr, nämlich das Ergebnis einer gravierenden innermarxistischen Positionsverschiebung. Seit Stalin hatte die Wissenschaft im Basis-Überbau-Schema zur Sphäre des gesellschaftlichen Bewusstseins gehört (vgl. Stalin 1951 [1938]: 658–662). Indem sie nun den Produktivkräften zugeordnet wurde, war sie plötzlich Teil des gesellschaftlichen Seins. (Vgl. Mocek 1994: 2f. und Laitko 2018: 33–37) Das bewirkte insbesondere für die Natur- und Ingenieurwissenschaften eine massive Bedeutsamkeitssteigerung, erwartete man von ihnen doch die Vorarbeiten für und die Umsetzungen von technologischen und sonstigen wissenschaftsbasierten Modernisierungen.

Zum dritten war dieser Wissenschaftsoptimismus zwar wesentlich ein Naturwissenschaftsoptimismus, doch aus dem Selbstbild der SED folgte auch eine starke Wissenschaftsgläubigkeit, die den Gesellschaftswissenschaften neue

---

<sup>15</sup> vgl. Arnold (1967) und aus der gleichen Zeit die westdeutsche Perspektive darauf in Buchholz (1969)

<sup>16</sup> vgl. zur Berechtigung dessen entsprechende ost-west-deutsche Vergleiche in Abele/Barkleit/Hänseroth (2001)

Aufgaben zuwies. Man sah die Politik mit dem Marxismus-Leninismus wissenschaftlich begründet, und das entsprechende Schlagwort war „wissenschaftliche Planung und Leitung“. Um Steuerungswissen zu erlangen, suchte der Parteiapparat sein Handeln folglich unter anderem mit wissenschaftlicher Fachexpertise zu untermauern – wenn auch mit der gravierenden Einschränkung, dass die politischen Prämissen nicht infragezustellen waren. Mit der Kybernetik, soeben noch bürgerliche Scheinwissenschaft und nun zur sozialistischen Optimierungslehre promoviert, schien die Wissenschaft die hierfür benötigte Expertise bereitzuhalten: Die Verbindung von subsysteminterner Regelung mit gesamtsystemischer Steuerung, so die seinerzeit herrschende Annahme, lasse eine optimierte Lenkung und Leitung zu.<sup>17</sup>

So versuchte man, um die Innovationsschwäche zu beheben, eine systemimmanente Reform des politisch-ökonomischen Steuerungsmodells zu bewerkstelligen. Das sogenannte Neue Ökonomische System der Planung und Leitung (NÖSPL, kurz NÖS) sollte einer „Vervollkommnung“, sprich: Versachlichung des Führungsprozesse dienen. Bei übergreifender Planung sei insbesondere die Eigenlogik der Ökonomie stärker zu berücksichtigen.<sup>18</sup> Die von der wissenschaftseuphorischen Grundstimmung beflügelten Fachdisziplinen sollten dabei deutlich innovationsorientierter werden. 1963 bis 1967, zwischen dem VI. und VII. Parteitag der SED, wurde in strategischen Arbeitskreisen zu Kybernetik, Modelltheorie, Praxeologie und Operationsforschung gearbeitet, eine Akademie für Marxistisch-Leninistische Organisationswissenschaft vorbereitet (und 1969 gegründet), über „komplexe Systemautomatisierung in Großvorhaben“ und „Fließverfahrenszüge“ geforscht. Die Kybernetik war „eine Möglichkeit, aus der geschlossenen Welt der Dogmatik ins Freie des Experiments zu gelangen“. (Decker 2015: 24f.)

Im Zuge dessen wurde z.B. eine Wissenschaftsforschung etabliert, die vor allem die Mechanismen der Wirksamkeitssteigerung naturwissenschaftlicher Forschung untersuchen sollte. Ihre Institutionalisierung begann im wesentlichen Ende der 60er Jahre, hatte aber eine intensive Vorgeschichte.<sup>19</sup> Drei Diskursfelder waren es, die sich hier verknüpften (wobei den paradigmatischen Rahmen jeweils die dialektisch-materialistische Weltanschauung bildete): das Konzept von der Produktivkraft Wissenschaft, die Diskussionen zur wissenschaftlich-technischen Revolution und philosophische Theorien wissenschaftlichen Erkennens (Kany 2016: 47).

So wurde etwa ein Konzept unter dem Titel „Zyklus Wissenschaft – Technik – Produktion“ entwickelt (vgl. Albrecht 1982). Hierzu fanden sich allgemeine

---

<sup>17</sup> vgl. Liebscher (1995); Segal (o.J.); Dittmann/Seising (2007); Witte (2011); Dath (2015)

<sup>18</sup> vgl. Laitko (1996); Steiner (1999); Sywottek (2000)

<sup>19</sup> ausführlich dargestellt bei Laitko (2018: 13–154)

Gesetzmäßigkeiten der gegenseitigen Abhängigkeit dieser drei Faktoren formuliert sowie Fallstudien unternommen. „Der Pragmatik in der Industrie aber war mit solchen Modellen nicht beizukommen“ (Mocek 1994: 17). Ebenso ging es der Wissenschaftsforschung um den Dreiklang „Bildung – Wissenschaft – Produktion“ (Kröver 1989: 21): „Im Mittelpunkt muß die Untersuchung der komplexen Zusammenhänge zwischen wissenschaftlich-technischem, ökonomischem und sozialem Fortschritt bei der umfassenden Intensivierung der Volkswirtschaft, anderer Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und der Wissenschaft selbst stehen.“ (Hörnig 1989: 12f.) So vom ZK-Abteilungsleiter für Wissenschaft formuliert, hieß das: An die Wissenschaftsforschung wurden eminent praktische Erwartungen gerichtet.

Dass es diesbezüglich auch politische Unzufriedenheiten gab, darf man wohl einer weiteren Anmerkung des Abteilungsleiters entnehmen: „Abstraktes Theoretisieren und Lebensferne wird bei uns“ – gemeint: im Parteiapparat – „immer Widerspruch und Kritik hervorrufen“: „Eine lebensnahe, fundierte Theorie, die das Potential für konstruktive Vorschläge etwa in der Leitungstätigkeit und für Anregungen des geistigen Lebens sowie der ideologischen Arbeit enthält, ist in der Praxis gewünscht und gefordert.“ Dabei wiederum dürften die „Worte ‚neu‘ und ‚Nutzen für die Gesellschaft‘ ... nicht nebeneinander gestellt gedacht werden. Stiftung produktiver Unruhe darf nicht mit unproduktiver Verunsicherung verwechselt werden.“ (Ebd.: 11f.)

Parallel zur Etablierung dieser aus Sicht der Politik als Optimierungswissenschaft gedachten Wissenschaftsforschung wurde die III. Hochschulreform 1967ff. konzipiert. Diese war zugleich eine Reform der Wissenschaftsakademien. In der Vorbereitung wurden 1967 die Staatssekretariate für Hoch- und Fachschulwesen sowie für Forschung und Technik zu Ministerien aufgewertet (vgl. Sperlich 2009). Die III. Hochschulreform insgesamt war ambivalent: als Versuch, die Wissenschaft auf Parteilinie zu bringen und gleichzeitig ihre Effizienz zu steigern (Krüger/Mörl 2006: 54). Mit ihr sollte erstens die verbliebene Macht bürgerlicher Ordinarien an den Hochschulen neutralisiert werden. Das erschien aus der Sicht von Partei und Staat notwendig, um zweitens einem technokratischen und utilitaristischen Verständnis von Wissenschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Drittens ging es um eine Modernisierung des Studiums: mehr Vermittlung von Grundlagenwissen, Befähigung der Studierenden, sich Kenntnisse selbstständig anzueignen, und Spezialisierung dann in der anschließenden Berufstätigkeit (Hörnig 1965: 7–13).

Dem dienten einige Strukturveränderungen: Kaderentwicklungsprogramme, an den Hochschulen die Abschaffung der Institute und Einführung von Sektionsstrukturen, in der Universitätsmedizin die Umwandlung der Fakultäten zu je einem „Bereich Medizin“, all dies verbunden mit unmittelbaren Weisungsstrukturen nach dem Einzelleiterprinzip sowie einer zentralen Etatbewirtschaftung an den Hochschulen. Zugleich war die neue Struktur mit einer

Zentralisierung nicht nur von Entscheidungs-, sondern auch Kontrollprozessen verbunden. An der Akademie der Wissenschaften setzte man ebenfalls auf strukturelle Zentralisierung, indem große Zentralinstitute gegründet wurden.

Nach 1990 avancierte die III. DDR-Hochschulreform zu einem Thema, an dem sich der gedächtnisgeprägte Zugang zur DDR-Wissenschaftsgeschichte auch im Detail besonders deutlich zeigte. Gregor Schirmer (1932–2023), seinerzeit stellvertretender Minister für Hoch- und Fachschulwesen, hielt fest, dass mit der Neustrukturierung der Hochschulen „eine Anleihe aus dem Department-System der USA aufgenommen“ worden sei – ohne dass man seinerzeit diesen Umstand „aus nahe liegenden Gründen öffentlich oder intern“ erwähnt habe (Schirmer 2004: 37). In der Tat können die Bildung von Sektionen (*departments*), Weisungsstrukturen nach dem Einzelleiterprinzip (*decanal leadership*) oder Kaderentwicklungsprogramme (*human resources development*) so gedeutet werden. Dagegen passen die zentrale Etatbewirtschaftung an den Hochschulen und die Zentralisierung von Entscheidungs- und Kontrollprozessen nicht zu einer Department-Struktur.

Wo nun aber ein anderer Zeitzeuge bei der III. Hochschulreform allein die brachiale Verabschiedung von akademischen Traditionen und vermeintliche Sowjetisierung erinnert (siehe Mehlig 1999: 57–126, 198–204), da bleibt ihm das in der Reform zumindest auch steckende Modernisierungspotenzial verborgen. Letzteres kann aber durch einen analytisch-distanzierten Zugang freigelegt werden. Dann lässt sich die Einlösung der Modernisierungsabsichten dieses wissenschaftspolitischen Maßnahmenbündels kritisch untersuchen und bewerten. Am Ende gelangt man, die vorherrschende simplifizierende Verurteilung korrigierend, zu einer weit ambivalenteren Einschätzung der III. Hochschulreform (so Lambrecht 2007).

Ein tatsächlicher Sowjetisierungsimpuls scheiterte am obstruktiven Widerstand der Hochschulen: Diese wollten sich nicht zu reinen Lehranstalten degradieren lassen (vgl. Middell 1997). Ursprünglich war in der Tat eine möglichst weitgehende Trennung von Forschung und Lehre an der Trennlinie von Akademieinstituten und Hochschulen beabsichtigt. Doch vermochten es die Hochschulen in den folgenden Jahren, ihre Forschungskapazitäten als unverzichtbare Optimierungressourcen für die sozialistische Entwicklung des Landes darzustellen.<sup>20</sup> Am Ende entstand ein Wissenschaftssystem, das sämtliche Einrichtungen – Akademien wie Hochschulen – mit der Anforderung befrachtete, gleichermaßen Grundlagen- und Anwendungsforschung zu betrei-

---

<sup>20</sup> Dass das (natur-)wissenschaftliche Personal der Hochschulen dabei nicht nur forschungsaktiv blieb, sondern auch forschungsproduktiver war als das Personal der Institute an den Forschungsakademien, wird unten dargestellt: siehe 7.2. Forschung.

ben. An der AdW wurde die Grundlagenforschung auf einen durchschnittlichen Anteil von 25 Prozent heruntergefahren, und die neuen Orientierungen hießen „auftragsgebundene Forschung“ und „aufgabenbezogene Finanzierung“ (Teichmann 2002: 161).

Zur Umsetzung der großen Losung des Jahrzehnts „Wissenschaft als Produktivkraft“ gehörte aber auch, dass die Hochschulbildungsbeteiligung deutlich ausgeweitet worden war. Sie erreichte – bei gleichzeitiger Verdichtung der Studiengänge von fünf auf vier Jahre, später wieder teilweise korrigiert – 1970 ihren Höhepunkt mit 19 Prozent Anteil an den einschlägigen Altersjahrgängen (Reisz/Stock 2007: 61). Das war durchaus beachtlich: In der Bundesrepublik, die zeitgleich eine Hochschulexpansion eingang gesetzt hatte, nahmen 1970 erst zwölf Prozent der 19- bis 29jährigen ein Hochschulstudium auf (Lundgreen 2008: 282). Zwar hatte es in der DDR seinerzeit, anders als in der damaligen Bundesrepublik, keine Gründungswelle neuer Hochschulen gegeben. Doch erfuhren die bestehenden DDR-Hochschulen eine massive Kapazitätserweiterung: In der zweiten Hälfte der 60er Jahre vergrößerte sich ihr Wissenschaftlerbestand um nahezu 40 Prozent (Burkhardt/Scherer 1997: 301).

Ebenso für die Expansion der Hochschulen wie die Expression der wissenschaftseuphorischen Gesellschaftsprogrammmierung wurde zugleich auch in Bauten investiert. Nach Rudolf Rothe (1985: 52) lasse sich ab 1965 von einer dritten Planungsperiode des Hochschulbaus sprechen. Dabei ging es, wie zuvor schon, sowohl um Erweiterungen und Verlagerungen von Hochschulen als auch den Neubau von Universitätskomplexen. Einige Planungen nahmen in dieser Zeit ihren Anfang und wurden dann in den 70er Jahren umgesetzt, etwa die (konfliktbeladene) Neugestaltung des zentralen Universitätskomplexes am Leipziger Karl-Marx-Platz.<sup>21</sup> Ein Zeitzeuge schätzt zu dieser Bauperiode rückblickend ein: Der „Umfang der Forderungsprogramme einschließlich der Forderung nach einprägsamen architektonischen Großformen ... unter Mißachtung des kulturhistorischen Bestandes“ habe zu Gesamtplanungen geführt, die in den meisten Fällen „die gegebenen Realisierungsmöglichkeiten überstiegen“. Nur für die Universitätskomplexe in Leipzig und Jena habe dies nicht gegolten. (Rücker 1999: 75).

In anderer Hinsicht bedeutsam wurde insbesondere in den Naturwissenschaften, dass die III. Hochschulreform auch die Personalentwicklung über Kaderentwicklungsprogramme systematisierte. Diese enthielt nun wesentlich eine politische Steuerungskomponente: Die Systemloyalität wurde verstärkt zum Beschleuniger individueller Karrieren. Damit einher ging eine deutliche Veränderung des politischen Klimas. Ein Zeitzeuge:

---

<sup>21</sup> vgl. Herzog (1990); Rosner (1992); Topfstedt (1994); Winter (1998); Demshuk (2017)

„Nun setzte auch bei den Medizinerinnen ein Vorgang ein, der in anderen Fakultäten ... bereits Anfang der 50er Jahre begonnen hatte: Wer nicht wirklich vom Sozialismus überzeugt war, lernte, sozialistische Gesinnung zu heucheln, lernte, zwischen einer ‚offiziellen‘ und einer ‚privaten‘ Sprache zu unterscheiden und, wo nötig, die erwarteten Floskeln zu gebrauchen. Sie wurden Bestandteil der Beurteilungen, die ständig geschrieben werden mußten für Studenten, für jüngere Mitarbeiter, für Besucher auswärtiger Kongresse und bei zahllosen anderen Gelegenheiten. Hier mußte nicht nur fachliche Qualifikation, sondern vor allem ‚Fortschrittlichkeit‘ bescheinigt werden. Loyalität genügte nicht mehr.“ (Schoenemann 1998: 22)

Insgesamt liefen die Entwicklungen seit dem Mauerbau darauf hinaus, Forschung „in einem engen, operativen Verständnis ... als Vorlauf für die künftige industrielle Produktion“ zu fassen. Dabei zeigte sich der Staats- und Parteiapparat durch die Kadererneuerung seit Ende der 50er Jahre nun kompetenter und durchsetzungsfähiger gegenüber den Interessenvertretungen der Wissenschaft – Forschungsrat, Akademie der Wissenschaften – und einzelnen Forschungsinstituten. Zugleich seien die Bemühungen um langfristige Planung, vor allem solcher der Grundlagenforschung, und um eine Ordnung der Forschungslandschaft nach volkswirtschaftlichen Nutzenüberlegungen nur gegen erheblichen Widerstand der Wissenschaftler durchzusetzen gewesen. (Tandler 2000: 345f.)

### 3. Die 70er Jahre

Die 70er Jahre brachten in der DDR hochschul- und wissenschaftspolitisch vor allem zweierlei: die Abkehr von der Wissenschaftseuphorie, die Rücknahme der expandierten Hochschulbildungsbeteiligung und neuerliche Disziplinierungsschübe. Die Voraussetzung dessen war gewesen, dass Walter Ulbricht (1893–1973) aus Moskau zunehmend misstrauisch beobachtet wurde und die Fraktion um Erich Honecker (1912–1994) gegen ihn intrigierte. Als dann kurz nach dem VII. Parteitag 1967 die Prager Reformer ein Programm vorstellten, das im Bereich von Wirtschaft und Gesellschaftsteuerung dem der Ulbrichtschen Ideen ähnelte, war die Zeit für experimentelle Alleingänge vorbei. Nun bremste die sowjetische Führung Ulbricht aus. Honecker ließ sich in Moskau bestätigen, dass dessen einsetzender Altersstarrsinn eine Änderung in der Parteiführung erzwingen, und putschte erfolgreich.

Mit der Entmachtung Ulbrichts durch Honecker wich die Wissenschafts- und Innovationseuphorie einem deutlich sachlicheren Verhältnis zu Forschung und Hochschulbildung. Die politisch gesteuerte Studienanfängerquote der relevanten Altersjahrgänge wurde auf 12,6 Prozent zurückgefahren, nachdem sie zuvor fast 19 Prozent (1970) erreicht gehabt hatte (Reisz/Stock 2007: 61). Kybernetische Forschung fand im weiteren nur noch in Randbereichen statt, „denn nach dem Prager Frühling wollte die SED-Spitze kein Nachdenken mehr über sich selbst steuernde Systeme“ (Decker 2015: 26).

Wie in anderen Ländern auch, so musste die Politik in der DDR zur Kenntnis nehmen, dass sich das lineare Modell von Forschungsförderung zu industriellem Wachstum als unzulänglich erwiesen hatte. Wissenschaftliche Großprojekte wurden aus wirtschaftlichen Gründen zurückgenommen. Das letzte – noch von den Ulbrichtschen Planungen inspirierte – und ambitionierteste Projekt dieser Art wurde 1971 gestartet und 1975 erschlaft beendet. Es handelte sich um das Großforschungsvorhaben MOGEVUS – Molekulare Grundlagen der Entwicklungs-, Vererbungs- und Steuerungsprozesse. Dessen Schwerpunkt bildeten molekularbiologische Schlüsselprobleme der Grundlagenforschung bei höheren Zellen. Ihre Aufklärung sollte die Voraussetzungen schaffen, um anwendungsorientierte Lösungen für medizinische Diagnose und Therapie, bei der Züchtung von Pflanzenzellen in Zellkulturen, für gentechnische Projekte in der Tierzucht und erhöhte landwirtschaftliche Erträge in der Landwirtschaft zu realisieren. In dem institutionenübergreifenden Vorhaben waren über 800 Wissenschaftler:innen der AdW und aus Hochschulen zusammengeführt worden (Malycha/Thoms 2010: 125f.):

„Doch schon bald erwies sich dieses Vorhaben als undurchführbar, da Pläne und Möglichkeiten immer stärker auseinander klafften. [...] MOGEVUS schei-

terte angesichts eklatanter Mängel in der technologischen Basis biowissenschaftlicher Forschung, insbesondere bei Forschungsgeräten, elektronischer Datenverarbeitung und Laborchemikalien. Sein Scheitern ist auch damit zu erklären, dass die Bedürfnisse biowissenschaftlicher Forschung für die Ministerialbürokratie kaum eine Rolle spielten. [...] Statt den Forschern Autonomie zu gewährleisten, statt der Entwicklung der Forschung zu folgen und sie dort, wo sie erfolgversprechend schien, durch entsprechende Förderangebote zu unterstützen, griff der ostdeutsche Staat in den siebziger Jahren immer stärker in die konkrete Organisation der Forschung ein.“ (Ebd.: 127)

Fortan setzte sich dann als Bezugsrahmen für die wissenschaftliche Arbeit immer mehr die DDR-eigene Situation und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion durch (Tandler 2000: 346f.) – eine tendenzielle Abkopplung vom internationalen Referenzsystem.

Auch das Baugeschehen wurde an die reduzierten ökonomischen Möglichkeiten (und die aus sozialpolitischen Gründen favorisierte Expansion des Wohnungsbaus) angepasst. In der, nach Rudolf Rothes (1985: 53) Zählung, vierten Phase des Hochschulbaus ab 1972 konzentrierte man sich auf die „komplexe Rekonstruktion“ von Hochschulen. Politisch wurde auf die „intensiv erweiterte Reproduktion der Grundfonds“ orientiert. Dies waren Umschreibungen dafür, dass vor allem Bestehendes saniert, umgebaut und modernisiert wurde, Neubau aber kaum noch infragekam (Rücker 1999: 75). Besonders ab 1978 bewirkte die wirtschaftliche Agonie der DDR dann nochmals stärkere Einschränkungen „auf die bloße Instandhaltung, ohne dabei den Verschleiß der überalterten Bausubstanz aufhalten zu können“ (Korneli/Gläser 1999: 94).

Die Veränderungen der 70er Jahre betrafen aber nicht allein die politische Steuerung und veränderte Ausgabenprioritäten, sondern auch inhaltliche Entwicklungen. So kam einer der interessantesten Versuche, im Rahmen der Wissenschaftsforschung eine Systematisierung von Innovationsprozessen zu organisieren, unter die Räder: die Systematische Heuristik, deren Begründer Johannes Müller (1921–2008) seit 1968 Dozent für Allgemeine Wissenschaftskunde an der TH Dresden war. Hubert Laitko fasst das Grundkonzept bündig zusammen (Laitko 2018: 134ff.): Prozesse der geistigen Arbeit ließen sich in Phasen aufgliedern. Von diesen seien manche Routinestrecken, andere hingegen Phasen schöpferischer Arbeit. Für erstere ließen sich trivialerweise Programme angeben, die mit Sicherheit zum Ziel führen. Für letztere gelte dreierlei:

- Auch die schöpferischen Phasen seien einer Programmierung zugänglich, wengleich keiner deterministischen, sondern einer heuristischen. Diese steigern die Erfolgswahrscheinlichkeit, ohne damit schon den Erfolg zu garantieren.

- Solche heuristischen Programme ließen sich nicht a priori entwerfen, sondern müssten aus den Erfahrungen wirklicher Problemlösungsprozesse gewonnen werden. Dabei hätten diese Prozesse einen zweifachen Ertrag: die konkrete Problemlösung selbst und den methodologischen Erfahrungsgewinn über das dabei realisierte Vorgehen. Zu letzterem schrieb Müller anschaulich:

„Sollten wir einen Baumeister beobachten, der das Gerüst, mit dem der Bau errichtet wurde, anschließend verbrennt oder einfach liegen läßt, um sich das nächste Mal wieder ‚schöpferisch‘ einfallen zu lassen, wie man denn einen Bau hochziehen könnte, würden wir ihn für verrückt erklären. In Forschung und Entwicklung galt das bisher als normal.“ (Müller 1969: 72)

Indem die heuristischen Programme in Auswertung immer neuer Anwendungsverfahren sukzessiv weiter verbessert würden, entstehe kein Garantieschein für das Gelingen neuer Problemlösungen. Doch lasse sich versprechen, dass man bei Anwendung eines heuristischen Programms mit größerer Wahrscheinlichkeit in kürzerer Zeit zum Ziel gelange. (Ebd.: 71)

- Die heuristischen Programme müssten in wohlgeordneten und tief gegliederten Programmbibliotheken bereitgestellt werden.

Das Erstaunliche nun war: Mit diesem Konzept wurde zwar eine zentrale Anforderung an die Forschung erfüllt – sie müsse vor allem praktisch werden, um akute Effektivitätsprobleme der DDR-Wirtschaft mit lösen zu helfen –, und dennoch verschwand es in der Versenkung. Zuvor hatte es in Einrichtungen der Industrie- bzw. industrienahen Forschung und Entwicklung beträchtlichen Anklang gefunden (vgl. z.B. Müller 1970). Dann wurde Müller an die 1969 gegründete Akademie für Marxistisch-Leninistische Organisationswissenschaft (AMLO) berufen, um eine Abteilung für Systematische Heuristik zu leiten. Die AMLO indes war ein Herzensanliegen Walter Ulbrichts und wurde – deshalb – nach dem Machtwechsel zu Erich Honecker bereits 1971 wieder geschlossen (vgl. Sukrow 2018: 323–484). Müller und seine Gruppe wechselten an das AdW-Zentralinstitut für Kybernetik und Informationsprozesse (ZKI).

Warum der Systematischen Heuristik in diesem institutionellen Rahmen keine weitere Karriere mehr beschieden war, ist bislang unaufgeklärt. Immerhin hatte sie exemplarisch gezeigt, „welches Maß an Praktikabilität ein Ansatz erreichen konnte, der die allgemeine Grundidee der Wissenschaftsforschung in geeigneter Weise konkretisiert und spezifiziert“ (Laitko 2018: 136). Man kann vermuten, dass die Systematische Heuristik den „antikybernetischen Stimmungen“ (ebd.: 158) zum Opfer fiel, die sich im Zuge der Dämmerung der Ulbrichtschen Herrschaft ausbreiteten. Einen anderen orientierenden Hinweis gibt einer der Protagonisten des Ansatzes: „Es durfte nicht sein, dass der Sozialismus mit ‚technokratischen‘ (ideologiefreien!) Methoden aufgebaut

werden sollte. Die hoch spezialisierte Beratergruppe wurde aus rein ideologischen Gründen aufgelöst. Jedem von uns wurde noch ein Orden an die Brust geheftet ... Damit war mit dem Jahr 1972 ... die industrielle Anwendung der Systematischen Heuristik beendet.“ (Albrecht 2012)<sup>22</sup>

Der Hintergrund der oben erwähnten, politisch veranlassten Reduzierung der Hochschulbildungsbeteiligung von 19 auf 12,6 Prozent wurde in einer Aussage der Volksbildungsministerin Margot Honecker (1927–2016) auf dem VIII. SED-Parteitag offenkundig: „Manche Formulierungen in unserer Propaganda ... erweckten zeitweilig den Eindruck, als müsste unsere Schule die Jugend in erster Linie auf das Studium ... vorbereiten“. Doch müsse die „Tatsache, daß unsere Schule in erster Linie den hochqualifizierten Facharbeiternachwuchs vorzubereiten hat, mehr in das Blickfeld unserer gesamten Arbeit rücken“ (M. Honecker 1971: 79f.). Mit diesen Worten war eine Beendigung der Hochschulexpansion zugunsten der Förderung des Facharbeiters dekretiert. Damit wiederum seien, so Robert D. Reisz und Manfred Stock, nicht einfach Posten in einer bildungsökonomischen Bilanz gemeint. Vielmehr sei der Begriff des Facharbeiters als Kampfbegriff eingesetzt worden, „der gegen den politischen Aufstieg der Intelligenz gerichtet war“ (Reisz/Stock 2007: 61). Anders gesagt: Träger der sozialistischen Revolution sollten wieder die Arbeiter, nicht die Intelligenz sein.

Zugleich verfestigten sich Wahrnehmungen, dass die Hochschulen einerseits ihre Studierenden unzulänglich auf die berufliche Praxis vorbereiteten, andererseits gar nicht alle Absolvent:innen in der betrieblichen Praxis gebraucht würden. Das Theorie-Praxis-Verhältnis wurde, wie in der Forschung, so auch hinsichtlich der Lehre fortdauernd problematisiert.<sup>23</sup> Ein Akteur aus dem Institut für Hochschulbildung an der Humboldt-Universität erinnert sich an Treffen mit Direktoren, Leitern und Absolventen in der Industrie, die in den 70er Jahren stattfanden:

„Gelobt wurden die jungen Leute, die nach ihrer Berufsausbildung ... drei Jahre Fachschule absolviert hatten; sie fanden sich schnell zurecht in der Praxis. Den Absolventen von Hochschulen fiel es schwer. Auf Dauer gesehen bewährte sich die sehr gründliche Grundlagenausbildung, sie konnten sich auf wechselnde Anforderungen einstellen. Doch der Übergang in die Industrie!

---

<sup>22</sup> Dass Johannes Müller gleichwohl an dem Thema weitergearbeitet hatte, belegt eine 1990 erschienene Zusammenfassung der Forschungserträge: Müller (1990). Vgl. auch für die Jahre davor die Literaturliste unter <http://www.storyal.de/story2004/heuristik.htm#lit> (11.11.2018). Überdies wurde in den 70er Jahren begonnen, sog. Erfinderschulen zu initiieren, die Anregungen der Systematischen Heuristik aufnahmen (vgl. Thiel 1977, IfH o.J. [1978], Rindfleisch/Thiel 1994; Gräbe 2020)

<sup>23</sup> vgl. etwa die durch die DDR-Hochschulpädagogik veranlassten Bemühungen um „selbständige wissenschaftliche Tätigkeit der Studenten“, die nicht in erster Linie auf Tätigkeiten in der Wissenschaft, sondern auf solche in der außerwissenschaftlichen Praxis vorbereiten sollte (z.B. Lorf 1976, Kiel 1981, Busching/Lamm 1984, ZHB 1986)

[...] Tatsächlich waren die Hochschulen hervorragend in der fachgerechten Ausbildung von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren. [...] Doch die Absolventen waren eingestellt auf Bilderbuch-Szenarien.“ (Thiel 2010: 214)

Zeitgleich wurde auch festgestellt, dass der Einsatz der Absolvent:innen in den Betrieben häufig nicht qualifikationsgerecht erfolge. Das Institut für Hochschulbildung der Humboldt-Universität schrieb 1977 in einer „Kurzinformation Minister“ an das MHF: Ein Vergleich der Daten für 1966 und 1975 habe ergeben, dass 15 Prozent der Absolventen ingenieurtechnischer Studiengänge nicht fachgerecht eingesetzt seien. Für die Absolventen einzelner Hochschulen hätten sich auch deutlich höhere Quoten ergeben. So seien Ingenieurabsolventen der TH Magdeburg zu 23 Prozent und der Hochschule für Verkehrswesen Dresden zu 20 Prozent außerhalb ihrer studierten Fachrichtung beruflich tätig. Drastischer noch verhalte es sich bei Mathematikabsolventen der Universität Leipzig, die zu 37 Prozent, und Verfahrenschemeikern von der TH Leuna-Merseburg, die zu 35 Prozent fachfremd arbeiteten. (Dietrich 1977: 1f.)

Es handelte sich offenkundig um ein Dauerproblem, denn auch 1983 schätzten lediglich 27 Prozent der Mathematiker und 44 Prozent der Physiker des Absolventenjahrgangs 1978 ihren beruflichen Einsatz als sowohl studienfach- als auch niveaugerecht ein (Hauser/Baeger 1984: 2). Doch nicht nur das: Solche fachlichen Fehleinsatzquoten stellten unmittelbar das Selbstverständnis der politisch Verantwortlichen infrage, dass man in der Lage sei, Bildung und Beschäftigung planerisch aufeinander abzustimmen (dazu erhellend Köhler/Stock 2004).

Nach einer kurzen kulturpolitischen Entspannungsphase („Weite und Vielfalt“), die auf den VIII. SED-Parteitag folgte, wurden die 70er Jahre alsbald wieder durch Disziplinierungen geprägt. Diese waren zwar nicht wissenschaftsspezifisch intendiert, sondern allgemein intelligenzpolitisch – mit dem Höhepunkt der Biermann-Ausbürgerung 1976 und den daraus folgenden Entwicklungen insbesondere in den künstlerischen Milieus. Doch hatten diese Vorgänge Auswirkungen auch auf Hochschulen und Forschungsinstitute. Politisch orthodoxe Positionen gewannen dort die Oberhand, und politisch motivierte Verfahren gegen Studierende und Wissenschaftler:innen strahlten in ihren Disziplinierungswirkungen weit aus.

Die Parteiaufsicht über die wissenschaftsinternen Vorgänge wurde verstärkt ergänzt durch eine geheimpolizeiliche. Diese prägte zwar nach allgemeiner Auffassung der meisten Wissenschaftler:innen den akademischen Alltag weniger, als dies nachträglichen Forschungsdarstellungen zu entnehmen ist.

Doch erzeugte sie zumindest ein latentes Bewusstsein des Beobachtetwerdens. Überdies wurde sie dann, wenn ein Wissenschaftler erst einmal ins operative Fadenkreuz gelangt war, sehr schnell existenziell.<sup>24</sup>

Bilanzierend hielt dann 1990 das AdW-Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft fest, in welcher Weise Intelligenz und Forschung dem Honeckerschen Verständnis vom Funktionieren der Gesellschaft hatten untergeordnet werden sollen: „Sie sollten als gut funktionierende und nicht so leicht erschöpfbare Kraftreserve, zufrieden mit einem stagnierenden und sich allmählich verschlechternden Lebensstandard, als eine Armee von Arbeitskräften auf Billiglohn-Niveau, dem Wirtschaftsdirigismus der Parteilührung einsatzfreudig zur Verfügung stehen“ (Meyer 1990: 9).

---

<sup>24</sup> vgl. z.B. Mielke/Kramer (1997); Römer (2000); Witte (2006); Börner (2012); Buthmann (2020)

## 4. Die 80er Jahre

Die 80er Jahre waren in der DDR von einer allgemeinen gesellschaftlichen Krise und einer Generationsblockade geprägt. Beide wirkten auch unmittelbar auf die und in der Wissenschaft:

■ Die offensichtlich werdende Krise des sozialistischen Systems wurde weder in der Politik noch in der Wissenschaft als gesellschaftliche Krise begriffen, sondern vorrangig als Steuerungskrise (Ettrich 1992: 450). Die Undenkbarkeit, dass dieses doch historisch fortschrittlichere System schlicht zusammenbrechen könnte, die geringe Attraktivität des kapitalistischen Systems außerhalb seiner Prosperitätszonen Westeuropa, Nordamerika, Australien und Japan sowie, vor allem, die Labilität der Kalten-Kriegs-Situation mit den immer wiederkehrenden Überhitzungsphasen, deren Gleichgewicht des Schreckens nur aufrechtzuerhalten war, wenn (auch) die sozialistische Seite stabil blieb – dies sorgte für eine Selbstbegrenzung des wissenschaftlichen Denkens im Angesicht der realsozialistischen Systemkrise.

■ Doch selbst systemimmanente Steuerungsreformen wurden blockiert. Auch hierfür findet sich allgemeingesellschaftlich wie wissenschaftsspezifisch eine gemeinsame Ursache: Die Aufbaugeneration der DDR okkupierte anhaltend die Führungspositionen und Schaltstellen des Systems, während eine eher an technokratischer Sachlichkeit orientierte mittlere Kadergeneration in der zweiten Reihe gehalten wurde. Nicht zuletzt diese Generationsblockade verhinderte systemimmanente Steuerungsreformen bzw. deren (rechtzeitiges) Vordenken in der Wissenschaft. Eine der wenigen Ausnahmen für letzteres stellte das 1987 gegründete „Projekt Sozialismus-Theorie“ an der Humboldt-Universität zu Berlin dar. Es suchte, akademisch wie politisch ambitioniert, nach theoretisch begründbaren Wegen aus der offenkundigen Krise des sozialistischen Modells in Gestalt einer veränderten Reproduktionslogik für alle gesellschaftlichen Bereiche. Dies sollte in ein Konzept münden, mit dem sich die nötige Kritik in einer offiziell akzeptierten Weise begründen lasse. (Segert 2008: 48–74) Doch auch dieses Projekt kam zu spät, um noch praktische Wirkungen entfalten zu können.<sup>25</sup>

Zugleich wären die 80er Jahre wissenschaftspolitisch unvollständig beschrieben, wenn nicht auch auf einige inhaltliche Öffnungen verwiesen würde. Politisch veranlasst war eine Art historischer Entspannungspolitik gegenüber der Reformation und Preußen. In Bezug auf erstere war diese wesentlich davon getrieben, dass 1983 die 500. Wiederkehr von Martin Luthers (1483–

---

<sup>25</sup> vgl. Brie (1988); Brie et al. (1989); Land/Kirschner (1990); Roctus (1999) und sämtliche Literatur zu diesem Thema im Überblick: Pasternack/Hechler (2016: 522–524)

1546) Geburtstag anstand und sich die DDR als Bewahrerin und Zielpunkt aller progressiven Entwicklungen der deutschen Geschichte präsentieren wollte (vgl. Brendler 1983; Maser 2013: 59–435). Ende der 70er Jahre hatten auch Neudeutungen der preußischen Geschichte und namentlich Friedrichs II. (1712–1786) begonnen (vgl. Mittenzwei 1980). Nun wurden deren modernisierende Aspekte betont.

Zu Umdeutungen kam es aber auch in Bezug auf Personen wie Otto von Bismarck (1815–1898), Franz Kafka (1883–1924) oder Friedrich Nietzsche (1844–1900). Zu Bismarck publizierte der Historiker Ernst Engelberg (1985) eine zweibändige Biografie, die den Reichskanzler in seine Zeit stellte und derart auch würdigend ausfallen konnte. Zu Kafka, der bisher als problematischer Gestalter auswegloser Entfremdung galt, fand 1983 eine Kafka-Ehrung statt – die zugleich auf einer verborgenen Kafka-Rezeption in der DDR-Germanistik aufbauen konnte (vgl. Hermsdorf 2006). Bei Nietzsche, bislang als intellektueller Vorläufer des deutschen Faschismus geschmäht, waren es zunächst Literaten, die eine Neubewertung eingangsetzten, welche dann von Philosophen sekundiert wurden (vgl. z.B. Pepperle 1986 und 1988; Steinbach/Heyer 2016).

Wesentlicher für die Wissenschaftsentwicklung aber war, dass die DDR in den 80er Jahren um ihr ökonomisches Überleben kämpfte.<sup>26</sup> So hatte sich auch im Hochschul- und Wissenschaftsbereich incl. Hochschulmedizin seit den 70er Jahren ein großer Stau an nötigen Investitionen bei Gebäuden, Anlagen, apparativen Ausstattungen und Rechentechnik aufgebaut. Zur „höchsten Tugend“ avancierte es, Valuta einzuspielen. Aus dem Zentralinstitut für organische Chemie (ZIOC) in Berlin-Adlershof wurde berichtet, dass „hochqualifizierte promovierte Wissenschaftler aus der Chemieforschung abgestellt wurden, um an eigens dafür geliehenen Olivetti-Computern nach standardisierten Vorgaben Literatur-Exzerpte für ein Dokumentationszentrum der Bundesrepublik anzufertigen“ (Teichmann 2002: 163). In der Hochschulmedizin fand sich die allgemeine Versorgungskrise im Laufe der 80er Jahre zunehmend durch Ausreisen von medizinischem Fachpersonal verschärft.

Die nichtintendierten Effekte politischer Steuerungsbemühungen nahmen zu. Zum Beispiel meldete eine „Kurzinformation Minister“ aus dem Zentralinstitut für Hochschulbildung Probleme, die sich seit längerem beim quantitativen Verhältnis von Physikern und Ingenieuren in Studium und Beschäftigung aufbauten. Ohne Umschweife stieg der Text mit der Beschreibung der Problemlage ein:

---

<sup>26</sup> Vgl. Schürer et al. (1989); Hertle (1991); Schürer (2014: 100–197). Ohne dies hier vertiefen zu können, sei zumindest darauf verwiesen, dass es dazu auch konkurrierende Auffassungen gibt, vgl. aus jüngerer Zeit Roesler (2020).

„Ein Vergleich der Absolventenzahlen von Diplomphysikern und Diplomingenieuren in der DDR mit denen anderer entwickelter und vergleichbarer Industrieländer zeigt einige gravierende Unterschiede:

- In den letzten Jahren sind die Absolventenzahlen von Diplomphysikern in der DDR ständig zurückgegangen und verhältnismäßig gering, während sie in anderen Ländern ansteigen.
- Das Verhältnis zwischen den Absolventenzahlen von Diplomphysikern und Diplomingenieuren beträgt in der DDR gegenwärtig 1 : 29. Demgegenüber hat sich dieses Verhältnis in vergleichbaren Ländern (z.B. BRD, Großbritannien u.a.) stetig zugunsten der Physiker entwickelt und liegt gegenwärtig um 1 : 5. (Das vom MHF erarbeitete vorläufige Zulassungskonzept sieht bis zum Jahre 2010 eine weitere starke Steigerung der Ausbildungszahlen von Diplomingenieuren vor, wodurch die Differenz zu den Physikern weiter wächst.)“ (Hopsch 1988: 1)

Nach der renitenten Klammeranmerkung folgt eine tabellarische Darstellung der Absolventendaten für die DDR, die BRD, Österreich, die Schweiz und Großbritannien. Im Anhang werden ergänzend die Beschäftigungsrelationen zwischen Physikern und Ingenieuren in wichtigen Kombinat und Industriezweigen der DDR einerseits und bei Siemens andererseits gelistet. Bei Carl Zeiss Jena und Robotron Dresden z.B. kommen demnach auf einen Diplomphysiker elf bzw. 15 Diplomingenieure; bei Siemens beträgt das Verhältnis eins zu knapp fünf. Fazit: „Alles zusammengenommen, ergibt der Vergleich ein nicht zu unterschätzendes Defizit an physikalisch ausgebildeten Kadern für die DDR.“ (Ebd.: 2)

Die Studienerfolgsquoten waren bereits seit 1975 deutlich zurückgegangen. 1987 hieß es, dass im Durchschnitt etwa drei von vier Studienanfängern des Direktstudiums zum Abschluss gelangten. Im Fernstudium bzw. Forschungsstudium seien es zwei von drei. Im Direktstudium betrage der Studienabbruch im Durchschnitt mehr als ein Fünftel der Studienanfänger, wobei sich dies auf einige Wissenschaftszweige und Fachrichtungsgruppen besonders konzentriere. „Technikwissenschaften und Mathematik/Naturwissenschaften verzeichnen überdurchschnittlich hohe Abbruchquoten, die Wissenschaftszweige Wirtschaftswissenschaften und Literatur- und Sprachwissenschaften einen besonders starken Anstieg gegenüber dem Studienanfängerjahrgang 1975.“ Das Verhältnis von Studienabbrechern zu Absolventen habe sich im Hochschuldirektstudium von 1975 bis 1987 von 1 : 6 auf 1 : 4 erhöht, im Hochschulfernstudium sogar von 1 : 8 auf 1 : 3.<sup>27</sup>

Aber auch auf weit elementareren Ebenen zeigte sich die Systemkrise im Hochschulwesen. Im Februar 1989 legte das Zentralinstitut für Hochschulbildung (ZHB) dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen einen Bericht

---

<sup>27</sup> zit. aus einer unveröffentlichten Analyse in Gebuhr (1987: 1)

unter dem Titel „Grundlinien der Gestaltung des Hochschulwesens der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts“ vor (ZHB 1989). Dieser kann bei genauer Lektüre als ein Fanal der Frustration gelesen werden. Zwar wurden auch dort, wie in DDR-Texten üblich, vor allem erreichte Errungenschaften benannt. Doch zieht man diese – quantitativ dominierenden – Passagen ab, dann ergeben sich sowohl eine beträchtliche Mängelliste als auch vergleichsweise deutliche Einreden gegen politisch gesetzte Forderungen.

Zur Ausstattung der Hochschulen hieß es etwa: In den zurückliegenden Jahren habe die Erhaltung, Erneuerung, Modernisierung und Rekonstruktion von vorhandenen Gebäuden und Ausrüstungen nicht im notwendigen Maße erfolgen können, sodass eine Überalterung und ein z.T. hoher Verschleißgrad eingetreten sei. Modellrechnungen verdeutlichten, „daß der angestaute (Nachhole)Bedarf zur einfachen Reproduktion der Fonds (Ersatz, Erneuerung, Rekonstruktion) erforderliche Erweiterungsinvestitionen in den 90er Jahren um ein Mehrfaches übersteigt!“ (ZHB 1989: 15) Ähnlich einschränkend waren die Ausstattungsbedingungen an der Akademie der Wissenschaften, wie das AdW-Wissenschaftsforschungsinstitut herausarbeitete. Ende der 70er Jahre hatte dort noch jedes zehnte Forschungslabor seine Forschungstechnik international zu den Spitzengeräten gezählt, doch schon 48 Prozent der Forschungsgruppen beklagten sich über eine Geräteausstattung, die international nicht mehr Schritt halte. Letzteres betraf dann 1986 zwei Drittel der Labore. Die Akademie verfügte „im Durchschnitt erst fünf Jahre später als die führenden westlichen Forschungszentren über die für die Erringung von Spitzenleistungen ... unerläßlichen gerätetechnischen Voraussetzungen“. (Meier 1999 [1987]: 1323)

Zugleich habe sich im letzten DDR-Jahrzehnt, so Klaus Meier, das Verständnis der Rolle von Forschung unter der Hand „von einer Art ‚Geheimwaffe‘ in der Systemauseinandersetzung zu einem ‚Feuerwehr- und Notdienst‘“ gewandelt. Die Gründe sind leicht einsichtig: Es galt, „die Folgen des westlichen High-Tech-Embargos, der Devisenknappheit und des technologischen Nachlaufs in Grenzen zu halten“ (ebd.: 1308f.).

Das Zentralinstitut für Hochschulbildung beschrieb und kommentierte auch die studentischen Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie seien deutlich ungünstiger als die von nichtstudierenden Gleichaltrigen (ZHB 1989: 19): „Verstärkt entstehen Probleme dadurch, daß mit der Erhöhung des materiellen Lebensniveaus der arbeitsfähigen Bevölkerung (Wohnraumversorgung, Einkommen, Ernährung, Arbeitsbedingungen, Urlaubsgestaltung) die Schere zwischen dem allgemeinen und dem studentischen Lebensniveau größer geworden ist“ (ebd.: 45). Während sich von 1971 bis 1987 die Pro-Kopf-Netto-Einnahmen der Bevölkerung verdoppelt hätten, seien die studentischen Net-

togeldeinnahmen nur um rund ein Fünftel gestiegen (ebd.: 47). Für die Wohnheime ergäben sich aus der kapazitätsüberschreitenden Nachfrage beträchtliche Einschränkungen des Wohnkomforts. Der gesetzliche Anspruch auf einen Wohnheimplatz erzwingt eine Bewältigung der Unterbringungsquantitäten zulasten der Qualität: Die „hohe Belegungsdichte, niedrige Raumflächen pro Bewohner und fehlende bzw. unzureichende Arbeits- und Kulturräume beeinträchtigen die Arbeitsbedingungen z.T. erheblich“ (ebd.: 45). Das betraf die überwiegende Mehrheit der Studierenden: 1989 wohnten 73,5 Prozent von ihnen in einem Studentenwohnheim (MBW 1990: 28).

Zum Stand der Hochschulbildung wurde angemerkt: Ein überwiegend nur auf Aufnahme und Speicherung von Wissen gerichtetes Studium könne nicht dazu befähigen, „mit der beruflichen Leistung solche Verhaltensdispositionen zu verbinden wie Kühnheit im Denken, Risikobereitschaft und Beharrlichkeit sowie sich der politischen und moralischen Verantwortung für die Folgen des Leistungseinsatzes bewußt zu stellen“ (ebd.: 27). Gefordert wird, „am Durchschnitt orientierte Gestaltungskonzepte und Bewertungsverfahren endgültig zu überwinden“: „Den differenzierten Persönlichkeitsprofilen der Studenten muß einerseits verstärkt durch Differenzierungen in den Zielen, Inhalten, Methoden und der Organisation des Studiums entsprochen werden. Andererseits ist mit mehr Nachdruck eine wesentliche Erweiterung *des Handlungs- und Entscheidungsspielraumes* für die Studenten zu ermöglichen.“ (Ebd.: 30, Herv. i. Orig.)

Die Finalisierung der Systemkrise weniger ahnend als spürend mahnte das Regierungsinstitut, die Arbeit an den Hochschulen brauche auch kulturell einen „stimulierenden Nährboden“. Dieser komme nur dann zustande, wenn „ein wissenschaftsförderndes Klima existiert, das von Meinungsstreit, öffentlichen Disputen, Beifall und Widerspruch geprägt ist“ (ebd.: 55). Man wird davon ausgehen können, dass das ZHB empirisches Wissen darüber hatte, dass es mit all dem nicht so weit her sei.

Jedenfalls hatte die Identifikation der DDR-Studierenden mit dem System in den 80er Jahren rapide abgenommen. Die Untersuchungen „Studentenintervallstudie 1977“ und „Student 89“ – durchgeführt vom Zentralinstitut für Jugendforschung und der Leipziger Universität – belegten einen signifikanten Ablösungsprozess von der SED- und Staatsführung. Die einschränkungslose Verbundenheit mit der SED, im Jahre 1977 noch 32 Prozent, war im Frühjahr 1989 auf sieben Prozent gefallen. Diejenige mit der FDJ hatte einen Rückgang von 1977 36 Prozent auf 1989 zwei Prozent erfahren. (Starke 1992: 16f.)

Letzteres ist vor dem Hintergrund zu bewerten, dass die FDJ als Staatsjugendorganisation den größten Teil der DDR-Jugend organisierte, so auch 95 Prozent der Studierenden. „FDJ“ hieß zunächst: hauptamtliche Funktionär:innen. Deren Vertretungsarbeit ging oft genug an den tatsächlichen Interessenlagen der Studierenden vorbei. Sie war geprägt durch politische und ideologische

Vorgaben, durch das Streben nach Einvernehmen mit den jeweiligen Hochschulparteileitungen und Rektoratskollegien. Sie konnte infolgedessen – selbst bei auch vorhandenem guten Willen einzelner Funktionär.innen – den administrativ und durch das Selbstverständnis als „Kampfreserve der Partei“ gesetzten Rahmen kaum durchbrechen.<sup>28</sup>

---

<sup>28</sup> vgl. Gotschlich (1994); Mählert/Stephan (1996); Gotschlich/Lange/Schulze (1997); Schuster (1999)

**B.**

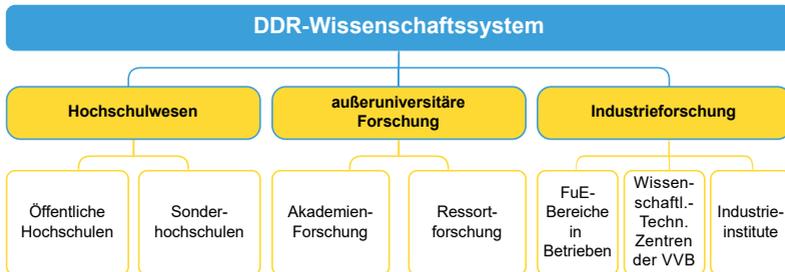
**Sichtachse 2:  
Querschnittsthemen**



## 5. Strukturen und Personal

Das DDR-Wissenschaftssystem umfasste drei Großsegmente, wie sie sich vergleichbar auch in anderen Ländern finden: Hochschulen, außeruniversitäre Forschung (zusammengesetzt aus Wissenschaftsakademien und Ressortforschung) sowie Industrieforschung (Tafel 2).

Tafel 2: Das DDR-Wissenschaftssystem



Räumlich betrachtet, konzentrierte sich in Berlin und den drei sächsischen Bezirken Leipzig, Dresden und Chemnitz die Hälfte der öffentlichen Wissenschaftspotenziale: Im sächsischen Raum waren 32 Prozent und in Berlin 19 Prozent des wissenschaftlichen Personals der Hochschulen und Akademien-Institute tätig (1989, berechnet nach Julier 1990: 3). Bei der Industrieforschung verhielt es sich ähnlich: Die dort Beschäftigten verteilten sich zu 28 Prozent auf die sächsischen Bezirke, und 18,5 Prozent waren in Berlin tätig (berechnet nach Brocke/Förtsch 1991: 84). In Sachsen bestanden allein 22 der 53 öffentlichen DDR-Hochschulen, in Berlin waren es sieben. Die anderen Regionen teilten sich die restlichen 24 Hochschulen. In Berlin befanden sich überdies die relativ meisten Akademieinstitute und die absolut meisten Ressortforschungseinrichtungen. Zugleich gab es den West-Ost-Korridor Nord-Sachsen-Anhalt/Süd-Mecklenburg-Vorpommern/Nord-Brandenburg als nahezu hochschul- und wissenschaftsfreie Zone in der DDR.

In dieser territorialen Ungleichverteilung der wissenschaftlichen Ressourcen wurden, neben unterschiedlichen Bevölkerungsdichten, historische Pfadabhängigkeiten sichtbar: die agrarisch geprägte Struktur Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns mit traditionell geringer Hochschulausstattung einerseits und die industriell geprägte Struktur Sachsens mit seit langem überdurchschnittlicher Wissenschaftsausstattung andererseits. Die unterschiedlichen regionalen Ausstattungen wurden zwar durch zahlreiche Neugründungen von (Spezial-)Hochschulen sowie Instituten der Akademie der

Wissenschaften und der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften nach 1949 gemildert, konnten aber nicht vollständig aufgebrochen werden.

Im folgenden werden die Strukturen und deren Personalausstattung für die genannten drei Großsegmente des DDR-Wissenschaftssystems rekonstruiert. Dafür sind nicht zuletzt Statistiken auszuwerten. Diesbezüglich ist vorab auf ein allgemeines Problem zu verweisen, das einen fortwährend anspricht, wenn man DDR-bezogene Statistiken konsultiert (Tafel 3).

### *Tafel 3: Methodische Kommentare zu DDR-bezogenen Wissenschaftspersonalstatistiken*

---

Eine sich wiederholende Erfahrung bei der Auswertung von DDR-bezogenen Wissenschaftspersonalstatistiken ist, dass die Daten zu (vermeintlich) gleichen Sachverhalten sehr häufig unterschiedlich sind, ohne dass dafür auf den ersten Blick Gründe ersichtlich sind (oder gar angegeben werden). Dies sei exemplarisch erläutert.

1994 hatte das Statistische Bundesamt eine Neuaufbereitung der DDR-Hochschulstatistik vorgenommen. Sie verfolgte das Ansinnen, die DDR-Statistik rückwärts mit der Bundesstatistik vergleichbar zu machen (StatBA 1994). In der Publikation werden zum Hochschulpersonal deutlich andere Zahlen angegeben, als dies in der unten genannten Statistik von Burkhart/Scherer (1997) der Fall ist.

Beim Bundesamt findet sich eine Kategorie „Fachpersonal“. Dieses wird dort unterschieden vom „Leitungs- und Verwaltungs-, Betriebs-, Wirtschafts- und Betreuungspersonal“ (letzteres könnten – eine Vermutung, da keine Erläuterung erfolgt – z.B. die Leiter.innen von Studentenwohnheimen gewesen sein). Es ließe sich daher vermuten, dass es sich beim „Fachpersonal“ um das wissenschaftliche Personal handelt. Einschränkend ist zunächst anzumerken, dass die hier konsultierte Tabelle zwar das Personal der Bereiche Medizin ausschließt, aber – unerklärt – die medizinischen Hochschullehrer.innen in den Summenbildungen einschließt (StatBA 1994: 64). Letzteres wiederum lässt sich auch nicht kalkulatorisch auflösen, da in einer anderen Tabelle zum Personal der Bereiche Medizin die Hochschullehrer.innen nicht gesondert ausgewiesen werden (ebd.: 89), in sonstigen Tabellen aber schon.

Das vom Statistischen Bundesamt angegebene „Fachpersonal“ wird untergliedert in „Lehrkräfte“ und „sonstiges Fachpersonal“. Erstere seien 1989 31.526 gewesen, letztere 18.496 (ebd.: 64). Burkhart/Scherer (1997: 307) liegen mit ihrer Angabe zum wissenschaftlichen Personal – 38.900 – deutlich unter der sich daraus ergebenden Summe von 50.022. Ihre Quelle ist gleichfalls die DDR-Hochschulstatistik. Nur am Rande sei erwähnt, dass an anderer Stelle auch die Angabe publiziert wurde, an den DDR-Hochschulen habe (hier 1988) das „Fachpersonal“ aus 74.646 VbE bestanden (Ehlert et al. 1990: o.S. [Tab. 6, Bl. 2]). Statistik als Abenteuer, ließe sich hier burschikos zwischenresümieren.

Was das Statistische Bundesamt mit „sonstigem Fachpersonal“ meint, kann man nur vermuten, da es nicht explizit angegeben wird. In einem Anhang ist eine Handreichung des DDR-Hochschulministeriums zur statistischen Berichterstattung der Hochschulen von 1976 abgedruckt, die womöglich Aufschluss gibt (eine Lesehilfe wird nicht angeboten). Demnach setzte sich das, wie es beim MHF genannt wird, „Sonstige Personal für Lehre und Forschung“ so zusammen: „Hoch- und Fachschulkader“ ohne

Hochschullehrer und Wissenschaftliche Mitarbeiter zuzüglich „Meister, technische Assistenten, Facharbeiter, Teilfacharbeiter und Hilfskräfte“, die z.B. in Laboratorien, Werkstätten, Bibliotheken, Rechenzentren oder Sekretariaten der Sektionen tätig sind (StatBA 1994: 141).

Burkhardt/Scherer haben – so ist aufgrund dessen, dass sie jenseits der vom Statistischen Bundesamt wiedergegebenen Daten landen, zu vermuten – eine genauere Zuordnung von wissenschaftlich und nichtwissenschaftlich tätigem Personal vorgenommen. Daher folgen wir unten deren Angaben als den mutmaßlich realistischeren, auch wenn – bzw. gerade weil – nahezu alle anderen publizierten Personaldaten zum wissenschaftlichen Hochschulpersonal der DDR höher ausfallen.

Andere Berechnungen stellen auf die „Forschungskapazität in VbE“ ab. So gibt Julier (1990: 5) an, diese habe an den Hochschulen 14.348 VbE betragen. Das sind nun ersichtlich und sehr deutlich weniger als die bei Burkhardt/Scherer (1997) wie auch vom Statistischen Bundesamt (1994) angegebenen Zahlen zum wissenschaftlichen Hochschulpersonal. Eine methodische Erläuterung, wie die Zahl von 14.348 zustandekommt, erfolgt nicht. In anderen Publikationen wird aber vermerkt, wie die Forschungskapazität – mitunter auch „FuE-Kapazität“ genannt – in der DDR berechnet wurde: indem die Zeitbudgetanteile, die das wissenschaftliche Hochschulpersonal für Forschung aufwenden konnte, kalkulatorisch auf VbE umgerechnet wurden (vgl. z.B. Blankenburg/Deregoski/Scherer 1990: 3). Dies heißt für das wissenschaftliche Hochschulpersonal, dass der Zeitaufwand für z.B. die Lehre herausgerechnet wurde.

Wissenschaftsbezogene Personalstatistiken, die über den Hochschulbereich hinausgehen, hatten in der DDR eine international unübliche Erfassungsmethodik verwendet. 1990 waren daher die Daten nach OECD-Systematik (Frascati-Handbuch 1980: BMFT 1982) umgerechnet worden (siehe Kusicka et al. 1990: 44f.). Allerdings blieben auch danach die erzeugten Statistiken uneinheitlich, mutmaßlich wegen unterschiedlicher Personengruppen, die einbezogen wurden (vgl. unten Tafel 12: Unterschiedliche Berechnungen der DDR-FuE-Personalkapazität). Allgemein ist auffällig, dass die DDR-bezogenen Wissenschaftspersonalstatistiken – vor und ab 1990 – beständig mit unterschiedlichen Personalgruppenbezeichnungen operieren, die häufig nicht genauer aufgelöst werden, denen aber offenbar je verschiedene Personenzuordnungen oder Zeitbudgetkalkulationen zugrundeliegen: „Hoch- und Fachschulkader“, „F/E-Beschäftigte mit Hochschulabschluss“, „FuE-Personal“, „Forschungspersonal“, „FuE-VbE“, „Wissenschaftler und Ingenieure“, dazu Ausweisungen von Unterkategorien („Professoren“, „Dozenten“, diese beiden mitunter zu „Hochschullehrern“ zusammengefasst, „Assistenten“, „Oberassistenten“, „Aspiranten“).

Als Schlussfolgerungen aus den Inkonsistenzen der statistischen Personalangaben ergeben sich für die hier vorliegende Publikation: (1) Es wird an dieser Stelle *erstmalig* eine realistische Abschätzung – eine exakte Berechnung ist aus genannten Gründen schlichtweg nicht möglich – des Gesamtbestandes des wissenschaftlichen Personals (im Sinne von Forschungspersonal) der DDR vorgenommen, die eine Reihe von Unter- und Überschätzungen früherer Darstellungen korrigiert. (2) Wegen der häufig nur schwer nachvollziehbaren Differenzen zwischen unterschiedlichen Statistiken werden im Regelfall gerundete Zahlen verwendet, um den Eindruck von Exaktheit, die nur Scheinexaktheit wäre, zu vermeiden.

## 5.1. Hochschulwesen

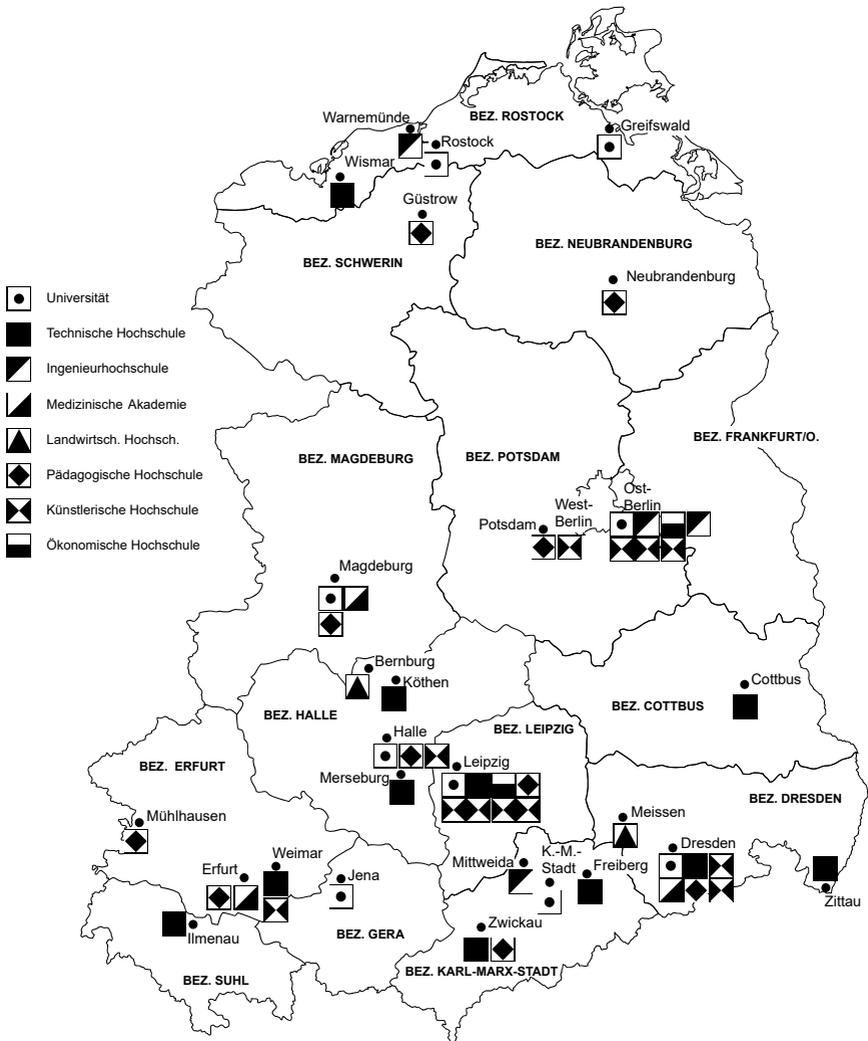
Studierten zu Beginn der DDR 31.500 Personen an den Hochschulen (im Direktstudium 27.800), so waren es 1989 131.200 (im Direktstudium 109.400) (MBW 1990: 26). 1989 lehrten und forschten 38.900 Wissenschaftler.innen an den Hochschulen incl. Hochschulmedizin (Burkhardt/Scherer 1997: 307). Bestanden 1950 22 Hochschulen, so wurden 1989 53 öffentliche Hochschulen unterhalten (Buck-Bechler/Jahn/Lewin 1997: 48). Dem lagen nicht nur Neueröffnungen, sondern auch vielfältige Umgründungen und Fusionen zugrunde.<sup>1</sup> 1989 stellte sich die Hochschullandschaft wie folgt dar:

- Die größten und wichtigsten Hochschulen waren sechs traditionelle Volluniversitäten; von Nord nach Süd betrachtet: in Rostock, Greifswald, Berlin (Humboldt-Universität), Halle/Saale („Halle-Wittenberg“), Leipzig und Jena. Diese verfügten jeweils über das traditionelle universitäre Fächerspektrum, also Naturwissenschaften einschließlich Medizin mit Universitätsklinikum sowie Gesellschaftswissenschaften. Ebenso herkömmlich waren diese Universitäten nicht oder aber mit nur kleinen ingenieurwissenschaftlichen Bereichen ausgestattet.
- Hinzu traten drei Hochschulen, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu Technischen Universitäten erhoben worden waren: Dresden, Karl-Marx-Stadt und Magdeburg.
- Daneben existierten zahlreiche Spezialhochschulen. Unter diesen wiederum bildeten 15 Technische (TH) bzw. Ingenieurhochschulen (IHS) die größte Gruppe: IHS Berlin-Lichtenberg, IHS Berlin-Wartenberg, Hochschule für Bauwesen Cottbus, Hochschule für Verkehrswesen Dresden, Bergakademie Freiberg, die THs in Ilmenau, Köthen, Leipzig, Leuna-Merseburg und Mittweida, IHS Warnemünde, Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar sowie die IHS in Wismar, Zittau und Zwickau.
- Andere Spezialhochschulen waren zwei landwirtschaftliche Hochschulen in Bernburg und Meißen, zwei Wirtschaftshochschulen in Berlin und Leipzig sowie die Deutsche Hochschule für Körperkultur Leipzig.
- Die Oberstufen-Lehrerbildung fand sowohl an den o.g. Volluniversitäten als auch an neun Pädagogischen Hochschulen (PH) statt. PHs bestanden in Dresden, Erfurt-Mühlhausen, Güstrow, Halle, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Potsdam und Zwickau.

---

<sup>1</sup> vgl. z.B. die Übersicht von Hochschulen und hochschulähnlichen Ausbildungsstätten für die Jahre 1946–1961 in Kowalczyk (2003: 125–127), die neben den jeweiligen Eröffnungsjahren auch weitere institutionelle Entwicklungen wie Translokationen oder Fusionierungen von Einrichtungen vermerkt

Tafel 4: Standorte der öffentlichen Hochschulen in der DDR (1989)



- Neben den sechs medizinischen Fakultäten an den sechs Volluniversitäten existierten drei Medizinische Akademien, jeweils mit Klinikum: Erfurt, Dresden und Magdeburg. Diese realisierten Studiengänge für die zweite, also klinische Phase, während das vorklinische Grundstudium an den Universitätsfakultäten absolviert wurde.<sup>2</sup> Derart gab es insgesamt neun hochschulmedizinische Standorte (vgl. dazu Pasternack 2015), zuzüglich einer militärmedizinischen Akademie in Bad Saarow.
- Der künstlerische Hochschulbereich umfasste zwölf Einrichtungen: Musikhochschulen in Berlin, Leipzig, Dresden und Weimar; Hochschulen für Bildende Künste in Berlin, Halle (Saale), Leipzig und Dresden; Theater-, Schauspiel- und Filmhochschulen in Berlin, Leipzig und Potsdam-Babelsberg sowie das Institut für Literatur in Leipzig.<sup>3</sup> (Vgl. Hechler/Pasternack 2015).

Daneben sind drei spezielle Bereiche des tertiären Bildungswesens in der DDR zu nennen, die jeweils für sich Besonderheiten darstellten und daher meist außerhalb der Betrachtung bleiben: Fachschulen (1), Sonderhochschulen (2) und kirchliche Hochschulen (3).

**(1)** In akademischer Hinsicht waren die öffentlich zugänglichen Hochschulen durch das Promotionsrecht charakterisiert. Dies galt nicht für die Institutionengruppe der Fachschulen. Von diesen gab es 1989 234.<sup>4</sup> Deren Mehrzahl waren Ingenieurschulen, Fachschulen für mittleres medizinisches Personal und Institute für Lehrerbildung, welche die Ausbildung von Grundschullehrer:innen verantworteten. Sie gehörten teils zum Sekundar- und teils zum Tertiärbereich: An ersteren konnte unmittelbar im Anschluss an die 10. Klasse studiert werden (z.B. an den 62 Medizinischen Fachschulen, d.h. Krankenpflegeschulen), an letzteren war eine abgeschlossene Berufsausbildung die Zugangsvoraussetzung. Die Studiengänge dauerten drei Jahre.

Die 31 Institute für Lehrerbildung (IfL) allerdings durchbrachen jede Systematik: Für den Zugang genügte der Abschluss der 10. Klasse, die Studiendauer betrug vier Jahre, und der berufliche Einsatz erfolgte als (Unterstufen-)Lehrer:in, mithin in Kollegien gemeinsam mit Diplompädagog:innen. Aber auch bei den Absolventen anderer Fachschulen überschritten sich die beruflichen Einsatzmöglichkeiten zum Teil mit denen der Hochschulabsolvent:innen –

---

<sup>2</sup> Ausnahme: Magdeburg, gegründet 1954, wo seit 1960 auch die erste Ausbildungsphase aufgebaut worden war.

<sup>3</sup> Hinzu traten die Staatliche Ballettschule Berlin, die Fachschule für Tanz Leipzig und die Palucca-Schule für künstlerischen Tanz Dresden sowie zwei Fachschulen für angewandte Kunst (Heiligenstadt-Doberan und Schneeberg/Erzgeb.), die sämtlich formal Fachschulen waren.

<sup>4</sup> MWB (o.J. [1990]: 170); zu Details des Fachschulstudiums vgl. die letzte Überblicksveröffentlichung Roßner (1974) und zur Fachschulstatistik 1980–1990 vgl. StatBA (1995)

weshalb in DDR-Statistiken auch häufig die Beschäftigtengruppe „Hoch- und Fachschul kader“ ausgewiesen ist.

Symbolisch waren die Fachschulteilnehmer.innen denen der Hochschulstudiengänge gleichgestellt: Sie wurden als Studierende geführt, hatten Stipendienberechtigung und galten nach dem Abschluss als Angehörige der Intelligenz. Inhaltliche Ähnlichkeiten zwischen Fach- und Hochschulen bestanden insbesondere im Bereich der allgemeinen Fächer: Fremdsprachenausbildung, Sport und Marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium (MLG). Ein großer Teil der erworbenen Fachschulabschlüsse wurde nach 1990 anerkannt, und nach einer mindestens dreijährigen Praxistätigkeit im Beruf sowie einem Brückenkurs konnte das FH-Diplom geführt werden.<sup>5</sup>

1989 studierten an den Fachschulen (ohne Krankenpflegeschulen) 120.000 Personen (im Direktstudium 68.300) zuzüglich 10.400 an IfL (MWB o.J. [1990]: 24–26). Die Zahl der dort hauptamtlich Lehrenden betrug (ohne Krankenpflegeschulen) 5.800 zuzüglich 2.700 an IfL (ebd.: 153–158). Die Existenz der Fachschulen verdeutlicht zugleich, dass die DDR, anders als die ehemalige Bundesrepublik, keinen Fachhochschulsektor aufgebaut hatte. Es ist aber auch fehlerhaft – wie es nach 1989 häufig missverstanden wurde –, die oben erwähnten Spezialhochschulen als so etwas wie Fachhochschulen anzusehen: Sie waren akademisch den Universitäten gleichgestellt, insbesondere hinsichtlich des Promotionsrechts.

**(2)** Eine Gruppe von Hochschulen lässt sich als Sonderhochschulen bezeichnen: Das waren Einrichtungen, die (a) unmittelbar zur Organisationsstruktur eines Ministeriums, des SED-Zentralkomitees oder einer Massenorganisation gehörten, (b) nicht allgemein zugänglich waren, also nicht auf dem üblichen Wege einer Studienbewerbung besucht werden konnten, und an denen (c) die Forschungsaufgaben direkt durch den jeweiligen Träger veranlasst wurden. Formal waren die Sonderhochschulen unterschiedlichen Charakters. So boten sie teils grundständige Studiengänge an oder waren Weiterbildungshochschulen. Einige verfügten über ein eigenständiges Promotionsrecht, während andere in dieser Hinsicht nicht dem allgemeinen Hochschulwesen gleichgestellt waren.

Im Jahre 1989 gab es neben 29 militärischen und polizeilichen bzw. geheim-polizeilichen Hochschulen<sup>6</sup> zehn zivile Sonderhochschulen, z.B. die SED-Parteihochschule „Karl Marx“ in Berlin, das Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam für die Ausbildung von Diplomaten, die FDJ-Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ in Bogensee oder die Gewerkschaftshochschule „Fritz

---

<sup>5</sup> vgl. Arbeitsgruppe Fernstudienbrückenurse (1992), BMBW (1992), Pfundter/Cordes/Föllmer (1995)

<sup>6</sup> teils als Struktureinheiten innerhalb ziviler Hochschulen

Eckert“ in Bernau. Insgesamt existierten 1989 also 39 solcher Einrichtungen. An den para-/militärischen Hochschulen studierten 1989 wohl etwa 24.000 und an den zivilen Sonderhochschulen etwa 8.000 Personen.<sup>7</sup> Wissenschaftlich spielten die Sonderhochschulen überwiegend keine bedeutsame Rolle. Rund 4.900 Wissenschaftler:innen waren 1989 an ihnen beschäftigt. (Vgl. Grelak/Pasternack 2024: 51–128)

*Tafel 5: Die Sonderhochschulen*

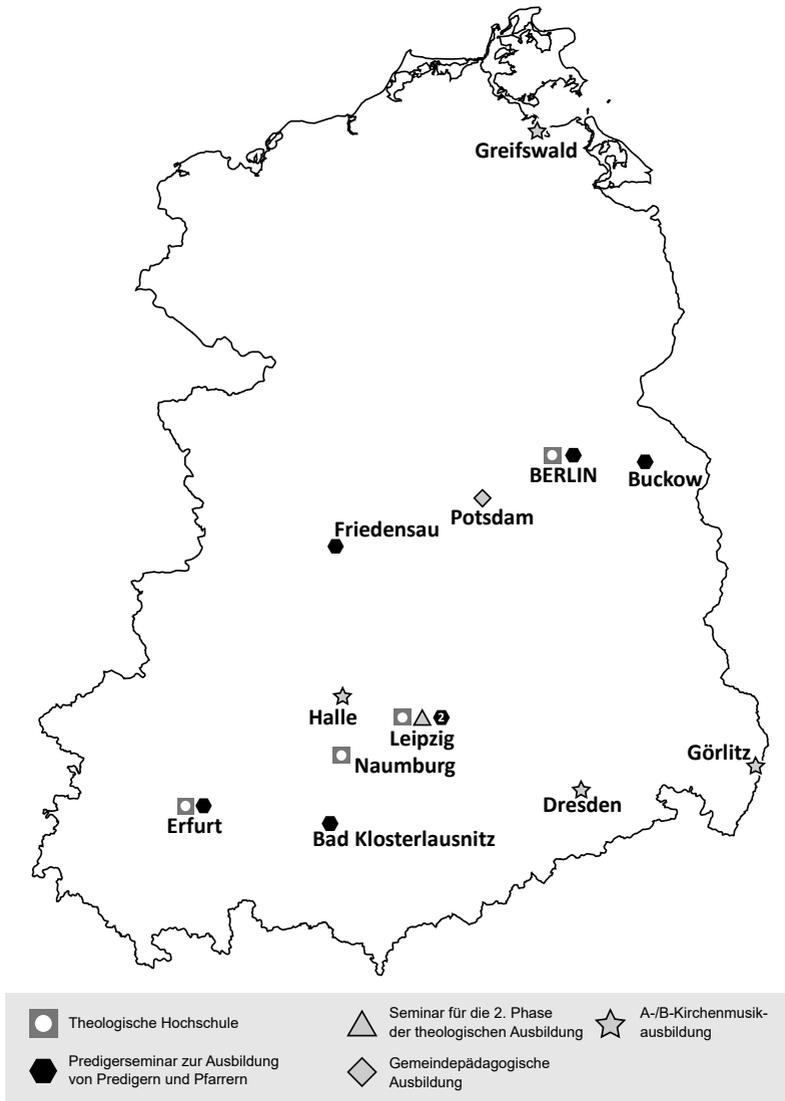
Kategorie	Einrichtungen	1945–1989		1989	
		Anzahl	Summe	Anzahl	Summe
<b>Zivile Hochschulen</b>	Hochschulen von Parteien und Massenorganisationen	5	11	5	10
	Regierungshochschulen	6		5	
<b>Hochschulen der Sicherheitsorgane</b>	Militärakademische Einrichtungen	4	29	4	29
	Offiziershochschulen der NVA und Grenztruppen	7		7	
	Militärische und polizeiliche Einrichtungen an zivilen Hochschulen	4		4	
	Weitere Offiziersausbildungen an zivilen Hochschulen	8		8	
	Polizeihochschulen und Zivilverteidigung	4		4	
	MfS-Einrichtungen	2		2	
<b>Gesamt</b>		<b>40</b>		<b>39</b>	

(3) Jenseits des DDR-Hochschulwesens, aber auf dem Territorium des Landes bestanden schließlich auch 17 konfessionelle Hochschulen in der Trägerschaft von Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften. Nach Reinhard Henkys (2014: 102) war die DDR wohl das osteuropäische Land mit der größten Zahl wissenschaftlich-theologischer Lehr- und Forschungseinrichtungen. Diese Institutionen waren gleichsam quasi-akademische Einrichtungen: Sie lehrten und forschten auf hochschulischem Niveau, ohne über die formalen Insignien zu verfügen, die das auch nach außen hin kenntlich gemacht hätten. Da sie staatlich nicht anerkannt waren, konnten ihre Abschlüsse allein innerhalb der Kirchen und Religionsgemeinschaften genutzt werden.

Es handelte sich – Stand 1989 – um vier kirchlich-theologische Hochschulen, drei evangelische und eine katholische. Daneben gab es in Halle (Saale) eine

<sup>7</sup> Diese Hochschulen waren gegenüber der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik nicht berichtspflichtig (Ehlerst u.a. 1990: 1) und wurden auch in dem jährlich vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen herausgegebenen „Statistischen Jahrbuch des Hochschulwesens der DDR“ nicht aufgeführt. Die genannten Zahlen sind kumulierte Abschätzungen, die aus den Angaben in Buck-Bechler/Jahn/Lewin (1997: 60) und eigenen Recherchen (vgl. Grelak/Pasternack 2024: 51–128) gewonnen wurden.

Tafel 6: Konfessionelle Hochschulen (1989)



evangelische Kirchenmusik(hoch)schule, an der das (höchste) A-Examen abgelegt werden konnte, das die Konzertreife beglaubigte. Die an diesen fünf Einrichtungen absolvierten Studien entsprachen dem Niveau von Universitäten. Hinzu traten acht (z.T. freikirchliche) Predigerschulen, die sich auf Fachhochschulniveau verorten lassen, und eine ebenso zu kategorisierende gemeindepädagogische Einrichtung. Das gilt auch für drei evangelische Musikschulen, die mit dem B-Examen abgeschlossen wurden: in Dresden, Greifswald und Görlitz.

Waren die staatlichen Hochschulen der DDR mit dem Auftrag beauftragt, eine „sozialistische Intelligenz“ zu schaffen, so wurde an den konfessionell gebundenen Einrichtungen gleichsam eine ‚nichtsozialistische Intelligenz‘ herangebildet. Quantitativ war der Bereich der 17 konfessionellen Quasi-Hochschulen sehr klein. Dort studierten 1989 etwa 1.030 Personen, die von rund 110 Lehrenden betreut wurden. Nach 1989 wurden die erworbenen Abschlüsse denjenigen an staatlichen Hochschulen gleichgestellt, mithin nachträglich anerkannt. So wurden auch die in einer konfessionellen Parallelwelt existierenden Einrichtungen rückgreifend als Hochschulen legitimiert. (Vgl. Grellak/Pasternack 2019: 277–287, 299–312, 326–341, 348f.)

## **5.2. Außerhochschulische Forschung: Akademien und Ressortforschung**

Die außerhochschulische Forschung setzte sich aus zwei Bereichen zusammen: Es gab zum einen mehrere Akademien mit zahlreichen Forschungsinstituten und zum anderen Ressortforschungseinrichtungen. Den größten außeruniversitären Forschungsverbund stellte die Akademie der Wissenschaften (AdW) mit 56 Instituten dar.<sup>8</sup>

Die am Ende sechs Akademien gingen zur Hälfte auf Einrichtungen zurück, die bereits bis 1945 bestanden hatten: die Akademie der Wissenschaften in Berlin als Fortsetzung der Preußischen Akademie, die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und die Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle (Saale). Neugegründet wurden im Laufe der weiteren Jahrzehnte drei weitere Akademien, die sich jeweils einem Forschungsgegenstand – Landwirtschaft, Städtebau, Bildungswesen – widmeten. Dabei existierten faktisch zwei Akademietypen:<sup>9</sup>

---

<sup>8</sup> vgl. die in Details jeweils voneinander abweichenden Übersichten in AdW (1990), Wenzlaff/Stein/Lehmann (1990: Anhang 4.3.1.) und Scheler (2000: 395ff.)

<sup>9</sup> Daneben gab es weitere Einrichtungen, die „Akademien“ genannt wurden, aber der Sache nach Hochschulen (z.B. die drei Medizinischen Akademien) oder postakademische Weiterbildungseinrichtungen (z.B. die Akademie für Ärztliche Fortbildung) waren.

- einerseits solche mit Gelehrtenesellschaft und Forschungsinstituten: AdW (s.u.); Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (AdL) mit 42 Instituten und Forschungsstellen, desweiteren 20 Versuchsgütern (Wagemann 2006 Bd. 1: 154–464 und Bd. 2); Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) mit 13 Instituten und Arbeitsstellen (Malycha 2008: 140f.); Bauakademie mit 19 Instituten und Dienstleistungseinrichtungen (Brandt 2003: 81);
- andererseits solche, die vorrangig als Gelehrtenesellschaft bestanden: Akademie der Naturforscher Leopoldina mit Sitz in Halle (Saale) und Sächsische Akademie der Wissenschaften (SAW) mit Sitz in Leipzig; sie verfügten über keine Institutsbereiche, unterhielten aber kleinere Forschungsstellen.<sup>10</sup>

Die AdW und die SAW deckten das gesamte Disziplinspektrum ab, während die anderen Akademien auf bestimmte Fächergruppen konzentriert waren. Nach Werner Meske (1993: 27) waren an den Akademien 1989 insgesamt rund 36.000 Personen aller Beschäftigtenkategorien tätig. Das liegt nahe bei der Summe, die sich aus den nachfolgend dargestellten Einzeldaten ergibt (37.500).

An der Akademie der Wissenschaften waren 24.400 Personen tätig, darunter 18.800 in den Forschungsinstituten. In diesen Zahlen bildeten sich bedeutende Kapazitätswüchse ab: Im Jahre 1950 hatte die AdW rund 1.000 Beschäftigte gehabt und 1970 rund 13.000 (Meier 1999: 1310; Gläser/Meske 1996: 87). Ihre zum Schluss 56 Institute waren jeweils einem von sechs Fachbereichen zugeordnet. Hinzu trat ein sehr großes Zentrum für wissenschaftlichen Gerätebau mit 1.600 Angestellten. Dessen Entstehung und Expansion entsprang weniger inneren Neigungen. Vielmehr war dieses Zentrum nötig, um mangelnde Lieferfähigkeiten der DDR-Industrie und Folgen westlicher Technologieembargos auszugleichen: Apparaturen für die Forschung mussten im eigenen Hause gebaut werden. Knapp zehn Prozent der Akademiemitarbeiter:innen waren an gesellschaftswissenschaftlichen Instituten tätig, die übergroße Mehrheit hingegen in den naturwissenschaftlichen. Über die in

---

<sup>10</sup> zu letzteren: SAW: unter dem Titel „Industriehygiene“ Forschungen zu Umweltproblemen (Paul 2015: 352–355), Forschungsstellen für das Althochdeutsche Wörterbuch, die Bibliographie zur Vor- und Frühgeschichte Mitteleuropas oder das Mundartwörterbuch des obersächsischen Raumes (ebd.: 252; vgl. auch Penzlin 1999, daneben zum wissenschaftlichen Leben der SAW insgesamt Bergmann 1996: 239–421). *Leopoldina*: wissenschaftshistorische Arbeitsstelle sowie historisch-kritische Edition der naturwissenschaftlichen Schriften Goethes, deren Planung auf die 1930er Jahre zurückging und von der 1947 der erste, 2019 der letzte Band erschien (<https://www.leopoldina.org/ueber-uns/akademien-und-forschungsvorhaben/leopoldina-ausgabe-goethe-die-schriften-zur-naturwissenschaft/ueber-ueber-die-baende/>, 25.3.2024)

Tafel 7 angegebenen Personalzahlen hinaus arbeiteten 5.600 Angestellte (23 %) in Dienstleistungs- und Infrastruktureinrichtungen der AdW.

*Tafel 7: Struktur des Institutsbereichs der Akademie der Wissenschaften (1989)*

Fachbereich	Anzahl der Institute	Beschäftigte aller Personalkategorien
Mathematik und Informatik	5	1.500
Physik	9	4.700
Chemie	9	3.000
Biowissenschaften und Medizin	11	4.600
Geo- und Kosmoswissenschaften	8	1.600
Zentrum für Wissenschaftlichen Gerätebau	1	1.600
Gesellschaftswissenschaften	13	1.800
<b>Summe</b>	<b>56</b>	<b>18.800</b>

Quelle: Meier (1999: 1310). Eigene Darstellung

An dieser Stelle interessiert vor allem das *wissenschaftliche* Personal der AdW. Zu diesem gibt nur ungenaue und überdies schwankende Angaben. Kusicka et al. (1990: 70) geben für 1989 7.832 „F/E-Beschäftigte mit Hochschulabschluß“ an, Meske (1990: 39) hingegen für 1988 9.400 „Hochschulkader“. Nimmt man an, dass der Anteil von Personen mit Hochschulabschluss in den Dienstleistungs- und Infrastruktureinrichtungen der AdW ebenso hoch war wie im Gesamtpersonalbestand und zieht diese anteilig ab, dann waren zwischen 6.000 und 7.300 Akademiker:innen in den Forschungsinstituten der AdW tätig. Diese – als Beschäftigte mit Hochschulabschluss und in den Forschungsinstituten tätig – dürften näherungsweise das wissenschaftliche Personal umfassen. Da die angegebenen Datenquellen<sup>11</sup> keine unterschiedlichen Glaubwürdigkeiten besitzen, wird man zur ungefähren Abschätzung des Forschungspersonals den Mittelwert nehmen dürfen (und müssen): Etwa 6.650 Wissenschaftler:innen forschten an der Akademie der Wissenschaften.

An der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften arbeiteten 1989 8.800 Personen. Darunter waren 2.900 mit Hochschulabschluss, was einen ungefähren Hinweis auf den Umfang des wissenschaftlichen Personals gibt (Kusicka et al. 1990: 69). Die Bauakademie beschäftigte 3.400 Personen, davon 1.650 mit Hochschulabschluss (ebd.: 65). An der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften waren 900 Personen tätig, von denen 550 zum wissen-

<sup>11</sup> bei Kusicka et al. (1990): „Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, MFT der DDR – Forschungsbereich“, bei Meske (1990: 39): „Statistische Unterlagen der AdW der DDR“

schaftlichen Fachpersonal zählten (Malycha 2008: 143). Die Sächsische Akademie der Wissenschaften und die Leopoldina beschäftigten, da ohne eigene Institutsbereiche, nur wenige Wissenschaftler.innen. Gleiches gilt für die Forschungs- und Editionsbereiche, die innerhalb der Akademie der Künste bestanden (vgl. Wissenschaftsrat 1992b).

Von den 1989 in den verschiedenen Akademien der Wissenschaften insgesamt beschäftigten 37.500 Personen machte das wissenschaftliche Personal 31 Prozent aus (Tafel 8).

*Tafel 8: Gesamtpersonal und forschendes Personal an den wissenschaftlichen Akademien*

<b>Akademie</b>	<b>Gesamtpersonal</b>	<b>Wissenschaftler.innen</b>
Akademie der Wissenschaften	24.400	6.650
Akademie der Landwirtschaftswissenschaften	8.800	2.900
Bauakademie	3.400	1.650
Akademie der Pädagogischen Wissenschaften	900	550
<b>Gesamt</b>	<b>37.500</b>	<b>11.750</b>

Alle Akademien waren – alleinig oder auch – Gelehrtenvereinigungen. Hierbei stellte die Akademie der Naturforscher Leopoldina in einer bedeutsamen Hinsicht einen Sonderfall dar: 1969 setzte sich ihre Mitgliedschaft aus 100 DDR- und 338 westdeutschen Wissenschaftler.innen zusammen, daneben 65 Mitgliedern aus anderen sozialistischen Staaten und 282 Mitgliedern aus weiteren kapitalistischen Staaten. 1989 waren es 146 DDR-Mitglieder und 122 aus dem übrigen Ostblock, und 693 Mitglieder kamen aus dem westlichen Ausland incl. der ehemaligen Bundesrepublik. (Gerstengarbe 2018: 508, 518)

Das waren in der DDR ungewöhnliche Relationen. Sie verwiesen auf einen wesentlichen Teil des Selbstverständnisses der Akademie: Die Leopoldina sah sich als Klammer einer Wissenschaft, die diesseits und jenseits der Block-, System- und Staatsgrenzen doch vor allem Wissenschaft sei. So wählte sie etwa auch, ohne sich dies von der DDR-Regierung genehmigen zu lassen, seit 1955 einen westdeutschen Vizepräsidenten. Nachdem das einmal eingeführt war, blieb diese ‚geografisierte‘ Besetzung auch nach dem Ausscheiden des ersten westdeutschen Vizepräsidenten Adolf Butenandt (1903–1995) aus dem Amt als eine Art Gewohnheitsregel erhalten. Es wurde durch eine Satzungsregelung abgestützt, wonach die Leopoldina ihren Standort auch wechseln, also aus der DDR abwandern könne. (Vgl. Macrakis 1998)

1652 in Schweinfurt gegründet, seit 1878 in Halle (Saale) ansässig, war die Leopoldina sofort nach dem Ende des 2. Weltkriegs wieder aktiv und 1952 auch offiziell wieder zugelassen geworden. Zunächst strebte die DDR-Staats-

und Parteiführung danach, sie für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Dies konnte durch diplomatisch geschickte Lenkung der Präsidenten weitgehend abgewehrt werden. Hierbei sei nicht zuletzt ein Hinweis hilfreich gewesen: Das Akademiepräsidium müsse all sein Handeln nicht nur in der DDR, sondern vor der weit überwiegend internationalen und mit den DDR-Gepflogenheiten nicht so vertrauten Mitgliedschaft verständlich machen. Am Ende war der Prestigegewinn durch die internationale Resonanz der Akademie, auch durch die Teilnahme internationaler wissenschaftlicher Prominenz an den Leopoldina-Jahresversammlungen, der DDR-Führung wichtiger.<sup>12</sup> Der Arbeitsschwerpunkt der Akademie lag auf der Organisation von Kommunikation durch und in Veranstaltungen.

Zusätzlich zu den Akademie-Instituten wurden im Laufe der DDR-Jahrzehnte auch 90 Forschungseinrichtungen in unmittelbarer Trägerschaft von Regierung bzw. SED unterhalten. Von diesen existierten 1989 noch 77. Obwohl der Begriff „Ressortforschung“ in der DDR ungeläufig war, lässt sich damit ihr Organisationstypus am besten kennzeichnen: Wie in anderen Staaten existierten Forschungseinrichtungen, die unmittelbar einem Fachministerium zugeordnet waren und in dessen Auftrag forschten, also Forschung für das jeweilige Ressort betrieben. Um dem dualen Staatsaufbau der DDR mit parallelen Partei- und staatlichen Führungsebenen Rechnung zu tragen, sind hier auch solche Forschungseinrichtungen, die das Zentralkomitee der SED unterhielt, einzubeziehen. Deren wichtigste waren die Akademie für Gesellschaftswissenschaften (AfG) und das Institut für Marxismus-Leninismus (IML).

Innerhalb dieser Ressortforschung waren – Stand 1989 – 30 Einrichtungen den Gesellschaftswissenschaften zuzuordnen, während 47 zu den Bereichen Medizin, Naturwissenschaft und Technik gehörten. Diese Institute beschäftigten 1989 rund 6.400 Wissenschaftler:innen: in den Gesellschaftswissenschaften ca. 2.700 und in natur-, ingenieur- und medizinwissenschaftlichen Instituten etwa 3.700 (vgl. Grelak/Pasternack 2024: 25). (Tafel 9)

Die in den Ressortforschungseinrichtungen geleistete wissenschaftliche Arbeit lässt sich nicht umstandslos als wissenschaftlich irrelevant abtun, nur weil sie an Einrichtungen staatsunmittelbarer Wissenschaft stattfand. Das ergibt sich bereits daraus, dass der Grad der Politikbindung sehr unterschiedlich war. So handelte es sich etwa beim Institut für Denkmalpflege zwar formal um eine Art Ressortforschungseinrichtung, doch wurde dort nicht politikdominiert gearbeitet (vgl. Haspel/Staroste 2014: 16–116). Insbesondere die natur- und ingenieurwissenschaftlichen Regierungsinstitute hatten zudem häufig auch behördliche Aufgaben, ebenso wie die Ressortforschung in

---

<sup>12</sup> vgl. Parthier (1994; 1994a; 2001), Parthier/von Engelhardt (2002), Gerstengarbe (2016; 2018)

Tafel 9: Ressortforschung in der DDR

Kategorie	Einrichtungen		1945–1989		1989	
			Anzahl	Summe	Anzahl	Summe
<b>Gesellschaftswissenschaften</b>	SED-Institute		6	41	5	30
	Regierungs-institute	Wirtschaftswissenschaften	12		8	
		Pädagogik/Sozialwissensch.	15		9	
		Kulturwissenschaften	8		8	
<b>Natur-, Ingenieurwissenschaften, Medizin</b>	Regierungs-institute	Naturwissenschaften	11	49	11	47
		Medizin (und Affines)	19		18	
		Ingenieurwissenschaften	9		8	
		Sicherheitsorgane	10		10	
<b>Gesamt</b>			<b>90</b>		<b>77</b>	

anderen Ländern. Deren Erledigungsqualität entzieht sich ohnehin einer Bewertung, die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit in den Mittelpunkt rückt.

Auch kann nicht per se davon ausgegangen werden, dass die Einrichtungen allein politische Gefälligkeitsforschung betrieben haben. Im Falle des Instituts für Meinungsforschung (1964–1979) etwa spricht dessen politisch motivierte Auflösung dagegen. Seinen Umfrageergebnissen war zu deutlich abzulesen, „daß es nicht mit rechten Dingen zugehen konnte, wenn der Staats- und Parteiführung bei jeder Wahl eine 99prozentige Zustimmung bescheinigt wurde“.<sup>13</sup> Für das Zentralinstitut für Jugendforschung sind die Arbeitsergebnisse, die seinerzeit fast ausnahmslos unter Verschluss bleiben mussten, im Nachhinein publiziert worden. Sie belegen aufschlussreiche realitätsverankerte Forschungsergebnisse.<sup>14</sup>

### 5.3. Industrieforschung

„Industrieforschung“ wird hier als allgemein eingeführter, allerdings nicht ganz präziser Begriff verwendet. Der Sache nach handelt es sich um Forschung und Entwicklung (FuE) im Wirtschaftsbereich, die auch nichtindustrielle Branchen – etwa Handel und Versorgung – umfasste. Doch der größte Teil des Personals war im Bereich des verarbeitenden Gewerbes tätig. Im folgenden wird „Industrieforschung“ jedenfalls zur Bezeichnung der FuE im Wirtschaftsbereich insgesamt verwendet.

<sup>13</sup> Herbst/Ranke/Winkler (1994: 424). Zu den Ergebnissen des Instituts vgl. Niemann (1993)

<sup>14</sup> vgl. Friedrich/Griese (1991), Hennig/Friedrich (1991) und Friedrich/Förster/Starke (1999)

Organisiert war die Industrieforschung der DDR in drei institutionellen Formen:

- Zum ersten bestanden in zahlreichen Wirtschaftsbetrieben eigene Forschungsabteilungen für anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung (FuE), die sich auf Verfahrens- und Produktinnovationen bezog.
- Zum zweiten gab es Wissenschaftlich-Technische Zentren (WTZ). Diese waren den nach Branchen zusammengefassten Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) zugeordnet und betrieben für jeweils mehrere Betriebe FuE.
- Zum dritten existierten Industrieforschungsinstitute, die gleichfalls im Auftrage verschiedener Betriebe einer Branche Forschung und Entwicklung betrieben.<sup>15</sup>

Die Abgrenzung zwischen WTZ und Industrieforschungsinstituten ist häufig schwierig, zumal manche der letzteren in den 70er und 80er Jahren zu WTZ ernannt wurden. Deren Bildung waren Versuche, die Effektivität der branchengebundenen FuE durch Zentralisierung zu erhöhen. Um ein Beispiel zu nennen: Das Wissenschaftlich-Technische Zentrum der Holzverarbeitenden Industrie (WTZ Holz) war 1980 gebildet worden, indem das Forschungsinstitut für Holztechnologie Dresden mit dem Ingenieurbüro der Möbelindustrie, dem Zentralen Projektierungsbüro der Holz- und Kulturwarenindustrie, dem Organisations- und Rechenzentrum der Möbelindustrie, der Wirtschaftsvereinigung Möbel und einem Betrieb für die Fertigung von Rationalisierungsmitteln fusioniert wurde.<sup>16</sup>

Zur Größenordnung des Gesamtbereichs der Industrieforschung sind folgende Daten berechnet worden:<sup>17</sup>

- 1989 waren dort 86.000 Personen als „FuE-Personal“ tätig (Pleschak/Fritsch/Stummer 2000: 6). Gemeint sind damit sämtliche Beschäftigte in FuE-Bereichen, d.h. auch solche, die nicht selbst wissenschaftlich tätig waren, sondern unterstützende Aufgaben wahrnahmen.<sup>18</sup> Von diesen

---

<sup>15</sup> vgl. die Auflistungen nach Wirtschaftssektoren mit Kurzbeschreibungen der Einrichtungen in VADEMECUM-Redaktion (1990: 71–182)

<sup>16</sup> [https://www.ihd-dresden.de/fileadmin/user\\_upload/pdf/IHD/UeberUns/Institut/Histories\\_IHD.pdf](https://www.ihd-dresden.de/fileadmin/user_upload/pdf/IHD/UeberUns/Institut/Histories_IHD.pdf) (20.12.2020)

<sup>17</sup> Diese Daten entsprechen nicht den höheren, die nach der DDR-Erfassungsmethodik angegeben wurden. Im Auftrag der SV-Wissenschaftsstatistik waren die Daten nach OECD-Systematik (Frascati-Handbuch 1980: BMFT 1982) umgerechnet worden (Kusicka et al. 1990). Auf diese beziehen sich die o.a. Zahlen.

<sup>18</sup> Kusicka et al. (1990: 74) definieren „FuE-Personal“ wie folgt: „Alle direkt in Forschung und Entwicklung mit Forschungs- und Entwicklungsarbeiten befaßten Personen sowie Arbeitskräfte, die direkte Dienstleistungen für Forschung und Entwicklung erbringen, wie z.B. in Management und Verwaltung tätiges Personal sowie Bürokräfte.“

86.000 Personen zählten 75.000 zum engeren Sektor des verarbeitenden Gewerbes (Hellriegel et al. 1994: 22).

- Je 1.000 Erwerbspersonen waren das 14,3 FuE-Beschäftigte und damit genauso viele wie in der ehemaligen Bundesrepublik (Wölfling 1999: 470). Pro 1.000 Einwohner waren in der Industrieforschung 4,7 Personen tätig, was dem westdeutschen Wert (4,6) nahezu entsprach (Berteit 1994: 14).
- Von den 86.000 FuE-Beschäftigten in der Industrieforschung waren 41 Prozent, d.h. 35.000 Personen, „Wissenschaftler und Ingenieure“ (Kusicka et al. 1990: 50). Dies wird hier – mangels detaillierterer Angaben zu den jeweils wahrgenommenen Aufgaben – als näherungsweise Wert zur Bestimmung des forschenden Personals genutzt.<sup>19</sup>

Die Differenz zwischen den in der Aufzählung im ersten und im letzten Punkt genannten Daten ist für die hiesige Betrachtung aus zwei Gründen bedeutsam. Zum einen operieren Vergleichsdarstellungen, die vor allem zwischen DDR und ehemaliger BRD vorgenommen wurden, meist mit der Gesamtzahl an „FuE-Personal“, also incl. Laborantinnen, forschungsunterstützenden Handwerkern oder Verwaltungsangestellten (so z.B. im zweiten Punkt der voranstehenden Aufzählung). Zum anderen ist es aber für einen sinnvollen quantitativen Vergleich des wissenschaftlichen Personals in der Industrieforschung einerseits und im Hochschul- und im Akademien-Sektor andererseits nötig, die Zahlen für das wissenschaftliche Personal heranzuziehen.

Um die Struktur der Industrieforschung zu verdeutlichen, müssen aber zunächst die Daten für das Gesamtpersonal genutzt werden, da andere Strukturdaten nicht zur Verfügung stehen. Der Aufteilung dieses Personals auf Wirtschaftssektoren und Industriebranchen lassen sich die Schwerpunkte der Industrie-FuE entnehmen (Tafel 10).

Es ist auffällig, dass zwei klassische ingenieurwissenschaftliche Disziplinen in der Industrieforschung der produzierenden Wirtschaft dominierten: Maschinenbau und Elektrotechnik bildeten dort etwa die Hälfte der Potenziale. Überraschen kann, dass die gleichfalls starke chemische Industrie (insbesondere Leuna, Buna und Chemiekombinat Bitterfeld) nur über ein Zehntel der Industrieforschung verfügte; rechnet man die affinen Bereiche Chemie, Pharma und Kunststoffe zusammen, so ergibt sich ein Anteil von 15,5 Prozent an den Industrieforschungspotenzialen.

Die in Tafel 10 genutzte Quelle differenziert nicht zwischen wissenschaftlichem und unterstützendem Personal. Um einen sachgerechten Vergleich mit den anderen Segmenten des DDR-Wissenschaftssystems vornehmen zu können, ist auf das wissenschaftliche Personal abzustellen. Dieses umfasste, wie

---

<sup>19</sup> damit der Definition bei Kusicka et al. (1990: 74) für „Forscher“ folgend: „Wissenschaftler und Ingenieure mit abgeschlossenem Hochschulstudium bzw. höher Graduierte“

**Tafel 10: Branchenstruktur der wirtschaftsgebundenen Forschung gemäß Beschäftigungszahlen (1989)**

<b>Wirtschaftssektor</b>	<b>FuE-Beschäftigte aller Personalkategorien</b>	<b>Anteil am Gesamt</b>
<b>Industrie</b>	75.250	87 %
<i>davon Branchen (Anteile am Gesamt bezogen auf Industrie-Gesamt = 100 %; Angaben für 1987):</i>		
Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau		32 %
Elektrotechnik, Feinmechanik, Eisen-, Blech- und Metallwaren		27,5 %
Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung		10,5 %
Leder-, Textil-, Bekleidungsindustrie		4 %
Bergbau		3 %
Metallerzeugung und -bearbeitung		3 %
Elektrizität, Gas, Wasser		2,5 %
Medizin und Pharma		2,5 %
Kunststoffe, Gummiwaren		2,5 %
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden		2,5 %
Holz, Papier, Druckgewerbe		1,5 %
Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung		1,5 %
Restliche Branchen		9 %
<b>Land/Forst/Nahrung</b>	4.539	5 %
<b>Verkehr</b>	2.736	3 %
<b>Bauwesen</b>	2.193	2,5 %
<b>Post- und Fernmeldewesen</b>	1.203	1,5 %
<b>Handel und Versorgung</b>	287	0,3 %
<b>Gesamt</b>	<b>86.208</b>	<b>100 %</b>

Datenquelle: Brocke/Förtsch (1991: 176f.). Eigene Darstellung. Prozent-Differenzen zu 100 durch Rundungen.

weiter oben schon angegeben, mit 35.000 Wissenschaftlerinnen und Ingenieuren 41 Prozent des Gesamtpersonals der Industrieforschung (Kusicka et al. 1990: 50). 1989 waren in allen Segmenten des DDR-Wissenschaftssystems 96.950 Wissenschaftler.innen tätig.<sup>20</sup> Davon machte das wissenschaftliche Personal in der Industrieforschung 36 Prozent aus.<sup>21</sup>

<sup>20</sup> s.u. 7.1. Leistungsbedingungen, Tafel 13: Datenblatt DDR-Wissenschaftssystem (1989)

<sup>21</sup> zu vermeintlich konkurrierenden Datenangaben vgl. oben 5. Strukturen und Personal, Tafel 3: Methodische Kommentare zu DDR-bezogenen Wissenschaftsstatistiken, und unten

## 5.4. Weitere wissenschaftsrelevante Strukturen

Dem zentralistischen Staatsaufbau entsprach, dass die Wissenschaften und ihre Einrichtungen in der DDR „angeleitet“ wurden. Aus dem dualen Staatsaufbau der DDR mit parallelen Partei- und staatlichen Führungsebenen folgte, dass es ebenso im Zentralkomitee der SED wie in der DDR-Regierung wissenschafts(an)leitende Strukturen gab. So hatten zwei von vierzig ZK-Abteilungen Wissenschaftszuständigkeiten: die Abteilung Wissenschaft (gegründet 1952, im Bereich Kurt Hager [1912–1998], dem Ideologiesekretär der SED) und die Abteilung Forschung und technologische Entwicklung (gegründet 1961, im Bereich Günter Mittag [1926–1994], dem Wirtschaftssekretär der SED). Zwischen beiden Abteilungen bestand eine latente Konkurrenz, vor allem hinsichtlich des Zugriffs auf die AdW, nachdem diese seit 1968 stärker auf anwendungsorientierte Forschung verpflichtet worden war.

In der politischen Praxis sei die ZK-Abteilung Wissenschaft eine Art letzte Instanz in wissenschaftspolitischen Grundsatzfragen gewesen. Offiziell habe sie die Aufgabe gehabt, die Parteiorganisationen politisch anzuleiten, die im MHF, in den Akademien und an den Hochschulen bestanden. (Schirmer 2014: 296) Es entsprach dem politischen Führungsanspruch der SED, dass es auf allen Ebenen des Wissenschaftsbetriebs SED-Leitungen gab. Häufig waren diese hauptamtlich organisiert, und die durch sie realisierte politische Steuerung war der fachlichen Leitung durch Hochschulrektorate, Akademiepräsidien oder Institutsdirektionen vorgeschaltet.

Daneben waren die wissenschaftlichen Einrichtungen jeweils einem bestimmten Ministerium zugeordnet, d.h. auch von dessen Weisungen und Einflussnahmen abhängig:

- Für die meisten Hochschulen und die Grundlinien der Hochschulpolitik war das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MHF) zuständig,
- für die Akademie der Wissenschaften das Ministerium für Wissenschaft und Technik (MWT).
- Die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (AdL) unterstand dem Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, die Bauakademie dem Ministerium für Bauwesen und die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) dem Ministerium für Volksbildung.
- Die Ressortforschungseinrichtungen waren unmittelbar jeweils einem Ministerium zugeordnet, manche auch dem Ministerrat, d.h. der DDR-Regierung insgesamt, und einige unterstanden direkt dem SED-Zentralkomitee.

---

7.1. Leistungsbedingungen, Tafel 12: Unterschiedliche Berechnungen der DDR-FuE-Personalkapazität

- Etwas anders verhielt es sich bei den Pädagogischen Hochschulen, die einer doppelten Zuordnung zum Ministerium für Volksbildung und zum MHF unterlagen, den künstlerischen Hochschulen, für die MHF und Kulturministerium gemeinsam die Zuständigkeit wahrnahmen, und die zwei landwirtschaftlichen Hochschulen, die sowohl dem MHF als auch dem Landwirtschaftsministerium unterstanden (MHF 1986: 35–37). Die Aufgaben des MHF bezogen sich hier darauf, dass es für eine „einheitliche Hochschulpolitik“ zu sorgen hatte, etwa hinsichtlich der Hochschullehrerberufungen oder des Rechts zur Verleihung akademischer Grade (Schirmer 2014: 218, 221).
- Die Industrieforschungseinrichtungen waren den Industrieministerien des jeweiligen Wirtschaftszweigs zugeordnet – infolge der planwirtschaftlichen Ordnung unterhielt die DDR Ministerien für alle einzelnen Wirtschaftszweige.

Ein überregionales Gremienwesen sorgte sowohl für Beratungen zwischen Politik und Wissenschaft als auch für die Transmission politischer Anliegen in wissenschaftliches Handeln. Die – zumindest zeitweilig – wichtigsten Gremien waren zwei: Der 1957 gegründete Forschungsrat sollte langfristige Wissenschaftsprogramme ausarbeiten, die Forschung auf Schwerpunkte lenken und Forschungsressourcen steuern (vgl. Wagner 1992); er war beim Ministerrat angesiedelt. Beim MHF existierte der 1966 gebildete Hoch- und Fachschulrat, dem eindrucksvolle 75 Mitglieder angehörten, die einen wiederum beachtlichen zweiwöchigen Sitzungsturnus absolvierten (Sperlich 2009: 59–62).

Für die Gesellschaftswissenschaften sah sich naheliegenderweise vor allem der SED-Apparat zuständig. Deshalb gab es dort eine „Kommission der Leiter gesellschaftswissenschaftlicher Institute beim Politbüro des ZK der SED“, die intern auch kurz „Ideologiekommision beim SED-Politbüro“ genannt wurde. Geleitet von Kurt Hager, gehörten ihr einerseits die Leiter der zentralen Parteiinstitute – Parteihochschule, Akademie für Gesellschaftswissenschaften und Institut für Marxismus-Leninismus (IML) –, des Instituts für Politik und Wirtschaft (IPW), ideologierelevanter Wissenschaftlicher Räte (für Philosophie, Geschichte, Rechtswissenschaften u.a.) sowie der gesellschaftswissenschaftlichen Einrichtungen des Hochschulministeriums, der Akademien und der NVA an, daneben auch Leiter von politischen Einrichtungen (Reißig 2002: 149; Schirmer 2014: 324f.).

1986 wurde die Struktur der Wissenschaftlichen Räte für die Gesellschaftswissenschaften systematisiert, wonach dann 26 solcher Räte bestanden. Einer davon, der Wissenschaftliche Rat für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung, verfügte zudem über 14 weitere zugeordnete Räte. All diese wurden von jeweils einer wissenschaftlichen Einrichtung für den jeweiligen Gesamtbereich in der DDR organisiert. (Vgl. Best 1992: 295–298) Es sei „eine

wahre wissenschaftliche ‚Räterepublik‘“ gewesen, mit 800 bis 1.000 mitwirkenden Gesellschaftswissenschaftler:innen (Schirmer 2014: 326–332).

Auch das Hochschulministerium verfügte über eine beträchtliche Gremienstruktur: 30 Wissenschaftliche Beiräte (neben fächerspezifischen z.B. auch einen Beirat für Weiterbildung, einen für das Hochschulfernstudium oder einen Beirat für das wissenschaftliche Bibliothekswesen und die wissenschaftliche Information) sowie über 40 Zentrale Fachkommissionen bzw. Fachrichtungskommissionen (Sperlich 2009: 62–64).

Die Funktionen all dieser Beiräte waren die

- „Vorbereitung der mittelfristigen (fünfjährigen) Forschungsplanung und Abstimmung mit angrenzenden Forschungsbereichen,
- Umsetzung des vom Politbüro ‚bestätigten‘ ZFP,
- Koordinierung, Anleitung und Kontrolle der Forschungsträger beim Erstellen ihrer Forschungskonzeptionen, der Durchführung ihrer Arbeit und der Evaluierung ihrer Forschungsergebnisse,
- Förderung des ‚... wissenschaftlichen Meinungsstreits‘ und der interdisziplinären Arbeit,
- Verbreitung und Propagierung von Forschungsergebnissen sowie Beratung von Praxispartnern,
- Ausarbeitung theoretisch begründeter Empfehlungen zur Leitung und Planung der Gesellschaft, vor allem für politische Führungsgremien, [...]
- Unterstützung und Beratung von Gremien und Forschungsträgern bei der internationalen Wissenschaftskooperation.“ (Marquardt/Schmickl 1987: 28)

Mindestens ebenso bedeutsam waren für die Wissenschaft Infrastruktureinrichtungen und Kommunikationsstrukturen. Wissenschaftliche Bibliotheken und Fachinformationszentren sorgten für Literaturbereitstellungen und fachbezogenes Wissensmanagement qua Bibliografien und Neuerscheinungsdiensten. Neben der Deutschen Bücherei in Leipzig (vgl. Rau 2018) und der Staatsbibliothek in Berlin (vgl. Lülfing 1999 und Kittel 2018) leisteten dies vor allem die Bibliotheken/Fachinformationszentren von Akademie-Instituten (vgl. Rex 1999) und Ressortforschungseinrichtungen (vgl. z.B. ZHB 1983 und Ehmke/Gering/Lindemann 1984). Ein Weg, devisenschonend an auswärtige Publikationen zu gelangen, war der deutsch-deutsche Schriftentausch. Er diente in Richtung DDR als Möglichkeit, unzensurierte und devisenfreie Einfuhr benötigter Westliteratur zu organisieren, in Richtung BRD als Weg für graue Literatur, also außerhalb des DDR-Buchhandels erscheinende. Nach einer Untersuchung von Ines Pampel (2018) sei es Bibliothekaren auf beiden Seiten gelungen, trotz staatlicher Überwachung und Restriktionen seitens der DDR

ihrem Berufsethos und dem Ziel nach möglichst vollständigen Beständen gerecht zu werden.<sup>22</sup>

Verlage und Zeitschriften bildeten die Infrastruktur für die wissenschaftliche Publizistik.<sup>23</sup> 15 wissenschaftliche und 66 medizinisch-wissenschaftliche Fachgesellschaften (Herbst/Ranke/Winkler 1994: 1171) vernetzten die Kolleginnen und Kollegen innerhalb ihrer Fachgebiete und waren zudem häufig staatlicherseits damit beauftragt, berufsbegleitende Fortbildungen zu organisieren.<sup>24</sup> Dies galt vor allem für die Naturwissenschaften (vgl. ebd.: 1170–1193), da es neben der Historiker-Gesellschaft keine gesellschaftswissenschaftlichen Fachgesellschaften gab. Stattdessen waren für die Gesellschaftswissenschaften sog. Nationalkomitees gegründet worden (für Literaturwissenschaft, für Soziologische Forschung usw.), dies nicht zuletzt für die Vertretung in nichtstaatlichen internationalen Wissenschaftsorganisationen (Best 1992: 304). Daneben bot der Wissenschaftsbetrieb auch die Möglichkeit, sich informell oder halbformell in selbstorganisierten Arbeitskreisen zu vernetzen. Schließlich gab es das übliche Tagungswesen, dessen Stetigkeit institutionell vor allem durch Hochschulen und Akademieinstitute gesichert wurde.

---

<sup>22</sup> vgl. zu den ost-west-deutschen Bibliothekskontakten auch Ruppelt (2011)

<sup>23</sup> Zu beiden Themen gibt es (bislang) keine Gesamtdarstellungen. Vgl. aber Seemann (2017) zu deutsch-deutschen wissenschaftlichen Parallelverlagen sowie zum Leipziger Fachbuchverlag Hoffmann (1998) und Hilbert et al. (1999). Zu wissenschaftlichen Zeitschriften vgl. zahlreiche Beiträge in Barck/Langermann/Lokatis (1999). Zur Zensur in Verlagen und Zeitschriften vgl. Lokatis (2019) und Lokatis/Hochrein (2021)

<sup>24</sup> vgl. exemplarisch die Wissenschaftliche Gesellschaft für Veterinärmedizin: Kluge (2017), und zur großen Gruppe der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften Rohland/Spaar (1973) sowie Herbst/Ranke/Winkler (1994: 614–623)

## 6. Wissenschaftsalltag und Politik

Um die Spannungen von wissenschaftlichem Alltag und Politik in sowohl ihren alltagsweltlichen als auch Herrschaftsaspekten und Wirkungen zu erfassen, bietet es sich an, nicht nur auf zeitgenössische oder nachträgliche wissenschaftliche Studien zurückzugreifen. Vielmehr lässt sich hier auch eine Textsorte auswerten, die bislang als zeithistorische Quelle noch nahezu unentdeckt ist – die DDR-bezogene Wissenschaftsbelletristik, also die erzählerische Gestaltung von Themen aus dem Wissenschaftsbetrieb und -milieu. Das waren in der DDR 111 Texte, und nach 1990 traten noch 51 dem Thema gewidmete Titel hinzu (vgl. Pasternack 2024). Diese erzählende Literatur umfasst Repräsentationen der vergangenen Wirklichkeit, mit deren Auswertung sich in Teilen spezifische Nachteile neutralisieren lassen, die andere Quellen aufweisen. Sie hat nicht nur anders, sondern auch weitergehend über die Herrschafts- und Alltagsprozesse in der DDR-Wissenschaft informiert.

Dass es in der DDR auch grundsätzliche Auseinandersetzungen gab über die Wege, Forschung zu organisieren, über Hochschulbildungskonzepte, zur Vereinbarkeit von privaten und beruflichen Ansprüchen, zu wissenschaftsfremden politischen Interventionen oder Konflikten zwischen gesellschaftlichen und individuellen Interessen – all dies muss man aus wissenschaftlichen und politischen DDR-Texten erst durch oft mühsame Decodierung andeutender Formulierungen erschließen. Deutlicher steht vieles davon in den wissenschaftsbelletristischen Texten. Liest man diesen überkommenen Informationsspeicher nicht aus, dann fehlt die Kenntnis von sozialen Tatsachen, die für manches, das bislang nur unzulänglich erklärt ist, Erklärungen liefern könnte. Nutzt man aber diese Informationen, dann kann Wissen über Strukturen, Prozesse, Akteurskonstellationen, Handlungsmuster und -motive erlangt werden, das mitzuteilen in den zeitgenössischen nichtliterarischen Texte vermieden wurde oder unmöglich war: Die fiktive Literatur bildete paradoxerweise oft besser die wahren Verhältnisse ab.

Daher wird im folgenden vor allem die DDR-bezogene Wissenschaftsbelletristik konsultiert, fallweise ergänzt um Informationen aus anderen Quellen. Um die wesentlichen der relevanten Entwicklungen zu strukturieren, wird eine Themenbehandlung unternommen, die aufsteigend nach Politisierungsgraden gegliedert ist.

## 6.1. Forschungsplanung und Bürokratie

Forschungsplanung wird häufig für ein Thema gehalten, das ganz und gar DDR- oder sozialismustypisch gewesen sei. In der Tat genoss es in der zugespitzten Planungsrationale der DDR einen besonderen Stellenwert. Plan sei alles, die Motivation nichts, so klagt der Wissenschaftsforscher Schwarzenbach in John Erpenbecks Roman „Gruppentherapie“. Man habe angenommen, „wenn die Überführung von Forschungsergebnissen in die Produktion nur ordentlich geplant und organisiert wäre, so ergäben sich technische Spitzenleistungen schon von selbst“. Aber: „Wer bei Innovationen das Risiko möglichst klein halten will, geht das größtmögliche Risiko ein“ (Erpenbeck 1989: 67, 113).

In der DDR sah die Forschungsplanung auf Institutsebene, folgt man Dieter Nolls Roman „Kippenberg“, so aus: „Einmal im Jahr schreibt jeder auf einen Zettel, womit er sich beschäftigt und was er im nächsten Jahr vorhat, und Fräulein Seliger tippt die Zettel als Liste in die Maschine: schon ist der Plan fertig, Instrument zur Beschaffung des Etats, Sammelsurium individueller Arbeitsvorhaben. Ein wirkliches Forschungsprogramm gibt es nicht ...“ (Noll 1979: 230) Doch gab es auch Gegenbewegungen. Seit Ende der 60er Jahre wurden die Pläne immer langfristiger und zielorientierter: „Wollte man den Papieren trauen, waren wissenschaftliche Weltrekorde abzuhakende Alltäglichkeiten“ (Königsdorf 1988: 9f.).

Wirklich geholfen hat das Versprechen, Weltniveau als Normalfall zu etablieren, aber nicht. Spätestens auf der Ebene der Institute und Wissenschaftsbereiche wurde es geschreddert. Die Mathematikprofessorin und Schriftstellerin Helga Königsdorf berichtet in ihrer Autobiografie, wie sie sich einer Planungsanforderung entledigte, die weder zu ihrem Akademie-Institut noch zu ihren eigenen Forschungsvorhaben passte. Der Direktor beabsichtigte, eine neue Forschungsrichtung zu etablieren, weil diese von einer sowjetischen Koryphäe gepriesen worden war: Zuverlässigkeitstheorie. Königsdorf beschloss, die Planung so zu machen, dass eine Weiterarbeit auf dem angestammten Gebiet der Stabilitätstheorie möglich war, „indem ich überall das Wort Stabilität durch Zuverlässigkeit ersetzte und den erklärenden Text aus der alten Planung übernahm“. Der Chef habe den Entwurf gelesen und sei höchst befriedigt gewesen. Etwas später hätten sich im zuständigen Ministerium Zweifel breitgemacht, was die Zuverlässigkeitstheorie betraf. „Als ich die Planung für das nächste Jahr machte, merzte ich das Wort Zuverlässigkeit überall in unseren Plänen aus und ersetzte es durch Stabilität.“ (Königsdorf 2002: 136–138)

Es gab auch Talente, die mit anders gearteter Lässigkeit höchsten planerischen Ansprüchen zu genügen vermochten. Doktor Nihein in John Erpen-

becks Roman „Der blaue Turm“ z.B. ist eigentlich Mediziner, aber eine Direktive zur Kosmosforschung macht ihm keine Mühe. Denn es komme auf den Inhalt viel weniger an als auf die wissenschaftsstrategische Linie. Man müsse sorgfältig zwischen allen Standpunkten – es geht um die Interkosmos-Kooperation der sozialistischen Staaten – vermitteln. „Was wissenschaftlich herauskommt ..., ist demgegenüber ziemlich zweitrangig.“ Er gibt seiner Mitarbeiterin Bescheid: „Wir schreiben erst mal den Text, die Literaturtitel können Sie dann später selbst einsetzen.“ Sofort beginnt er, Seite um Seite zu diktieren, fast ohne zu stocken, Bandwurmsatz um Bandwurmsatz. Er unterbricht sich nur, um anzuordnen: „Hier ein Parteitagszitat; hier ein Zitat aus dem letzten Artikel des Generals; hier einen Abschnitt aus der Rede des sowjetischen, hier aus der Rede des rumänischen INTERALL-Regierungsbeauftragten auf der letzten Budapester Beratung“. (Erpenbeck 1980: 45–47)

Mancher wiederum brauchte gar keinen Plan, sondern ersetzte ihn durch Blendung: In Wolfgang de Bruyns Erzählung „Sigrid“ bastelt der Sprachdidaktiker Professor Holdt ‚schöpferisch‘ internationale Anregungen zusammen, kann auf diese Weise alle drei bis vier Jahre ein neues didaktisches Konzept vorlegen und verteidigt das jeweils aktuelle mit der gleichen Vehemenz wie die vorherigen: „Ob psychoaktiv-integrativ, suggesto-kybernetisch oder kommunikativ-situativ, die Kunst bestand im schnellen Wechsel.“ Immerhin habe sein Institut als selbsternanntes Leitzentrum auf jeder Konferenz mit einer Überraschung aufzuwarten. (W. de Bruyn 1988: 99)

Neben der Forschungsplanung nehmen auch sonstige bürokratische Zumutungen einen breiten Raum in der DDR-bezogenen Wissenschaftsbelletristik ein. Eine Auswertung habe ergeben, wird in Heinz Kruschels Roman „Wind im Gesicht“ mitgeteilt, dass die Dozenten 59 Prozent ihrer Zeit auf Sitzungen, Beratungen und Versammlungen zubrachten. In einem der Fachbereiche gebe es keine Schreibkraft oder Sekretärin mehr. Einer der Kollegen veranschaulicht den Doppeleffekt, der sich daraus ergibt: „wir haben sie eingespart, dreihundertfünfzig oder vierhundert Mark eingespart. Nun schreibe ich die Briefe selber“. (Kruschel 1971: 168)

Thematisiert wurde Bürokratie aber vereinzelt auch in der zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Literatur. In der Auswertung einer um 1980 durchgeführten Befragung des Zentralinstituts für Hochschulbildung Berlin (ZHB), die sich an alle ordentlichen Hochschulprofessor:innen der MINT-Fächer und der Medizin richtete,<sup>25</sup> wird dies thematisiert. Exemplarisch findet sich dort ein Warnemünder Professor zitiert:

„Generell wird die Belastung durch Dienstberatungen, Sitzungen u.a. als bedrückend empfunden. Eine Reduzierung des Zeitaufwandes um die Hälfte

---

<sup>25</sup> Befragt wurden insgesamt 1.563 Professor:innen. Ausgewertet werden konnten 1.111 Antworten (Rücklaufquote 71 %) (Boschan et al. 1982: 6).

würde hier einen Gewinn bringen, ohne daß um das Funktionieren der Lehr- und Forschungsprozesse gefürchtet werden müßte. Bei Leitungstätigkeit sollten nach Lage der Dinge eine *administrative* Komponente und eine *inhaltlich-anleitende* Komponente unterschieden werden. Zur letzteren bekenne ich mich voll und ganz, kann mich ihr aber nicht ausreichend widmen, weil mich das Verwalten sowie Sitzungen und Beratungen viel zu sehr beanspruchen.“ (Boschan et al. 1982: 8, Herv. i. Orig.)

Angemerkt wurde von den Studienautoren auch, dass es nicht zuletzt die Hochschulen selbst seien, die große Verantwortung für die Reduzierung des Leitungs- und Verwaltungsaufwandes trügen. Das lege zumindest ein Vergleich der Hochschulen nahe. So betrage die Differenz in den Angaben der Professoren, vorwiegend als Leiter tätig sein zu müssen, zwischen der TH Karl-Marx-Stadt und der Bergakademie Freiberg 30 Prozentpunkte. Jedenfalls verwundert es angesichts der Befunde nicht, dass sich die Befragten Zeitgewinn für die Forschung vor allem durch die Entlastung von Leitungs- und Verwaltungsaufgaben versprochen. (Ebd.: 10, 98). Die Sache klingt dem heutigen Leser vertraut. Eine Studie von 2016 ermittelte, dass Hochschullehrende für die Lehre 37 Prozent und für Forschung 22 Prozent ihrer Arbeitszeit einsetzten, 41 Prozent dagegen für anderes aufzuwenden seien (IfD 2016, vgl. auch Pasternack et al. 2018: 195–210).

Auch das Gremienwesen im westdeutschen Wissenschaftssystem hatte sein Pendant im DDR-Wissenschaftsbetrieb, in Gestalt von Kommissionen und eines endlosen Versammlungsmarathons. Eine Kommission sei „der kollektive Ellbogen, den man braucht, um sich im Getriebe der sozialistischen Demokratie durchzusetzen“, weiß bei Renate Feyl ein diesbezüglich erfahrener FDJ-Hochschulfunktionär (Feyl 1971: 201). Zum Wissenschaftlichen Rat, den jede Hochschule hatte, heißt es enerviert: Es werde „ständig ein neuer Ausschuss gegründet, alle fummeln sie, Verzeihung, in der Forschung herum, Doktor Hofmanns Planungsgruppe, Doktor Bauers Analysengruppe und Doktor Fokers Ausschuss für Wissenschaftsforschung. Ich will ja keinem zu nahe treten, aber bald hat jedes Ratsmitglied einen eigenen Ausschuss als Domäne. Bringt uns das aber voran?“ (Wolfgang Schreyer in dem Roman „Der sechste Sinn“, 1987: 130)

Versammlungen seien meist in Form eines rituellen Palavers verlaufen. Jeder verlese seinen daheim eingeübten Diskussionsbeitrag, und wer zu faul zum Üben war, der sage einfach „Wie schon mein Vorredner zum Ausdruck brachte ...“. Das wiederhole sich solange, bis der Versammlungsleiter die Nerven verliert und die Zusammenkunft für erfolgreich beendet erklärt, so eine kabarettistische Verdichtung der Leipziger „Pfeffermühle“ (Otto 1975: 234). Die hinter den Versammlungen stehende Regieleistung hätte eigentlich eine Würdigung verdient, meint, sarkastisch, Helga Königsdorf: „Hochkarätige Fachleute mit überlastetem Stundenplan waren dazu gebracht worden, Stunde um Stunde abzusitzen, brav auf ihr Stichwort zu warten und sich genau an

den vorgegebenen Text zu halten. [...] Eigenständige Wortmeldungen fielen der ‚fortgeschrittenen Zeit‘ zum Opfer. ‚Ich schlage euch vor, sie schriftlich nachzureichen‘“, sagte der Versammlungsleiter (Königsdorf 1993: 106f.).

Ein anderes Ritual habe darin bestanden, auf den Versammlungen Demokratie zu spielen, heißt es in Christa Wolfs Erzählung „Unter den Linden“. Dabei seien klare Rollenerwartungen internalisiert gewesen. Fand eine Versammlung statt, um jemanden auf den rechten Weg zurückzuführen, so hatte die zu bekehrende Person „natürlich enttäuscht zu sein, bekümmert, dann halb und halb entwaffnet, ... hatte gut dosierten Widerstand zu leisten und ihn genau im richtigen Moment zögernd, aber den besseren Argumenten weichend, aufzugeben“ (Wolf 1969: 22).

Indes zeige ein Vergleich mit der Bürokratie, die ab 1990 kennenzulernen war, dass man sich in der DDR diesbezüglich geradezu in einer Komfortzone bewegt habe: „Wie hatte er damals die Bürokratie gehaßt, wie hatte er das gehaßt, was er damals unter Bürokratie verstand, er konnte sich inzwischen nur darüber amüsieren. Das war doch keine Bürokratie, das war doch hilfreichste Abnahme jeglichen Verwaltungsaufwands durch eine keineswegs große Verwaltung, wo sogar Diskutieren, Interpretieren und Überzeugen möglich war“, so Rudolf Hagens Ich-Erzähler in der Erzählung „Ende einer Berufung“ (1994: 94).

Zugleich habe gegolten: „Halte dich an die Gesetze, und lasse dich in allem übrigen nicht erwischen“ (Hein 1981 [1974]: 43). Das erinnert an Niklas Luhmanns „brauchbare Illegalität“, die Organisationen benötigten, wenn sie Ziele erreichen wollen (Luhmann 1964: 304–314). Nur so ließ sich offenbar auch in der DDR der Mischung aus Arkanwissen und bürokratischer Willkür ein Schnippchen schlagen, welcher der Schriftsteller Franz Fühmann in einem bündigen Vierzeiler ein Denkmal gesetzt hat: „Wann er denn die Unterlagen vorlegen solle? | Man möge da nur nichts überstürzen. | In zwei Tagen? fragte der Professor. | ‚So spät nun auch wieder nicht!‘“ (Fühmann 1981a: 116)

Den literarischen DDR-Texten hätte man auch entnehmen können, warum die leistungsorientierten Komponenten der W-Besoldung, die 15 Jahre nach dem Ende der DDR eingeführt wurden, kaum funktionieren würden. Immerhin pflegte die DDR ein ausgeprägtes Leistungsprämiensystem, genannt „der materielle Hebel“. In der zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Forschung wurde dazu formuliert: „Die ... Zielstellung, die Zielprämien stärker zu nutzen, um Schwerpunktaufgaben und Spitzenleistungen in Lehre und Forschung zu stimulieren und bei der Festlegung der Prämienhöhe leistungsgerechter zu differenzieren, wurden nicht ausreichend erreicht“ (Blankenburg 1988: 2).

In der Wissenschaftsbelletristik wird es vor allem als Feilschen geschildert, um keinesfalls benachteiligt zu werden. Herausgekommen sei, dass neunzig

Prozent der Kollegen alle Jahre erneut ausgezeichnet wurden.<sup>26</sup> Es sei ja auch höchst schwierig zu entscheiden, was eine überdurchschnittliche Leistung ist.<sup>27</sup> In der Grundlagenforschung (hier der psychologischen) sei „etwas einwandfrei Errechnetes und strikt Bewiesenes, aber praktisch nicht Anwendbares und somit Unbrauchbares, eine Höchstleistung“. In der anwendungsorientierten Forschung sei es genau umgekehrt. Dort gälten akademische Spielereien als wertlos, und praktische Wirksamkeit sei das A und O. „Also ist alles Willkür, Ermessensfrage und eine verfluchte Günstlingswirtschaft.“ Doch sei es eben Usus, „Prämien einzustecken, selbstverständlich sei dies, aber Welch ein Weh und Ach, wenn sie ausblieben“. (Johannes Helm in dem Roman „Tanz auf der Ruine“, 2007: 46f.)<sup>28</sup>

Im übrigen wird auch in der DDR-bezogenen Wissenschaftsbelletristik immer wieder eine Unterscheidung zweier Wissenschaftlertypen aufgerufen, der man in allen Wissenschaftssystemen begegnen kann. Pierre Bourdieu z.B. hat diese Typen für das französische System als diejenigen beschrieben, die entweder institutionelle oder epistemische Macht besitzen. Erstere sitzen in lokalen und überregionalen Kommissionen, haben politische Kontakte und können Stellen, Gelder, Verträge usw. verteilen. Letztere akkumulieren wissenschaftliches Prestige, bekommen fachliche Anerkennung von anderen Forschern und werden berühmt. (Bourdieu 1998: 31, 37)

In den belletristischen DDR-Darstellungen läuft diese Typenkontrastierung immer darauf hinaus, dass die einen inkompetent und die anderen die eigentlich Kompetenten seien. Ob das tatsächlich die entscheidende Frage ist, wurde weder in der DDR noch bisher andernorts zufriedenstellend geklärt. Bourdieu gab zu bedenken, ob ein Wissenschaftssystem wirklich leistungsfähiger wäre, „wenn die Berühmtesten auch über die größte Macht verfügten“ (ebd.: 35). In der DDR (wie aber auch in vielen anderen Systemen bis heute, zum Beispiel in der heutigen Bundesrepublik) wurde das zumindest teilweise versucht: Das Personal, das die Wissenschaftseinrichtungen organisierte, bestand nicht allein aus Funktionären oder fachlich kleinen Lichtern. In Rainer Fuhrmanns Roman „Medusa“ beklagt dies der Ökonomische Direktor einer

---

<sup>26</sup> „Die weit verbreiteten Tendenzen der Nivellierung in der praktischen Prämienpolitik wurden nicht überwunden.“ (Blankenburg 1988: 23)

<sup>27</sup> Es sei nicht gelungen, „eine stärkere Differenzierung in der Höhe der gewährten Prämien entsprechend der objektiv vorhandenen Leistungsunterschiede durchzusetzen. Es überwiegt die meist mehrfache Prämierung aller.“ Leistungsunterschiede würden in sehr geringen Prämierendifferenzierungen „meist fast nur symbolisch angedeutet“. (Ebd.: 26f.)

<sup>28</sup> Dass diesem ‚Nutzen‘ auch ein mannigfacher Aufwand gegenüberstand, finden sich wiederum in sozialwissenschaftlichen Texten: „In der Regel verlangt die Zahlung einer Prämie einen schriftlichen Antrag des Leiters mit 2 bis 3 Durchschlägen. Bei 67000 Sofortprämien und rund 50000 Zielprämien, die 1985 gewährt wurden, waren dafür 486000 Blatt Papier erforderlich, abgesehen von Zahlungsanweisungen, Quittungen usw.“ (Ebd.: 28)

Universitätsklinik: Die besten Fachleute würden, gewissermaßen zur Belohnung, zu Leitern gemacht, obwohl sie meist keine Voraussetzungen dafür haben. Nach wenigen Jahren seien sie ihrem Beruf soweit entfremdet, dass sie nur noch über ihn reden, ihn jedoch nicht mehr ausüben könnten. Andererseits – Dilemma! –, wem solle man sonst die Leitungsaufgaben übertragen: „Einem Minderbegabten, von dem man froh ist, ihn aus dem OP entfernt zu haben?“ (Fuhrmann 1985: 89, 91)

Profilieren könnte man sich auch mit der Beteiligung an Reformen, die immer wieder einmal den Hochschulen und Forschungsinstituten angeschlossen wurden. Immerhin sei, erfahren wir in Jens Sparschuhs Roman „Kopfsprung“, eine Redewendung bis hinauf in die Direktoratsebenen gebräuchlich gewesen: „Tja, wenn ich könnte, wie ich wollte“. Fast jeder habe „außer der geballten Faust noch das todsichere Geheimrezept in der Tasche, wie man alles besser machen könnte“, aber auch „das tröstliche Wissen im Hinterkopf, daß es wohl nie dazu kommen würde und er es auspacken müßte“ (Sparschuh 1989: 229). Sei eine Reform aber tatsächlich im kollektiven Einvernehmen beschlossen worden, dann sei kaum einer bereit, kampfflos die bisherigen, langbewährten Forschungsthemen aufzugeben oder auch nur abzuändern. „So überlegten nahezu alle, wie sie eine Änderung umgehen könnten, ohne daß das sofort bemerkt würde; und die meisten entdeckten für sich zum Bösen des Ganzen Schleichwege“, lässt sich dazu John Erpenbecks Roman „Alleingang“ (1973: 283) entnehmen.

## 6.2. Politisierter Alltag

Die Politisierung des Alltags lässt sich mit einigen Stichworten umreißen. Folgt man der DDR-bezogenen Wissenschaftsbelletristik, so war das Leben an den Hochschulen augenscheinlich wesentlich geprägt von endlosen FDJ-Versammlungen und politischen Tribunalen, „als tage ununterbrochen ein Revolutionskonvent“ (Jakubeit 2000: 189), Kampagnen zum Kirchenaustritt und zum Parteieintritt, fortwährenden Arbeitseinsätzen in Landwirtschaft und Industrie, Kesseltreiben gegen einzelne Dozenten oder Studierende, GST-Ausbildungen, Demonstrationen mit kontrollierter Anwesenheitspflicht und ideologisch kontaminierten Prüfungen. „Dauernd sei irgendwas los, was mit der Wissenschaft nichts zu tun habe – ein Aufruf, eine Kundgebung, eine Stellungnahme, eine Unterschrift“, ist die Titelfigur in Inge von Wangenheim's Roman „Professor Hudebraach“ enerviert (1961: 104).

Eines der Schlagworte der fortwährend abgeforderten Positionierungen hieß „Kritik und Selbstkritik“, meinte aber fast immer nur entweder Selbstkritik („Die Historiker übten Selbstkritik, weil sie sich von gewissen Tendenzen der idealistischen Geschichtsauffassung noch nicht eindeutig gelöst hatten“) oder aber solche Kritik, die der Selbstkritik voranging: „Dozent Ahlmann von

der Landwirtschaftlichen Fakultät mußte ... seinen Hut nehmen, weil er nicht aufhörte, das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag zu lehren und damit den Aufbau der sozialistischen Landwirtschaft in Frage zu stellen.“ (Feyl 1992: 143f.)

Jede politische, aber auch private Verfehlung konnte Anlass für eine Maßregelung sein, die häufig als Tribunal inszeniert wurde. Den Rahmen dafür boten Partei-, FDJ- oder Instituts- bzw. Sektionsversammlungen. Neben Parteistrafen war ein beliebter Ausgang solcher Tribunale die „Bewährung in der Produktion“ – „Als wäre ein volkseigener Betrieb eine Besserungsanstalt, die Tätigkeit in ihm ein Strafvollzug“, wie die Hauptfigur in Erik Neutschs Roman „Friede im Osten“ sinniert (Neutsch 1985: 262). Dies konnte Studierende wie Lehrende treffen. Dass unter diesen Bedingungen Abwanderung und Flucht, später das Im-Westen-Bleiben anlässlich einer Dienstreise ein vielfach erwogenes Thema war und häufig umgesetzt wurde, erscheint wenig verwunderlich.<sup>29</sup>

Für die 50er Jahre wird die Abwanderung von Wissenschaftlern einerseits als großes Problem beschrieben (etwa in Stefan Heyms Band „Schatten und Licht. Geschichten aus einem geteilten Lande“ 1960 oder Christa Wolfs Erzählung „Der geteilte Himmel“ 1963). Andererseits machte es die SED den Wissenschaftlern auch nicht sonderlich einfach, sich mit den neuen Verhältnissen anzufreunden. In einem Chemiebetrieb in Inge von Wangenheims Roman „Das Zimmer mit den offenen Augen“ publizierte die Betriebsparteizeitung einen Kommentar, in dem technologische mit politischen Fragen vermengt werden. Er skandalisierte die Arbeit der Forschungschemiker: Wie könne man eine längst überholte Ami-Technologie „des Herrn Dupont ... verteidigen, eines der ärgsten imperialistischen Sklavenhalter und Ausbeuter auf dem Chemiesektor ... Auch für gewisse Kollegen Akademiker, scheint uns, ist es an der Zeit, an der Seite der Arbeiterklasse neue Wege zu beschreiten und überholte Vorstellungen von der Überlegenheit kapitalistischer Technologien über Bord zu werfen.“ (von Wangenheim 1965: 229)

Diejenigen, die blieben, sahen sich mit der Anforderung konfrontiert, ihrer Arbeit eine Referenz namens „Parteilinie“ zugrundezulegen. Diese stellte ein fortwährendes Risiko dar. Im eigentlichen handelte es sich mindestens um eine Schlingellinie: Sie war über die 45 Jahre ostdeutscher Nachkriegsgeschichte hin höchst wechselhaft und windungsreich. Es gab, wie es in Uwe Tellkamps Roman „Der Turm“ heißt, „oft binnen weniger Wochen, manchmal sogar Tage wechselnde Vorgaben der gerade verbindlichen Ideologie“. Fortwährend habe man sich zu fragen gehabt: „Was galt, was galt nicht mehr und, wichtiger: Was würde gelten?“ (Tellkamp 2008: 98) Und doch bestimmte diese höchst volatile Parteilinie, so Renate Feyl in ihrem Roman „Ausharren im

---

<sup>29</sup> vgl. für den gesamten Zeitraum der DDR die Übersichtsdarstellung von Buthmann (2001)

Paradies“, „was ein Genosse als richtig oder falsch zu werten hatte, legte den Inhalt der Argumentation fest, und weil sie nicht zufällig, sondern von den zentralen Organen der Partei kam, galt sie stets als höchste kollektive Einsicht in die Notwendigkeiten des Augenblicks und damit als Gesetz“ (Feyl 1992: 41).

Wie sah das konkret aus? In Hans-Joachim Wiesners Roman „Rosa und Grau“ ist Wolfgang Sander Oberassistent an der Sektion Journalistik der Leipziger Universität. Eines Tages fällt auf, dass er seine Seminare zum sozialistischen Menschenbild auch nach dem VIII. Parteitag noch mit der Konzeption vom Sozialismus als relativ selbständiger Gesellschaftsformation untermauere. Das war Ulbrichts Konzeption. Jetzt, seit Honeckers Machtantritt, gilt wieder die sowjetische: die Zwei-Phasen-Theorie vom Kommunismus, der Sozialismus dabei die erste Phase des Kommunismus. Sander muss sich vor der Parteigruppe verantworten. (Wiesner 2001: 317) Horst Drescher liefert in seiner Erzählung „Hörsaal 40“ eine maliziöse Erläuterung dazu, wie es sich mit dem wissenschaftlich zu begründenden Platz der DDR in der Geschichte verhielt: „ob wir derzeit erst hinter der zweiten Vorschwelle zur ersten Hauptstufe des vollentwickelten Sozialismus lagerten oder bereits im Aufbruch begriffen waren zum Vorhof einer Frühstufe des Kommunismus, das war noch nicht präzise auszumachen, da wechselten die Vorstellungen von Zeit zu Zeit“ (Drescher 1995: 140).

Dem durchschnittlichen Gemüt kündigten sich solche Änderungen der Parteilinie meist nicht erkennbar an. Ebenso wenig war klar, wie lange die jeweilige Neuerung Bestand haben würde. Da häufig auch Forschung und Forscher benötigt wurden, um einer neuen Linie zur breiten Durchsetzung zu verhelfen, lauerten hier Risiken. Immerhin wusste man nie, ob in den Tiefenebenen des Parteiapparats noch hinhaltende Widerstände wirkten, die ggf. zum erneuten Richtungswechsel führen konnten. Als Viktor Kösling, ein verwöhntes Funktionärssöhnchen in Günter de Bruyns Erzählung „Neue Herrlichkeit“, um 1980 herum an seiner Promotion zu Preußen sitzt, ist der politisch wenig wankelmütige Vater ob des Themas etwas pikiert. Er ordnet es der neuesten DDR-Geschichtsschreibung zu Preußen zu. Doch was man lobend deren Differenziertheit nenne, „verübelt er ihr, weil sie verwirrt. Er ist für das gute alte Schwarzweiß. Was mit Preußen los war, war doch längst klar; jetzt schreibt man wieder Dissertationen darüber“ (de Bruyn 1984: 190).

Auch das erfundene (zumindest als Institution, in anderen Hinsichten kaum) Institut für marxistische Seelenkritik in Jens Sparschuhs Roman „Kopfsprung“ soll da ran. Man habe doch sicher gemerkt, so ein Anrufer aus dem Ministerium, dass wir jetzt überall wieder ein bißchen auf alt machen. „Alte Kneipen, alte Stadtkerne würden restauriert und so weiter, so ein bißchen Nostalgie eben, das brauche man doch“. Vielleicht könne das Institut dazu mal ein paar konstruktive Überlegungen anstellen?

Ging es diesem bisher um die Kritik am Konzept der Seele, so stellt es sich nun geschwind um. Ab sofort widmen sich seine Forschungen den inneren Werten des Menschen – Motto: „Was in unseren Menschen alles steckt!“. Die Abteilung „Seele – Seligkeit“ etwa wird erneut die europäische Religionsgeschichte durchforsten, jetzt aber mit verändertem Ziel: positive Ansatzpunkte herausfiltern. Das Ganze war für das Institut auch nur bedingt spektakulär, denn an die Wechsel hatte man sich im Laufe der Zeit bereits gewöhnt. Routiniert stellte man also „Forschungspläne um, verlagerte hier und da die Schwerpunkte, änderte ein wenig den Akzent, die Betonung, manchmal einfach das Vorzeichen – und schon hatte es wieder den richtigen Klang“. (Sparschuh 1989: 264, 266f.)

War Sparschuhs Buch erst im DDR-Implosionsjahr 1989 erschienen, so hatte Claus Hammel bereits 1981 die neue geschichtspolitische Flexibilität einer satirischen Würdigung unterzogen, in seiner Komödie „Die Preußen kommen“. Das Stück gibt Einblick in die Arbeit einer „Prüfungsanstalt für Reintegration historischer Persönlichkeiten“. Luther und Friedrich II. warten auf den Ausgang ihrer Prüfverfahren und haben dabei immer noch weitere ergänzende Auskünfte zu geben. Ein Instrukteur vom SED-Zentralkomitee spricht mit Luther: „Friedrich bleibt natürlich eine Kanaille. Es ist nie beabsichtigt gewesen, ihm die Absolution zu erteilen. Luther: Mir hat man sie erteilt. Instrukteur: Nicht in allen Punkten. Luther: In ziemlich vielen.“ (Hammel 1981: 67)

Über Friedrich hatte die Leiterin der Prüfungsanstalt einst ihre Dissertation geschrieben, Titel: „Friedrich II. von Preußen als Wegbereiter der Eroberungsstrategie des deutschen Imperialismus“. Jetzt soll sie ihn wissenschaftsgestützt ‚reintegrieren‘. Etwas gequält erläutert die Professorin ihrem neuen Klienten – das ist Friedrich II. – die Aufgabe: „Ich übe Parteidisziplin. [...] Sie gehören zu unserer Geschichte. Das hat sich jetzt herausgestellt.“ Friedrich ist skeptisch. Die Reintegrationsleiterin aber auch. Der ZK-Instrukteur muss sie aufmuntern. Sie habe den Überblick, ihre Abrechnung mit Friedrich habe Schule gemacht. „Genau das ist der Grund, weshalb ich ihn jetzt nicht über Nacht in einen Engel verwandeln kann“, wirft sie ein. „Das verlangt niemand. Du erarbeitest ein differenzierteres Bild.“ (Ebd.: 63) Aber die Parteidisziplin erfordert weitere Opferbereitschaft. Am Ende gehört gar Bismarck zu den Prüffällen, wobei hier der Ausgang des Verfahrens offen gelassen wird (Hammel wusste aber wohl, dass sich da etwas anbahnte: 1985 kam dann Ernst Engelbergs Bismarck-Biografie).

Ott Heinrich Brunner, ein wissenschaftliches Multitalent in Wolfgang Kröbers vermeintlich utopischem Roman „Spielregeln des Zufalls“, hat sich zu all dem eine eigene kleine Erkenntnistheorie zugelegt: „Vorher kann man die Wahrheit nicht wissen ... Hinterher wird sie passend gemacht. Und im Moment des realen Geschehens hat man andere Sorgen.“ (Kröber 1990: 137) Renate Feyl

liefert in ihrem Roman „Ausharren im Paradies“ auch ein Porträt eines Wirtschaftswissenschaftlers, der es geradezu als Sport betrieb, auf politische Richtungsänderungen allzeit vorbereitet zu sein. Dieser sei ein Mann der Nuancen gewesen, habe zu deuten und zu kombinieren gewusst und hatte alles Geschehen im Auge. Er habe die Kaderentwicklungen prominenter Professoren und Politiker gekannt, darauf geachtet, in welche Funktionen wer berufen wurde, und daraus politische Konstellationen abgeleitet. Er „verfolgte die kleinsten ideologischen Bewegungen, hörte auf jedes Munkeln, wußte sogar das Semikolon oder den Gedankenstrich in einer Rede diffizil zu werten und achtete auf das, was zwischen und hinter den Zeilen stand, das Unausgesprochene und Ungeschriebene, das sich durch verschlüsselte Assoziationen dem Kenner offenbarte.“ Allein aus der Art, wie Meldungen im „Neuen Deutschland“ plazierte waren, habe er die momentane politische Linie zu entnehmen vermocht. Und jeden Leitartikel durchforschte er nach Hinweisen und habe es verstanden, aus ihnen Richtungen und Tendenzen oder auch Kursänderungen herauszulesen. (Feyl 1992: 272f.)

Das war, wie gesagt, nicht jedem gegeben. Da die Wechsel selbst bei ausgeprägtestem Spürsinn nicht immer rechtzeitig zu erfassen waren, bestand für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen praktisch jederzeit die Möglichkeit, in Gegensatz zur gerade aktuellen ‚Linie‘ zu geraten. Es kollidierten ebenso eher kritisch gestimmte Wissenschaftler mit der Parteilinie, wie Dogmatikerinnen in den temporären Phasen intellektueller Flexibilisierung in Gegensatz zu ihr gerieten. Zudem fochten nicht nur Dogmatiker gegen und Nichtdogmatikerinnen für Aufweichungen der Dogmen. Vielmehr wandelte sich mancher im Laufe der Zeit vom einen zum anderen, was die Chancen, im Karriereverlauf in Konflikte verwickelt zu werden, mindestens verdoppelte.

Hinzu trat die Spannung zwischen ideologischen Anforderungen und der sozialen Realität des Alltags. Der Historiker Günter Benser (2013: 29) z.B. beschrieb dies für das Institut für Marxismus-Leninismus (IML) in Berlin so: „Das zwischenmenschliche Klima ... zeugte von einer gewissen Schizophrenie. Da standen zu Parteistrafen führende Scherbengerichte in Parteiversammlungen neben fröhlich ausgelassenen Instituts- und Abteilungsfesten, linientreue Diskussionsbeiträge auf Versammlungen neben freimütigen Meinungsäußerungen im engeren Kreis.“

### 6.3. Konfliktanordnungen und -dynamiken

Insbesondere in autobiografischen Texten, die nach dem Ende der DDR von Wissenschaftler.innen publiziert wurden,<sup>30</sup> fällt eine starke Präsenz von Konfliktbeschreibungen auf. Ergänzt wird dies durch auffällig zahlreiche Dokumentationen, Untersuchungen und biografische Darstellungen, die sich mit den Häretikern in der DDR-Wissenschaft befassen. (Vgl. Pasternack 2022) Die individuellen Erinnerungen, nicht immer einverstanden gewesen und deshalb in Auseinandersetzungen geraten zu sein, sind in der Regel empirisch durchaus gedeckt. Denn da jeder professionell nachdenkende Mensch, wie es Wissenschaftler.innen sind, auch zu Denkergebnissen kommt, mussten sich mindestens gelegentlich auch Dissonanzen zu Realentwicklungen ergeben. Die Volatilität der sog. Parteilinie sorgte für zusätzliche (und in der Regel unbeabsichtigte) Konfliktanlässe. Gleichwohl gibt es seit 1990 eine deutliche Diskrepanz zwischen der Fremdeinschätzung der DDR-Wissenschaftler.innen als konform und der retrospektiven Selbstwahrnehmung als kritisch (Sparschuh 2005: 7). Dabei indes verfehlt keine der beiden Seiten ihren Betrachtungsgegenstand vollständig. Den Unterschied macht die Perspektive und das, was dabei jeweils abgeblendet wird: „die ehemaligen Akteure sehen, was sie gemacht haben, und Außenstehende das, was unterblieb“ (Fischer 2011: 70).

In zeitgenössischen Textsorten, die auf Erfolgsberichterstattung getrimmt waren, sind Konfliktdarstellungen dagegen kaum zu finden. Anders aber in den Figurenzeichnungen der DDR-bezogenen Wissenschaftsbelletristik: Dort geht es praktisch immer um Widerstände und Konflikte – zunächst aus genretypischen Gründen. Denn belletristische Texte benötigen Konflikte, um eine Handlung entwickeln zu können, und das Stilmittel der Kontrastierung verlangt nach antagonistischen Figuren. Daher kann die Darstellung von Konflikten in der Wissenschaftsbelletristik für sich genommen nicht überraschen, wengleich die DDR-Literatur, wie die DDR-Kunst überhaupt, damit ein Alleinstellungsmerkmal innerhalb der öffentlichen Medien besaß.

So kommen in der Belletristik immer wieder ausführliche Schilderungen von Bürokratismus, Engstirnigkeit von Funktionären (dies aber auch häufig ergänzt um den einen aufgeschlossenen Funktionär, der schließlich rettend eingreift) oder Diskrepanzen zwischen politischen Ansprüchen und realem Alltag vor. In den literarischen Texten wurden nicht allein erwünschte Entwicklungen gestaltet, sondern ebenso Probleme, Unzuträglichkeiten bis hin zu Ungeheuerlichkeiten im Wissenschaftsbetrieb. Das gilt auch für die Romane, die

---

<sup>30</sup> Soweit in Buchform erschienen, weitgehend vollständig nachgewiesen in Pasternack (2016) für die Gesellschaftswissenschaften und ders. (2021) für die naturwissenschaftlichen Disziplinen, vgl. dort auch entsprechende Übersichten: S. 149–151 bzw. 134–137. Daneben gibt es eine nicht überschaubare Zahl an autobiografischen Texten in Artikelform.

eine positive Geschichte im Sinne dessen erzählen, was damals politisch erwünscht war. Dort wird dann alles, was problematisch ist, ‚im Vorwärtsschreiten‘ überwunden. Andere Texte laufen auf keine positiven oder auf ambivalente Handlungsenden hinaus, die eine Problematisierung auch am Schluss aufrechterhalten, statt sie in einer sozial und politisch verträglichen Lösung aufzulösen. Insgesamt zeigen sich in den Konfliktanordnungen und -dynamiken zwei Konflikttypen.

Ein erster Typus umfasst Konflikte, die Kollisionen mit systemstabilisierenden Annahmen zum Anlass hatten, und zwar auf zweierlei Weise. Zum einen gab es nichtmarxistische Wissenschaftler, die prinzipiell im Gegensatz zur sozialistischen Ordnung standen und aufgrund dessen in konfliktorische Situationen gerieten – häufig, ohne dies absichtsvoll betrieben zu haben. Zum anderen verzeichnet die DDR-Wissenschaftsgeschichte eine Reihe von Personen, die zwar das marxistische Weltbild teilten, aber mit dem Staat bzw. der SED in prinzipielleren Dissenz über die Modalitäten gerieten, wie ein sozialistisches System zu entwickeln sei. Letzterer Dissens entstand niemals absichtsvoll, denn im Grundsatz ging es beiden Seiten darum, das System weiterzuentwickeln.

Diese beiden Ausprägungsformen der Grundsatzkonflikte mündeten meist in einen definitiven Bruch mit dem DDR-System, zu indizieren an zwei Kriterien: Ausreise oder politische Kaltstellung. Ausreise bzw. Flucht kamen vor allem bis zum Mauerbau vor. Beispiele waren Theodor Litt (1880–1962), Hans Leisegang (1890–1951), Leo Kofler (1907–1995), Max Gustav Lange (1899–1963), Hildegard Emmel (1911–1996), Ernst Bloch (1885–1975) oder Hans Mayer (1907–2001). Weniger bekannt sind die Abwanderungsfälle, die aus der oben geschilderten Lyssenko-Kampagne<sup>31</sup> resultierten: Elisabeth Schiemann (1881–1972), Hans Nachtsheim (1890–1979), Jürgen Wilhelm Harms (1885–1956), Hermann Kuckuck (1903–1992) und Hans Kappert (1890–1976).<sup>32</sup> In der Zeit nach dem Mauerbau waren Robert Havemann (1910–1982) in der 60er Jahren und Rudolf Bahro (1935–1997) in den 70ern die prominentesten Fälle für den definitiven Bruch mit dem System. Zwei der genannten Personen tauchen in der DDR-bezogenen Wissenschaftsbelletristik immer wieder auf: Ernst Bloch und Hans Mayer.

Die Obrigkeit, so Gerhard Zwerenz in seinem „Zwischenbericht von der hoffnungslosen Lage an der Fakultät der guten Hoffnung“, habe nicht geahnt, wen sie sich mit Bloch ins Haus geholt hatte. Relativ schnell sei es ihr dann aber bewusst geworden, u.a. daran, dass Bloch in seinen Vorlesungen das politische Geschehen in der DDR mit sarkastischen Sentenzen kommentierte.

---

<sup>31</sup> s.o. 1. 1940er und 50er Jahre

<sup>32</sup> Dies sind beispielhafte Nennungen. Sämtliche Gruppen von Abwanderern mit exemplarischen Vertreter:innen zu erwähnen, würde den hiesigen Rahmen sprengen.

Doch habe er, so Zwerenz weiter, auch die Fakten auf die Ingredienzien hin untersucht, die zur Hoffnung berechtigten: „Das nach Hoffnung Ausschau haltende Auge ist leicht geneigt, das Negative zu übersehen.“ (Zwerenz 1971: 112f.)

Marc Schweska erinnert in seinem Roman „Zur Letzten Instanz“ an die Jenaer Logik-Konferenz 1951 und nimmt das Vorwort zu deren Dokumentation (Bloch/Harich 1953) auseinander. Dessen Verfasser Ernst Bloch und Wolfgang Harich hätten „ein merkwürdiges Ping-Pong zwischen Verbeugung und Aufstand“ gespielt. „Harich salbaderte vom unerschöpflichen Ideengehalt Stalins, Bloch preschte vor mit der Einsicht, dass Logik nicht ideologisch wäre, wie man ja bei Stalin jetzt nachlesen könne.“ (Schweska 2011: 183) Zu Nietzsche hingegen habe sich Bloch eine eigene Meinung geleistet, ist in Hartmut Zwahr's Roman „Leipzig“ zu erfahren. Behauptet werde von Nietzsche, er habe zur Katastrophe des Nationalsozialismus beigetragen. Doch sei, so Bloch, Nietzsche „beschieden gewesen von einer Welt, die noch nicht da sei, und seine Philosophie an der Brücke der Zukunft gelegen. Das klinge uns ja nicht unvertraut, warf er mit gepressten Worten hinterher“ (Zwahr 2019: 160).

Hans Mayer wiederum habe man es alsbald verübelt, „dass er seine Literaturkritik nach eigenen Ansichten schrieb, statt sich den Richtlinien zu unterwerfen, die den kulturellen Tagesbetrieb bestimmten“, gibt Fritz Rudolf Fries in seinem Roman „Septembersong“ Auskunft (1997 [1957]: 73). Während der Ungarn-Krise 1957 wurde ein angekündigter Rundfunkvortrag von Mayer nicht gesendet. Dieser dazu nach Zwahr in der nächsten Vorlesung (2019: 220): „Er ist der Zensur zum Opfer gefallen. Gestatten Sie, dass ich ihn hier vortrage. Die DDR wird dadurch nicht zusammenbrechen! – sagte es und stellte das Tonband an.“

Für die Partei war der Erfolg von Bloch und Mayer beängstigend. Ihre Vorlesungen im Hörsaal 40 der Leipziger Universität werden immer wieder als lokale Ereignisse geschildert. Wenn Mayer mittwochs las, „entvölkerten sich die Hörsäle und Seminarräume anderer Fakultäten. Alle Gegenmaßnahmen durch Dozenten und FDJ-Leitungen blieben wirkungslos. In den Donnerstagspausen standen Freunde mit verzückten Mienen beisammen und schmeckten Redewendungen dieses berühmten Professors nach“, teilt Gerti Tetzner in ihrem Roman „Karen W.“ (1974: 148) mit. Das Ganze ging nicht lange gut.

Auf einer Versammlung des Philosophie-Instituts sei, so Brigitte Klump in ihrem autobiografischen Roman „Das rote Kloster“ über die Leipziger Fakultät für Journalistik, verkündet worden, Bloch habe sich „in unsere Reihen eingeschlichen und viele von uns auf einen Irrweg geführt“. Dem sei nun endlich Einhalt zu gebieten. Man müsse sich abgrenzen gegen bürgerliche Intellektuelle, die sich Sozialisten nennen. „Sie sitzen noch immer an unseren Universitäten und vergiften die Jugend. Dieser Bloch, dieser Hans Mayer – wir kriegen sie alle an ihre Hammelbeine und jagen sie zum Teufel.“ Eine Studentin ist

irritiert: „Vor einem Jahr habt ihr ihn doch noch mit einem Nationalpreis geehrt, jetzt wollt ihr ihn rausdrängen aus unserem Staat?“ – „Ja. Er hat sich demaskiert als Verräter.“ (Klump 1978: 158)<sup>33</sup> Zu Mayer habe eine Dozentin mit inquisitorischer Schärfe gefragt, wie es passieren könne, dass zahlreiche Studenten dessen Vorlesungen „nicht nur schlechthin aufsuchten, sondern obendrein seinen revisionistischen, elitär-weltbürgerlichen Literaturthesen beifällig jubelnd zustimmen“, ist in Peter Jakubeits autofiktionalem Roman „Katzenwald“ zu lesen (2000: 230).

Häufiger als die Grundsatzkonflikte war indes ein anderer Konflikttypus. Denn dort, wo die (vor allem Gesellschafts-)Wissenschaften eine (auch) kritische Funktion wahrnahmen, geschah dies systemimmanent. Das entsprach ihrem Kontext, Auftrag und Selbstverständnis (und gilt im übrigen für die meiste Normalwissenschaft in allen Gesellschaften). Die Bemühungen zielten darauf, im Rahmen des marxistischen Paradigmas gültige, das heißt wahrheitsfähige Aussagen zu produzieren. Dem stand, insbesondere für die empirischen Disziplinen, ein politisch formulierter Auftrag häufiger entgegen als zur Seite: Die Wissenschaften sollten immer auch handlungsrelevantes Wissen erzeugen. Damit war ihnen schlechterdings Paradoxes abverlangt. Sie sollten sowohl Beiträge zur Optimierung gesellschaftlicher Prozesse erbringen als auch politische Maximen und Beschlüsse wissenschaftlich bestätigen.

Als „grundlegendes Prinzip der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften“ war das „Prinzip der unbedingten Einheit von strengster wissenschaftlicher Objektivität und revolutionärer Parteilichkeit“ postuliert worden (Eichhorn 1976: 487) – eine recht widersprüchliche Einheit. Was zu vermitteln gewesen wäre, erwies sich im gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsalltag – da „unbedingt“, also bedingungslos – als fortwährendes Objektivitätshemmnis. Die politischen Maximen und Beschlüsse bauten auf Wunschbildern der gesellschaftlichen Realität auf. Sie mussten insbesondere durch empirische Untersuchungen notwendig irritiert werden, da sich die Realität typischerweise Wunschbildern nicht vollständig fügt. Aber „die Sicht ist verhängt von den Transparenten der Einbildung“, so Volker Braun (1988a: 126).

Der wissenschaftliche Umgang mit der paradoxen Anforderung an die Gesellschaftswissenschaften gestaltete sich durchaus differenziert, abhängig vom jeweiligen Fach, der Politiknähe seines Gegenstandes und der Konfliktbereitschaft seiner Vertreter, aber auch der Mentalität der Gegenseite: „War der

---

<sup>33</sup> Was an dieser Stelle nicht vertieft werden kann, aber andernorts vertieft worden ist, sind die weiteren Wirkungen, die Blochs Denken im Anschluss an seinen Abgang nach Westdeutschland in der DDR-Literatur generell erzeugt hat. Zwar war der Philosophie in der DDR immer praktisches Wirksamwerden angesonnen worden. Doch ergab sich im Falle Blochs eine spezifische Variante solchen Wirksamwerdens, die politisch so nicht eingepreist war, nämlich in der literarischen Praxis. Vgl. dazu Kirchner (2002) und Fuchs (2014: 16–46).

Parteichef der Universität akademisch taub oder nicht? Gelang es, einen einfältigen Funktionär mit rein taktischen Berichten zufrieden zu stellen?“ (Warnke 2022: 9). Soweit aber Konflikte entstanden, lassen sich diese als Systemoptimierungskonflikte kennzeichnen. Der Streit mit den Funktionären ging um die Gestaltung des gemeinsamen politischen Projekts, nicht um dessen Infragestellung. Doch bot die grundsätzliche Übereinstimmung mit dem gesellschaftlichen Ziel- und Normensystem keinen hinreichenden Schutz vor politischen Kollisionen. Manche gesellschaftswissenschaftlichen Texte erzeugten Aufregungen, die ihre Autoren nicht vorhergesehen hatten. Andere waren vorsorglich entsprechend imprägniert, um Aufregungsschäden gering zu halten, was aber auch nicht immer gelang.

Will man diesen Konflikttypus in seiner wesentlichen internen Differenz erfassen, dann lässt sich sagen: Es ging immer um entweder zu wenig oder aber um zu viel an politischer Flexibilität. Die einen Wissenschaftler kritisierten, dass bestimmte Instrumente nicht eingesetzt oder bestimmte Wege nicht begangen werden, obwohl sie Verbesserungen bewirken könnten. Die anderen Wissenschaftlerinnen kritisierten, dass bestimmte Instrumente eingesetzt oder bestimmte Wege begangen und dadurch nicht steuerbare Gefahren heraufbeschworen würden. Mithin: Die eine Position drang auf Liberalisierungen (der Wirtschaft, der Öffentlichkeit, in der Kultur, bei der Anwendung technologischer Neuerungen usw.), die andere Position warnte vor Liberalisierungen. Im inhaltlichen Kern transportierten vorgetragene Widersprüche gegen eine jeweils geltende politische Linie also immer eine von zwei Botschaften: Sie zielten entweder auf die Erweiterung von Optionen oder auf deren Einschränkung.

Dabei waren die wissenschaftsbelletristischen Texte häufig klüger als ihre Autor.innen. Zum Beispiel lag diesen vor allem eines am Herzen: die Darstellung des listig errungenen Erfolgs gegen Widerstände. Fortwährend musste das wissenschaftliche Personal in den literarischen Texten bürokratische oder politische Engstirnigkeiten überwinden, und mit Stromlinienförmigkeit allein kam man da nicht weiter, so ist hier die Botschaft. Sie verweist aber indirekt auf einen eigentümlichen Kontrast in der offiziellen Rhetorik der DDR: Diese forderte einerseits Normenkonformität – Planstreue, Orientierung am jeweils letzten Parteitag und ZK-Plenum, also der gerade aktuellen Parteilinie – und andererseits Kreativität beim Aufbau des Sozialismus, mithin das Gegenteil von Konformität. Konflikte stellten in der DDR-Wissenschaft (wie in der DDR überhaupt) keine dynamisierenden Irritationen dar. Ihre Bewältigung wurde vielmehr zum Mittel, um der zum Staat gewordenen politischen Bewegung Disziplin, Geschlossenheit und Folgebereitschaft zu sichern.

Oberassistent Peters zum Beispiel, in Gerti Tetzners Roman „Karen W.“ Historiker an der Karl-Marx-Universität Leipzig, bearbeitet das selbstgewählte

Thema „Geschichtliche Möglichkeiten des Individuums“. Das erzeugt Gegenwind: Er ignoriere die marxistische These, welche die Rolle einer Persönlichkeit in der Geschichte in erster Linie aus ihrer Haltung zu den Klassen und Schichten herleite. Die Rolle des Individuums in gesellschaftlichen Entwicklungen konnte in den 60er Jahren ein heikles Thema sein: Subjektivismus-Gefahr! Peters' Vorlesungen werden dann von Externen observiert. Sein Forschungsgruppenleiter gibt die Parole aus: „Luft anhalten, Zeit gewinnen, Thema insgesamt retten!“ (Tetzner 1974: 182f., 189)

Selbst kleine Regelverletzungen, schreibt der Soziologe Detlef Pollack (2003: 20), besaßen „die Tendenz zur Generalisierung“, da in der Wahrnehmung des Parteiapparats potenziell „überall die Konterrevolution ihr Haupt erheben und den Führungsanspruch der SED in Frage stellen“ konnte. Daher auch die zahlreichen Tribunale und Maßregelungen, Parteiverfahren und zeitweiligen Abordnungen in die Produktion, wie sie sich in den Romanen zur DDR-Wissenschaft immer wieder finden. Aber eben auch in der Realität. Am Beispiel Lothar Kühnes, eines originellen Philosophen mit praxiseingreifend angelegten Ideen zu ästhetischen Fragestellungen, formuliert der Architekturtheoretiker Bruno Flierl (2015: 249) ein typisches Reaktionsmuster der politischen Instanzen auf selbstständiges, d.h. dogmenabholdes Denken: „kein totales Verbot, aber ständige Behinderung. Was für ein sinnloser, Kraft, Produktivität und schließlich Gesundheit raubender Verschleiß an gutem Willen und Arbeitskraft“.

Tafel 11: Konflikttypen im Verhältnis von Wissenschaft(lern) und Politik



Die Wissenschaftsbelletristik liefert mit ihren Darstellungen fortwährenden Grauzonen-Managements letztlich Belege dafür, dass die Wissenschaft durch die Politik überfremdet und die DDR eine entdifferenzierte Gesellschaft war. An sich ermöglicht die funktionale Differenzierung moderner Gesellschaften die Spezialisierung gesellschaftlicher Teilbereiche, was die gesamtgesellschaftliche Komplexitätsbearbeitungskapazität gegenüber vorgängigen, stratifikatorisch differenzierten Gesellschaften überproportional steigert (vgl. Luhmann 1997: 764): Wissenschaft z.B. kümmert sich um die Produktion wahrheitsfähiger Aussagen und Politik um die Erzeugung kollektiv bindender Entscheidungen (ebd.: 359ff.; ders. 2000: 140ff.). Doch in der DDR wurde die Wissenschaft von der Machtlogik und einer als Staat organisierten politischen

Bewegung usurpiert. Die Gesellschaft insgesamt war als Ressource der Umsetzung eines politischen Programms gleichsam beschlagnahmt worden. Die Kader des Staates waren Kader der Bewegung, und das galt damit auch für die Kader der Wissenschaft. Aus Opportunitätserwägungen folgte, dass letzteren dabei auch einige milieutypische Eigenheiten zugestanden wurden.

Inhaltlich wollten sich Partei und Staat mit strategischem und operativem sowie – vor allem geschichtsbezogen – legitimatorischem Wissen versorgen. Hierzu wurden insbesondere die Gesellschaftswissenschaften benötigt. Da konnte es um die Vorbereitung des Geburtstages einer historischen Persönlichkeit gehen, soeben noch als eine Aufgabe unter anderen im Arbeitsplan vermerkt, die aber „plötzlich durch aktuelle Ereignisse eine neue Wertung erfuhr. Nun sollten wir“ – das Akademieinstitut für Geschichte in Günter Görlichs Roman „Die Chance des Mannes“ – „ran, das notwendige Material beschaffen, plausible Begründungen finden, ... ein ‚Feuerwehreinsatz‘, der mit Wissenschaftlichkeit nur sehr entfernt etwas zu tun hatte.“ (Görlich 1982: 8) Abgründig verschlüsselt ist Stefan Heyms „König David Bericht“, in dem „Der Eine und Einzige Wahre und Autoritative, Historisch Genaue und Amtlich Anerkannte Bericht ...“ König Salomos zu schreiben ist. Die historisierende Darstellung aber verdeckt ebenso wie sie offenbart, worum es eigentlich geht: um das Zustandekommen der 1966 erschienenen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ in acht Bänden (IML 1966), die unter der Gesamtleitung Walter Ulbrichts entstanden war und allerlei Geschichtsklitterungen enthielt (Lokatis 2021: 704f. und Lokatis 2003).

#### **6.4. Politische Repressionen**

Betrachtet man es analytisch unterkühlt, dann wird eines wenig überraschen: Die DDR – auch in ihrer Selbstbeschreibung eine Diktatur, nämlich „des Proletariats“ – war unter anderem durch ‚weiche‘ Repression und nahezu alle Facetten harter Repression gekennzeichnet. Repressiv-‚weich‘ wirkten Disziplinierungen und Zurichtungen im Studium oder am Arbeitsplatz und die im Laufe der Jahrzehnte gesteigerte Bespitzelung der Bevölkerung (dies für den Wissenschaftsbereich literarisch am konsequentesten durchgestaltet in Franz Fühmanns Groteskenband „Saiäns-Fiktschen“, 1981). Darauf folgten in vielen Einzelfällen sog. Zersetzung des individuellen sozialen Netzes durch die Geheimpolizei, Exmatrikulation oder Arbeitsplatzverlust, Haft und Folter, also harte Repressionen. Totschlag an den Westgrenzen trat hinzu. Er wirkte nicht zuletzt prophylaktisch repressiv, insofern er als wahrscheinliches Ende eines Fluchtversuchs in Aussicht gestellt war, mithin die Exit-Option weitgehend versperrte.

Besonders drastisch waren die Repressalien in den 40er und 50er Jahren.<sup>34</sup> Hier können zwei Aspekte anhaltend für Irritation sorgen. Zum einen hatten viele derjenigen, die Repressalien veranlassten, nur wenige Jahre zuvor im NS-Staat Repressionserfahrungen gemacht. Beerenbaum, ein Funktionsprofessor in Monika Marons Erzählung „Stille Zeile sechs“, hat freilich eine Begründung dafür, die für ihn die Sache konsistent macht: „Ich war selbst verfolgt, ... Grete“, seine Frau, „im Konzentrationslager. [...] Kommunisten haben gegen Unmenschen gekämpft. Wir durften nicht studieren. Wir haben bezahlt, daß andere studieren durften, immer, zuerst als Proleten mit unserem Schweiß, dann mit dem Geld unseres Staates. Arbeitergroschen. Diese Bildung war unser Eigentum, wer damit weglief, ein Räuber ..., jawohl. Ein Dieb gehört ins Gefängnis.“ (Maron 1991: 206) Beerenbaum hatte als Sicherheitsbeauftragter der Humboldt-Universität einem Sinologen eine Haftstrafe verschafft, weil dieser einem ‚Republikflüchtigen‘ ein Exemplar seiner zurückgelassenen Dissertation nachgesandt hatte.

Zum anderen traf der Verfolgungseifer nicht allein tatsächliche politische Gegner oder Skeptiker, sondern in bedeutsamem Umfang auch Angehörige der eigenen Bewegung. Das gilt ebenso wie im Bereich der Politik für die Repressalien, von denen die DDR-Wissenschaftsgeschichte auch und durchgehend geprägt war. Dies hatte individuell teils desaströse Auswirkungen, die sich aber auch ins Systemische weiteten: Wo kritische Auseinandersetzungen fehlen oder nur gedämpft möglich sind, verliert ein politisches System seine Selbstkorrekturfähigkeit. Gerhard Zwerenz hat diese Verbindung von Individuellem und Systemischem am Fall des Philosophen Manfred Buhr (1927–2008) exemplarisch verdichtet:

„In der Anfangszeit seines Studiums lernte Herr Z. jemanden kennen, der am Philosophischen Institut bald unter Beschuß geriet und sein Amt verlor. [...] Jahrzehnte danach, Herr Z. lebte längst in der Fremde, hörte und las er immer mehr von MB, der inzwischen in einer Akademie die Spitzenposition einnahm. Die reine Lehre verteidigend, die ihn vormals fast zu Fall gebracht hatte, brachte er nun andere zu Fall. | Es ist das Gesetz der Lemuren, sagte Herr Z. Gestorbene sind es, die weiterleben. Jedenfalls tun sie so. Und Herr Z. sah viele Lemuren, ja er begriff den Lemurencharakter der großen berühmten Intellektuellen. Irgendwann hatte die Partei sie entleibt und enteelt, ihrem Schatten die Fortexistenz gestattend, in privilegierter Stellung. Auf niemanden sonst kann die Führung sich so verlassen wie auf ihre Opfer von gestern. Es sind die sichersten Genossen. Nie mehr werden sie Widerspruch wagen, nie mehr einen ureigenen Gedanken riskieren. Sie haben ihre Lektion gelernt. Unsterbliche Opfer, sie sanken dahin.“ (Zwerenz 1997: 49f.)

---

<sup>34</sup> s.o. 1. 1940er und 50er Jahre

Den Fall so richtig aufschlussreich macht allerdings, dass Buhr nicht nur diesen einen, von Zwerenz benannten Bruch erlebt hat, der sich in den 50er Jahren in Leipzig ereignet hatte. Nach Auskunft von Rita Kuczynski (in „Mauerblume“ 1999: 121f.) gab es 1970/71 einen zweiten, als Buhr bereits Direktor des Akademie-Zentralinstituts für Philosophie in Berlin war. Im Auftrag der SED-Bezirksleitung sei damals ein Tribunal gegen ihn inszeniert worden. „Binnen kurzem entstand eine hysterische Lynchstimmung, die so widerlich war, daß kaum mehr Luft zum Atmen blieb. Die Versammlung dauerte über sechs Stunden.“ Erst danach sei er der „am meisten gefürchtete Institutsdirektor an der Akademie“ geworden, „der intelligenteste und differenzierteste Intrigant, den ich in der DDR kennengelernt hatte“.

Repressionen repräsentierten in besonders drastischer Weise die negativen Energien in einem Wissenschaftssystem, das von einer politischen Bewegung usurpiert worden war. Zwar war die DDR-Wissenschaftsgeschichte auch durch Aufbaueuphorie, Streben nach Zugangsgerechtigkeit und Wissenschaftsoptimismus gekennzeichnet. Doch konnten diese positiven Energien nicht das regressive Moment neutralisieren, das in der Gewalttätigkeit der Durchsetzung eines Gesellschafts- und Wissenschaftsmodells bestand, welches ursprünglich immerhin in der Aufklärung wurzelte.

Eine Reihe von Repressionsaspekten ist im Verlaufe der bisherigen Darstellung schon erwähnt worden. Das betraf überwiegend die ‚weichen‘ Aspekte. Institutsschließungen z.B. kamen zwar selten vor, waren aber offenbar häufiger Teil von aufgebauten Drohkulissen: „Wenn ihr hier unten in Leipzig nicht spurt und macht, wie wir es oben in Berlin beschließen und wollen, daß es geschieht, machen wir euch das Institut zu!“, so Hans Koch (1927–1986) vom ZK-Institut für Gesellschaftswissenschaften in den 60er Jahren während eines Aufräumeinsatzes am Leipziger Literaturinstitut (Schneider 2004: 220).

Um Parteitreue zu beweisen, wurden daraufhin flugs Disziplinarverfahren inszeniert. Die Studierenden fanden sich genötigt, die Strafmaßnahmen „demokratisch“ abzusegen: „Naja, redeten wir uns ein, der Anlaß sei zwar lächerlich, aber wenn die Existenz des gesamten Instituts auf dem Spielplan stehe, dann müsse halt ein Exempel statuiert werden.“ (Faust 1980: 42) Kurt Umnitzer, der Historiker und einstige Gulag-Häftling in Eugen Ruges Roman „In Zeiten des abnehmenden Lichts“, erwägt im Selbstgespräch, wie sich der Übergang zwischen Repressionsformen fassen lasse: Sei es nicht auch ein Fortschritt, wenn man die Leute, anstatt sie zu erschießen, aus der Partei ausschließt? (Ruge 2011: 184).

Naheliegenderweise erschienen die meisten Bücher, in denen bis 1989 die repressiven Aspekte in der DDR-Wissenschaft verhandelt wurden, in Westdeutschland. Doch auch in vier Romanen, die in der DDR publiziert werden konnten, sind Repressionserfahrungen ein Teil des Plots (vgl. Fries 1982; Hein

1985 und 1989; Zeplin 1990), in anderen Texten finden sich en-passant-Erwähnungen. Die Darstellungen betreffen Erfahrungen permanenter Überwachung, Zerstörungen von Berufslaufbahnen und Hafterfahrungen (wobei letztere thematisiert, aber meist nicht als solche geschildert werden: die Zustände im DDR-Strafvollzug eigneten sich nicht dazu, von ihnen unter Wahrung der Integrität der Betroffenen zu berichten, und die meisten Figuren mit Hafterfahrungen hatten reale Vorbilder). Anlässe waren einerseits expliziter Widerstand, dieser fast immer gegen ganz bestimmte Maßnahmen und auf diese beschränkt, d.h. zumindest anfangs nicht aus einer grundsätzlichen Systemgegnerschaft resultierend. Andererseits wurden kleinere Handlungen aktivierten Zweifels politisch hochgeschaukelt, sodass sie plötzlich als sehr große Handlungen erschienen.

Die Staatssicherheit war dabei praktisch immer involviert, aber auch Partei- und staatliche Leitungen trugen ihren Teil bei. Besonders intensiv findet sich das in den dokumentarliterarischen „Gedächtnisprotokollen“ und „Vernehmungsprotokollen“ von Jürgen Fuchs (1977 und 1978) dargestellt. Dass der staatliche Verfolgungseifer durchaus auch volatil war – ebenso wie und im Zusammenhang mit der Parteilinie –, machte es nicht besser, sondern willkürlicher. Wen es in einer ungünstigen Situation erwischte, der konnte auch mal eher aus Versehen für 21 Monate ins Gefängnis gehen – so in Christoph Heins Erzählung „Tangospieler“ (1989). Dort sprang der Leipziger Historiker Dallow als Aushilfspianist beim Uni-Kabarett ein, kannte die Texte nicht, die er begleitete, wird aber genau deretwegen verurteilt – „Verächtlichmachung führender Persönlichkeiten des Staates“. Zwei Jahre später, nach seiner Haftentlassung, sieht und hört er, wie dieselben Texte inzwischen ohne jede Beantwortung auf der Kabarettbühne dargeboten werden.<sup>35</sup>

---

<sup>35</sup> Einen wissenschaftlichen Gesamtüberblick zum Repressionsgeschehen in der DDR-Wissenschaft gibt es bislang nicht. Neben den o.g. Übersichten zu verhafteten Hochschulangehörigen von 1945 bis zum Mauerbau 1961 (VERS 1994: 202–207; Blecher/Wiemers 2005: 298–333; Gerstengarbe/Hennig 2009: 606–613) lässt sich auf ausschnittshafte Darstellungen verweisen (Krönig/Müller 1994, Voigt/Mertens 1995, Schröder/Staadt 2011, Buthmann 2020) sowie auf eine Reihe lokaler bzw. regionaler Detailstudien und -dokumentationen: Linke (1994), Müller/Osterloh (1996), Herrmann/Steudel/Wagner (1997), Kowalczyk (1997), Kluge/Meinel (1997), Jäger/Raßbach (1998), Wiemers/Blecher (1998), Schoenemann (1998), Buthmann (2000), Fritsch/Nöckel (2000), Schmiedebach/Spiess (2001), Ruppier (2002), Wockenfuß (2003), Dokumentationszentrum am Moritzplatz (1997–2004), Mühlpfordt/Schenk (2004), Reichert (2007), Franke (2007), Herrmann (o.J. [2007]), Lorke (2009), Klose (2009), Wolfram (2009), Klose (2010), Gerhold (2010), Morgner (2010), Lienert (2011), Kaiser/Mestrup (2012), Wiegmann (2015), Luckas (2017), Begenau (2017), Lenski (2017), Voit/Stötzer (2018), Scheer (2019), Lorenz et al. (o.J. [2019]), Stengel (2019), MLU (o.J. [2019ff.]), Ruben/Warnke (2022), Barkleit (2022), Klammer (2023), UAL (o.J.). Daneben liegen zahlreiche (auto-)biografische Darstellungen zu einzelnen Personen, die in die Mühlen der Repression geraten waren, vor.

## 6.5. Politische Loyalitäten

Nach 1990 wurde das Handeln der DDR-Wissenschaftler.innen öffentlich vielfach infragegestellt: Wo sie nicht aktiv an Repressionsmaßnahmen mitgewirkt hätten, sei ihr Handeln in der DDR von Opportunismus geprägt gewesen. Gelegentliche kritische Einlassungen, die es gewiss auch gegeben habe, müssten als Kleinkritiken decouviert werden, da sie nicht das System infragegestellt hätten. Treffen solche Kritiken den Kern der Motivlagen, die das Handeln eines Großteils der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler anleiteten? Was veranlasste die wissenschaftlichen Akteure dazu, trotz Erfahrungen wie den oben dargestellten, ganz überwiegend ihre Loyalität zur bzw. Akzeptanz der DDR nicht aufzukündigen? Die zweite Frage formuliert ein vermeintliches Rätsel, von dem das Nachdenken über die DDR bis heute geprägt ist.

Zunächst ist in Rechnung zu stellen, dass mit dem Mauerbau 1961 die Möglichkeiten, Loyalität aufzukündigen, stark eingeschränkt waren: Die Exit-Option bestand nur noch für Reisekader. Überwiegend sah, wer wissenschaftlich arbeiten wollte, sich auf die bestehenden Umstände im DDR-Wissenschaftssystem zurückgeworfen. Die Vermeidung von Heldentum und das Verfolgen von Karrierezielen mag man moralisch anprangern, doch gab es dafür zumindest individuell auch rechtfertigende Gründe.

Die DDR-Wissenschaftsbelletristik gestaltete nicht zuletzt die Spannung zwischen Loyalität und Widerspruch, persifliert als „voreiliges Denken“ (Fries 1982: 76) „gestockter Widersprüche“, wo Stagnation als Triebkraft aufträte (Fühmann 1981: 7), in einem „gebremsten Leben“ (Braun 1988: 113). Die Darstellungen verdichten sich zu einem Narrativ, das in vielen zeitgenössisch-literarischen wie auch in nachträglich-autobiografischen Darstellungen lauter Geschichten subkutaner Renitenz liefert: Nicht Willfährigkeit gegenüber der politischen Obrigkeit habe den Alltag in den Institutionen bestimmt, sondern eine Art Katz-und-Maus-Spiel, mit dem man sich fortwährend darum bemühte, Freiräume zu verteidigen und zu erweitern.

Zugleich aber leitete sich die Darstellung von Problemen und Unzulänglichkeiten aus einer von Autoren wie ihren Figuren ganz überwiegend bejahten Bindung an das sozialistische Projekt ab. Unter den Titeln finden sich dabei ebenso Dokumente eines historischen Optimismus wie solche der Desillusionierung, aber mit einer Gemeinsamkeit: Die literarischen Äußerungen gingen nahezu ausnahmslos von der Unvorstellbarkeit eines Untergangs des Systems aus. Immerhin sei es das fortschrittlichere und der Fortschritt gesetzmäßig. So wurden in den Texten also vorrangig Konflikte des Voranschreitens gestaltet. Kritisch Dargestelltes ergab sich vor allem aus der Wahrnehmung, dass Engstirnigkeiten dem politischen Ziel im Wege standen, wesentlich mit der Wissenschaft Aufbau und Entwicklung des Sozialismus zu sichern.

Aus der großen Mehrheit sowohl der autobiografischen Texte, die seit 1990 von DDR-Wissenschaftler:innen vorgelegt wurden, als auch aus der DDR-Wissenschaftsbelletristik ist unterm Strich zweierlei herausarbeitbar. Zum einen besteht der personalbezogene Ertrag in der Erkenntnis, dass es unter den DDR-Wissenschaftler:innen (a) eine größere Anzahl von Systemträgern gab, die aktiv politische Prämissen gegen die subsystemische Eigenlogik der Wissenschaft durchzusetzen suchten (und damit auch die schwungvollsten Karrieregelegenheiten realisieren konnten: den Aufstieg in Professuren, Leitungspositionen und Beiräte, den Zugang zu Forschungsressourcen und zu Westreisegelegenheiten), (b) sich eine noch größere Anzahl von Mitläufern oder um Unauffälligkeit Bemühten fand, die durch politische Passivität der wissenschaftlichen Eigenlogik unterschwellige Geltung verschafften, und es schließlich (c) eine kleine Gruppe von explizit Renitenten gegeben hat. Der vom jeweils behandelten Einzelfall abgehobene Ertrag ist also, anders gesagt, die Bestätigung einer anthropologischen Trivialität, die sich, wie vieles andere auch, auf einer statistischen Normalverteilungskurve abbilden lässt.

Zum anderen kam in der Wissenschaft eine spezifische Rationalität zum Zuge, die erst einstellungs-, dann handlungsleitend war: Die DDR sah sich, neben den anderen sozialistischen Ländern, als Vollstrecker eines historischen Gesetzes, wonach die Befreiung von Ausbeutung die unabweisbare Aufgabe der Gegenwart darstelle.<sup>36</sup> Dieses Gesetz – im eigentlichen eine teleologische Annahme – galt als wissenschaftlich hergeleitet, was wiederum seine dogmatische Geltung begründete. Zwar sehen externe Betrachter das Einverständnis mit den Prämissen des DDR-Systems und deren Integration in Forschungsprogramme als Merkwürdigkeiten, da sie dem universalistischen Erklärungsanspruch der Wissenschaft zuwiderliefen. Doch aus DDR-interner Perspektive galt dieses Einverständnis individuell häufig als biografische Grundentscheidung, die man gut begründet sah.

Hier eröffnete das Produktivkraft-Wissenschaft-Paradigma einen Horizont, der es einerseits nachvollziehbar machte, warum es mit der realen Emanzipation noch nicht so weit her war, andererseits in Aussicht stellte, dass diese alsbald gelingen könne. Joachim Walther – um hier nochmals einen wissenschaftsbelletristischen Text heranzuziehen – hatte die zeitgenössischen Erwartungen 1972 in seinem Roman „Zwischen zwei Nächten“ referiert: Die wissenschaftlich-technische Revolution wirke strukturverändernd auf die Arbeitstätigkeit. Durch Komplexautomatisierung werde der Mensch aus dem

---

<sup>36</sup> Das Ziel an sich genießt systemübergreifende Akzeptanz, vgl. etwa Art. 167 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Bayern: „Die menschliche Arbeitskraft ist als wertvollstes wirtschaftliches Gut eines Volkes gegen Ausbeutung, Betriebsgefahren und sonstige gesundheitliche Schädigungen geschützt“. Etwas unklar bleibt in der Formulierung nur, ob die Ausbeutung in Bayern als „gesundheitliche Schädigung“ gilt.

unmittelbaren Produktionsprozess herausgelöst. Statt körperlicher Arbeit gehe es hin zu Überwachungs- und Steuerungszentralen. Dominieren würden künftig Wahrnehmungsfunktionen, Entscheidungsverhalten und Denkprozesse. (Walther 1972: 115)

Dies war der Sache nach die Paraphrasierung einer Passage aus den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie“:<sup>37</sup> Auf entsprechender Produktivkraftstufe werde es, so Karl Marx (1818–1883), nicht mehr der Arbeiter sein, „der modifizierten Naturgegenstand als Mittelglied zwischen das Objekt und sich einschiebt; sondern den Naturprozeß, den er in einen industriellen umwandelt, schiebt er als Mittel zwischen sich und die unorganische Natur, deren er sich bemeistert. Er tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein.“ (Marx 1983 [1857/1858]: 601)

In diesem Horizont konnten das nach wie vor gegebene Gefangensein der Arbeit im Takt der Maschine und die politische Unfreiheit als so bedauerlich wie temporär abgetan werden. Zu ihrer Überwindung sei ‚lediglich‘ eines nötig: die technischen Entwicklungen hinzubekommen, welche das Produktivkraft-Niveau ermöglichten, um zu den Produktionsverhältnissen zu gelangen, die eine solche Basis der gesellschaftlichen Verhältnisse sicherstellen könnten, aus deren Dynamik dann auch die allgemeine Emanzipation zu verwirklichen wäre.

Derart wird auch das Bündnis zwischen Wissenschaft und Politik erklärbar, das sowohl die Ressourcen für die Wissenschaft als auch die immer wieder erneuerte Motivation in der Wissenschaft, am politischen Projekt des Sozialismus mitzuwirken, sicherte. Erst so begriffen wird auch die zentrale Rolle des Topos Wissenschaftlich-technische Revolution plausibel, nämlich als dreifach codiert: Die Politik sah in deren erfolgreicher Gestaltung die Quelle ihrer (seit dem 17. Juni 1953 erkennbar prekären) Legitimität, insofern sich qua wissenschaftlich-technischen Fortschritts allgemeiner Wohlstand herstellen ließe. Die Wissenschaft sah in der WTR eine beständige Aktualisierung ihrer eigenen zentralen Rolle. Beide zusammen sahen darin die Chance für das Ziel der politischen Bewegung, der man sich – in der Wissenschaft zu größeren Teilen – gemeinsam zugehörig fühlte, die Ausbeutung zu beseitigen.

Technologische Großprojekte wie der Aufbau einer eigenen Flugzeugindustrie in den 50er Jahren,<sup>38</sup> das Chemieprogramm (60er Jahre, vgl. „Chemie gibt Brot, Wohlstand, Schönheit“ 1958), oder das Mikroelektronikprogramm in

---

<sup>37</sup> zu den Frühschriften von Marx gehörend und ursprünglich nicht in der kanonischen Ausgabe der Marx-Engels-Werke (MEW) enthalten. Erst 1983 wurden die „Grundrisse“ als (a-chronologischer) „Ergänzungsband“ publiziert und zugleich als Band 42 formal in die MEW integriert.

<sup>38</sup> vgl. Lorenz (2003), Mewes (1997), Michels/Werner (1994)

den 80ern<sup>39</sup>: Dies waren – im Laufe der Zeit zunehmend verzweifeltere – Versuche, die Produktivkräfte auf einen Stand zu bringen, der die Einlösung des eigenen historischen Anspruchs erlauben sollte.

Der Ausgangspunkt war also eine Selbstbindung der Wissenschaft an soziale Interessen, die wiederum angesichts des Zustands der Welt ein hohes Maß an Plausibilität genossen. Bestärkend wirkten dabei fünf Aspekte:

- zum ersten die Wahrnehmung des DDR-Sozialismus als Gegenmodell zum Nationalsozialismus, während die sehr viel stärkeren personellen Kontinuitäten in den westdeutschen Funktionseliten Anlässe gaben, der Bundesrepublik einen solchen Gegenmodell-Charakter nicht zuschreiben zu können;
- zum zweiten die zu geringe Distanz der prosperierenden westlichen Demokratien einschließlich der Bundesrepublik zu Regimen rechtsextremer Färbungen aller Art (vgl. z.B. Bösch 2024);
- zum dritten die geringe Attraktivität des kapitalistischen Systems außerhalb seiner Prosperitätszonen Westeuropa, Nordamerika, Australien und Japan;
- zum vierten eine historische Perspektivierung, in der sichtbar werde, dass sowohl Weltanschauungsgemeinschaften als auch Gesellschaftsformationen regelmäßig erst mühsam zivilisiert werden mussten: Nutze man als Hintergrundfolie etwa das Christentum, das ein Jahrtausend lang sowohl Frohe Botschaft als auch die Quelle konfessionell begründeter Greuel war, oder den Frühkapitalismus mit seinen gleichfalls mörderischen Durchsetzungsprozessen der Industrialisierung, dann müsse man realistischerweise auch den Sozialismus des 20. Jahrhunderts als – wenn auch bedauerlich gewalttätigen – Frühsozialismus betrachten;
- zum fünften die Labilität der Kalte-Kriegs-Situation, deren Gleichgewicht des Schreckens nur aufrechtzuerhalten war, wenn (auch) die sozialistische Seite stabil blieb.

All dies bewirkte insgesamt, dass die Selbstbindung an soziale Interessen transformiert wurde in eine Bindung an politische Interessen. Damit verlor das materialistische Wissenschaftsprogramm an Erklärungskraft, denn so ging es nicht mehr allein um wahrheitsfähige Aussagen, sondern immer auch um die Funktionalisierung für politischen Machterhalt. Das wurde von größeren Teilen der Wissenschaftler.innen durchaus erkannt, aber hingenommen: um der Sicherung einer historischen Perspektive für eine Gesellschaft der Ausbeutungsfreiheit willen. Dies erzeugte Bindungen an das sozialistische Projekt, die nur mit sehr hohem kognitiven und emotionalen Aufwand zu kapten waren, also nur in Einzelfällen gekappt wurden. Allgemein herrschende

---

<sup>39</sup> vgl. Klenke (2001), Kirchner (2000); Geipel (1993); Barkleit (2000)

Mehrheitsüberzeugung hingegen war, dem historischen Gesetz, wonach die Epoche der Ausbeutungsfreiheit zu entfalten sei, auch im wissenschaftlichen Handeln entsprechen zu müssen.

Damit war das, was nach 1990 als Opportunismus apostrophiert wurde, vor allem ein abgeleitetes Engagement in einem Jahrhundert, dessen erste Hälfte derart verheerend war, dass sie in seiner zweiten Hälfte eine Entscheidung für eine Seite gebot. Für eine beträchtliche Zahl der Wissenschaftler.innen in der DDR folgte aus der einmal getroffenen (Lebens-)Entscheidung für die sozialistische Seite ein Kampf der Rationalitäten: zwischen Wissen und Macht. Individuelle und kollektive Überzeugungssyndrome, die beide Rationalitäten in einen Einklang zu bringen suchten, gaben letztlich entweder einer von beiden den Vorrang oder stellten eine prekäre und nur vermeintliche Balance her. Möchte man diesen Einsichten ihre Schwerverdaulichkeit nehmen, ließe sich mit Gerhard Zwerenz (1997: 44) schließen: „In der Gewißheit, die Geschichte entschlüsselt zu haben, schreitet der Marxist siegreich von Niederlage zu Niederlage.“

## 7. Leistungsaspekte

Forschung wird betrieben, um verlässliche Erkenntnisse zu erzeugen, und akademische Lehre hat wesentlich die Aufgabe, für die Ausübung komplexer Berufsrollen zu qualifizieren. Im Grundsatz waren das auch in der DDR die zentralen Funktionen der Wissenschaft. Dabei gab es in den Details Wandlungen im Zeitverlauf, die oben in der „Sichtachse 1“ dargestellt sind, und es wurden entsprechende Strukturen aufgebaut (oben 5.). Innerhalb dieser Prozesse und Strukturen entfaltete sich ein Alltagsbetrieb, der hier in seinem Zusammenhang mit den systemspezifischen politischen Einflüssen dargestellt wurde (oben 6.). Dies resümierend und es zugleich um weitere relevante Aspekte und Beispiele erweiternd, können nun einige Schlaglichter auf die Leistungsbedingungen und Leistungen der Wissenschaft in der DDR geworfen werden.

### 7.1. Leistungsbedingungen

Die Leistungsbedingungen der DDR-Wissenschaft waren, wie in allen Systemen, vor allem ökonomisch und politisch determiniert. Die Ausstattung des Wissenschaftssystems bildete sich zunächst strukturell, sodann baulich und in der Entwicklung der sonstigen materiellen Bedingungen des wissenschaftlichen Arbeitens ab. Seit den 70er Jahren waren die Möglichkeiten expandierender Ausstattung zunehmend prekärer geworden. In den 80er Jahren wurde dann auch die reine Bestandserhaltung ein sich zuspitzendes Problem.

Die größte Ressource war das Personal. Dazu lassen sich nun die oben zusammengetragenen Daten für die einzelnen Segmente des Wissenschaftssystems zusammenführen. Derart kann erstmals eine *Gesamtabschätzung* des Forschungspersonals vorgenommen werden, das 1989 in *allen* Segmenten des Wissenschaftssystems der DDR tätig war. Vorab ist dazu viererlei anzumerken:

- Zum ersten lässt sich, nicht völlig ohne Erstaunen, notieren, dass eine solche Gesamtabschätzung hier *erstmalig* vorgelegt wird – 35 Jahre nach dem Ende der DDR und zahlreichen zwischenzeitlichen Debatten über den wahlweise als „Kahlschlag“ oder „Bereinigung einer überausgestatteten Wissenschaft“ apostrophierten Umbau der ostdeutschen Wissenschaft nach 1990. Da es keinen Gesamtüberblick zu ihrem Gegenstand – den ostdeutschen Wissenschaftler.innen – gab, müssen diese Debatten als nicht hinreichend fundiert charakterisiert werden.

- Zum zweiten wurde in all den Jahren seit 1990 dennoch mit Zahlen operiert, allerdings häufig mit solchen, die missverstanden wurden, weil sie missverständlich waren. Dass die AdW 24.000 Mitarbeiter.innen hatte, wurde in den Diskussionen immer wieder unwidersprochen zu „24.000 Wissenschaftlern“, obgleich die Zahl auch Laborantinnen oder Hausmeister enthielt. Dass knapp 200.000 Personen das „FuE-Personal“ der DDR über alle Wissenschaftssegmente hinweg gebildet haben, wurde in den Diskussionen immer wieder unwidersprochen zu „fast 200.000 Forschern“, obgleich die Zahl auch Facharbeiter oder Sekretärinnen enthielt, die in FuE-Bereichen arbeiteten.
- Zum dritten ist damit umzugehen, dass sich in diversen Berechnungen zum Personal der wissenschaftlichen Bereiche unterschiedliche Daten genannt finden. Dies ergibt sich häufig daraus, dass dort die „FuE-Kapazität“ berechnet wurde, und dies zudem nach je eigenen Rechenmodellen.<sup>40</sup> In anderen Fällen sind die Daten schlicht unerklärlich, zumal viele Zahlenwerke keine hinreichenden oder überhaupt keine Erläuterungen zum Zustandekommen ihrer Daten enthalten. Tafel 12 macht das transparent, auch um prophylaktisch vermeintliche Inkonsistenzen mit anderen Datenzusammenstellungen aufzuklären.

*Tafel 12: Unterschiedliche Berechnungen der DDR-FuE-Personalkapazität*

Segment		wiss. Personal*	weitere Daten	Erläuterungen	
1		2	3	4	
<b>Gesamt</b>		96.950		Kompilation aus den ermittelten Angaben für die Einzelsegmente des Wissenschaftssystems	
<b>FuE-Personal gesamt</b>	DDR-Statistik	127.500 VbE (Kusicka et al. 1990: 12)	195.000 VZÄ (Meske 1990b: 22) 197.800 Personen (Julier 1990: 3)	Von der OECD abweichende Erfassungsmethodik	Spalte 2: kalkulatorische Reduzierung des Personals um Nicht-FuE-Zeitbudgetanteile. Spalte 3: sämtliche, d.h. auch nichtwissenschaftliche FuE-Beschäftigte
	Frascati-Methodik	65.500 VZÄ (Meske 1990a: 102)	140.500 VbE (Kusicka et al. 1990: 19)		

<sup>40</sup> vgl. oben 5. Strukturen und Personal, Tafel 3: Methodische Kommentare zu DDR-bezogenen Wissenschaftspersonalstatistiken

Segment	wiss. Personal*	weitere Daten	Erläuterungen
1	2	3	4
<b>Hochschulwesen</b>	38.900 (Burkhardt/ Scherer 1997: 307)	14.100 VbE (Kusicka et al. 1990: 48)	Spalte 3: „FuE-Personal“: Wissenschaftleranzahl kalkulatorisch reduziert um Zeitbudgetanteile für die Lehre
		14.348 VbE (Julier 1990: 5)	
		7.800 VZÄ (Meske 1990a: 107)	Spalte 3: „FuE-Personal“: durch vertragsgebundene Auftragsforschung für die Wirtschaft eingesetzte wissenschaftliche Personalkapazitätsanteile
<b>Akademien und Ressortforschung („Staatssektor“)</b>	18.150	32.500 VbE (Kusicka et al. 1990: 48)	Spalte 3: alle Beschäftigten minus Gesellschaftswissenschaften
		13.100 VZÄ (Meske 1990a: 107)	Spalte 3: „FuE-Personal“: durch vertragsgebundene Auftragsforschung für die Wirtschaft eingesetzte wissenschaftliche Personalkapazitätsanteile
<b>Industrieforschung</b>	35.000 VbE (Kusicka et al. 1990: 50)	86.000 VbE (Pleschak et al. 2000: 6)	Spalte 2: „Wissenschaftler und Ingenieure“. Spalte 3: Sämtliche, d.h. auch nicht-wissenschaftliche FuE-Beschäftigte. Genutzt für DDR-BRD-Vergleiche

\* Alle Daten ohne Quellenangabe: eigene Berechnungen

■ Zum vierten sei wiederholt, was oben bereits angemerkt wurde: Wegen der häufig nur schwer nachvollziehbaren, mitunter abenteuerlich anmutenden Differenzen zwischen unterschiedlichen Statistiken werden auch in Tafel 13 nur gerundete Zahlen verwendet, um den Eindruck von Exaktheit, die nur Scheinexaktheit wäre, zu vermeiden.

Tafel 13: Datenblatt DDR-Wissenschaftssystem (1989)

Segment			Institutionenzahl		wiss. Personal*		Studierende
<b>Hochschulwesen</b>					<b>wiss. Personal*</b>		<b>Studierende</b>
Volluniversitäten			6	53	38.900		Insg.: 131.000  Direktstudium: 109.500
Uni-Medizin (incl. 3 Med. Akademien)			9				
Technische Universitäten			3				
Technische, Ingenieurhochschulen			15				
weitere Spezialhochschulen			5				
Pädagogische Hochschulen			9				
Künstlerische Hochschulen			12				
Sonderfälle im Tertiärbereich	Sonderhochschulen	zivile	10	39	4.900		8.000
		Militär, Polizei, MfS	29				24.000
	Fachschulen (ohne Krankenpflege)		172		8.500		Insg.: 130.400 Direktstudium: 78.700
	Konfessionelle Hochsch.		17		110		1.030
<b>Wissenschaftsakademien</b>					<b>wissenschaftliches Personal*</b>		
Akademie der Wissenschaften	Institute	Naturwissensch.	43	56	6.000	6.650	11.750
		Gesellschaftswiss.	13		650		
Akademie der Landwirtschaftswissenschaften		Institute	42	2.900			
Bauakademie			19	1.650			
Akademie der Pädagogischen Wissenschaften			13	550			
<b>Ressortforschung</b>					<b>wissenschaftliches Personal*</b>		
Gesellschaftswissenschaften	SED-Institute	5	30	77	2.700		6.400
	Regierungsinstitute	25					
Naturwissenschaften			47		3.700		
<b>Industrieforschung</b>					<b>wissenschaftliches Personal*</b>		
					35.000		
<b>Wissenschaftliches Personal gesamt**</b>					<b>96.950</b>		

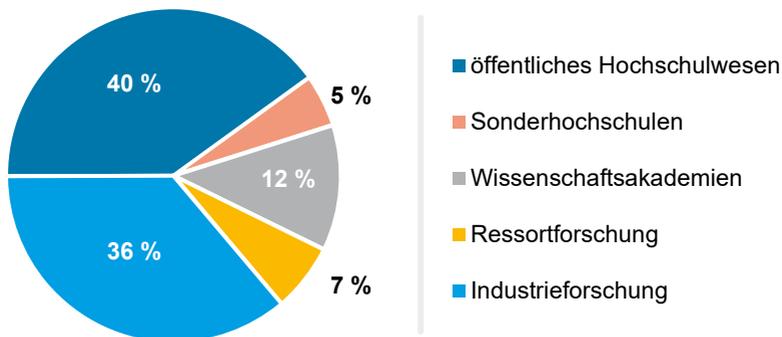
\* incl. künstlerisches Lehrpersonal; z.T. Abschätzungen; grundsätzlich gerundet; Datenquellen: s.o. im Text.

\*\* ohne Fachschulen und konfessionelle Hochschulen

Von 1965 bis 1980, also innerhalb von 15 Jahren, hatte das FuE-Personal über alle Segmente hinweg eine Steigerung auf 223 Prozent des Ausgangswertes erfahren.<sup>41</sup> Im letzten DDR-Jahrzehnt nahm es nur noch um fünf Prozent zu. Beide Entwicklungen entsprachen dem Trend entwickelter Länder der westlichen Welt. (Meier 1999: 1308) Hatte sich die DDR damit bis 1989 eine wissenschaftliche „Übersausstattung“ organisiert, wie es nach 1989 häufig hieß? Um dies einordnen zu können, sind zweierlei Berechnungen instruktiv:

■ *ohne Industrieforschung*: Im wissenschaftlichen Personal der Hochschulen hatte die DDR im Jahr 1989 38.900 Personen beschäftigt (Burkhardt 1997: 11), und in der außeruniversitären Forschung waren es 18.150 Wissenschaftler.innen (eigene Berechnung). Zusammen ergab das rund 57.000 Personen. In der ehemaligen Bundesrepublik wurden 1989 130.000 Wissenschaftler.innen öffentlich finanziert (StatBA 1996: 13). Die Ost-West-Relation betrug damit 1 : 2,4. Hinsichtlich der Bevölkerung war das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland seinerzeit allerdings 1 : 3,8, hinsichtlich der Erwerbstätigen 1 : 3. Der Anteil an (im westdeutschen Sinne) öffentlich finanzierten Wissenschaftler.innen war damit in der DDR sowohl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung als auch im Verhältnis zu den Erwerbstätigen deutlich höher als in der Bundesrepublik.

Tafel 14: Größe der Segmente des DDR-Wissenschaftssystems entsprechend des wissenschaftlichen Personals



■ *inklusive Industrieforschung*: Setzt man in einer Gesamtbetrachtung sämtlicher Wissenschaftssegmente – also Hochschulen, außeruniversitärer und Industrieforschung – die Zahl der beschäftigten Forscher.innen ins Verhältnis

<sup>41</sup> „FuE-Personal“ bezieht sich hier auf alle Beschäftigten, die in FuE-Bereichen tätig waren, nicht nur wissenschaftliches Personal. Zu den Berechnungsproblemen vgl. oben Tafel 12: Unterschiedliche Berechnungen der DDR-FuE-Personalkapazität. In der angegebenen prozentualen Steigerung geht es vor allem darum, den Expansionstrend zu verdeutlichen.

zur Bevölkerungsgröße und allgemeiner Beschäftigtenzahl, dann gab es in der DDR etwa zehn Prozent mehr wissenschaftliches Personal als in der Bundesrepublik (Meske 1993: 11). Bezieht man zugleich ein, dass in der DDR apparative Ausstattungsdefizite durch erhöhten Personaleinsatz kompensiert wurden, dann lässt sich von einem ungefähren Gleichstand der relationierten Wissenschaftlerbeschäftigung in ehemaliger BRD und DDR sprechen.

Nur bedingt erfolgreich war die DDR dabei, für die Wissenschaft alle potenziellen Personalressourcen zu erschließen. Wie unten noch näher auszuführen sein wird, gelang zwar die Herstellung der Geschlechterparität innerhalb der Studierendenschaft. Weniger gelungen ist es dagegen, die weiterführenden akademischen Aufstiegskanäle für Frauen zu öffnen. 1989 betrug der Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal der Hochschulen 31 Prozent und der Professorinnenanteil fünf Prozent (Burkhardt 1997: 11; Burkhardt/Schlegel 2004: 21). Letztere Zahl ist insofern zu betonen, als in der Literatur häufig von elf Prozent Professorinnen zum Ende der DDR die Rede ist. Das aber bezieht sich auf den Frauenanteil an den Hochschullehrer-Stellen. Diese umfassten in der DDR die Positionen Dozentur und Professur. Dozent.innen waren, wenn man es vergleichend mit der westdeutschen Personalstruktur einordnen will, positional in etwa zwischen Akademischen Oberräten und den damaligen C2-Professorinnen zu verorten: Sie hatten ein höheres Lehrdeputat (und damit weniger Forschungszeit) und keine Ausstattung mit Assistentenstellen.<sup>42</sup>

Von Interesse ist hier schließlich noch, wie sich das wissenschaftliche Personal für Forschung und Lehre auf die Fächergruppen verteilte. Dabei erfolgt eine Beschränkung auf zwei Großgruppen, wobei darauf zu verweisen ist, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften in der DDR begrifflich zu Gesellschaftswissenschaften fusioniert worden waren.<sup>43</sup> Es ergibt sich, dass in diesen ein Fünftel der wissenschaftlichen Personalkapazitäten gebunden war, vier Fünftel hingegen in Natur-, Ingenieur- und medizinischen Wissenschaften. (Tafel 15)

---

<sup>42</sup> Zum Vergleich: Die westdeutschen Hochschulen hatten 1988 einen Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal von 16 Prozent und bei den Professuren, wie in der DDR, fünf Prozent (BMBW 1991: 230).

<sup>43</sup> Es sollte nicht mehr in idealistischer Tradition zwischen den Wissenschaften vom Denken und denen vom Handeln unterschieden werden. Die Gesellschaftswissenschaften waren definiert als die „Gesamtheit der Wissenschaften von den gesellschaftlichen Verhältnissen der Menschen, von den Gesetzmäßigkeiten und Triebkräften ihrer geschichtlichen Entwicklung“ (Eichhorn 1976: 487).

**Tafel 15: Fächergruppenaufteilung des wissenschaftlichen Personals (1989)**

Segment	Fächergruppe		Gesamt
	Natur-, Ingenieurwissenschaften, Medizin	Gesellschaftswissenschaften	
<b>öffentliche Hochschulen*</b>	24.400	14.500**	38.900
<b>Sonderhochschulen***</b>	3.350	1.550	4.900
<b>AdW</b>	6.000	650	6.650
<b>weitere Akademien</b>	4.200	900	5.100
<b>Ressortforschung</b>	3.700	2.700	6.400
<b>Industrieforschung</b>	35.000	--	35.000
<b>Summen</b>	<b>76.650</b>	<b>20.300</b>	<b>96.950</b>
<b>Anteile</b>	<b>79 %</b>	<b>21 %</b>	<b>100 %</b>

\* Burkhardt/Scherer (1997: 307); „Sport“ und „Zentrale Einrichtungen“: Aufteilung auf Fächergruppen geschätzt. \*\* incl. künstlerisches Lehrpersonal. \*\*\* Aufteilung auf Fächergruppen geschätzt. – Alle anderen Daten aus oben bereits angegebenen Quellen

Der wissenschaftliche Alltag wurde einerseits geprägt durch die auch andernorts anzutreffenden Abläufe, also Forschung und Lehre, Qualifikationsverfahren, Tagungsbetrieb, Versammlungen, Gremienarbeit usw. Auch Phänomene wie mangelndes Forschungsengagement gab es, als deren Ursache allerdings insbesondere administrative Belastungen herausgearbeitet wurden (vgl. Boschan et al. 1982: 6ff.; Boschan 1983: 71ff.).

Andererseits war der wissenschaftliche Alltag durchpolitisiert. Übliche Konflikte, wie sie allerorten in der Wissenschaft vorkommen, zeichneten sich in der DDR dadurch aus, dass sie nahezu immer politisch-ideologisch aufgeladen waren oder wurden – ob es um Konflikte zwischen Wissenschaft und Verwaltung ging, zwischen Wissenschaft und Wirtschaft oder um innerwissenschaftliche Ressourcenauseinandersetzungen. Politisch herrschte ein Wissenschaftsverständnis, das die Wissenschaft instrumentell als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozesses verstand. Dieser wiederum wurde von einem zentralen Machtzentrum aus über eine gestufte Herrschaftsvertikale gesteuert. Das betraf vor allem die Entwicklung des Personals qua Kaderpolitik und die Organisation der Wissenschaft. Gewährte inhaltliche Freiräume waren in der – insbesondere naturwissenschaftlichen – Forschung dort größer, wo es um die theoretischen und methodischen Entwicklungen, also die kognitive Ebene und deren Dynamiken ging (vgl. Hohlfeld/Mattes 1999: 1161).

Dabei verbanden sich Wissenschaftsgläubigkeit der politischen Instanzen mit einem unumschränkten Führungsanspruch des Parteiapparats – eine aparte und jedenfalls nicht selbstverständliche Kombination. Der Führungsanspruch

äußerte sich ebenso in der fortwährenden Betonung, mit dem Marxismus-Leninismus verfüge man über eine „wissenschaftliche Weltanschauung“. Gemeint war: eine ‚wahre‘ Weltanschauung, deren Wahrheitsgehalt überempirisch ist, folglich empirisch nicht irritierbar. Dahinter steckte ein mechanistisches Wissenschaftsverständnis, das von aufeinander aufbauenden Stufen niederer und höherer Gewissheit ausging. Die höchste Gewissheit kam kanonisierten Gesetzesaussagen zu. Hierbei berief man sich mit mehr oder weniger Berechtigung auf die kommunistischen Vordenker, die in den Status von Klassikern erhoben worden waren. Aus der Verfügung über die „wissenschaftliche Weltanschauung“ wurde die Notwendigkeit und Berechtigung abgeleitet, eine politische Partei – die SED – als Aufsichtsführende über die Wissenschaft zu installieren. Die Parteiaufsicht über die wissenschaftsinternen Vorgänge war zudem ergänzt durch eine – klandestine – geheimpolizeiliche.

In dieser Logik konnte es auch keine verbürgte Wissenschaftsfreiheit und Autonomie geben. Gleichwohl mussten aus funktionalen Gründen Teilautonomien zugestanden werden, die zwar fortwährend prekär, da jederzeit suspendierbar waren. Aber dass sie auch funktional notwendig waren, plausibilisiert Jürgen Kocka am Beispiel der Geschichtswissenschaft: Selbst für das Verhältnis dieser und der Politik habe gegolten, „daß man die Historiker nicht allzu robust im Namen von ‚Parteilichkeit‘ daran hindern durfte, universell anerkannte quellenkritische Überprüfungsverfahren zu praktizieren, wenn sie denn nicht aufhören sollten, Historiker zu sein und als solche anerkannt zu werden – was auch aus Sicht von Partei und Politik nicht wünschenswert war“ (Kocka 1998: 455).

Man würde, so Kocka, stark vereinfachen, wenn man sich das Verhältnis als eines von Befehlsgebung (durch die Politik) und -ausführung (durch die Wissenschaft) vorstellte. Vielmehr habe es sich um ein vielfach vermitteltes symbiotisches Verhältnis gegenseitiger Beeinflussung und Durchdringung gehandelt. Doch ebenso gelte, dass „die Engführung von Politik und Wissenschaft die Substanz der Wissenschaften mehr als den Inhalt der Politik beeinflusst hat. Im – zwar „nicht vorgesehenen, in der Regel vermiedenen, aber in exemplarischen Momenten manifesten, als Möglichkeit immer präsenten und insofern sehr wirksamen – Spannungsfall“ habe die Politik letztlich immer am längeren Hebel gesessen. (Ebd.: 439)

Gerade die Gesellschaftswissenschaften waren dauerhaft eingeschränkt durch die normative – und im Rahmen des Staat gewordenen Sozialismus un-aufgebbare – Bindung an den Marxismus-Leninismus. Dass der Marxismus-Leninismus „zur theoretischen Grundlage aller gesellschaftswissenschaftlichen Tätigkeit“ erklärt worden war (Eichhorn 1976: 489), bestimmte die Gesellschaftswissenschaften einerseits und erzeugte andererseits Spannungen: Ausschließlich normativ und gänzlich empiriefrei ließ sich die Forschung nicht betreiben. Ein Großteil der wissenschaftlichen Energien war deshalb darauf zu

verwenden, die vorgegebene Theorie mit der Empirie so zu synchronisieren, dass die Theorie keinen Schaden nahm. Letztlich stellte das Ineinanderschieben des Politischen und des Wissenschaftlichen – „wissenschaftliche Leitung der Gesellschaft“ und „marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaften“ – eine beidseitige Selbstüberforderung dar.

Dennoch benötigte die Politik die Gesellschaftswissenschaften, und die politischen Ansprüche stießen auch auf grundsätzliche Mitwirkungsbereitschaft der Gesellschaftswissenschaftler:innen:

■ Zum einen brauchte die Politik einen *Plan des sozialistischen Aufbaus*: Marx und Engels hatten sich wohlweislich dessen Formulierung enthalten, und Lenins einschlägige Schriften dazu sind aufgrund der Zeitumstände taktisch verunreinigt. Daher sollten nun die Gesellschaftswissenschaften die Module des Aufbauplans liefern, wobei die allgemeine Richtung im Grundsatz durch „historische Gesetzmäßigkeiten“ feststand. Aus beidem versuchte dann die Partei, das Programm des sozialistischen Aufbaus zu zimmern. „In diesem Rahmen kam Experten und Expertengremien tendenziell lediglich die Rolle zu, die Leerstellen des Marxismus-Leninismus auszufüllen bzw. dessen Aussagen für den praktischen Gebrauch bei der Gesellschaftsgestaltung zu operationalisieren“ (Steiner 2004: 102f.). Hier waren vor allem die politik- und praxisnahen Fächer gefragt: Wirtschaftswissenschaften, eine spezifische Form von praktischer Philosophie (innerhalb des Lehr- und Forschungsgebietes Historischer Materialismus), Pädagogik, auch Soziologie und soziologie-ähnliche Disziplinen.

■ Zum anderen wurde *Legitimation* benötigt. Dieser Umstand vor allem erzeugte sowohl die Chancen als auch die Probleme der historisch-hermeneutisch arbeitenden, also der traditionell als Geisteswissenschaften bezeichneten Fächer. Der Historische Materialismus hatte bereits die Gesetzmäßigkeiten, denen nach herrschender Meinung die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft folge, bereitgestellt. Doch Gesetzmäßigkeiten sind unanschaulich und bedurften daher der anschaulich gemachten Belege. Diese sollten Geschichts-, Literatur-, Kunst- und Musikwissenschaften liefern.

Auch das, was ein Lebenselixier der Wissenschaft ist, war in der DDR dramatisch eingeschränkt: die freie Fachkommunikation und damit die wissenschaftliche Öffentlichkeit. Für die Wissenschaft ist freie Kommunikation essenziell. Für Diktaturen aber ist Kommunikationskontrolle essenziell. Damit gab es für die Wissenschaft in der DDR ein Problem. Sowohl in der internationalen als auch der inländischen Kommunikation sahen sich die DDR-Wissenschaftler:innen auf Diät gesetzt. Publikationen in Fachzeitschriften unterlagen faktisch der Zensur und darüber hinaus dem allgegenwärtigen Restriktionsargument „Papierknappheit“. Der Zugang zu internationaler Fachliteratur

war mindestens behindert, häufig beschränkt und obendrein nach Hierarchiepositionen abgestuft. In der oben zitierten ZHB-Professorenbefragung von 1980 wurde die unzulängliche Versorgung mit Literatur aus nichtsozialistischen Ländern (NSW-Literatur) als wesentliches Produktivitätshemmnis benannt. Doch selbst die Bereitstellung der Literatur aus sozialistischen Ländern habe nur die Minimalanforderungen erfüllt. Aus den Befragungsergebnissen müsse die Schlussfolgerung gezogen werden, „daß die Information der neuesten publizierten wissenschaftlichen Ergebnisse aus dem NSW nicht gewährleistet ist“ (Boschan et al. 1984: 42).

Briefliche Kommunikation mit westlichen Fachkollegen wurde ungern gesehen und sollte über die jeweiligen Dienstvorgesetzten laufen. Reisegenehmigungen für das westliche Ausland wurden nach undurchschaubaren Kriterien versagt oder erteilt (vgl. Niederhut 2005); für den größten Teil der Wissenschaftler.innen blieben sie ohnehin von vornherein unerreichbar. Die restriktive Reisekaderpolitik „isolierte die Wissenschaft der DDR, spaltete die Mitarbeiter in zwei Klassen, führte zu großen Frustrationen und letztlich zu einem provinziellen und bisweilen auch idyllischen Wissenschaftsstil“ (Hohlfeld/Mattes 1999: 1187).

Das galt in unterschiedlichem Maße für die Natur- und Gesellschaftswissenschaften. Erstere hatten keinen gesellschaftssystemspezifischen Referenzraum, letztere schon. Für Archäologen war es von befundeinordnender Bedeutung, ob sie Artefakte aus zeitlichen Epochen (Steinzeit, Bronzezeit) oder einer bestimmten Gesellschaftsformation (Urgesellschaft) untersuchten. Das Fach Sozialistische Betriebswirtschaft trug seine Systemreferenz bereits im Namen. Dagegen war es für die Formulierung analytischer und synthetischer Sätze über Mechanismen natürlicher Prozesse und Zustände gleichgültig, ob diese Mechanismen im Kapitalismus oder im Sozialismus wirkten.

Zudem konnten die Naturwissenschaften noch am ehesten darauf bestehen, an die internationale Kommunikation angeschlossen sein zu müssen, denn sie hatten dafür Argumente ökonomischer Evidenz.<sup>44</sup> Auch hatte die DDR zwar ein Interesse an Kommunikationskontrolle, nicht aber eines an grundsätzlicher Kommunikationsvermeidung. Der Grund: Die Überlegenheit des Sozialismus sollte sich auch in der Leistungsfähigkeit seiner Wissenschaft zeigen, weshalb „das Weltniveau“ permanent angerufene Referenz war. Dieses Niveau wiederum konnte nur durch internationale, die Blockgrenzen überschreitende Kommunikation akkreditiert werden.

Doch auch in den Naturwissenschaften mussten z.B. die Fachgesellschaften, bis in die 60er Jahre meist gesamtdeutsch, zu eigenen DDR-Gesellschaften

---

<sup>44</sup> vgl. Bentley (1992); Hoffmann/Macrakis (1998); Stokes (2000)

verselbstständigt werden (Herbst/Ranke/Winkler 1994: 615). Was in der Literatur zum Thema regelmäßig als Engstirnigkeit bornierter Funktionäre dargestellt wird, ist freilich auch nicht zu verstehen, wenn man die Hallstein-Doktrin und ihre Wirkungen außer acht lässt. In der Medizin war die Anatomische Gesellschaft die einzige Fachgesellschaft, die sich erfolgreich dem politischen Druck der DDR-Regierung widersetzen konnte, nach dem Mauerbau eine eigenständige Anatomische Gesellschaft der DDR zu gründen. Sie blieb gesamtdeutsch (vgl. Anatomische Gesellschaft o.J. [2011]). Ein Kommunikationshemmnis, das auch im Nachhinein jedenfalls grundsätzlich nachvollziehbar erscheint, war der Geheimnisschutz technischer und technologischer Anwendungen. Dabei standen sich klare Interessen der Staaten und ihrer Blöcke gegenüber, unablässig fortgeschrieben durch die aktiv gepflegte konfrontative Feindseligkeit.

Bei all dem galt überdies die sowjetische Wissenschaft – nach den sogenannten Klassikern – unabhängig von ihren tatsächlichen Leistungen als Wahrheitsmaßstab, und zwar in allen Disziplinen. Unter solchen den DDR-Wissenschaftlern angesonnenen Bedingungen zugleich fortwährend „Weltniveau“ in der Forschungsarbeit erreichen zu sollen, musste selbstwidersprüchlich sein. Dennoch ist in der Rückschau auch eingeschätzt worden, dass es „nicht nur politisch kommandierte, ökonomisch instrumentalisierte und ideologisch reproduzierende Forschung, nicht nur ML-Exegesen oder die Erfindung ungenießbarer Kakao-Ersatzstoffe“ gegeben habe (Brocke/Förttsch 1991: 104).

## 7.2. Forschung

Es kann durchaus erstaunen, dass trotz der geschilderten Bedingungen in zahlreichen Bereichen beachtenswerte Forschungsergebnisse erzielt wurden – wobei diese Bewertung davon ausgeht, dass Beachtlichkeit nicht erst dann erreicht wird, wenn Paradigmen umgestoßen und wissenschaftliche Revolutionen ausgelöst werden: Wissenschaft ist überall und systemunabhängig nur ausnahmsweise Spitzenwissenschaft. Insoweit ist solide Wissenschaft auch nicht allein solche, welche die Zeiten überdauert. Der größte Teil der Forschungsergebnisse erledigt sich allerorten, nicht nur in der DDR-Wissenschaft, durch die jeweils darauf aufbauenden nachfolgenden Arbeiten spätestens der nächsten Forschergeneration.

Die oben zitierte, um 1980 veranstaltete ZHB-Befragung aller ordentlichen Hochschulprofessor.innen der MINT-Fächer und der Medizin hatte ergeben, dass für ein Drittel der Befragten ein geringes bzw. nicht erkennbares Forschungsengagement<sup>45</sup> zu konstatieren sei. Die Gründe: eine ungenügende

---

<sup>45</sup> zusammengesetzt aus Forschungsinteresse und Zeiteinsatz für die Forschung

Verfestigung des „unbedingten wissenschaftlichen Interesses“ und die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen (Boschan 1986: 90), dabei nicht zuletzt administrative Belastungen durch Leitungstätigkeit (Boschan 1983: 71). Eine Ermittlung der individuell bevorzugten Rollen ergab immerhin folgendes Ergebnis:<sup>46</sup>

- |                       |      |            |      |
|-----------------------|------|------------|------|
| • Lehrer und Forscher | 27 % | • Forscher | 41 % |
| • Lehrer              | 15 % | • Leiter   | 1 %  |

Das heißt, auch die DDR kannte die besondere Hochschätzung der Forschungstätigkeit, wie sie aus dem westdeutschen und dem heutigen Hochschulsystem geläufig war und ist. Zudem setzte sich der große Anteil der Professoren, den die Forschung besonders befriedigen würde, vor allem aus jenen zusammen, „die gegenwärtig stark mit Leitungs- und Verwaltungsaufgaben belastet sind“. Dem korrespondierte die geringe Bewertung der Rolle als Leiter. (Ebd.)

Hinsichtlich der Forschungsproduktivität<sup>47</sup> wurde festgestellt: Die Professoren der Technikwissenschaften und der Gruppe mit einer höchstens fünf Jahre zurückliegenden Berufung wiesen die niedrigsten, die Medizinprofessoren sowie die Gruppe mit einer mehr als 20 Jahre zurückliegenden Berufung die höchsten Produktivitätswerte auf. Das spreche „für ein Überwiegen der Altersproduktivität gegenüber der Produktivität der Professoren im jüngeren Alter“. (Boschan 1986: 92)

Für die zitierte Studie waren Professor:innen an Hochschulen befragt worden. Trotz ihrer auch kritischen Ergebnisse ist festzuhalten: Die DDR-Hochschulen waren nicht nur (auch) forschende Einrichtungen, sondern sie waren wesentliche Träger der Forschung in der DDR. Das widerstreitet einer bis heute herrschenden Überzeugung. Demnach habe es in der DDR eine weitgehende Trennung von Forschung und Lehre entlang einer politisch gezogenen Linie zwischen Hochschulen und Akademien gegeben. Die Hochschulen seien vorwiegend nur Lehranstalten gewesen, während die eigentliche (Grundlagen-)Forschung an den Akademien-Instituten stattgefunden habe.<sup>48</sup>

---

<sup>46</sup> die Fragestellung lautete, „welche Aufgabe sie besonders befriedigen würde“

<sup>47</sup> gemessen an den Veröffentlichungen, der Zahl der Vorträge auf internationalen Tagungen und der Zahl angemeldeter Patente, jeweils für die letzten drei Jahre

<sup>48</sup> So fand sich etwa in dem ersten umfassenden Versuch einer Bestandsaufnahme des ostdeutschen Hochschulumbaus ab 1990 (Mayntz 1994) in jedem dritten der dort versammelten Artikel eine entsprechende Aussage – dort immerhin von Autoren, die für sich in Anspruch nahmen, die Dinge vor dem Aufschreiben analytisch durchdrungen zu haben: vgl. Neidhardt (1994: 34), Hall (1994: 166), Krull (1994: 210), Schimank (1994: 264, 275). Ernst-Ludwig Winnacker, einst DFG-Vizepräsident und -Präsident, verblieb noch 2023 auf dem Reflexionsniveau seiner wissenschaftspolitisch aktiven Zeit, als er schrieb: „In der DDR-Zeit fanden Forschungsaktivitäten vornehmlich an den Akademieinstituten statt.“ (Winnacker 2023: 9) An dieser Aussage ist nicht zuletzt bemerkenswert, dass er sie in einem Vorwort zu

Diese Auffassung folgt einer im Zuge der III. Hochschulreform (die mit einer Akademienreform verbunden war) von 1967ff. formulierten Zielvorstellung der SED-Wissenschaftspolitik. Es gibt indes eine Prüfmöglichkeit, mit der sich das objektivierend prüfen lässt: Die Hochschulen und Institute der Akademien vergleichend, können die jeweiligen Forschungskapazitäten und deren internationale Publikationen ins Verhältnis gesetzt werden. Dazu lassen sich die Bereiche Naturwissenschaften und Medizin heranziehen.<sup>49</sup>

■ In diesen Bereichen verfügten die Akademien-Institute über eine Personalkapazität von 10.200 Wissenschaftler.innen.<sup>50</sup> Im Grundsatz hatten diese keine Aufgaben außerhalb der Forschung. Soll aber keine lebensfremde Betrachtung angestellt und ein angemessener Vergleich zu den Hochschulen ermöglicht werden, dann ist eines zu berücksichtigen: Das wissenschaftliche Personal an den Akademien war auch durch administrative und politische Aktivitäten in Anspruch genommen. Da es dazu keine belastbaren Daten gibt, wird hier mit der Unterstellung operiert, dass 20 Prozent der investierten Arbeitszeit nicht für Forschung zur Verfügung standen. So ergibt sich kalkulatorisch eine Forschungskapazität von 8.160 VbE an den Akademie-Instituten.

■ An den Hochschulen dagegen wurden 1989 in den MINT-Fächern und Medizin insgesamt 24.400 Wissenschaftler.innen beschäftigt.<sup>51</sup> Um Vergleichbarkeit mit den Akademien, die keine Lehrverpflichtungen hatten, herzustellen, muss hier der Anteil vor allem der lehrbezogenen Aufgaben herausgerechnet werden. Dazu folgen wir einer Angabe aus dem Zentralinstitut für Hochschulbildung: „Etwa 30 Prozent vom Arbeitszeitfonds des wissenschaftlichen Personals wird an DDR-Hochschulen für Forschungsaufgaben verwendet“ (Blankenburg/Deregoski/Scherer 1990: 3). Dann ergibt sich an den Hochschulen kalkulatorisch eine naturwissenschaftliche Forschungskapazität in Höhe von 7.320 VbE.

Zusammengefasst: Die Relation der Forschungs-VbE in den Bereichen Naturwissenschaften und Medizin betrug 53 (Akademien-Institute) zu 47 (Hochschulen) Prozent.

Eine Auswertung des Science Citation Index für das Beispieljahr 1984 hat ergeben: Von den international wahrnehmbaren Publikationen aus den Natur-

---

einem Text des Greifswalder Mikrobiologen Michael Hecker (2023) formuliert, in dem ausführlich das Gegenteil dargestellt wird.

<sup>49</sup> Die Gesellschaftswissenschaften sind in der damaligen, im folgenden genutzten Datenbank des Science Citation Index zu gering vertreten gewesen, als dass sich deren internationale Publikationen sinnvoll auswerten ließen. Zudem war das Publizieren in westlichen Zeitschriften in den DDR-Gesellschaftswissenschaften keine verbreitete Übung.

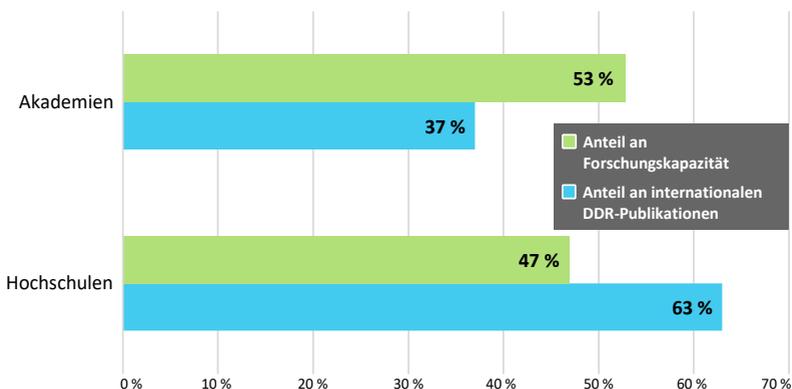
<sup>50</sup> s.o. 7.1. Leistungsbedingungen, Tafel 13: Datenblatt DDR-Wissenschaftssystem (1989) und Tafel 15: Fächergruppenaufteilung des wissenschaftlichen Personals (1989)

<sup>51</sup> siehe ebd.

und medizinischen Wissenschaften an DDR-Hochschulen und -Akademien-Instituten stammten 63 Prozent aus den Hochschulen und 37 Prozent aus den Instituten der Akademien<sup>52</sup> (Weingart/Strate/Winterhager 1991). Demnach hatten, wenn man die dahinterstehenden Personalkapazitäten heranzieht, die Hochschulen in Naturwissenschaften und Medizin eine um rund 60 Prozent höhere Forschungsproduktivität als die Institute der Akademien (Tafel 16).

*Tafel 16: Vergleich der Personalressourcen und internationalen Publikationen der Naturwissenschaften an DDR-Hochschulen und Instituten der Akademien\**

Segment	wiss. Personal absolut	Forschungskapazität in VbE	Anteil an Forschungskapazität	Anteil an internat. DDR-Publikationen**	Fazit
<b>Akademien</b>	10.200	8.160	53 %	37 %	über die Hälfte der Forschungskapazität – reichlich ein Drittel der Publikationen
<b>öffentliche Hochschulen</b>	24.400	7.320	47 %	63 %	weniger als die Hälfte der Forschungskapazität – fast zwei Drittel der Publikationen
<b>Summen</b>	34.600	15.480	100 %	100 %	



\* ohne Sonderhochschulen, Ressortforschung und Industrieforschung

\*\* SCI, Beispieljahr 1984, nach Weingart/Strate/Winterhager (1991: 24, 26), bereinigt um Zuordnungsfehler

<sup>52</sup> Die Prozentangaben sind unter Bereinigung von Zuordnungsfehlern, welche die herangezogene Studie enthält, berechnet (z.B. waren „Medizinische Akademien“ keine Forschungsakademien, sondern Hochschulen, vgl. Weingart/Strate/Winterhager 1991: 26). Nicht berücksichtigt sind hier die Publikationen, die auf Institute außerhalb der Hochschulen und Akademien zurückgingen. Stattdessen sind für den hiesigen Vergleichszweck die addierten Werte für Hochschulen und Akademieinstitute gleich 100 gesetzt.

Eine andere Auswertung, vorgelegt von Alfred Welljams-Dorof vom Philadelphia Institute for Scientific Information, bestätigt dieses Bild tendenziell. Demnach finden sich im Science Citation Index für die Jahre 1981 bis 1990 32 hochzitierte Artikel, d.h. solche mit über 75 Zitationen, aus der DDR. Von diesen stammten neun aus AdW-Instituten und 16 aus Universitäten. Das ist ein Verhältnis von eins (Akademie) zu 1,8 (Universitäten).<sup>53</sup>

Fragt man nach der Leistungsfähigkeit der DDR-Naturwissenschaften insgesamt, d.h. über alle Wissenschaftssegmente hinweg, so kann als Qualitätssurrogate gleichfalls auf Publikations- und Zitationsanalysen, daneben auf Patentaktivitäten zurückgegriffen werden. Zum Publikations- und Zitationsgeschehen lässt sich mitteilen:

- Hinsichtlich der internationalen Publikationen, soweit im SCl erfasst, wurde für 1981–1985 ermittelt, dass die DDR-Wissenschaft im Länderranking auf Platz 16 lag (die ungleich größere UdSSR auf Platz 3). Aus der DDR-Wissenschaft stammten im ausgewerteten Zeitraum 18.346 international publizierte Artikel, was einem Weltanteil von 0,89 Prozent entsprach. Zum Vergleich: Polen hatte einen Weltanteil von 0,9 und die ČSSR von 0,75 Prozent. (Meske 1990: 10)
- Betrachtet man die beobachteten Zitationsrate,<sup>54</sup> so lagen die DDR-Naturwissenschaften mit 1,33 weit vor der UdSSR (0,66) und hinter Portugal (1,58). Die ehemalige Bundesrepublik erreichte einen Wert von 2,95 (Vladutz/Pendlebury 1989: 122).
- Bei den Zitationen pro Publikation lag die DDR auf Platz 40 (UdSSR: Platz 88) und bei der relativen Zitationsrate<sup>55</sup> auf Platz 11 (UdSSR: Platz 18) (Meske 1990: 10).
- Nimmt man den Impactfaktor,<sup>56</sup> im Weltdurchschnitt gleich 1,0 gesetzt, so erreichten die DDR-Naturwissenschaften einen Wert von 0,54, Polen und ČSSR 0,60 bzw. 0,51, die ehemalige Bundesrepublik 1,05 (Meier 1999: 1318).

Dies muss ins Verhältnis zu den problematischen Publikations- und Arbeitsbedingungen der DDR-Wissenschaft gesetzt werden, die oben beschrieben sind. Stellt man diese Bedingungen in Rechnung, dann ist es bemerkenswert, dass einzelne Fachgebiete in den DDR-Naturwissenschaften deutlich über

---

<sup>53</sup> Alfred Welljams-Dorof: Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe „Bibliometrics, Infometrics and Scientometrics“, Berlin, November 1991, unveröff.; Ergebnisse referiert (und danach hier wiedergegeben) in Meier (1999: 1317–1319)

<sup>54</sup> Gesamtzahl der Zitate im Verhältnis zur Gesamtzahl der Veröffentlichungen

<sup>55</sup> Zitationszahl geteilt durch die durchschnittliche Zitationsrate im jeweiligen Fachgebiet

<sup>56</sup> Zahl, die wiedergibt, wie häufig ein Artikel einer bestimmten Zeitschrift im Durchschnitt pro Jahr zitiert wurde

den o.g. bibliometrischen Durchschnittswerten lagen. Ein solch auffälliges Gebiet war beispielsweise das Methodenfeld der NMR- bzw. Kernspinresonanzspektroskopie. Dazu erschienen im Jahre 1990 weltweit 228 im SCI gelistete Publikationen, von denen 38 Artikel (17 %) von DDR-Wissenschaftler:innen stammten. Nimmt man 13 im SCI verzeichnete Publikationen als Einstiegsgröße, so lag bei 26 größeren Forschungsfeldern die DDR-Präsenz über einem Prozent. Betrachtet man auch kleinere Forschungsrichtungen und beginnt bei fünf Publikationen als Einstiegsgröße, dann waren es 27 Gebiete, in denen der Anteil der Artikel aus der DDR über zehn Prozent und bei acht Gebieten über 20 Prozent lag. (Meier 1999: 1319)

Auf der Basis nicht nur von Zitationen, sondern auch Patentaktivitäten hatte die Forschungsagentur Berlin 1990 eine Reihe von naturwissenschaftlichen DDR-„Inseln der Exzellenz“ identifiziert:<sup>57</sup>

- im Universitätsbereich die Charité (mit 15 Wissenschaftler:innen mit mehr als 100 Zitationen nach SCI 1973–1988), die Universität Jena (zwei Wissenschaftler ebenso) und die TU Dresden (ein Wissenschaftler ebenso);
- in der Akademie der Wissenschaften das Zentralinstitut für Molekularbiologie (mit drei Wissenschaftlern mit mehr als 100 Zitationen nach SCI 1973–1988) sowie das Zentralinstitut für Festkörperphysik und Werkstofforschung (ein Wissenschaftler ebenso);
- aus dem Bereich der Industrieforschung das Zentralinstitut für Schweißtechnik Halle (1988 je 100 FuE-Beschäftigte 35,5 Patente), das Kombinat Polygraph Leipzig (32 Patente), das Forschungszentrum des Werkzeugmaschinenbaus Karl-Marx-Stadt (22), das Kombinat Carl Zeiss Jena (12) und das Forschungsinstitut Manfred von Ardenne Dresden (ohne Angabe).

Für eine Darstellung von Leistungsprofilen der DDR-Gesellschaftswissenschaften lässt sich auf solche aggregierten Aufarbeitungen nicht zurückgreifen, da dort – auch systemunspezifisch – die Arbeitsweise und -ergebnisse anderen Usancen unterliegen. Nimmt man die seit 1990 zu dieser Fächergruppe publizierten Arbeiten in Augenschein (vgl. Pasternack/Hechler 2016), so entsteht vor allem ein Eindruck: Die Gesellschaftswissenschaften wecken im Nachgang häufig nur wenig freundliche Erinnerungen. Gleichwohl: Als der Wissenschaftsrat 1991 die ostdeutsche Wissenschaft evaluierte, nannte er es „unübersehbar, daß von der Orientierung an marxistischen Grundpositionen in den Geistes- und Sozialwissenschaften produktive Anstöße ausgehen konnten“ (Wissenschaftsrat 1992: 13f.). Er erwähnte exemplarisch die Agrar-

---

<sup>57</sup> publiziert in Brocke/Förtisch (1991: 95–98)

geschichte, Volkskunde und die Literaturgeschichte. Auch hätten einige ursprünglich „zumeist willkürliche Strukturentscheidungen“, die eine Zwangsintegration geisteswissenschaftlicher Fächer bedeuteten, „zur Herausbildung interessanter und potentiell vielversprechender Arbeitsbereiche“ geführt. Als Beispiele wurden hier die Orientarchäologie in Halle (Saale) sowie die Translationslinguistik und die Afrika- und Nahostwissenschaften in Leipzig genannt. (Wissenschaftsrat 1992a: 19)

Allerdings gab es deutliche Differenzen zwischen den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern.<sup>58</sup> Für alle galt eine historisch-materialistische Herangehensweise als durchzusetzender Standard, doch darüber hinaus waren die normativen Bindungen an politisch gesetzte Grundprinzipien stark gegenstandsabhängig. In den sozialwissenschaftlichen Disziplinen wurde der jeweils dominierende theoretische Ansatz – abgesehen von einzelnen Ausnahmen – eher nicht aus der Auseinandersetzung mit dem jeweiligen State of the Art gewonnen. Vielmehr sei er „durch ein Gemenge aus Klassikerinterpretationen und Parteiinstruktionen gebildet“ worden (Ettrich 1992: 460). In den geisteswissenschaftlichen Fächern gab es zwar eine systematischere Rezeption internationaler Theorieentwicklungen, aber dort ging es ebenso notfalls auch ohne diese.

Unabhängig davon resultierten aus den politisch formulierten Aufträgen an die Gesellschaftswissenschaften Konflikte. So sollte in den Disziplinen immer auch handlungsrelevantes Wissen erzeugt werden. Um dem zu entsprechen, waren Probleme herauszuarbeiten, um zu wissen, was der praktischen Bearbeitung bedürfe. Das indes kam mit einer gleichzeitigen politischen Vorliebe nicht überein: Diese galt sozialistischen Gesellschaftswissenschaften, die vor allem darlegten, dass Probleme bereits überwunden seien. Doch mit der empirischen Erforschung der sozialistischen Wirklichkeit konnte immer ein politisches Gefahrenpotenzial entstehen: „Es war die Ambivalenz, einerseits zur Herrschaftsrationalisierung beizutragen und andererseits mit dieser ‚harten Empirie‘ über das Potential zu verfügen, ideologisch demaskierend zu wirken, also Delegitimierung zu betreiben.“ (Koop 2009: 855)

Zudem ließ sich ein zweigeteiltes Wissenschaftsverständnis erkennen: Für die ideologisch relevanten Bereiche wurde von einem gegen jede Revision zu schützenden Wissensgebäude ausgegangen, während in ideologiefreieren Fächern das vorhandene Wissen als kritisierbar und veränderungsoffen galt

---

<sup>58</sup> Sozial- und Geisteswissenschaften waren in der DDR unter dem Begriff der Gesellschaftswissenschaften zusammengefasst worden. Die im folgenden vorgenommene Trennung (die wie jede solcher Trennungen auch ein wenig schematisch und in Einzelfällen unpräzise ist) unterscheidet sozialwissenschaftliche i.S.v. empirisch-analytischen Disziplinen und geisteswissenschaftliche i.S.v. historisch-hermeneutischen Disziplinen (wobei beides ergänzt war um allerlei Ideologieproduktion, die sich nur bedingt dem einen oder anderen zuordnen lässt).

(Malycha 2001: 15). Entsprechend unterschieden sich die Forschungsergebnisse in den einzelnen Disziplinen voneinander – nicht zuletzt danach, ob sie sich mit dem Ende der DDR erledigt hatten. Vieles besaß allein in deren Kontext Relevanz, während anderes auch außerhalb des systemischen Entstehungszusammenhangs fortgeltende Gültigkeit beanspruchen konnte.

In der Tat lassen sich auch für die Gesellschaftswissenschaften einige bemerkenswerte Arbeitsergebnisse nennen. Vor allem in den geisteswissenschaftlichen Fächern sind eine Reihe sehr solider Monografien wie konzeptionell großer Würfe zu entdecken, die auf der Basis eines flexibilisierten marxistischen Paradigmas theoretische Innovationen entfalteten. Hierunter fallen einige, die nicht nur innovativ im Rahmen des systemischen Kontextes der DDR waren, sondern darüber hinaus Interesse beanspruchen konnten und können.

Arbeiten, die dementsprechend auch außerhalb der DDR wahrgenommen wurden, waren etwa die Arbeiten zur Strukturellen Grammatik in Ost-Berlin (immer wieder verwiesen wird auf Manfred Bierwischs Aufsatz zum Strukturalismus, erschienen 1966 im „Kursbuch“); die Arbeiten der Werner-Krauschule;<sup>59</sup> der Band „Gesellschaft – Literatur – Lesen. Literaturrezeption in theoretischer Sicht“ (Naumann et al. 1973; vgl. z.B. Raddatz 1974) und die weiteren Arbeiten zur Rezeptionstheorie mit ihrer Nähe zur Rezeptionsästhetik in Konstanz und andernorts (vgl. Adam/Dainat/Schandera 2003; Funke 2004); eine Geschichte des Luftkrieges von 1910 bis 1980 (Groehler 1981), die Forschungen zur Geschichte der Französischen Revolution in Leipzig (vgl. für den Literaturüberblick Pasternack/Hechler 2016: 375–378). Gleiches gilt für große und in Ost wie West einiges Aufsehen erregende Biografien wie die von Ernst Engelberg (1985) zu Bismarck, von Ingrid Mittenzwei (1980) über Friedrich II., von Gerhard Brendler (1983) zu Luther oder Werner Mittenzweiss (1986) Brecht-Biografie. Im Status des Geheimtipps verblieben Philosophen wie Lothar Kühne (1981; 1985) oder Wolfgang Heise (vgl. Literaturüberblick in Pasternack/Hechler 2016: 313f.).

Einige Wörterbuch- und Lexikonprojekte sind nach wie vor bemerkenswert, etwa die Projekte „Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache“ (Klappenbach/Steinitz 1964–1977; zu Hintergründen vgl. Malige-Klappenbach 1986) und „Etymologisches Wörterbuch des Deutschen“ (Pfeifer 1989); Georg Klaus’ „Wörterbuch der Kybernetik“ (Klaus 1967); das nach 1990 fortgeführte „Allgemeine Künstlerlexikon“ (Nachfolger des „Thieme-Becker“) oder das „Lexikon der Kunst“, dessen Fertigstellung über 1990 hinaus sichergestellt wurde (Olbrich 1987–1994). Aus dem Forschungszusammenhang des früheren AdW-Zentralinstituts für Literaturgeschichte stammen als späte Früchte das „Historische Wörterbuch ästhetischer Grundbegriffe“ (Barck et

---

<sup>59</sup> vgl. Ette et al. (1999), Hofer/Karger/Riehn (2003), Nerlich (1993), Naumann (2012)

al. 2000–2005; vgl. Boden 2014) und das „Lexikon sozialistischer Literatur“ (Barck et al. 1994).

Naturgemäß weniger innovativ, aber äußerst solide waren Editionsprojekte. Sie zeichnen sich vor allem durch Gründlichkeit aus, welche wiederum aus der geringeren Atemlosigkeit des DDR-Wissenschaftsbetriebs resultierte. Je nach Gegenstand sind sie mehr oder weniger DDR-typisch eingeleitet und kommentiert, hinsichtlich der editionswissenschaftlichen Aufbereitung ihrer Haupttexte aber nahezu immer makellos. Genannt werden können, statt vieler, die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA<sup>2</sup>; vgl. Vollgraf/Sperl/Hecker 1992, 2000 und 2006) oder die Frege-Ausgabe (Frege 1973). Hierzu gehören auch Editionsprojekte, die bereits zur Zeit der DDR-Gründung liefen und – meist an AdW-Instituten – weitergeführt worden waren, etwa die *Inscriptio-nes Graecae* (begonnen 1815).<sup>60</sup>

Auf dem entgegengesetzten Pol des Qualitätskontinuums standen zahlreiche Arbeiten, die auf der Basis hingebogener oder in passenden Ausschnitten präsentierter oder auch schlicht vermiedener Empirie die Gültigkeit des herkömmlichen marxistischen Paradigmas nachzuweisen suchten, sowie theoretische Entfaltungen traditionalistischer Thesen ohne Innovationswert. Das trat gehäuft insbesondere in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen und der Philosophie auf. Dass vor allem die politiknahen Gesellschaftswissenschaften unmittelbar an eine politische Bewegung gebunden waren, hieß auch: Wissenschaften, die eigentlich Hypothesen und Theorien testen, also kognitiv Alternativen erproben müssen, waren Teil eines bewegungsförmig organisierten Staates, der Disziplin, Einheit und Geschlossenheit („keine Fraktionsbildungen!“) für absolut prioritär erachtete, mithin Alternativen nicht offen zur Diskussion stellen konnte. Die Umstände des Kalten Krieges machten es nicht einfacher, hier zu einem Umdenken zu gelangen.

Die Probleme der problematischen Texte aus diesen textgebundenen Wissenschaften begannen bereits bei der Logik und Sprache. Ein Großteil von ihnen ist gekennzeichnet durch den Einsatz politischer Formeln als wissenschaftliche Argumente, eine schablonenhafte Sprache, die übermäßige Verwendung von Passivkonstruktionen und Genitivhäufungen, eine eingeschränkte Lexik und verunklarende Formulierungen, um entweder Problematisches oder Trivialitäten zu kaschieren. Sprachlich wurden so Prozesse in Statik umgewandelt (Thiel 2010: 162). Diese weitflächige Infektion wissenschaftlicher Texte durch die parteibürokratische Sprache der offiziellen politischen Kommunikation mindert nicht nur den Lesespaß. Sie erschwerte und erschwert auch den Zugang zu den Inhalten.

---

<sup>60</sup> vgl. dazu auch die Weiterführungsempfehlungen des Wissenschaftsrates für 30 Editionsprojekte: Wissenschaftsrat (1992h: 27-44)

Das indes war weder nur ein sprachliches Problem noch lediglich individuell zuzurechnen. Denn gab es in der DDR gesellschaftswissenschaftliche Innovationen, so mussten sich diese in der gegebenen politisch-epistemischen Anordnung als Entfaltung des Kanonischen, also der marxistisch-leninistischen Grundideen, tarnen. Innovation jedoch ist zunächst immer das Noch-nicht-Mehrheitsfähige, benötigt daher eine Umgebung, die gewähren lässt, um testen zu können, ob die Innovation mehrheitsfähig, mithin zum Mainstream werden kann. Dieser erstarrt dann irgendwann zur Orthodoxie, um damit reif zu sein für die Ablösung durch die nächste Innovation. Gesellschaftswissenschaftliche Innovationen in der DDR aber waren darauf angewiesen, sich mindestens als Mainstream, häufig auch als Orthodoxie zu inszenieren. Eine wesentliche Technik dieser Inszenierung waren codierte Sprachregelungen, die es dem heutigen Leser oft mühsam machen, das Innovative in DDR-gesellschaftswissenschaftlichen Texten, sofern es vorhanden war, zu erschließen.<sup>61</sup>

Seinerzeit aber waren sie nötig, um die Aufmerksamkeit der Ideologiewächter zu unterlaufen. Wie das Publizieren solcher Texte lief, hat Guntolf Herzberg am Beispiel von Beiträgen für die „Deutsche Zeitschrift für Philosophie“ beschrieben – ein Organ, das in Franz Fühmanns Grotteskenband „Sains Fiktischen“ (1981: 40) „Kampfschrift für philosophische Gewißheit“ genannt wurde:

„die meisten druckreifen Beiträge haben erst gar nicht das Akademieinstitut, an dem ich arbeitete, verlassen können – sie haben die zahlreichen internen Hürden nicht genommen. Artikel und Rezensionen sind in der Regel erst in der Arbeitsgruppe besprochen, dann im günstigsten Falle dem Arbeitsgruppenleiter vorgelegt worden, der ihn verändern, zurückbehalten oder weiterleiten konnte. Dasselbe noch einmal beim Bereichsleiter, in schwierigeren Fällen mußte der schon konform gemachte Text noch vom Institutsdirektor genehmigt werden (der im Zweifelsfalle bei der Abteilung Wissenschaft des ZK anrief). Dann ging der so abgeseignete und passförmige Beitrag an die Redaktion, die zu jedem Artikel ein bis zwei Gutachten anforderte. Schließlich haftete der Chefredakteur mit seinem Kopf (lies: mit seinem Posten) für die ideologische Reinheit (und geistige Leere) seines Blattes. Der Autor des Beitrages war auf diese Weise zumeist abgesichert, er war – und das bereitete allerdings wenig intellektuelle Freude – für den Inhalt nicht mehr verantwortlich.“ (Herzberg in Brühl et al. 1999: 458)

Schließlich aber waren die Gesellschaftswissenschaften nicht allein Gegenstand von Politisierung, sondern auch deren Agenten. Über das Marxistisch-leninistische Grundlagenstudium für Studierende aller Fächer (vgl. Ploenus 2007), die Marxistische Abendschule für Hochschullehrer:innen aller Fächer und als Beauftragte für „revolutionäre Wachsamkeit“ im Wissenschaftsbetrieb erbrachten sie hier spezifische Leistungen.

---

<sup>61</sup> wie das dennoch gelingen kann, steht in Pasternack (2019: 340–347)

### 7.3. Lehre und Studium

In der Lehre waren an den DDR-Hochschulen, den politischen Vorgaben gemäß, zwei Ziele zu verfolgen: Zum einen ging es um die „kommunistische Erziehung“ (vgl. zusammenfassend ZHB 1984). Die mit einer Basisausstattung ‚sozialistischer Persönlichkeiten‘ von der Schule gekommenen Studierenden sollten zur ‚sozialistischen Intelligenz‘ gleichsam veredelt werden. Die Lehrenden an den Hochschulen sahen sich als Vollzugspersonal dieses Auftrags indienst genommen (vgl. §1 Abs. 1 und 2 Hochschullehrerberufungsverordnung 1968). Zum anderen sollten die Qualifikationsbedarfe der beruflichen Praxis bedient werden. Zusammengebracht wurden beide Ziele, wenn etwa der stellvertretende Hochschulminister der Hochschulpädagogik folgende Aufgabe stellte: Sie solle helfen, „die sozialen Beziehungen zwischen Lehrenden und Studierenden auf der Grundlage einheitlicher politischer und weltanschaulicher Positionen so zu entwickeln“, dass die Studierenden eine Basis für hohe Leistungsansprüche an sich selbst und ergebnisorientiertes Arbeiten entwickelten (Fiedler 1980: 18).

Wesentliche hochschulpolitische Stationen, die absolviert wurden, um dahin zu gelangen, hatten wir im Verlaufe der Darstellungen oben bereits erwähnt: 1946 begann die Öffnung der Hochschulen für Arbeiter- und Bauernkinder, gestützt durch Vorbereitungskurse, später die Etablierung der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten. Dabei wurde das berechtigte Ansinnen, bildungsbezogene Gerechtigkeitslücken zu schließen und dafür das bürgerliche Bildungsmonopol zu brechen, mit der Etablierung eines proletarischen bzw. funktionsproletarischen Bildungsmonopols verbunden. Die zweite Hochschulreform 1952 brachte die Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums und verschultere Studienabläufe. Es ging nun um die kaderpolitische Heranbildung einer realsozialistischen Dienstklasse, was freilich voraussetzte, dass die künftigen Akademiker:innen auch fachlich solide ausgebildet werden.

Ab dieser Zeit war das Studium an den Hochschulen sehr strikt durchorganisiert, vollzog sich innerhalb von Seminargruppen und mit festen Studienplänen. Daneben wurde 1951 ein staatliches Stipendiensystem für die Mehrheit der Studierenden eingeführt. Seit 1981 sicherte eine Stipendienregelung allen Studierenden monatlich mindestens 200,- Mark (MBW 1990: 27), was einem Viertel eines Facharbeiterlohnes oder einem Drittel eines Krankenschwesterngehalts entsprach. Das Studieren im Seminargruppenverbund war sowohl pädagogisch als auch politisch motiviert: Es diente dem Lernen im Kollektiv, also im sozialen Verbund, und der politischen Kontrolle. Die Zulassungsbedingungen folgten durchgehend bildungsplanerischen Vorgaben, welche die Anzahl von Studienplätzen (und damit Studienzulassungen) an

prognostizierte Absolventenbedarfe anknüpfte. Auch wenn die bildungsplanerischen Vorausberechnungen des Akademikerbedarfs sich fast nie bestätigten (vgl. Köhler/Stock 2004), so garantierte der Staat jedem Hochabsolventen einen Arbeitsplatz. Gleichzeitig waren alle Studierenden verpflichtet, nach Abschluss des Studiums drei Jahre dort zu arbeiten, wo es die „gesellschaftlichen Erfordernisse“ geböten.<sup>62</sup>

Zieht man die politischen Studienziele ab, so ähnelten die Konzepte der DDR-Hochschulpädagogik in mancherlei Hinsicht durchaus solchen, die zeitgleich auch in anderen Ländern, nicht zuletzt der ehemaligen Bundesrepublik, entwickelt wurden. Zunächst ging hier wie dort um das Verhältnis von Bildung und Ausbildung, von Theorie und Praxis sowie von Generalisten- und Spezialistentum. Als 1964 an der Humboldt-Universität zu Berlin ein Institut für Hochschulpolitik (IfH) gegründet wurde, formulierte dessen erster Direktor Otto Rühle (1914–1969) Forschungsfragen, die im Grundsatz bis heute die Debatte bewegen:

„Was sind anwendungsbereite Grundkenntnisse? Welches Verhältnis besteht zwischen Grund- und Spezialwissen? Was und wie muß gelehrt werden, um die Studierenden auf den Entwicklungsstand der Wissenschaft im Jahre 1975 oder 1980 vorzubereiten? Wie lassen sich Studium und produktive Praxis am effektivsten verbinden? Welche technischen Mittel können in der Hochschulbildung eingesetzt werden?“ (Rühle 1964: 644f.)

Aus der gesellschaftspolitischen Programmatik der DDR folgte, dass der Studienzugang sozial verbreitert werden und für die zum Studium Zugelassenen grundsätzlich gleiche Entfaltungsmöglichkeiten bestehen sollten. Vor diesem Hintergrund kann es überraschen, welch hohen Stellenwert zugleich das Thema der Begabungsförderung einnahm.<sup>63</sup> Erklärlich wird dies, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die DDR unter massivem Druck stand, ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu erhöhen. In den 60er Jahren und erneut zum Ende der 70er Jahre wurde deutlich: Ohne gravierende ökonomische Leistungssteigerungen können die sozialen Leistungen, die die Legitimation des Systems sichern, nicht finanziert werden, und in den 80er Jahren trat die Verschuldung der DDR im westlichen Ausland hinzu. Begabungsförderung war insofern wesentlich ein Instrument, um die wirtschaftliche und politische Leistungsfähigkeit zu steigern. Sie wurde vor allem ab den endsiebziger Jahren auch praktisch forciert.<sup>64</sup>

Zugleich aber nahmen seit 1975 auch die Studienerfolgsquoten ab, was die Qualifikationssteigerung in der Breite gefährdete. 1987 gelangten im Durch-

---

<sup>62</sup> vgl. die entsprechende Verpflichtungserklärung, dok. in Fachtagung Medizin (o.J. [1993]: 4)

<sup>63</sup> vgl. zum Kontext die Auswahlbibliografie zur Begabungsforschung in der DDR von Schulz (1998)

<sup>64</sup> vgl. Hänshcke (1982); Drefensted/Buck-Bechler/Feierabend (1983); Fritsch (1986)

schnitt nur drei von vier Studienanfängern des Direktstudiums zum Abschluss.<sup>65</sup> Da es von 1972 bis 1989 keine Expansion der Hochschulbildungsbeteiligung gab, schied ein Grund dafür aus: eine Heterogenisierung der Studierendenschaft. Stattdessen waren es wohl die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Studierenden und die Dissonanzen zwischen sozialem Prestige, politischer Bewertung und individueller Bildungsrendite eines Studiums. Das Zentralinstitut für Hochschulbildung hielt fest, dass die studentischen Arbeits- und Lebensbedingungen deutlich ungünstiger seien als die von nicht-studierenden Gleichaltrigen – genannt wurden Facharbeiter, An- und Ungelehrte, also: die Arbeiterklasse (ZHB 1998: 19):

„Verstärkt entstehen Probleme dadurch, daß mit der Erhöhung des materiellen Lebensniveaus der arbeitsfähigen Bevölkerung (Wohnraumversorgung, Einkommen, Ernährung, Arbeitsbedingungen, Urlaubsgestaltung) die Schere zwischen dem allgemeinen und dem studentischen Lebensniveau größer geworden ist. Das wirkt – vermittelt auch über Wertvorstellungen und die Einsatzsituation von Absolventen und Hochschulkadern generell – auf die sozialstrukturellen Rekrutierungsströme, auf die geringe Attraktivität einer Reihe von Hochschulberufen sowie auf Leistungsmotivation und -bereitschaft zurück.“ (Ebd.: 45)

Auch nach mehrjähriger beruflicher Tätigkeit erreichten „Hochschulabsolventen in der Regel kaum das materielle Lebensniveau guter Facharbeiter“. Damit verlören wichtige Faktoren, die die Aufnahme eines Studiums und seinen Abschluss stimulieren, an Wirkung. (Ebd.: 19) Dass dies – im Februar 1989 – aus einem Regierungsinstitut in ausdrücklicher Kontrastierung von (benachteiligter) Intelligenz und (bevorzugter) Arbeiterklasse dargelegt wurde, wird man als bemerkenswertes Sakrileg festhalten dürfen.

Seit der III. Hochschulreform 1967ff. hatte man versucht, die Attraktivierung von Hochschulstudien mit den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu synchronisieren. Studierende sollten jetzt auch in die Forschung einbezogen werden. Das korrespondierte damit, dass die DDR für sich in Anspruch nahm, als progressiv verstandene Traditionen des deutschen Hochschulwesens aufzunehmen (vgl. Rühle 1966). So sah man das DDR-Hochschulwesen als einer Art modernisierter Variante der Umsetzung des Humboldtschen Universitätskonzepts – eines Konzepts, das im 19. Jahrhundert notwendig elitistisch sein musste und nun aber unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft seine ‚wahren‘ Impulse freisetzen konnte. Insbesondere die Einheit von Forschung und Lehre<sup>66</sup> wurde als „Einheit von Lehre

---

<sup>65</sup> zit. aus einer unveröffentlichten Analyse in Gebuhr (1987: 1)

<sup>66</sup> Eine Idee, die sich – entgegen einem verbreiteten Missverständnis – zwar begrifflich nicht bei Humboldt findet, aber aus seinen Schriften zur Berliner Universitätsgründung destillierbar ist. Vgl. Humboldt (2002)

und Forschung“, die es sogar zu einer eigenen Abkürzung ELF brachte (z.B. Julier 1984), konzeptionell aufgenommen.

Diese ELF war bereits am 1964 gegründeten Institut für Hochschulbildung der Humboldt-Universität (IfH), dann ab 1982 an dessen Nachfolger, dem ZHB, ein dauerhaft bearbeitetes Thema. Das lief dort unter den Begriffen „wissenschaftlich-schöpferische Arbeit der Studenten“ bzw. „selbständige wissenschaftliche Tätigkeit“ der Studierenden. Formen dessen waren Leistungsschauen, studentische Konferenzen, Jugendobjekte, Wissenschaftliche Studentenzirkel, Studentische Rationalisierungs- und Konstruktionsbüros (vgl. Busching/Lamm 1984: 9–12). Dafür wurden Themen vergeben, die dann kollektiv bearbeitet wurden. Studentische Rationalisierungs- und Konstruktionsbüros z.B. waren in Maschinenbau-Studiengängen verbreitet und bearbeiteten typischerweise Praxisprobleme, die in Partnerbetrieben bestanden. Für diese wurden dann die üblichen Forschungssetappen absolviert: Problemdefinition, Formulierung der Zielstellung, Hypothesenbildung, Festlegung der Untersuchungsmethode usw. (ebd.: 19). 1970 berichtete ein Student aus dem Bereich Medizin der Humboldt-Universität, dass ein Jugendobjekt unter dem Titel „Einbeziehung aller Studenten in die auftragsgebundene Forschung“ gestartet sei. Erste Erfahrungen sähen so aus:

„Nach der Zusammenstellung eines Themenkatalogs mit der entsprechenden Platzzahl der benötigten Studenten in Zusammenarbeit mit den Forschungsbeauftragten von 26 Instituten ... konnte sich jeder FDJ-Student für ein Thema nach eigener Wahl entscheiden. [...] Folgende Fragen konnten geklärt werden: Warum muss der Medizinstudent des Jahres 1970 in der Forschung mitarbeiten? Warum kann sonst seine Ausbildung nicht mehr effektiv sein?“ (Kothe 1970: 453f.)

In den Untersuchungen von IfH und ZHB und den darauf aufbauenden hochschulpädagogischen (Pflicht-)Weiterbildungen an den Hochschulen ging es um Fragen die „Mitwirkung der Studenten in der Forschung“ (Busching/Lamm 1988), die „Befähigung der Studenten zu selbständiger schöpferischer Tätigkeit durch kontinuierliche Mitarbeit in einer Forschungsgruppe“ (Förster/Köhler 1986) oder „Einflußfaktoren auf die Nutzung von Potenzen der gemeinsamen Forschung auf Hochschullehrer und Studenten“ (Maaß 1986).

Durch die frühzeitige Einbeziehung der Studierenden „in das wissenschaftliche Leben der Sektionen und damit in die Forschung“ könnten sich diese bereits während der Studiums in der Anwendung des erworbenen Wissens üben „und neues Wissen produzieren“. Vor allem aber trage das dazu bei, „für die schöpferisch-wissenschaftliche Arbeit notwendige Charaktermerkmale zu bilden und entsprechende Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entwickeln, die für eine erfolgreiche Tätigkeit als Hochschulkader in der sozialistischen Praxis eine wichtige Voraussetzung sind“. (Busching/Lamm 1984: 2)

Jedenfalls waren studentische Individualität, selbstständiges wissenschaftliches Arbeiten der Studierenden, variable Studienpläne und neue Lehr- und Studienformen dann Themen, die in den 70er und 80er Jahren verstärkt in den Vordergrund gerückt wurden – zunächst seitens der forschenden Hochschulpädagogik, die sie über ihre Weiterbildungsaktivitäten in den Hochschulalltag einzuspeisen suchte. Damit wurde offenkundig auf veränderte Lebensstilorientierungen und Werthaltungen der jungen Generation reagiert, wie sie insbesondere die Untersuchungen des Zentralinstituts für Jugendforschung ZIJ in Leipzig zutage förderten. Die jungen Erwachsenen wurden selbstständiger, anspruchsvoller und rückten wie selbstverständlich private Lebensziele gleichrangig neben politisch induzierte. (Vgl. Förster 1999: 70–165)

Bei all dem schien in der Orientierung auf studentische Forschung und Selbstständigkeit doch auch ein Dilemma verborgen: Zunächst waren in der Wissenschaft, dann auch in Teilen des politischen Apparats nicht nur die Wissenschaftsbindung des Studiums, sondern auch die individuelle Selbstständigkeit als Voraussetzungen dynamischer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen erkannt worden. Diese Selbstständigkeit aber musste faktisch unter Bedingungen entfaltet werden, die sie durch kleinliche politische und bürokratische Kontrolle und Bevormundung einschränkte. Sie war also durch die Systemumstände dauerhaft limitiert. Dies hatte Auswirkungen an den Hochschulen: Die Identifikation der DDR-Studierenden mit dem System war in den 80er Jahren deutlich zurückgegangen. Lag die einschränkungslose Verbundenheit mit der SED im Jahre 1977 noch bei 32 Prozent, so war sie im Frühjahr 1989 auf sieben Prozent gefallen. Diejenige mit der FDJ hatte einen Rückgang von 1977 36 Prozent auf 1989 zwei Prozent erfahren. (Starke 1992: 16f.)

Hatten aber am Ende der DDR zumindest die jahrzehntelangen Bemühungen um mehr soziale Gleichheit bei der Hochschulbildungsbeteiligung Früchte getragen? In einer Hinsicht nur zeitweise: Zwischen 1954 und 1964 setzte sich die Studentenschaft zu 50 Prozent aus Arbeiter- und Bauernkindern zusammen (Kowalczyk 1995: 48). 1987 musste konstatiert werden, dass sich die „Tendenz der überproportionalen Reproduktion der Studentenschaft aus der Intelligenz und der damit verbundenen geringeren Repräsentanz von Arbeiterkindern an den Hochschulen“ wieder erheblich verstärkt habe (Fritsch/Rommel 1987: 2). Da sich die DDR als Arbeiter- und Bauernstaat verstand, berührte dieses Thema unmittelbar die politischen Legitimationsgrundlagen des Systems. Deshalb wurde in den offiziellen Statistiken die soziale Herkunft der Studierenden durch zwei Tricks geschönt.

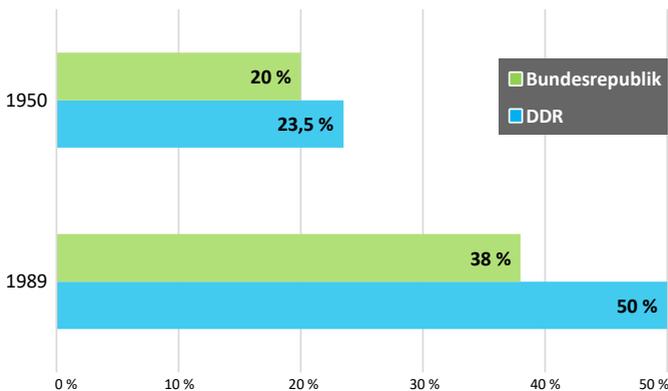
Zum einen wurden „Funktionäre der Arbeiterklasse“ – Partei- und Staatsfunktionär.innen, Berufssoldaten und Polizisten – als Angehörige der Arbeiterklasse gezählt. Zum anderen erhöhten die Hochschulen selbst ihren Arbeiter-

und Bauerkinderanteil statistisch, indem die soziale Zuordnung ihrer Studierenden nach dem am niedrigsten qualifizierten Elternteil bzw. nach eigener vorangegangener Tätigkeit der Studierenden in einem Betrieb vorgenommen wurde. „Auf diese Weise lag der Anteil der der Gruppe ‚Arbeiter‘ zugeordneten Studenten bei 34 %“, konstatierte das Ost-Berliner Zentralinstitut für Hochschulbildung. (Ebd.: 2f.)

Tatsächlich, so ermittelte das ZHB, betrug 1986 der Anteil der Studierenden aus Arbeiterfamilien 22 Prozent, nicht 34. Demgegenüber stammten 73 Prozent der Direktstudierenden aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil über einen Hoch- oder Fachschulabschluss verfügte. (Ebd.: 2) Die höchsten Quoten von Akademikerkindern unter den Studierenden (mindestens ein Elternteil mit Hochschulabschluss) wiesen die Studiengänge Philosophie und Soziologie mit 70 Prozent sowie Medizin mit 60 Prozent auf. Fast gleichauf mit letzterer lagen die Naturwissenschaften und die Pädagogik (jeweils 58 %). Der höchste Anteil an Arbeiterkindern wurde für die Maschinenbau-Studiengänge (36 %) ermittelt. (Ebd.: 17)

In einer zweiten Hinsicht waren die Bemühungen um mehr Beteiligungsgerechtigkeit durchgreifender: bei der geschlechtsausgewogenen Zusammensetzung der Studierendenschaft. 1951 waren 23,5 Prozent der damals 27.800 Direktstudierenden Frauen. Diese Quote konnte bis 1989 auf 50 Prozent (von 109.4000 Direktstudierenden) gesteigert werden; unter Einbeziehung der Fernstudierenden betrug in diesem Jahr der Frauenanteil 48,5 Prozent (MBW 1990: 24, 26). Zum Vergleich: In der Bundesrepublik waren 1951 20 Prozent der 134.500 Studierenden Frauen, und bis zum Jahr 1989 wuchs der weibliche Anteil an den dann 1,5 Millionen Studierenden auf 38 Prozent (Lundgreen 2008: 262). (Tafel 17)

*Tafel 17: Hochschulbildungsbeteiligung von Frauen im DDR-BRD-Zeitvergleich*



Daneben lassen sich Leistungsmerkmale der DDR-Hochschulen in Lehre und Studium auch auf eine ganz andere Weise prüfen: qua einer Art Evaluation durch das Leben. Dazu kann man die gesamtdeutschen Hochschulreformentwicklungen nach dem Abschluss des ostdeutschen Hochschulumbaus, also seit den 2000er Jahren, betrachten und die Frage stellen, ob alle seither eingeführten Neuerungen tatsächliche Neuerungen sind. Eine solche Inaugenscheinnahme stellt fest, dass sich in den Reformen eine Reihe von Merkmalen der DDR-Hochschulen wiederfindet, allerdings ohne Bezugnahmen auf die DDR, sondern als Neuerfindungen. Ob es sich dabei jeweils um Gewinne oder Verluste handelt, liegt im Auge des Betrachters.

Solche Neuerungen betreffen zunächst allgemeine Orientierungen und Strukturen:

- Profilierung ist ein Schlagwort der bundesdeutschen Hochschulreform seit Ende der 90er Jahre. Unabhängig davon, für wie sinnvoll man manchen Profilierungsexzess halten mag: Auffällig ist, dass wenige Jahre zuvor die durchprofilieren Spezialhochschulen des überkommenen DDR-Hochschulwesens als „überspezialisiert“ entprofilieren worden waren.
- 1990/91 hatte man mehrere an ostdeutschen Hochschulen existierende Arbeitsgruppen der soziologischen Studentenforschung „mangels Bedarf“ aufgelöst. Sie erfüllten zuvor der Sache nach Aufgaben einer *institutional research*, d.h. einer systematisch-forschenden Selbsterkundung der Hochschulen mit dem Ziel, Studiengänge und -abläufe wissenschaftsgestützt zu optimieren. 15 Jahre später wurden dann an allen deutschen Hochschulen Qualitätsmanagement-Einheiten mit ähnlichen Aufgaben aufgebaut, als Innovationen gefeiert und mit beträchtlichen Fördermitteln ermöglicht.
- An der Humboldt-Universität hatte es die Sektion Wissenschaftstheorie und -organisation (WTO) gegeben, die einen Studiengang „Wissenschaftsorganisation“ betrieb. Nachdem die Sektion „mangels Bedarf“ aufgelöst worden war, setzten in den 2000er Jahren aufgrund Bedarfs Gründungen vergleichbarer Studiengänge – für Wissenschaftsforschung, Hochschulmanagement, Wissenschaftskommunikation u.ä. – ein.

Seit den 2000er Jahren gab es auch personalbezogene Reformen:

- In den gesetzlich neu eingeführten (wenngleich wenig genutzten) Personalkategorien wie Lecturer, Dozentin oder Lehrprofessur lässt sich der DDR-Lehrer im Hochschuldienst (LHD) wiederentdecken. Die Inhaber.innen dieser Positionen leisteten vor allem standardisierte Lehre, deren Inhalte so unabdingbar wie meist über viele Jahre stabil waren, etwa in der Fremdsprachen- oder Ingenieurausbildung.

- Die heutigen Bemühungen, hochschuldidaktische Zertifikate als Teil der Postdoc-Qualifizierung durchzusetzen, können daran erinnern, dass in der DDR eine hochschulpädagogische Qualifizierung Voraussetzung für die Lehrberechtigung und Hochschullehrerberufung war.

Die Bologna-Reform brachte in ihrer formalistischen deutschen Umsetzung (vgl. Pasternack 2014) einige allgemeine Neuerungen in den Studienprogramm-Gestaltungen:

- Die Einführung der Bachelor-Stufe erzeugte im Zusammenhang mit der Modularisierung und der lebensfremd-rigiden Leistungspunkte-Bewertung eine Verschulung im Sinne kanonisierter Wissensvermittlung. Das erinnert an die Kritik, die an den DDR-Studiengangsgestaltungen mit zentral vorgegebenen Studienplänen und geringen Wahlfreiheiten geübt worden war.
- Die Bologna-Anforderung, jedes Modul solle mit einem Leistungsnachweis abgeschlossen werden, wurde in Deutschland gründlich missverstanden als „Jede Lehrveranstaltung endet mit einer Prüfung“. Infolgedessen wurde die allsemestrige Prüfungsdichte der DDR-Studiengänge wieder erreicht und teils überboten.
- In der Ursprungserklärung des Bologna-Prozesses von 1999 war beiläufig erwähnt worden, dass Hochschulbildung auch zu „employability“ im Sinne von Beschäftigungsfähigkeit führen solle, und die erste Abschlussstufe, der Bachelor, wurde als „relevant to the European labour market“ definiert (Bologna Declaration 1999: 2). In Deutschland fand sich das zu einem vermeintlichen Bologna-Sachzwang erhoben. Es gäbe nun eine Verpflichtung zur berufsbefähigenden Gestaltung der Bachelor-Studiengänge. Das wirkt wie aus den Zieldefinitionen für DDR-Studiengänge abgeschrieben.
- Eine intensive fachliche Studierendenbetreuung, ein höherer Stellenwert der Lehre und der Regelstudienzeit sind (bislang uneingelöste) Hochschulreformen bereits seit Mitte der 90er Jahre (zeitgleich wurden die an den ostdeutschen Hochschulen noch bestehenden personellen Voraussetzungen für die Umsetzung dieser Anliegen durch Budgetkürzungen abgeschafft). Inzwischen wird, eine Folge der Bologna-Reform, das Lernen in kleineren Gruppen zumindest in vielen Master-Programmen realisiert.

Zwei strukturelle Neuorientierungen mit DDR-Anklängen sind außerhalb der Regelstudiengänge zu entdecken:

- Ein Echo des in der DDR flächendeckend angebotenen Fernstudiums könnte man in den Bemühungen entdecken, an den Hochschulen berufs-

begleitende Weiterbildungsprogramme zu etablieren, die mit regulären Studienabschlüssen enden.

- Das 1990 zunächst ersatzlos gestrichene DDR-Forschungsstudium wurde seit den 2000er Jahren in Gestalt strukturierter Doktorandenausbildung neu erfunden.

Unabhängig von der Bologna-Reform lassen sich einige konkrete Studienprogramm-Gestaltungen beobachten, die Erinnerungen an die DDR-Hochschule wecken können:

- In den Lehramtsstudiengängen wurde nach langen Diskussionen über die Art und Weise der Theorie-Praxis-Verflechtung ein Praxissemester eingeführt, wenn auch meist erst im Masterstudium. In der DDR hatten alle pädagogischen Studierendenjahrgänge von Studienbeginn an jeweils eine Partnerschule, in der sich die Kandidatinnen und Kandidaten regelmäßig studienbegleitend ausprobierten und Kontakt zum Berufsfeld aufnahmen.
- Ebenfalls in der Lehrerbildung wird heute Sprecherziehung und Stimmbildung eingeführt. In der DDR war dies bereits Standardbestandteil des Curriculums.
- Die handwerkliche Orientierung künstlerischer Hochschulausbildungen, wie sie in der DDR prägend war und nach 1990 als konservativ geschmäht wurde, ist zurückgekehrt, da Ausstellungsbetrieb und Kunstmarkt hier deutliche Umwertungen vorgenommen haben.
- Hinsichtlich der praktischen Orientierung des Medizinstudiums, insbesondere in der vorklinischen Phase, ähnelt das, was von den Reformstudiengängen seit den 2000er Jahren verallgemeinert wurde (vgl. Bendorf/Rohland/Schagen 2001; Elsenhans 2015), stark den DDR-Üblichkeiten.

Diese Nennungen vermögen, invertiert gelesen, erstens etwas dazu zu sagen, was das DDR-Hochschulwesen bei aller Politisierung auch war: ein Versuch, in mancher Hinsicht auf rationale Weise und unter erheblichem Einsatz engagierter Beteiligter die Hochschulen schrittweise zu modernisieren. Betrachtet man die auch enthaltenen offensichtlichen Unsinnigkeiten, so illustrieren sie zweitens, dass eines vielleicht doch nicht so klug war: nach 1990 völlig darauf zu verzichten, das auszuwerten, was schon in der DDR nicht richtig funktioniert hatte.



**C.**

**Schluss**



## 8. Resümee

Internationalen Trends folgend war die DDR-Wissenschaftsentwicklung über die Jahrzehnte hin mit einer Expansion der Strukturen, des wissenschaftlichen Personals und – in geringerem Maße als international – der Hochschulbildungsbeteiligung verbunden. So gab es zu Beginn der DDR 22 Hochschulen und 1989 insgesamt 53: sechs Volluniversitäten, drei TUs, 32 Spezialhochschulen und zwölf künstlerischen Hochschulen. Studierten dort zu Beginn der DDR 31.500 Personen (im Direktstudium 27.800), so waren es 1989 131.200 (im Direktstudium 109.400), eine Steigerung um 316 Prozent. Daneben gab es 32 Sonderhochschulen in Trägerschaft des SED-Zentralkomitees, von Massenorganisationen, Ministerien oder der bewaffneten Organe und 17 konfessionelle Hochschulen, die staatlich nicht anerkannt waren. Von den sechs Wissenschaftsakademien war die Akademie der Wissenschaften mit ihren zum Schluss 56 Instituten die größte. Dort stieg die Zahl der Beschäftigten von weniger als 1.000 im Jahre 1950 auf rund 24.400 im Jahre 1989, davon 6.650 Wissenschaftler.innen.

Hochschulpolitisch waren die drei Jahrzehnte von 1945 bis 1975 durch drei Hochschulreformen gegliedert, deren dritte auch die Akademien einschloss. Mit dieser wurden die Reformen dann auch (rückwärts) durchnummeriert. Zu einer vierten kam es nicht mehr (sodass die Ziffer frei war, um damit eine halbironische Linie zum ostdeutschen Hochschulumbau nach 1989 ziehen zu können: vgl. Pasternack 1993):

- Die erste Hochschulreform wurde als antifaschistisch-demokratische Umgestaltung bezeichnet und von 1946 bis 1948 durchgeführt. Sie zielte auf die Öffnung der Hochschulen für Arbeiter- und Bauernkinder, gestützt durch Vorbereitungskurse, sowie die Etablierung des Marxismus-Leninismus im Hochschulbetrieb. Ansonsten waren die unmittelbaren Nachkriegsjahre noch von einer gewissen politischen Großzügigkeit gegenüber der Wissenschaft gekennzeichnet gewesen. Doch ab 1948 hatte eine Wende zur Politisierung der Wissenschaft eingesetzt.
- Die 1951 begonnene II. Hochschulreform brachte die Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums, verschultere Studienabläufe und ein staatliches Stipendiensystem, von dem bereits im ersten Jahr 88 Prozent der Direktstudierenden profitierten.
- Die III. Hochschulreform 1967ff. war der ambivalente Versuch, die Wissenschaft auf Parteilinie zu bringen und gleichzeitig ihre Effizienz zu steigern. Mit ihr sollte einerseits die verbliebene Macht bürgerlicher Ordinarien an den Hochschulen neutralisiert werden. Das erschien aus der Sicht von Partei und

Staat notwendig, um andererseits einem technokratischen und utilitaristischen Verständnis von Wissenschaft zum Durchbruch zu verhelfen.

Setzt man die strukturellen, personellen, kulturellen und inhaltlichen Aspekte, die in den zurückliegenden Kapiteln verhandelt worden sind, ins Verhältnis zueinander, so lässt sich festhalten:

- Die Strukturbildung mit ihrer Zentralfdifferenz von Hochschulen und Akademien-Instituten war zwar von der politischen Absicht geleitet, erstere hauptsächlich als Lehranstalten auszugestalten und letzteren hauptsächlich die Forschung zu übertragen. Doch erwiesen sich die Hochschulen im Vergleich zu den außeruniversitären Instituten, zumindest in den Naturwissenschaften, letztlich als forschungsproduktiver.
- Die gleichfalls politisch gewollte Spezialisierung der Einrichtungen fand sich zunächst strukturell durchgesetzt. Sie musste aber nahezu zeitgleich mit der Forderung nach mehr Interdisziplinarität konterkariert werden, da letztere inhaltlich geboten war. Die Gründung großer Zentralinstitute in den Bereichen der Akademien und Ressortforschung waren Versuche, das auch in der DDR bestehende Problem zu bearbeiten, interdisziplinäres Arbeiten in der akademischen Alltagskultur zu verankern.
- Die Strukturen der Wissenschaftssteuerung wurden im Laufe der Jahrzehnte zwar immer mehr in Richtung zentralisierter Anleitung entwickelt. Doch deren Hauptinstrument, die Planung, wurde fortwährend durch den Eigensinn der Lebenswelt unterlaufen. Die Bildungsbedarfsplanung scheiterte an den (auch in anderen Ländern und Systemen bestehenden) Schwächen der Bedarfsprognostik. Die Forschungsplanung wurde zu größeren Teilen nur als formales Erfordernis bedient und als Erfüllungsberichterstattung simuliert, im übrigen aber durch die akademische Arbeitskultur relativiert.
- Die Definition der Wissenschaft als Produktivkraft erwies sich inhaltlich zwar als bedeutsamkeitssteigernd für die Wissenschaft. Doch erzeugte der allgemeine Ressourcenmangel, begründet durch die Ineffizienz der Planwirtschaft, permanente Ausstattungsprobleme. Diese konnten mit erhöhtem Personaleinsatz – im Vergleich zur ehemaligen Bundesrepublik etwa zehn Prozent Mehrausstattung – nur unzulänglich ausgeglichen werden.
- Wissenschaft und Hochschulen waren auch in der DDR zentral für die Produktion verlässlichen Wissens, die Vorbereitung auf komplexe Berufsrollen und für die Verteilung von Karrierechancen. Das galt in der DDR jedoch in spezifischer Weise. Verlässliche Wissensproduktion bezog sich nicht nur auf wahrheitsfähige Aussagen, sondern zugleich auf deren Passfähigkeit zu einem Weltanschauungssystem. Karrierechancen waren zwar

auch, doch nicht allein an Qualifikationen gebunden, sondern ebenso an die individuelle politische Einstellung.

- Indem die Hochschulen als akademische Lehrstätten nicht nur einen fachlichen, sondern wesentlich auch einen politischen Auftrag hatten, hat das DDR-Hochschulsystem Aufstieg und Karrieren vorbereitet und ermöglicht, wie es Aufstieg und Karrieren be- und verhindert hat.
- Dass Systemloyalität im Laufe der Jahre zunehmend zum Beschleuniger individueller Karrieren wurde, hieß umgekehrt auch: Auf Personal, das die Bedingung der Systemloyalität nicht erfüllte, verzichtete man weithin, z.T. generell, z.T. hinsichtlich von Aufstiegschancen und damit Entfaltungsmöglichkeiten. Derart wurde auch auf personelle Leistungsreserven, die im Grundsatz zur Verfügung gestanden hätten, verzichtet, mithin auf kognitive Ressourcen, also auf das, worauf es in der Wissenschaft vor allem ankommt.
- Der Marxismus-Leninismus als Leitideologie auch für die Wissenschaft, die wechselhafte Parteilinie und ein übersteigertes Sicherheitsdenken erzeugten eine hohe Konfliktichte mit Grundsatzkonflikten einerseits und Systemoptimierungskonflikten andererseits. Die daraus resultierenden Aufregungsschäden waren systemisch kontraproduktiv und individuell häufig desaströs. Vordergründig handelte es sich zwar meist um inhaltliche Konflikte, die jedoch in der Sache überwiegend machstrukturelle waren.
- Die offizielle Rhetorik der DDR war durch einen eigentümlichen Kontrast charakterisiert: Einerseits wurde Normenkonformität – Plantreue, Orientierung am jeweils letzten Parteitag und ZK-Plenum, also der gerade aktuellen Parteilinie – gefordert und andererseits Kreativität beim Aufbau des Sozialismus, mithin das Gegenteil von Konformität. Infolgedessen war in den wissenschaftlichen Einrichtungen unablässig ein prophylaktisches Grauzonen-Management vonnöten, das Kräfte band, die nicht in inhaltliche Problembearbeitungen investiert werden konnten. Umso mehr ist zu würdigen, dass es Bereiche gab, in denen eine ausgeprägte Leistungsorientierung herrschte und beachtenswerte Resultate erzielt wurden.
- In Studium und Lehre waren individuelle Selbstständigkeit als Voraussetzungen dynamischer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen erkannt worden. Doch musste diese Selbstständigkeit unter Bedingungen entfaltet werden, die sie durch kleinliche politische und bürokratische Kontrolle und Bevormundung einschränkte. Dem entgegen wirkte wiederum, dass das Engagement in der Lehre bei den Hochschulwissenschaftler:innen überwiegend einen hohen Stellenwert genoss.

Will man der – von Hybris nicht freien – Versuchung nachgeben, die Entwicklungen in ihrer ganzen Unterschiedlichkeit und über viereinhalb Jahrzehnte hinweg insgesamt zu bilanzieren, dann lassen sich sieben Punkte formulieren:

■ Die DDR-Gesellschaft war insofern entdifferenziert, als eine allgemeine Dominanz des Politischen bewirkte, dass alle Teilsysteme politisch überfremdet waren. So trachtete die Politik auch danach, die Wissenschaft und die Hochschulen zu domestizieren. Politisch herrschte ein Wissenschaftsverständnis, das Wissenschaft instrumentell als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozesses verstand. Dieser wiederum wurde von einem zentralen Machtzentrum aus über eine gestufte Herrschaftsvertikale gesteuert. Das wissenschaftliche Personal und die Studierenden sollten sich den politischen Vorgaben, Abläufen und Ansprüchen unterwerfen. Im Gegenzug wurden einige milieutypische Eigenheiten zugestanden bzw. inkaufgenommen.

■ Ebenso, aber seitens des Partei- und Staatsapparates unwissentlich wurde mit der Politisierung auch von Hochschulen und Wissenschaft ein weiterer Umstand inkaufgenommen: Die funktionale Differenzierung als Spezialisierung gesellschaftlicher Teilbereiche, die in modernen Gesellschaften gesamtgesellschaftliche Komplexitätsbearbeitungskapazitäten überproportional steigert, kam nur eingeschränkt zum Zuge (vgl. Pollack 2003). So blieb die Wissenschaft dauerhaft unter ihren fachlichen Möglichkeiten. Umgekehrt verstand die politische Führung ihre Steuerungsaktivitäten als wissenschaftlich begründetes Handeln und suchte dieses mit Fachexpertise zu untermauern. Da dies im Rahmen ideologisch gesetzter Grenzen zu geschehen hatte, war die DDR-Geschichte auch eine Geschichte des Scheiterns der Verwissenschaftlichung von Politik.

■ In der Logik der Politisierung konnte es keine verbürgte Wissenschaftsfreiheit und Autonomie geben; gleichwohl mussten aber aus funktionalen Gründen auch Teilautonomien zugestanden werden. Die Wissenschaft stand dabei dauerhaft in einem Rollenkonflikt: Sie war, wollte sie ernst genommen werden, den universalistischen Regeln der Wissenschaft unterworfen, musste aber zugleich die partikularistischen Ansprüche des politischen Systems bedienen (Ettrich 1992: 453). Dies führte zu einer permanenten Spannung zwischen Instrumentalisierung und Homogenisierung der Wissenschaft einerseits sowie Versuchen der Nischenbildung und Teilautonomieerringung andererseits.

■ Zugleich gab es – nicht bei allen, aber auch nicht bei nur wenigen – ein Bemühen darum, die Dominanz politischer Einflussnahmen auf Hochschulbildung und Forschung abzumildern und deren Eigenlogiken Geltung zu verschaffen. Das geschah typischerweise nicht in Konfrontation zur politischen Macht, sondern in mehr oder weniger geschickten Aushandlungsprozessen.

Diese insistierten auf eine sinnvolle Arbeitsteilung zum Erreichen auch gemeinsamer Zwecke (vgl. Ash 2002), denn systemfeindlich war die überwiegende Anzahl der Hochschulangehörigen selbstredend nicht, schon aufgrund der gleichfalls politisch überformten Rekrutierungsmechanismen nicht. Eingesetzt wurden für das Insistieren Techniken, die eines in Rechnung stellten: Es sind nie die Absender, sondern immer die Adressaten von Kommunikationsbemühungen, die über den Anschluss an Kommunikationsangebote entscheiden (vgl. Ronge 1996: 137f.).

■ Unzutreffend wäre es, wenn das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR allein als wechselseitige Indienstnahme oder widerwillige Unterordnung gekennzeichnet wird. Treffender lassen sich Wissenschaft und Politik, mit Mitchell G. Ash (2002), als „Ressourcen für einander“ begreifen. In diesem Sinne war dann die wissenschaftliche Entwicklung eine fortwährende „Um- oder Neugestaltung von Ressourcenensembles“, in denen sich Wissenschaft und Politik als gegenseitig mobilisierbar erwiesen. Dabei waren wissenschaftliche Autonomie und politische Vernetzung keineswegs vollständig inkompatibel. Wo die beiden Funktionssysteme Wissenschaft und Politik funktional getrennt operierten, dort war dies eine sinnvolle Arbeitsteilung zum Realisieren gemeinsamer Zwecke. Eine Folge dessen konnte dann durchaus die Gewinnung von zusätzlicher Teilautonomie der Wissenschaft sein, wenn sich erfolgreich plausibel machen ließ, dass so den politischen Zielen noch effektiver gedient werden könne. Dabei ging die Initiative auch von Seiten der Wissenschaftler.innen aus, indem diese Allianzen mit externen Unterstützungsinstanzen schlossen. (Ebd.: 32f., 47, 50)

■ Erstaunen kann, dass trotz der obwaltenden Bedingungen in zahlreichen Bereichen beachtenswerte Forschungsergebnisse erzielt wurden – wobei diese Bewertung davon ausgeht, dass Beachtlichkeit nicht erst dann erreicht wird, wenn Paradigmen umgestoßen und wissenschaftliche Revolutionen ausgelöst werden: Wissenschaft ist überall und systemunabhängig nur ausnahmsweise Spitzenwissenschaft. Doch selbst für die Gesellschaftswissenschaften, die im Nachgang weitgehend zu Recht nur wenig freundliche Erinnerungen wecken, ist eine ganze Reihe bemerkenswerter Arbeitsergebnisse zu notieren.

■ Es gab Versuche, die Hochschulen schrittweise zu modernisieren. Dazu gehörten unter anderem die Bemühungen, in zweierlei Hinsicht mehr soziale Gleichheit über Hochschulbildung herzustellen: indem Arbeiter- und Bauernkindern der Zugang erleichtert und indem geschlechtsspezifische Schranken abgebaut werden sollten. Dies gelang unterschiedlich. Nach den Anstrengungen, vor allem mit den Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten eine ausgewogene soziale Zusammensetzung der Studierendenschaft herzustellen, war in den 80er Jahren die Selbstreproduktionsquote der Intelligenz über akademische Bildung ihrer Nachwachsenden wieder auf 73 Prozent gestiegen. Hinsichtlich

der Frauenbeteiligung am Hochschulstudium dagegen erwies sich die DDR als erfolgreicher. War sie gegenüber der Bundesrepublik mit einem leichten Vorsprung gestartet, so endete sie 1989 mit einem großen Vorsprung von zwölf Prozentpunkten und hatte damit zugleich Geschlechterparität hergestellt. Nur wenig gelungen wiederum ist, die weiterführenden akademischen Aufstiegskanäle für Frauen zu öffnen. Das Anliegen, Bildungsaspirationen gezielt zu entwickeln und zu fördern, ist also teils gescheitert und war teils erfolgreich.

## 9. Annotierte Lektüreempfehlungen

Wie eingangs erwähnt, gibt es zur Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung in der DDR keine ausführliche Darstellung für den Gesamtzeitraum 1945 bis 1989. Stattdessen zeichnet sich der Großteil der seit 1990 entstandenen wissenschaftlichen Studien zu Hochschulen und Wissenschaft in der DDR vor allem durch eines aus: beträchtliche Detailliertheitsgrade bei den behandelten Themen und Zeiträumen. Die hier nun vorliegende Kompaktdarstellung kann das Fehlen einer großen Überblicksdarstellung nicht ersetzen und hat eine andere Funktion: Sie liefert einen Einstieg. Zumindest aber gibt es einige Untersuchungen und Dokumentationen, die für die Gesamtzeit 1945–1989 größere institutionelle Segmente der DDR-Wissenschaft oder innerhalb dieser viereinhalb Jahrzehnte längere Zeiträume verhandeln oder einen Überblick zu großen Fächergruppen erschließen. Sie können insofern als vertiefende Einstiegslektüren herangezogen und zur Lektüre empfohlen werden:

### *Zum Gesamtzeitraum 1945–1989*

Catriona Macrae Haston: **A tale of two states. A comparative study of higher education reform and its effects on economic growth in East and West Germany 1945–1989.** PhD thesis, Department of Economic and Social History, University of Glasgow, Glasgow 2009, 232 S. URL <https://theses.gla.ac.uk/1780/1/2009haston-phd.pdf>

Die Arbeit vergleicht die Entwicklung des höheren Humankapitals in Ost- und Westdeutschland, in zwei Staaten, die beide davon überzeugt waren, dass die Entwicklung des Humankapitals der Schlüssel zu Wiederaufbau und Wirtschaftswachstum sei. Es werden die wichtigsten Veränderungen im Bereich der Hochschulbildung innerhalb der von den konkurrierenden Ideologien auferlegten Grenzen skizziert, und es wird die Wirksamkeit der Humankapitalinvestitionen im Hinblick auf den Erfolg der in beiden Ländern festgelegten wirtschaftlichen Ziele bewertet.

Benjamin Schröder / Jochen Staadt (Hg.): **Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen in der SBZ/DDR** (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin Bd. 16), Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M. 2011, 446 S.

Eine Bestandsaufnahme von zum Erscheinungszeitpunkt vorliegenden bzw. laufenden Forschungen, die sich dem im Untertitel genannten Thema widmen: „Thesen zu Opposition und Widerstand an den Universitäten und Hochschulen der SBZ/DDR, 1945–1961“ (Thomas Ammer), „Die Nachkriegsjahre an der Technischen Hochschule Dresden 1945–1947“ (Kurt Reinschke); „Die gewaltsame Auflösung einer demokratischen Institution. Der Leipziger Studentenrat unter Wolfgang Natonek 1945–1948“ (Günther Heydemann); „Zivilcourage und Repression. Szenen aus dem Hochschulalltag in Tharandt und Ost-Berlin, 1946–1959“ (Wilhelm Knabe); „Widerstand, Zerschlagung, Agonie und Neuaufbau. Die christlich-demokratischen Hochschulgruppen in der SBZ/DDR“ (Johannes Weberling); „Politische Justiz gegen

Studenten der Technischen Hochschule Dresden nach 1946“ (Matthias Uenert); „Widerstand und politische Verfolgung an der Universität Halle 1945 bis 1961“ (Sybille Gerstengarbe); „Fauler Abfall des Kurfürstendamms‘. Repressalien an der Kunstschule Burg Giebichenstein in Halle (Saale) während der 1950er Jahre“ (Angela Dolgner); „Hatte die Partei immer Recht? Die SED an der Bergakademie Freiberg“ (Bertram Triebel); „Zwischen ‚Störfreimachung‘ und ‚Kampfauftrag‘. Zur Situation der Universitäten der DDR im Jahr 1961“ (Anita Krätzner); „Dozenten und die ‚sozialistische Umgestaltung‘. Die Hochschullehrerschaft der Medizinischen Akademie Magdeburg vom Mauerbau bis zum Ende der 1960er Jahre“ (Christoph Lorke); „1968: Hochschulneubau und Hochschulreform in Leipzig im Spannungsfeld von staatlichen Reglementierungen, politischen Hoffnungen, Verweigerung und Protest“ (Klaus Witschen); „Politische Verfolgung von Studenten an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zwischen 1965 und 1985“ (Martin Morgner); „Verdrängung, Vertreibung, Repression und Opposition an der Universität Jena in der Zeit der SBZ/DDR“ (Tobias Kaiser); „Widerspruch, ideologische Abweichungen und Disziplinarverfahren an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst“ (Steffen Alisch); „Nonkonformismus und Anpassung. Überlegungen zur Rolle und Funktion der Hochschule für Film und Fernsehen in der DDR von 1954 bis 1989“ (Tobias Ebbrecht); „Vom Training des aufrechten Ganges. Improvisation in der Tanzausbildung der DDR“ (Angela Rannow); „In der finalen Krise des Systems. Die Bergakademie Freiberg zwischen Konformität und Widerspruch in den späten 1980er Jahren“ (Franco Lehmann); „Sicherheitspolitische Bedenken‘. Das MfS und die Personalpolitik an der Humboldt-Universität“ (Stefan Wolle); „Lange Geschichte – kurzes Gedächtnis. Die Hochschule für Schauspielkunst ‚Ernst Busch‘“ (Jochen Staadt); „Der Einfluß der Staatssicherheit auf die Charité“ (Laura Hottenrott); „Die Hochschulen und die Revolution 1989/90. Ein Tagungsbeitrag und seine Folgen“ (Ilko-Sascha Kowalczyk); „Auswertung der Befragung zu Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR“ (Pamela Böse). Bemerkenswert an dem Band ist neben der thematischen Breite der Umstand, dass von den 23 Beiträgen zur DDR-Hochschulgeschichte zwar zwölf von Autor:innen verfasst sind, die ihre Analysen im institutionellen Kontext der jeweils untersuchten Hochschulen durchgeführt haben, die Einleitung des Bandes aber beklagt, die ostdeutschen Hochschulen würden sich nicht ihrer DDR-Vergangenheit stellen.

**Peer Pasternack: Von Campus- bis Industrieliteratur. Eine literarische DDR-Wissenschaftsgeschichte**, Tectum-Verlag, Baden-Baden 2024, 633 + XVIII S.

In diesem Handbuch geht es um alle Wissenschaftssegmente für den gesamten Zeitraum von 1945 bis in die 90er Jahre, und zwar anhand der literarischen Texte, die im Wissenschaftsbetrieb und -milieu spielen. Diese finden sich aufbereitet, indem sie auf jeweils zwei bis vier Seiten vorgestellt werden, insgesamt 162 Titel, darunter auch 51, die nach 1990 entstanden. Geordnet nach den Handlungszeiten, entsteht eine chronologische Darstellung. Zugleich wird damit exemplarisch verdeutlicht, welche Informationschancen die DDR-Literatur für zeitgeschichtliche Untersuchungen bereithält – Informationschancen, die bisher weitestgehend ungenutzt geblieben sind.

Jürgen Kocka (Hg.): **Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990** (Forschungsberichte der Interdisziplinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften Bd. 9), unt. Mitarb. v. Peter Nötzoldt u. Peter Th. Walther, Akademie Verlag, Berlin 2002, 485 S.

Die Pluralform im Titel bezieht sich nicht auf die mehrfachen Namenswechsel der etablierten Ost-Berliner Akademie, sondern auf die 1987 im Westteil der Stadt gegründete, 1990 wieder aufgelöste Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Im Mittelpunkt steht aber die Akademie in der DDR, ihre Entwicklung als Gelehrtensozietät und die Frage nach dem Verhältnis zwischen den Forschungsinstituten und der Gelehrtenengesellschaft. Unter anderem mit folgenden Beiträgen: „Staatliche Forschung außerhalb der Universität – ein Problem

und Varianten seiner Lösung“ (Wolfgang Frühwald), „Zwischen Traditionsbezug und Erneuerung. Wissenschaftspolitische Denkmuster und Weichenstellungen unter alliierter Besatzung 1945-1949“ (Rüdiger vom Bruch), „Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Gesellschaft und Politik. Gelehrtenengesellschaft und Großorganisation außeruniversitärer Forschung 1946-1972“ (Peter Nötzoldt), „Zur Zuwahlpraxis neuer Akademiemitglieder“ (Peter Th. Walther), „Biowissenschaften und Medizin in den achtziger Jahren“ (Günter Pasternak), „Die Akademie der Wissenschaften der DDR. Fallbeispiel Sprachwissenschaft“ (Manfred Bierwisch), „Literaturwissenschaft in der Akademie“ (Eberhard Lämmert), „Die Akademie als Produktivkraft. Anwendungsbezug und Planbarkeit als Problem“ (Renate Mayntz), „Akademien als Orte gesamtdeutscher Wissenschaftsbeziehungen. Das Beispiel Leopoldina“ (Benno Parthier/Sybille Gerstengarbe), „Vorsichtige Annäherung. Akademisches ‚vis-a-vis‘ im Vorwende-Berlin“ (Hubert Laitko).

Uwe Grelak / Peer Pasternack: **Im Auftrag. Sonderhochschulen und Ressortforschung in der DDR**, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2024, 335 S.

Das DDR-Wissenschaftssystem bestand nicht nur aus 53 öffentlichen Hochschulen, der Akademie der Wissenschaften mit ihren Instituten, weiteren Akademien sowie der Industrieforschung. Zusätzlich gab es über die vier Jahrzehnte hin 40 Sonderhochschulen, die nicht allgemein öffentlich zugänglich waren, und 90 Ressortforschungseinrichtungen, die unmittelbar Ministerien oder dem SED-Zentralkomitee zugeordnet waren. Von diesen insgesamt 130 Einrichtungen existierten 1989 noch 116. In den Transformationsprozessen der 90er Jahre waren sie weithin unbeachtet geblieben und werden auch seither nicht als ein Teil der DDR-Wissenschaftsstrukturen wahrgenommen. Indem diese wenig bekannten Segmente der DDR-Wissenschaft in dem Handbuch vorgestellt werden, findet sich eine Wahrnehmungslücke geschlossen.

Monika Gibas / Peer Pasternack (Hg.): **Sozialistisch behaut & bekunet. Hochschulen und ihre Bauten in der DDR** (Leipziger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik), Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1999, 246 S. URL <https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/Sozialistisch-behaut-bekunet-et.pdf>

Die Autor:innen dieses reich illustrierten Bandes sind Architekt, Maler, Ministerialfunktionär bzw. Sozial-, Kunst- oder Architekturhistoriker:in. Nachdem der DDR-Versuch (so die Hrsg. in ihrem einleitenden Beitrag „Sozialistisch behaut & bekunet? Zur Botschaft und Sozialgeschichte des Hochschulbaus in der DDR“), eine spezifisch sozialistische Architektur, die zugleich Traditionen deutscher Baukunst aufnehmen sollte, erfolglos geblieben war, stand zweierlei im Mittelpunkt des DDR-Hochschulbaus: Funktionalität und (kollektivistisch überformte) Sozialintegration. Was indessen architektonisch nicht zu realisieren war, das sollte baubezogene Kunst leisten: mit deren Hilfe wurde versucht, die Gebäude ideologisch zu beschriften. Hans-Joachim Hicke, seinerzeit zuständiger Abteilungsleiter im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, schildert die administrativen Wege des Hochschulbaus in der DDR. Die Architekten und Projektanten Peter Korneli und Dietrich Gläser beleuchten die herausgehobene Stellung des medizinischen Hochschulbaus, der Defizite im allgemeinen Gesundheitswesen aufzufangen hatte. Eine Bilanz der Arbeit des Instituts für Hoch- und Fachschulbau Dresden liefert dessen letzter Leiter Manfred Rücker. Die typischen, gleichwohl keineswegs konfektionierten DDR-Mensabauten der 70er und 80er Jahre sind Gegenstand eines Interviews mit Ulf Zimmermann, der diese Bauten als Architekt und Projektleiter verantwortet hatte. Die 50er Jahre als intensive Suchphase einer DDR-Architektur öffentlicher Bauten sind Gegenstand architekturhistorischer Aufarbeitungen von Ulrich Hartung sowie zu einzelnen Bauwerken (Hildtrud Ebert zur Kunsthochschule Berlin-Weißensee und Valentin Hammerschmidt zur Hochschule für Verkehrswesen Dresden). Gabriele Wiesemann hat ein unbekanntes und nichtrealisiertes Henselmann-Projekt in den Archiven aus-

gegraben: eine dann nie gebaute Hochschule für Landwirtschaft in Neubrandenburg. Realisiert worden ist hingegen der Neubau und die Rekonstruktion der Berliner Charité (dazu Peter Korneli/Geerd Dellas). Als paradigmatische Realisierung einer „sozialistischen Universität“ im Herzen einer „sozialistischen Stadt“ darf der Zentralkomplex der Leipziger (Karl-Marx-)Universität in der Messestadt-City gelten: Er wird deshalb ausführlich abgehandelt in Beiträgen zur Vorgeschichte, d.h. der Platzberäumung mit Sprengung von Paulinerkirche und Augusteum, um Baufreiheit zu schaffen (Katrin Löffler), rezeptionsgeschichtlichen Darlegungen zum Leipziger Universitätsturm (Thomas Topfstedt), einer Rekonstruktion des Verhaltens der Universität zu ihrem Turm nach 1989 (Peer Pasternack) und einem Beitrag zur Planungs- und Entstehungsgeschichte des Karl-Marx-Reliefs am Universitätshauptgebäude (Hubertus Adam); über das Zustandekommen seiner sog. Fledermaus-Installation (tatsächlicher Titel: „Antiimperialistische Solidarität“) im Leipziger Hörsaalgebäude und die Reaktionen aus der Universität heraus gibt Hartwig Ebersbach Auskunft, dabei unterstützt und z.T. widersprochen von Rainer Behrends, dem Kustos der Universität Leipzig. Damit wird zugleich übergeleitet zur innenräumlichen Bekunstung der DDR-Hochschulbauten: Jörn Schürumpf rekonstruiert einen Kunststudenten-Wettbewerb zur bildnerischen Ausgestaltung der Jugendhochschule am Bogensee, und Martin Schönfeld befasst sich unter dem Titel „Erziehungsbilder“ mit den Wandmalereien in DDR-Hochschulen.

**Peer Pasternack: Die DDR-Gesellschaftswissenschaften post mortem: Ein Vierteljahrhundert Nachleben (1990–2015). Zwischenfazit und bibliografische Dokumentation**, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, Berliner Wissenschafts-Verlag (Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg), Berlin 2016, 613 S. URL <https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/DDR-GeWiPostMortem.pdf>

Die Gesellschaftswissenschaften fassten in der DDR die Geistes- und Sozialwissenschaften zusammen – als die Wissenschaften von der Gesellschaft, die nicht in idealistischer Tradition unterschieden werden sollten zwischen den Wissenschaften von den Ideen und den Wissenschaften vom Handeln. Ausgehend vom postmortalen Nachleben dieser Gesellschaftswissenschaften ab 1990 findet sich auf rund 200 Seiten deren DDR-Leben resümiert. Weitere 350 Seiten dokumentieren, nach Fächern und Forschungsfeldern gegliedert und mit Annotationen versehen, bibliografisch rund 1.700 selbstständige Publikationen, die von 1990 bis 2015 zu den DDR-Gesellschaftswissenschaften erschienen sind: Dokumentationen ihrer Hinterlassenschaften und der Erfahrungen ihrer Protagonisten, Sicherungen von Datenbeständen sowie wissenschaftliche Erkundungen durch Dritte.

**Uwe Grelak / Peer Pasternack: Theologie im Sozialismus. Konfessionell gebundene Institutionen akademischer Bildung und Forschung in der DDR. Eine Gesamtübersicht** (Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg), BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 343 S. URL <https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Theologie-im-Sozialismus.pdf>

1949, dem Jahr der DDR-Gründung, bestand die Landschaft konfessionell gebundener akademischer Bildung und Forschung aus 46 Einrichtungen und Arbeitszusammenhängen. 1989, zum Ende der DDR, zählte sie 94 Einrichtungen und Arbeitszusammenhänge. Sie hatte damit – gegen den allgemeinen Säkularisierungstrend – während der vier DDR-Jahrzehnte ihre Größe mehr als verdoppelt. Diese Parallelwelt zum staatlich gelenkten Hochschul- und Wissenschaftssystem ist hier systematisch recherchiert und erfasst worden. Damit konnte eine Lücke in der Dokumentation der DDR-Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte geschlossen werden. Ergänzend finden sich sämtliche seit 1990 zum Thema erschienen selbstständigen Publikationen incl. Grauer Literatur in einer annotierten Bibliografie dokumentiert.

Reinhard Buthmann: **Versagtes Vertrauen. Wissenschaftler der DDR im Visier der Staatssicherheit**, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2020, 1.179 S.

Die Studie behandelt bürgerliche Naturwissenschaftler, die – parteilos oder als SED-Mitglieder – in der Ulbricht-Ära bedeutsame Leistungen trotz widriger Umstände erbrachten und unter Honecker mithilfe der Staatssicherheit aus ihren Funktionen verdrängt wurden. Gezeigt werden die Aufbauleistungen in den Disziplinen, die die wissenschaftlich-technische Revolution der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts prägten: die Mikroelektronik, die Raumforschung und die Kerntechnik. Ergänzt wird dies um neue Erkenntnisse zum Scheitern des Flugzeugbauprogramms der DDR. Der Fokus liegt bei all dem auf Bespitzelungen und Arbeitsbehinderungen durch das MfS.

Peer Pasternack: **MINT und Med. in der DDR. Die DDR-Natur-, Ingenieur- und medizinischen Wissenschaften im Spiegel ihrer dreißigjährigen Aufarbeitung und Erforschung seit 1990**, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2021, 678 S.

Ausgehend von den knapp 1.900 selbstständigen Publikationen, die von 1990 bis 2020 zu den Natur-, medizinischen und Ingenieurwissenschaften in der DDR erschienen sind, wird auf reichlich 200 Seiten diese Fächergruppe in der DDR verhandelt. Weitere 400 Seiten dokumentieren, nach Fächern und Forschungsfeldern gegliedert und mit Annotationen versehen, bibliografisch die Publikationen.

### *Zu den Entwicklungen bis in die 60er Jahre*

Andreas Malycha (Hg.): **Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961** (Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte, Reihe A: Dokumente Bd. 1), Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2003, 706 S.

Die 130 Dokumente umfassende wissenschaftliche Quellenedition dokumentiert die generellen Aspekte der DDR-Wissenschaftsgeschichte zwischen Kriegsende und Mauerbau. Eine umfangreiche Einführung zeichnet den Forschungsstand nach, erläutert die Editionsprinzipien und analysiert das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Die Mehrzahl der Dokumente zeigen die Vorstellungen, Strategie- und Taktikentwürfe, konkrete Handlungsanleitungen und Konzeptionen der Partei- und Staatsführung zwischen 1945 und 1961 auf, die sich der Frage widmen, wie Wissenschaften, Hochschulen und Akademien funktional so umgestaltet und ausgestaltet werden können, dass sie den politischen, ideologischen, aber auch ökonomischen, technologischen und wissenschaftlichen Zwecken aus Sicht der Herrschenden entsprechen können. Dieser Außenperspektive auf die Wissenschaften werden eine Reihe von Texten an die Seite gestellt, die beleuchten sollen, wie die Wissenschaftler zwischen 1945 und 1961 ihr Selbstverständnis formulierten und auf die Politik des Staats und der Partei reagierten.

Ilko-Sascha Kowalczyk: **Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961**, Ch. Links Verlag, Berlin 2003, 604 S.

Mit der Herausbildung einer ‚sozialistischen Intelligenz‘ wollte die DDR-Führung eine neue geistige Elite schaffen, die sich ganz in den Dienst der kommunistischen Sache stellt. Zur Etablierung dieser Elite wurden daher veränderte Auswahlkriterien und eine weitgehende politische Überwachung eingeführt. Die Studie widmet sich der Darstellung der Grundkonzepte der Intelligenzpolitik, den wichtigsten hochschulpolitischen Handlungsträgern, analysiert wird die Umgestaltung der Universitäten, und die Mechanismen von sozialer Privilegierung, Ideologisierung und Militarisierung der Intelligenz werden herausgearbeitet. Beachtung finden zudem die verschiedenen Formen von Repressionen wie von widerständigem Verhalten.

Ralph Jessen: **Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära** (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 135), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1999, 552 S.

1945/46 hatte die SED-Führung an den Universitäten Professoren vorgefunden, die politisch der Linken fernstanden, einen bildungsbürgerlichen Hintergrund, ein elitäres Selbstbild und hohes Prestige hatten. Wie konnte sich, so die Fragestellung der Untersuchung, bis zum Ende der sechziger Jahre diese Transformation von der bürgerlichen Bildungselite zur sozialistischen Intelligenz vollziehen? Die Antwort: Es sei der SED-Führung in weiten Teilen gelungen, die Professorenschaft auszutauschen oder in die Parteidisziplin einzubinden, den Berufszugang mit politischen Kriterien aufzuladen und die Hochschullehre selbst zu ideologisieren. Andererseits wären aber auch bestimmte Elemente des tradierten Hochschul- und Wissenschaftssystems erhalten geblieben, nicht zuletzt die informellen Machtstrukturen der Ordinarienuniversität. Die kommunistische Transformation sei gelungen, das Ideal kommunistischer Hochschulpolitik – die Weitergabe von Wissen ohne Bindung an die alte Ordinarienuniversität – dagegen unerreicht geblieben.

Verband ehemaliger Rostocker Studenten VERS (Hg.): **Namen und Schicksale der von 1945 bis 1962 in der SBZ/DDR verhafteten und verschleppten Professoren und Studenten**, o.O. 1994, 214 S.

Erweiterte, ergänzte und überarbeitete Neuausgabe einer VDS-Dokumentation von 1962. Geordnet nach Studienorten (bis zur jeweiligen Verhaftung) werden, soweit sie zu recherchieren waren, folgende Angaben gemacht: Name, Geburtsdatum, Studienfach, Verhaftungsdatum, Urteil und Urteilsbegründung (Stichworte), Entlassung bzw. Todesdatum und -grund.

Waldemar Krönig / Klaus-Dieter Müller: **Anpassung, Widerstand und Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945–1961**, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1994, 565 S.

Das Buch basiert auf den Aussagen, Erinnerungen und Materialien von ca. 350 ehemaligen Studenten in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961, auf von diesen bereitgestellten Unterlagen sowie – teilweise unbearbeitet präsentierten – Archivmaterialien. Aus dem Inhalt: Abriss der Geschichte des Hochschulwesens; studentischer Alltag; Marxismus-Leninismus an den Hochschulen; Sowjetisierung des Hochschulwesens. Ein Anhang mit zwanzig exemplarischen Biografien sowie zahlreichen Dokumenten ergänzt den Band.

Agnes Charlotte Tandler: **Geplante Zukunft. Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik in der DDR 1955–1971** (Freiberger Forschungshefte D 209 Geschichte), Technische Universität Bergakademie Freiberg, Freiberg 2000, 383 S.

Die DDR-Führung erhob seit der Staatsgründung den Anspruch, Wissenschaft und Technik zu planen, um sie für die Industrie und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes effizient einzusetzen. Die Studie untersucht, welcher Erfolg dieser Planung beschieden war, und kommt zu dem Schluss, dass angesichts der offenen Grenzen und des Mangels an Fachkräften die Jahre bis zum Mauerbau eher von einer Wissenschaftlerpolitik geprägt waren, die der Integration der Spezialisten diene. Nach 1961 hätten sich dann zwar die Bedingungen für eine politische Planung spürbar verbessert, ohne jedoch die gewünschten wirtschaftlichen Erfolge zu zeitigen. Als Ursache wird herausgearbeitet, dass sich ein neues Kräfteverhältnis zwischen Politik und Wissenschaft etabliert habe, wobei es die Logik der Wissenschaft den Wissenschaftlern immer wieder ermöglichte, sich externen Anforderungen zu entziehen bzw. diese für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. So bleibe festzuhalten, dass aufgrund eines verwirrenden Systems staatlicher und parteilicher Zuständigkeiten auch die in den 60er Jahren geplante Forschung die DDR-Wissenschaft weniger charakterisierte, als dies seinerzeit in Westdeutschland der Fall war.

## *Zu den 70er und 80er Jahren*

Herbert Kusicka / Werner Meske / Sybille Thielsch / Henriette Thieme: **Forschung und Entwicklung in der DDR. Daten aus der Wissenschaftsstatistik 1971 bis 1989**, SV-Gemeinnützige Gesellschaft für Wissenschaftsstatistik mbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen 1990, 78 S.

Erarbeitet durch das Ministerium für Wissenschaft und Technologie der DDR. Die Daten der DDR-Wissenschaftsstatistik sind auf das durch die Frascati-Richtlinien vorgegebene OECD-System umgerechnet worden, sodass sie mit z.B. westdeutschen Statistiken vergleichbar werden. Die Ausgangs- wie die umgerechneten Daten sind vergleichend gegenübergestellt.

Statistisches Bundesamt (Hg.): **Hochschulen 1980 bis 1990** (Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR H. 13), Wiesbaden 1994, 147 S. URL [https://www.statistischesbibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/DEMonografie\\_derivate\\_00000970/Heft\\_13.pdf](https://www.statistischesbibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/DEMonografie_derivate_00000970/Heft_13.pdf)

Das Statistische Bundesamt hatte den Datenbestand der DDR-Statistik übernommen und bereitet daraus ausgewählte Merkmale auf bzw. rechnet sie zurück, sodass sie im wesentlichen mit der Bundesstatistik vergleichbar werden. Der Band enthält Datenreihen zu Studierenden, Neuzulassungen, Absolventen, Promotionen (A und B), Personal und Auslandsstudium für den im Titel angegebenen Zeitraum.

Hansgünter Meyer (Hg.): **Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR**, Verlag de Gruyter, Berlin/New York 1990, 250+XIV S.

Beiträge u.a. zur Wissenschafts- und Intelligenzpolitik der SED (Hansgünter Meyer), zur „sozialen Schicht der DDR-Intelligenz in den Strukturbrüchen der deutsch-deutschen Entwicklung“ (Ingrid und Manfred Lötsch), Frauen in der DDR-Wissenschaft (Christine Waltenberg), zum personellen Forschungspotenzial in der DDR (Werner Wolter) und internationalen Vergleich der deutsch-deutschen Wissenschaftspotenziale (Werner Meske), zur Soziologie der DDR-FuE-Intelligenz (Rudolf Welskopf), zur Forschung an DDR-Hochschulen (Klaus Däumichen), zum wissenschaftlichen Nachwuchs (Karl-Heinz Zieris; Gabriele Groß/Barbara Henschke) sowie zu den wissenschaftlichen Ausbildungsprofilen der DDR-Hochschulen (Getraude Buck-Bechler).

Wolfgang Girnus / Klaus Meier (Hg.): **Forschungsakademien in der DDR. Modelle und Wirklichkeit**, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2014, 468 S.

In der Regel quellengesättigte Darstellungen zu den DDR-Akademien im allgemeinen, sodann zu einzelnen Akademien bzw. Akademieinstituten. Behandelt werden die AdW, die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften und die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften.

Heinrich Best (Hg.): **Sozialwissenschaften in der DDR und in den neuen Bundesländern. Ein Vademecum**, Informationszentrum Sozialwissenschaften, Abt. Berlin, Berlin 1992, 557 S.

Der erste Teil des Vademecums (310 Seiten) stellt die institutionellen Strukturen und Forschungsbedingungen in der DDR für die (empirischen) Sozialwissenschaften dar. Gezeigt wird die Nähe zur SED, aber auch der durch den unvermeidbaren Realitätsbezug ungewollt subversive Charakter. Ein dokumentarischer Teil bringt neben Dokumenten der SED ein Verzeichnis der zu den Parteitagen durch Sozialwissenschaftler:innen angefertigten Studien. Dargestellt wird die Hierarchie in den DDR-Gesellschaftswissenschaften; Listen der wissen-

schaftlichen Beiräte und der in der DDR erschienenen einschlägigen Zeitschriften vervollständigen das Ganze. Der zweite Teil des Vademecums konzentriert sich auf die Sozialwissenschaften in den ostdeutschen Bundesländern seit 1990.

VADEMECUM-Redaktion (Hg.): **Forschung in der DDR. Institute der Akademie der Wissenschaften, Universitäten und Hochschulen, Industrie**; in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wissenschaft und Technik der DDR, Dr. Josef Raabe Verlag, Stuttgart 1990, 222 S.

Nachschlagewerk, das eine Vollständigkeit anstrebende Vorstellung aller Forschungseinrichtungen in der DDR mit Angaben insbesondere zu thematischen Schwerpunkten, Personal und Ausstattung liefert. Die Einrichtungen sind nach Sektoren Hochschulwesen, Akademieforschung und Industrieforschung gegliedert.

Rudolf H. Brocke / Eckart Förtsch: **Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern 1989–1991. Ausgangsbedingungen und Integrationswege in das gesamtdeutsche Wissenschafts- und Forschungssystem**, hrsg. vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft IGW an der Universität Erlangen-Nürnberg, Dr. Josef Raabe Verlag, Stuttgart 1991, 238 S.

Das Erlanger IGW hatte seit den 60er Jahren das DDR-Wissenschaftssystem beobachtet und analysiert und verfügte dadurch über die intensivste Expertise zum Thema in Westdeutschland. Darauf aufbauend, wurde diese Eröffnungsbilanz nach der deutschen Neuvereinigung vorgelegt. Für die Jahrzehnte bis 1989 werden u.a. „Outputs und Exzellenzen“ der Forschung in der DDR anhand der Außenhandelsbilanz für forschungsintensive Güter, von internationalen Zitationsanalysen, der Statistik von Patentaktivitäten und der Bewertungen des Wissenschaftsrates dargestellt. Der Anhang bringt in zahlreichen Übersichten die empirische Basis der Studie.

## Verzeichnis der Tafeln

Tafel 1:	NS-Mitgliedschaften von DDR-Medizin-Ordinarien 1947–1961 .....	16
Tafel 2:	Das DDR-Wissenschaftssystem .....	45
Tafel 3:	Methodische Kommentare zu DDR-bezogenen Wissenschaftspersonalstatistiken .....	46
Tafel 4:	Standorte der öffentlichen Hochschulen in der DDR (1989) .....	49
Tafel 5:	Die Sonderhochschulen.....	52
Tafel 6:	Konfessionelle Hochschulen (1989).....	53
Tafel 7:	Struktur des Institutsbereichs der Akademie der Wissenschaften (1989).....	56
Tafel 8:	Gesamtpersonal und forschendes Personal an den wissenschaftlichen Akademien .....	57
Tafel 9:	Ressortforschung in der DDR .....	59
Tafel 10:	Branchenstruktur der wirtschaftsgebundenen Forschung gemäß Beschäftigungszahlen (1989).....	62
Tafel 11:	Konflikttypen im Verhältnis von Wissenschaft(lern) und Politik.....	83
Tafel 12:	Unterschiedliche Berechnungen der DDR-FuE-Personalkapazität.....	94
Tafel 13:	Datenblatt DDR-Wissenschaftssystem (1989).....	96
Tafel 14:	Größe der Segmente des DDR-Wissenschaftssystems entsprechend des wissenschaftlichen Personals .....	97
Tafel 15:	Fächergruppenaufteilung des wissenschaftlichen Personals (1989) .....	99
Tafel 16:	Vergleich der Personalressourcen und internationalen Publikationen der Naturwissenschaften an DDR-Hochschulen und Instituten der Akademien ....	106
Tafel 17:	Hochschulbildungsbeteiligung von Frauen im DDR-BRD-Zeitvergleich.....	118

## Literatur

- Adam, Wolfgang/Holger Dainat/Gunter Schandera (Hg.) (2003): *Wissenschaft und Systemveränderung. Rezeptionsforschung in Ost und West – eine konvergente Entwicklung?*, Heidelberg.
- AdW, Akademie der Wissenschaften der DDR AdW (Hg.) (1990): *Jahrbuch 1989*, Berlin.
- Albrecht, Edo (Autorenkollektiv-Ltg.) (1982): *Zyklus Wissenschaft – Technik – Produktion. Wissenschaftstheoretische Studien zur Wechselwirkung von wissenschaftlicher und technischer Revolution im 20. Jahrhundert*, Berlin [DDR].
- Albrecht, Edo/Otto Dohnert/Marlis Schneider/Hartmut Bourcevet (1991): *DDR-Forschung im internationalen Vergleich unter Zugrundelegung der Patentstatistik*, Humboldt-Universität, Berlin.
- Albrecht, Jürgen (2012): *Ein Treffen der Heuristiker. Systematische Heuristik in der DDR – Was wurde daraus?*, o.O.; URL <http://www.storyal.de/story-2012/Systematische%20Heuristik.html> (11.11.2018).
- Anatomische Gesellschaft (Hg.) (o.J. [2011]): *125 Jahre Anatomische Gesellschaft (1886–2011). Jubiläumsausgabe. Erinnerungen, Ereignisse, Erkenntnisse, Betrachtungen, unvergessliche Erfahrungen und wissenschaftliche Projekt von Mitgliedern der Anatomischen Gesellschaft*, o.O. [Erlangen].
- Arbeitsgruppe Fernstudienbrückenkurse Chemnitz der Technischen Fachhochschule Berlin (Hg.) (1992): *Studieninformation für Ingenieure, Ökonomen, Ingenieurökonomen zum Erwerb des akademischen Grades Diplom (FH), Chemnitz*.
- Ash, Mitchell G. (2002): *Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander*, in: Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hg.), *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart, S. 32–51.
- Autorenkollektiv (1982): *Hager, Kurt*, in: Erhard Lange/Dietrich Alexander (Hg.), *Philosophenlexikon, Berlin [DDR]*, S. 334–337.
- Barck, Karlheinz/Martin Fontius/Friedrich Wolfzettel/Burkhart Steinwachs (Hg.) (2000–2005): *Ästhetische Grundbegriffe. Historisches Wörterbuch in sieben Bänden*, Stuttgart/Weimar.
- Barck, Simone/Martina Langermann/Siegfried Lokatis (Hg.) (1999): *Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“*. Zeitschriften in der DDR, Berlin.
- Barkleit, Gerhard (2000): *Mikroelektronik in der DDR. SED, Staatsapparat und Staatssicherheit im Wettstreit der Systeme*, Dresden.
- Barkleit, Gerhard (2022): *Werner Hartmann. Wegbereiter der Mikroelektronik in der DDR*, Berlin.
- Begenau, Jutta (2017): *Staatssicherheit an der Charité. Der IM „Harald Schmidt“ und die „Sicherheitspolitik von Partei und Regierung“ an der Charité 1972–1987*, Berlin.
- Benndorf, Siegfried/Lothar Rohland/Udo Schagen (Hg.) (2001): *Das Studium der Humanmedizin in beiden deutschen Nachkriegsstaaten und Reformbemühungen nach 1990*, Berlin.
- Benser, Günter (2013): *Aus per Treuhand-Bescheid. Der Überlebenskampf des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung. Mit einem Dokumentenanhang*, Berlin.
- Bentley, Raymond (1992): *Research and Technology in the former German Democratic Republic*, Boulder.
- Bergmann, Helga (Hg.) (1996): *Abstand und Nähe. Vorträge im Rückblick*, hrsg. im Auftrag der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Berlin.
- Berner, Kurt (1990): *Spezialisten hinter Stacheldraht*, Brandenburgisches Verlagshaus, Berlin.

- Berteit, Herbert (1994): Defizite und Chancen der Industrieforschung in Ostdeutschland, in: Institut für Wirtschaftsforschung Halle IWH (Hg.), Defizite und Chancen der Industrieforschung in Ostdeutschland. Dokumentation einer Veranstaltung auf dem Leipziger Innovationsforum am 09. März 1994, Halle/S., S. 11–19.
- Best, Heinrich (Hg.) (1992): Sozialwissenschaften in der DDR und in den neuen Bundesländern. Ein Vademecum, Berlin.
- Bierwisch, Manfred (1966): Strukturalismus. Geschichte, Probleme und Methoden, in: Kursbuch 5/1966, S. 77–152. URL [https://www.leibniz-zas.de/fileadmin/media/Dokumente/Personen/Bierwisch/Bierwisch\\_Strukturalismus\\_8MB.pdf](https://www.leibniz-zas.de/fileadmin/media/Dokumente/Personen/Bierwisch/Bierwisch_Strukturalismus_8MB.pdf) (21.11.2021).
- Blankenburg, Karl-Heinz (1988): Der Prämienfonds an Universitäten und Hochschulen – ein ökonomisches Instrument zur Stimulierung hoher Leistungen? Teil II: Die Verwendung des Prämienfonds an den dem MHF unterstellten Hochschulen von 1975 bis 1985, Berlin [DDR].
- Blankenburg, Karl-Heinz/Angelika Deregowski/Doris Scherer (1990): Wissenschaftliches Personal im Hochschulwesen der BRD und der DDR. Beschäftigte, Tarife und ausgewählte Kennzahlen, Berlin [DDR].
- Blecher, Jens/Gerald Wiemers (2005): Namensliste der verhafteten Studenten der SBZ/DDR nach Hochschulorten, in: dies. (Hg.), Studentischer Widerstand an den mitteldeutschen Universitäten 1945 bis 1955. Von der Universität in den GULAG. Studentenschicksale in sowjetischen Straflagern 1945 bis 1955, Leipzig, S. 298–333.
- Bloch, Ernst/Wolfgang Harich (Red.) (1953): Protokoll der philosophischen Konferenz über die Fragen der Logik. Am 17. und 18. November 1951 in Jena (Beiheft 1 der Deutschen Zeitschrift für Philosophie), Berlin [DDR].
- BMBW, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hg.) (1991): Grund- und Strukturdaten. Ausgabe 1991/92, Bonn.
- BMBW, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (1992) (Hg.): Fernstudienbrückenkurse in den neuen Ländern. Ein Studienkonzept zum Erwerb des Fachhochschul-Diploms, Bonn.
- BMFT, Bundesministerium für Forschung und Technologie (1982): Die Messung wirtschaftlicher und technischer Tätigkeiten. Allgemeine Richtlinien für statistische Übersichten in Forschung und experimenteller Entwicklung – „Frascati-Handbuch 1980“, Bonn.
- Bock, Ulrich (2000): Achtundsechziger. Jenaer Studenten proben den Aufstand, Gudensberg-Gleichen.
- Boden, Petra (2014): So viel Wende war nie. Zur Geschichte des Projekts „Ästhetische Grundbegriffe“ – Stationen zwischen 1983 und 2000, Bielefeld.
- Bologna Declaration (1999): The Bologna Declaration of 19 June 1999. Joint declaration of the European Ministers of Education. URL [http://www.ond.vlaanderen.be/hogeronderwijs/bologna/documents/MDC/BOLOGNA\\_DECLARATION1.pdf](http://www.ond.vlaanderen.be/hogeronderwijs/bologna/documents/MDC/BOLOGNA_DECLARATION1.pdf) (12.5.2008).
- Börner, Heinz (2012): Der Komet Halley und die Stasi. Erinnerungen eines Wissenschaftlers an das 20. Jahrhundert, Dinslaken.
- Bösch, Frank (2024): Deals mit Diktaturen. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, München.
- Boschan, Jürgen (1983): Lehre und Forschung im Urteil der Professoren. Zum Ergebnis einer Professorenbefragung, in: Klaus Däumichen (Hrsg.-Kollektiv/ltg.), Leitung der Hochschulforschung. Ausgewählte Probleme und Erfahrungen. Bd. 5, Berlin [DDR], S. 69–75.
- Boschan, Jürgen (1986): Zur Erhöhung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit von Hochschulprofessoren, in: Klaus Däumichen (Hrsg.-Kollektiv/ltg.), Internationales Seminar „Probleme, Formen und Methoden der Intensivierung der Forschungsprozesse im Hochschulwesen“, 12. bis 14. November 1985 in Berlin – Hauptstadt der DDR, Berlin [DDR], S. 89–100.

- Boschan, Jürgen/Peter Armélin/Dirk Busching/Hans-Jürgen Lamm (1984): Zur Erhöhung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit von Hochschulprofessoren. Ergebnisse einer Befragung der Professoren in den Gesellschaftswissenschaften. Teil I: Wissenschaftliche Charakterisierung der Professoren und Forschungsbedingungen, Berlin [DDR].
- Boschan, Jürgen/Peter Armélin/Dirk Busching/Hans-Jürgen Lamm/Arno Wienicke (1982): Zur Erhöhung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit von Hochschulprofessoren. Ergebnisse der Befragung von Professoren der mathematisch-naturwissenschaftlichen, agrarwissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen des Hochschulwesens, Berlin [DDR].
- Bourdieu, Pierre (1998): Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes, Konstanz.
- Braun, Volker (1988): Rimbaud. Ein Psalm der Aktualität, in: ders., Verheerende Folgen mangelnden Anscheins innerbetrieblicher Demokratie. Schriften, Leipzig, S. 95–183.
- Braun, Volker (1988a): Verheerende Folgen mangelnden Anscheins innerbetrieblicher Demokratie. Schriften, Leipzig.
- Brendler, Gerhard (1983): Martin Luther. Theologie und Revolution, Berlin [DDR]. [amer. Ausgabe: New York/Oxford 1991].
- Brie, Michael (1988): Die Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus. Thesen in der Diskussion, in: Humboldt-Universität zu Berlin, Forschungsprojekt Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus, Berlin [DDR], S. 33–56.
- Brie, Michael/Rainer Land/Hannelore Petsch/Dieter Segert/Rosemarie Will (1989): Studie zur Gesellschaftsstrategie, Berlin [DDR].
- Brocke, Rudolf Horst/Eckart Förtsch (1991): Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern 1989–1991. Ausgangsbedingungen und Integrationswege in das gesamtdeutsche Wissenschafts- und Forschungssystem, hrsg. vom Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) an der Universität Erlangen-Nürnberg, Stuttgartart.
- Brühl, Reinhard/Guntolf Herzberg/Mario Keßler/Martin Sabrow (1999): Vom „Segeln“ nach anderen Landkarten. Aus der Diskussion zu den historischen Fachblättern mit Reinhard Brühl, Guntolf Herzberg, Mario Keßler und Martin Sabrow, in: Simone Barck/ Martina Langermann/Siegfried Lokatis (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin, S. 458–466.
- Buck-Bechler, Gertraude/Heidrun Jahn/Dirk Lewin (1997): Strukturen der Hochschullandschaft im Jahre 1989, in: Gertraude Buck-Bechler/Hans-Dieter Schaefer/Carl-Hellmut Wagemann (Hg.), Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung, Weinheim, S. 48–81. URL [https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Hochschulen-in-den-neuen-Ländern-der-BRD\\_Handbuch.pdf](https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Hochschulen-in-den-neuen-Ländern-der-BRD_Handbuch.pdf) (8.10.2024).
- Burkhardt, Anke (1997): Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport, Wittenberg. URL [https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/AB\\_5\\_1997.pdf](https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/AB_5_1997.pdf) (26.2.2019).
- Burkhardt, Anke/Doris Scherer (1997): Wissenschaftliches Personal, in: Gertraude Buck-Bechler/Hans-Dieter Schaefer/Carl-Hellmut Wagemann (Hg.), Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung, Weinheim, S. 283–355. URL [https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Hochschulen-in-den-neuen-Ländern-der-BRD\\_Handbuch.pdf](https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Hochschulen-in-den-neuen-Ländern-der-BRD_Handbuch.pdf) (8.10.2024).
- Burkhardt, Anke/Uta Schlegel (2004): Frauen an ostdeutschen Hochschulen – in den gleichstellungspolitischen Koordinaten vor und nach der „Wende“, in: L'Homme Z.F.G. 1/2004, S. 11–32.
- Busching, Dirk/Hans-Jürgen Lamm (1984): Zur Mitwirkung der Studenten in der Forschung, Berlin [DDR].

- Busching, Dirk/Hans-Jürgen Lamm (1988): Zur Mitwirkung der Studenten in der Forschung, Berlin [DDR].
- Buthmann, Reinhard (2000): Hochtechnologien und Staatssicherheit. Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR, Berlin.
- Buthmann, Reinhard (2001): Abwanderung und Flucht von Eliten aus der SBZ/DDR am Beispiel der wissenschaftlichen Intelligenz, in: Gerhard Schulz (Hg.), Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert, München, S. 229–265.
- Buthmann, Reinhard (2020): Versagtes Vertrauen. Wissenschaftler der DDR im Visier der Staatssicherheit, Göttingen.
- Chemie gibt Brot, Wohlstand, Schönheit. Chemiekonferenz des Zentralkomitees der SED und der Staatlichen Plankommission in Leuna am 3. und 4. November 1958, Berlin [DDR] 1958.
- Ciesla, Burghard (1993): Der Spezialistentransfer in die UdSSR und seine Auswirkungen in der SBZ und DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 49–50/1993, S. 24–31.
- Crüger, Herbert (1990): Verschwiegene Zeiten. Vom geheimen Apparat der KPD ins Gefängnis der Staatssicherheit, Berlin.
- Dath, Dietmar (2015): Deutsche Demokratische Rechnung. Eine Liebeserzählung, Berlin.
- David, Reiner (2012): Meine Akte. DDR 1969 bis 1975, Berlin.
- de Bruyn, Günter (1984): Neue Herrlichkeit. Roman, Frankfurt a.M.
- de Bruyn, Wolfgang (1988): Sigrid, in: ders., Varianten eines Lebens. Erzählungen über fünf Frauen, Berlin [DDR], S. 85–118.
- Decker, Gunnar (2015): 1965. Der kurze Sommer der DDR, München.
- Demshuk, Andrew (2017): Demolition on Karl Marx Square. Cultural Barbarism and the People's State in 1968, New York.
- Die Jugendhochschule Bogensee. Das Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung lädt zum Rundgang durch das Gelände ein (1997), in: Helga Gotschlich/Katharina Lange/Edeltraud Schulze (Hg.), Aber nicht im Gleichschritt. Zur Entstehung der Freien Deutschen Jugend, Berlin, S. 207–216.
- Dietrich, Elfriede (1977): Zum Einsatz von Absolventen – Untersuchungsergebnisse (=Kurzinformation Minister 1(1977)31), in: Bundesarchiv DR 305/53.
- Dittmann, Frank/Rudolf Seising (Hg.) (2007): Kybernetik steckt den Osten an. Aufstieg und Schwierigkeiten einer interdisziplinären Wissenschaft in der DDR, Berlin.
- Dokumentationszentrum am Moritzplatz (Hg.) (1997–2004): Die Medizinische Akademie Magdeburg und das Ministerium für Staatssicherheit, 11 Bde., Magdeburg.
- Drescher, Horst (1995): Hörsaal 40, in: ders.: Regenbogenpapiermacher. Kurze Prosa, Leipzig, S. 126–147.
- Drefensted, E./G. Buck-Bechler/G. Feierabend (1983): Informations- und Orientierungsmaterial zur Begabungsförderung auf wissenschaftlich-technischem Gebiet im einheitlichen sozialistischen Bildungssystem, Berlin [DDR].
- Ehlert, Ursula/Elmar Julier/Roland Rauer/Gerhard Stein (1990): Zur Struktur der personellen Forschungskapazität in der DDR. Beschäftigte für Forschung und Entwicklung nach Ländern, gesellschaftlichen Bereichen und Wissenschaftszweigen, unter besonderer Berücksichtigung der Hochschulen und wissenschaftlichen Akademien, Berlin.
- Ehmke, Günter/Eberhardt Gering/Hans Lindemann (1984): Sachverhaltsinformationen in den Gesellschaftswissenschaften. Aus dem Erfahrungsaustausch des Informationszentrums des Zentralinstituts für Hochschulbildung und des wissenschaftlich-methodischen Zentrums für gesellschaftswissenschaftliche Information und Dokumentation der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin [DDR].
- Eichhorn, Wolfgang Peter (1976): Gesellschaftswissenschaften, in: Georg Klaus/Manfred Buhr (Hg.), Philosophisches Wörterbuch, Leipzig, S. 487–490.

- Eichler, Thomas (2020): *Meine Begegnung mit der Stasi*, hrsg. von Günter Kollert und Johannes Roth, Kassel.
- Eisenhans, Ines (2015): *Modellstudiengänge und Reformstudiengänge für Medizin*, o.O. URL <https://m.thieme.de/viamedici/vor-dem-studium-infos-zum-medizinstudium-1493/a/modellstudiengaenge-und-reformstudiengaenge-medicin-26229.htm> (13.10.2023).
- Engelberg, Ernst (1985): *Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer*, Berlin [DDR].
- Ernst, Anna-Sabine (1997): „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus“. Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961, Münster.
- Ernst, Anna-Sabine (1997a): *Doppelstaatsbürger von Partei und Fach? Das soziale und politische Profil der DDR-Medizinprofessoren in den 50er Jahren*, in: *hochschule ost 2/1997*, S. 25–38.
- Erpenbeck, John (1973): *Alleingang*. Roman, Halle (Saale).
- Erpenbeck, John (1980): *Der blaue Turm*. Roman, Halle/Leipzig.
- Erpenbeck, John (1989): *Gruppentherapie*. Roman, Halle/Leipzig.
- Ette, Ottmar/Martin Fontius/Gerda Haßler/Peter Jehle (Hg.) (1999): *Werner Krauss. Wege. Werke. Wirkungen*, Berlin.
- Ettrich, Frank (1992): *Soziologie in der DDR. Hilfswissenschaft zwischen ideologischer Delegitimierung und partieller Professionalisierung*, in: *Soziologie und empirische Sozialforschung in der DDR. Eine kritische Bilanz (=Berliner Journal für Soziologie 3-4/1992)*, Berlin, S. 447–472.
- Fachtagung Medizin, AG Studiengestaltung in den fünf neuen Bundesländern (Hg.) (o.J. [1993]): *Der Ostreader. Versuch über Medizinstudium und studentische Interessenvertretung der Medizinstudierenden in den neuen Bundesländern*, Leipzig.
- Fäßler, Peter E. (2003): „Proletarische Biologie“ und „bürgerliche Gelehrte“. Die Auseinandersetzungen um die Irrlehren Trofim D. Lyssenkos in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. DDR, in: *Horch & Guck 1/2003*, S. 21–26.
- Faust, Siegmund (1980): *In welchem Lande lebt Mephisto? Schreiben in Deutschland*, München/Wien.
- Feyl, Renate (1971): *Das dritte Auge war aus Glas. Eine Studentengeschichte*, Rudolstadt.
- Feyl, Renate (1992): *Ausharren im Paradies*. Roman, Köln.
- FG, Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik (1994): *Wissenschaft und Industrie im Osten*, in: *WZB-Mitteilungen 66/Dezember 1994*, S. 59–62.
- Fiedler, Peter (1980): *Objektive gesellschaftliche Anforderungen an die weitere Erhöhung der Qualität von Erziehung und Ausbildung*, in: *Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen/Institut für Hochschulbildung (Hg.), Materialien der Zentralen Arbeitstagung Hochschulpädagogik/Fachschulpädagogik am 8. und 9. Februar 1980*, Leipzig, S. 7–40.
- Fischer, Christin (2011): *Soziologische Lehre und Studium in der DDR. Zwischen politischer Staatsideologie und wissenschaftlicher Gesellschaftsaufklärung*, untersucht am Beispiel der Martin-Luther-Universität. Diplomarbeit, Halle (Saale), unveröff.
- Flierl, Bruno (2015): *Selbstbehauptung. Leben in drei Gesellschaften*, Berlin.
- Förster, Bruno (1999): *Die Entwicklung des politischen Bewußtseins der DDR-Jugend zwischen 1966 und 1989*, in: *Walter Friedrich/Peter Förster/Kurt Starke (Hg.), Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse*; Berlin, S. 70–165.
- Förster, Walter/Eberhard Koehler (1986): *Befähigung der Studenten zu selbständiger schöpferischer Tätigkeit durch kontinuierliche Mitarbeit in einer Forschungsgruppe*, in: *Zentralinstitut für Hochschulbildung (Hg.), Entwicklung von Selbständigkeit in der wissenschaftlichen Arbeit, von bewusster Aktivität und wachsender Eigenverantwortung der Studenten im Studium. XI. Internationales Symposium zur kommunistischen Erziehung, Teil 2*, Berlin [DDR], S. 303–306.
- Franke, Uta (2007): *Sand im Getriebe. Die Geschichte der Leipziger Oppositionsgruppe um Heinrich Saar 1977 bis 1983*, Leipzig.

- Friedrich, Walter/Hartmut Griese (Hg.) (1991): Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren, Opladen.
- Friedrich, Walter/Peter Förster/Kurt Starke (Hg.) (1999): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte – Methoden – Erkenntnisse, Berlin.
- Fries, Fritz Rudolf (1982): Alexanders neue Welten. Ein akademischer Kolportageroman aus Berlin, Berlin [DDR].
- Fries, Fritz Rudolf (1997 [1957]): Septembersong. Roman, Hamburg.
- Fritsch, Rainer (1986): Ergebnisse und Positionen zur Förderung und Entwicklung hoher Begabung und Leistungsfähigkeit bei Studenten und Hochschulabsolventen, Berlin [DDR].
- Fritsch, Rainer/Erika Rommel (1987): Die Praxis der Hochschulen bei der sozialen Zuordnung der Studienbewerber und Aspekte der sozialen Herkunft von Hochschuldirekt- und Fernstudenten. Referat zum Forschungsbericht, Berlin [DDR].
- Fritsch, Werner/Werner Nöckel (2000): Antistalinistische Opposition an der Universität Jena und deren Unterdrückung durch SED-Apparat und Staatssicherheit (1956–1958). Eine Dokumentation, Erfurt.
- Fuchs, Dennis (2014): Möglichkeiten der Wirklichkeit. Spuren der Philosophie Ernst Blochs im lyrischen Werk Volker Brauns. Inaugural-Dissertation, Augsburg. URL [https://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/opus4/files/3840/Fuchs\\_Dissertation.pdf](https://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/opus4/files/3840/Fuchs_Dissertation.pdf) (12.4.2023).
- Fuchs, Jürgen (1977): Gedächtnisprotokolle. Mit Liedern von Gerulf Pannach und einem Vorwort von Wolf Biermann, Rowohlt Verlag, Reinbek b. Hamburg.
- Fuchs, Jürgen (1978): Vernehmungsprotokolle. November '76 – September '77, Rowohlt Verlag, Reinbek b. Hamburg.
- Fühmann, Franz (1981): Saiäns-Fiktschen. Erzählungen, Hinstorff-Verlag, Rostock.
- Fühmann, Franz (1981a): Das Duell, in: ders., Saiäns-Fiktschen. Erzählungen, Rostock, S. 91–129.
- Fuhrmann, Rainer (1985): Medusa. Utopischer Roman, Berlin [DDR].
- Funke, Mandy (2004): Rezeptionstheorie – Rezeptionsästhetik. Betrachtungen eines deutsch-deutschen Diskurses, Bielefeld.
- Gebuhr, Klaus (1987): Aspekte des vorzeitigen Abganges aus dem Hochschuldirektstudium, Berlin [DDR].
- Geipel, Gary Lee (1993): Politics and Technology in the German Democratic Republic, 1977–1990. Ph.D. Diss., New York.
- Gerhold, Kirsten (2010): Widerstand und Opposition in der ehemaligen DDR, dargestellt am Beispiel der Oberschüler in Güstrow und der Studenten in Rostock 1949–1953, Kassel. URL <http://www.uni-kassel.de/upress/online/frei/978-3-89958-972-6.volltext.frei.pdf> (28.9.2024).
- Gerstengarbe, Sybille (2016): Die Leopoldina in der SBZ und frühen DDR, in: Sybille Gerstengarbe/Jens Thiel/Rüdiger vom Bruch, Die Leopoldina. Die Deutsche Akademie der Naturforscher zwischen Kaiserreich und früher DDR, unt. Mitarb. v. Simon Renkert u. Sophia Nenninger, Berlin, S. 429–495.
- Gerstengarbe, Sybille (2018): Die Leopoldina. Eine gesamtdeutsche Akademie im geteilten Deutschland, in: Johannes Feichtinger/Heidemarie Uhl (Hg.), Die Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa im Kalten Krieg. Transformationsprozesse im Spannungsfeld von Abgrenzung und Annäherung, Wien, S. 507–534.
- Gerstengarbe, Sybille/Horst Hennig (2009): Opposition, Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945–1961. Eine Dokumentation, Leipzig.
- Gläser, Jochen/Werner Meske (1996): Anwendungsorientierung von Grundlagenforschung? Erfahrungen der Akademie der Wissenschaften der DDR, Frankfurt a.M./New York.
- Görlisch, Günter (1982): Die Chance des Mannes, Berlin [DDR].
- Gotschlich, Helga (Hg.) (1994): „Links und links und Schritt gehalten...“. Die FDJ: Konzepte – Abläufe – Grenzen, Berlin.

- Gotschlich, Helga/Katharina Lange/Edeltraud Schulze (Hg.) (1997): Aber nicht im Gleichschritt. Zur Entstehung der Freien Deutschen Jugend, Berlin.
- Gräbe, Hans-Gert (Hg.) (2020): Erfinderschulen, TRIZ und Dialektik. Rainer Thiel zum 90. Geburtstag, Berlin. URL <https://ul.qucosa.de/api/qucosa%3A74948/attachment/ATT-0/12.7.2024>.
- Grelak, Uwe/Peer Pasternack (2016): Theologie im Sozialismus. Konfessionell gebundene Institutionen akademischer Bildung und Forschung in der DDR. Eine Gesamtübersicht, Berlin. URL <https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Theologie-im-Sozialismus.pdf> (24.7.2023).
- Grelak, Uwe/Peer Pasternack (2019): Parallelwelt. Konfessionelles Bildungswesen in der DDR. Handbuch, Leipzig.
- Grelak, Uwe/Peer Pasternack (2024): Im Auftrag. Sonderhochschulen und Ressortforschung in der DDR, Göttingen.
- Gursky, André (1998): Vorgang „Riga“. Die „Bearbeitung“ eines evangelischen Studentenfarrers 1953 in Halle (Saale) durch das Ministerium für Staatssicherheit, Magdeburg.
- Häder, Sonja/Ulrich Wiegmann (Hg.) (2007): Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften in der DDR im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, Frankfurt a.M.
- Hagem, Rudolf (1994): Ende einer Berufung. Eine Erzählung zur Abwicklung, Verlagsbuchhandlung und Agentur Prof. Dr. sc. Hans-Georg Mehlhorn, Leipzig.
- Hall, Karl-Heinrich (1994): Die Hochschulgesetzgebung der neuen Länder als Rahmenbedingung der Neustrukturierung, in: Renate Mayntz (Hg.), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt/New York, S. 165–189.
- Hammel, Claus (1981): Die Preußen kommen. Komödie, in: Theater der Zeit 9/1981, S. 61–72.
- Hänschke, Barbara (1982): Vom Speziälschüler zum Wissenschaftler. Eine Untersuchung von Persönlichkeitseigenschaften und Entwicklungsbedingungen einer Gruppe Spezialschulabsolventen mathematisch-naturwissenschaftlicher Richtungen, Berlin [DDR].
- Haspel, Jörg/Hubert Staroste (Hg.) (2014): Denkmalpflege in der DDR. Rückblicke, Berlin.
- Hauser, Oskar/Christa Baeger (1984): Probleme des Einsatzes und der Ausbildung von Mathematikern und Physikern der Absolventenjahrgänge 1978 und 1979 in der DDR (=Kurzinformation Minister 1984/4), in: Bundesarchiv DR 305/56.
- Hechler, Daniel/Peer Pasternack (2015): Künstlerische Hochschulen in der DDR. 25 Jahre zeithistorische Aufklärung 1990–2015: Eine Auswertung mit bibliografischer Dokumentation, Leipzig. URL <https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/KuenstlerischeHochschulen.pdf> (8.10.2024).
- Hecker, Michael (2023): Die ostdeutschen Universitäten auf dem Weg in der wiedervereinigte Deutschland, in: ders./Bärbel Friedrich, Die ostdeutschen Universitäten im vereinten Deutschland. Eine Erfolgsgeschichte in Ost-West-Perspektive, Halle (Saale), S. 11–184.
- Hein, Christoph (1981 [1974]): Schlötel oder Was solls. Eine Komödie, in: ders., Cromwell und andere Stücke, Berlin [DDR], S. 161–224.
- Hein, Christoph (1985): Horns Ende. Roman, Berlin/Weimar.
- Hein, Christoph (1989): Der Tangospieler. Erzählung, Berlin [DDR].
- Hein, Christoph (2018): Verwirrnis. Roman, Berlin.
- Hellriegel, Bertold/Claudia Herrmann/Tatjana Konzack/Peter Ständert (1994): Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen in den neuen Bundesländern. Eine qualitative und quantitative Analyse, Berlin.
- Helm, Johannes (2007): Tanz auf der Ruine. Szenen aus einem vergessenen Land, Berlin.
- Henkys, Reinhard (2014): Bedingungen theologischer Arbeit in der DDR. Theologische Forschung und Lehre in der sozialistischen Gesellschaft, in: Joachim Heise/Rosemarie Schu-

- mann (Hg.), Reinhard Henkys – Brückenbauer zwischen West und Ost. Eine Dokumentation seiner Beiträge in der Zeitschrift „Kirche im Sozialismus“. Mit persönlichen Erinnerungen von Jürgen Henkys an seinen Bruder, Berlin, S. 102–104.
- Hennig, Werner/Walter Friedrich (Hg.) (1991): Jugend in der DDR. Daten und Ergebnisse der Jugendforschung vor der Wende, Weinheim/München.
- Herbst, Andreas/Winfried Ranke/Jürgen Winkler (1994): So funktionierte die DDR. Lexikon der Organisationen und Institutionen. 3 Bde., Reinbek b. Hamburg.
- Hermisdorf, Klaus (2006): Kafka in der DDR. Erinnerungen eines Beteiligten, hrsg. von Gerhard Schneider und Frank Hörnigk, Berlin.
- Herrmann, Peter (o.J. [2007]): Erinnerungen und Ausblicke eines ehemaligen Jenaer Studenten aus der Zeit von 1956 bis 2006, o.O. [Eisenberg].
- Herrmann, Peter/Heinz Studel/Manfred Wagner (Hg.) (1997): Der Physikerball 1956. Vorgeschichte – Ablauf – Folge, Jena.
- Hertle, Hans-Hermann (1991): Vor dem Bankrott der DDR. Dokumente des Politbüros des ZK der SED aus dem Jahre 1988 zum Scheitern der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (die Schürer/Mittag-Kontroverse), Berlin.
- Herzog, Gabriele (1990): Keine Zeit für Beifall. Roman, Berlin.
- Heym, Stefan (1960): Schatten und Licht. Geschichten aus einem geteilten Lande, Leipzig.
- Heym, Stefan (1973): Der König David Bericht. Roman, Berlin [DDR].
- Hilbert, Klaus/Erhardt Walter/Jochen Spencker/Klaus Weberbeck/Hermann Riedel (1999): 50 Jahre Fachbuchverlag Leipzig 1949–1999. Beiträge zur Geschichte des Verlages, München/Wien.
- Hochschullehrerberufungsverordnung, Verordnung über die Berufung und die Stellung der Hochschullehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen, in: Gesetzblatt der DDR Teil II Nr. 127, 13.12.1968, S. 997–1005.
- Hofer, Herrmann/Thilo Karger/Christa Riehn (Hg.) (2003): Werner Krauss. Literatur. Geschichte. Schreiben, Tübingen/Basel.
- Hoffmann, Dieter/Kristie Macrakis (Hg.) (1998): Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin (engl. Ausg.: dies., Science under Socialism. East Germany in Comparative Perspective, Cambridge/London 1999).
- Hoffmann, Siegfried (1998): Bücher – meine Wegbegleiter. Erinnerungen eines Leipziger Verlegers, Taucha.
- Hohlfeld, Rainer/Monika Mattes (1999): Wissenschaftsplanung und Kaderpolitik in der DDR unter besonderer Berücksichtigung der ideologischen Steuerung der Naturwissenschaften, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Bd. IV/1-2: Bildung – Wissenschaft – Kultur, Baden-Baden/Frankfurt a.M., S. 1160–1190.
- Hollitscher, Walter (1953): Die philosophische Bedeutung der Lehren Pawlows, in: Eberhard Goetze/Alexander Mette/Lothar Pickenhain (Red.), Tagungs-Bericht der Pawlow-Tagung Leipzig 15./16. Januar 1953. Veranstaltet vom Ministerium für Gesundheitswesen und Staatssekretariat für Hochschulwesen der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [DDR], S. 126–144.
- Honecker, Margot in Diskussion zum Bericht zur Direktive des VIII. Parteitag der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971 bis 1975 (1971), in: Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 15. bis 19. Juni 1971 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. 4. und 5. Beratungstag, Berlin [DDR], S. 78–84.
- Hopsch, Ralf G. (1988): Die verhältnismäßige Ausbildung und Beschäftigung von Physikern zu Ingenieuren in entwickelten Industrieländern im Vergleich zur DDR (=Kurzinformativon Minister 1988/13), Berlin [DDR].

- Hörnig, Hannes (Autorenkollektiv-Ltr.) (1965): Zu einigen Problemen im Hochschulwesen beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR, Berlin [DDR].
- Hörnig, Hannes (1989): Hoher Anspruch an die Qualität und die Wirksamkeit der marxistisch-leninistischen Wissenschaftsforschung in der DDR, in: Günter Kröber (Hg.), Wissenschaftsforschung in der DDR. Stand, Positionen und Aufgaben. 1. Tagung des Rates für marxistisch-leninistische Wissenschaftsforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR am 10.3.1988, Berlin [DDR], S. 8–15.
- Höxtermann, Ekkehard (2000): „Klassenbiologen“ und „Formalgenetiker“. Zur Rezeption Lyssenkos unter den Biologen in der DDR, in: Wieland Berg/Sybille Gerstengarbe/Andreas Kleinert/Benno Parthier (Hg.), Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte 1999/2000, Heidelberg, S. 273–300.
- Humboldt, Wilhelm von (2002): Werke in fünf Bänden. Bd. IV: Schriften zur Politik und zum Bildungswesen, hrsg. von Andreas Flitner und Klaus Giel, Darmstadt.
- IfD, Institut für Demoskopie Allensbach (2016): Die Lage von Forschung und Lehre an deutschen Universitäten 2016. Ausgewählte Ergebnisse einer Online-Befragung von Hochschullehrern, Allensbach.
- IfH, Institut für Hochschulbildung, Forschungsstelle Wissenschaftstheoretische Grundlagen der Hochschulbildung (o.J. [1978]): Kolloquium „Methodologie und Schöpfertum“ am 1. und 2. Dezember in Berlin, Berlin [DDR].
- Ihmels, Folkert (Hg.) (1999): Im Räderwerk zweier Diktaturen. Werner Ihmels 1926–1949, Leipzig.
- IML, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.) (1966): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Berlin [DDR].
- Jäger, Eberhard /Hendrike Raßbach (1998): Struktur und Arbeitsweise des MfS an der Ingenieurschule für Maschinenbau Schmalkalden (1980–1990), Erfurt.
- Jakubeit, Peter (2000): Der Katzenwald. Zweites Buch der Trennungen. Roman, Oschersleben.
- Janka, Walter/Werner Mittenzwei (1993): Der Verleger Walter Janka im Gespräch mit Werner Mittenzwei, in: Walter Janka, ... bis zur Verhaftung. Erinnerungen eines deutschen Verlegers, Berlin/Weimar, S. 156–201.
- Jessen, Ralph (1998): Diktatorischer Elitewechsel und universitäre Milieus. Hochschullehrer in der SBZ/DDR (1945–1967), in: Geschichte und Gesellschaft 1/1998, S. 24–54.
- Jessen, Ralph (1999): Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen.
- Jessen, Ralph (2002): Von den Vorzügen des Sozialismus und der deutschen Teilung. Kollaborationsverhältnisse im ostdeutschen Wissenschaftssystem der fünfziger Jahre, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen, S. 39–52.
- Julier, Elmar (1984): Die Einheit von Lehre und Forschung (ELF) an den Hochschulen unter Beachtung der Konzeption zur Aus- und Weiterbildung von Ingenieuren und Ökonomen in der DDR, Berlin [DDR].
- Julier, Elmar (1990): Personelle Forschungskapazitäten an DDR-Hochschulen und Akademien, Berlin.
- Kaiser, Tobias/Heinz Mestrup (Hg.) (2012): Politische Verfolgung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1945 bis 1989. Wissenschaftliche Studien und persönliche Reflexionen zur Vergangenheitsklärung, Berlin.
- Kany, Jens (2016): Die soziale Funktion der Wissenschaft. Wiederaufnahme eines Forschungsprogramms, Heidelberg.
- Kiel, Siegfried (Hg.) (1981): Wissenschaft – Selbständige wissenschaftliche Tätigkeit der Studenten, Halle (Saale).
- Kirchner, Otto Bernd (2000): Wafer-Stepper und Megabit-Chip. Die Rolle des Kombinat Carl-Zeiss-Jena in der Mikroelektronik der DDR. Dissertation, Stuttgart, unveröff.

- Kirchner, Verena (2002): Im Bann der Utopie. Ernst Blochs Hoffungsphilosophie in der DDR-Literatur, Heidelberg.
- Kittel, Peter (2018): Erinnerungen an die Öffentliche Wissenschaftliche Bibliothek/Deutsche Staatsbibliothek in Berlin Unter den Linden 8, Berlin.
- Klammer, Jürgen (2023): Konterrevolution im Kabarettkeller. Leipzig Sommer 1961. Vorgang Sodann und 5 Andere, Leipzig.
- Klappenbach, Ruth/Wolfgang Steinitz (Hg.) (1964–1977): Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache (WDG). 6 Bände, Berlin [DDR].
- Klaus, Georg (1967): Wörterbuch der Kybernetik, Berlin [DDR].
- Klein, Alfred (1997): Heimat auf Zeit. Hans Mayer an der Universität Leipzig, in: Utopie kreativ 77/März 1997, S. 29–45.
- Klenke, Olaf (2001): Ist die DDR an der Globalisierung gescheitert? Autarke Wirtschaftspolitik versus internationale Weltwirtschaft. Das Beispiel Mikroelektronik, Frankfurt a.M. u.a.
- Klose, Joachim (Hg.) (2009): Die Belter-Gruppe. Studentischer Widerstand gegen das SED-Regime an der Universität Leipzig, Leipzig.
- Klose, Joachim (Hg.) (2010): Ohnmacht der Studentenräte? Wolfgang Natonek und die Studentenräte nach 1945 an der Universität Leipzig, Leipzig.
- Kluge, Gerhard (1999): Der „NATO-Professor“ Walter Brödel. Dokumentation, Erfurt.
- Kluge, Gerhard/Reinhard Meinel (1997): MfS und FSU. Das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Erfurt.
- Kluge, Patrick (2017): Die Geschichte der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Veterinärmedizin (in) der DDR (WGV) aus der Sicht ihrer Archivalien, Berlin.
- Klump, Brigitte (1978): Das rote Kloster. Eine deutsche Erziehung, Hamburg.
- Knyschewskij, Pawel Nikolaewitsch (1995): Moskaus Beute. Wie Vermögen, Kulturgüter und Intelligenz nach 1945 aus Deutschland geraubt wurden, München/Landsberg am Lech.
- Kocka, Jürgen (1998): Wissenschaft und Politik in der DDR, in: ders./Renate Mayntz, Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung, Berlin, S. 435–459.
- Köhler, Helmut/Manfred Stock (2004): Bildung nach Plan? Bildungs- und Beschäftigungssystem in der DDR 1949 bis 1989, Opladen.
- Königsdorf, Helga (1988): Kugelblitz, in: dies., Lichtverhältnisse. Geschichten, Berlin/Weimar, S. 5–32.
- Königsdorf, Helga (1989): Das Prinzip Menschenwürde. Thesen für einen Vortrag, in: neue deutsche literatur 10/1989, S. 5–10.
- Königsdorf, Helga (1993): Im Schatten des Regenbogens, Berlin.
- Königsdorf, Helga (2002): Landschaft in wechselndem Licht. Erinnerungen, Berlin.
- Koop, Dieter (2009): Soziologie, in: Ulrich von Hehl/Uwe John/Manfred Rudersdorf (Hg.), Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009, Bd. 4: Fakultäten, Institute, Zentrale Einrichtungen, 1. Halbband, Leipzig, S. 846–858.
- Köpke, Horst/Friedrich-Franz Wiese (Hg.) (1990): Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, Rostock.
- Korneli, Peter/Dietrich Gläser (1999): Medizinischer Hochschulbau in der DDR, in: Monika Gibas/Peer Pasternack (Hg.), Sozialistisch behaust & bekunsted. Hochschulen und ihre Bauten in der DDR, Leipzig, S. 85–95; auch unter <https://www.hof.uni-halle.de/web/da/taeten/Sozialistisch-behaust-bekunsted.pdf> (22.12.2018).
- Kosel, Gerhard (1957): Produktivkraft Wissenschaft, Berlin [DDR].
- Kothe, Kristian (1970): Jugendobjekte im Studium, in: Das Hochschulwesen 7/1970, S. 453–455.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha (1995): Die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in der Geschichtswissenschaft der DDR (1945–1961), in: Martin Sabrow/Peter Th. Walther (Hg.),

- Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig, S. 31–58.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (1997): Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957, Berlin.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (2003): Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin.
- Kröber, Günter (1989): Wissenschaftsforschung in der DDR. Stand, Positionen und Aufgaben. Zur Gründung des Rates für marxistisch-leninistische Wissenschaftsforschung, in: ders. (Hg.), Wissenschaftsforschung in der DDR. Stand, Positionen und Aufgaben. 1. Tagung des Rates für marxistisch-leninistische Wissenschaftsforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR am 10.3.1988, Berlin [DDR], S. 16–29.
- Kröber, Wolfgang (1990): Spielregeln des Zufalls. Eine Tag- und Nachtvision, Aufbau-Verlag, Berlin/Weimar.
- Krönig, Waldemar/Klaus-Dieter Müller (1994): Anpassung, Widerstand und Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945–1961, Köln.
- Krüger, Gerhard/Lothar Mörl (2006): 50 Jahre verfahrenstechnische Forschung und Lehre in Magdeburg, in: Magdeburger Wissenschaftsjournal 1–2/2006, S. 51–62.
- Krull, Wilhelm (1994): Im Osten wie im Westen – nicht Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, in: Renate Mayntz (Hg.), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt/New York, S. 205–225.
- Kruschel, Heinz (1971): Wind im Gesicht. Roman, Halle (Saale).
- Kuczynski, Rita (1999): Die Mauerblume. Mein Leben an der Grenze, München.
- Kühne, Lothar (1981): Gegenstand und Raum. Über die Historizität des Ästhetischen, Dresden.
- Kühne, Lothar (1985): Haus und Landschaft. Aufsätze, Dresden.
- Kuntsche, Siegfried (2017): Die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften 1951–1990. Dokumente und Untersuchungen. 2 Halbbände, Leipzig.
- Kusicka, Herbert/Werner Meske/Sybille Thielsch/Henriette Thieme (1990): Forschung und Entwicklung in der DDR. Daten aus der Wissenschaftsstatistik 1971 bis 1989, Essen.
- Laitko, Hubert (1996): Wissenschaftlich-technische Revolution. Akzente des Konzepts in Wissenschaft und Ideologie der DDR, in: Utopie kreativ 73–74/1996, S. 33–50. URL [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Utopie\\_kreativ/73-4/73\\_4\\_Laitko.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/73-4/73_4_Laitko.pdf) (12.10.2018).
- Laitko, Hubert (1997): Das Reformpaket der sechziger Jahre. Wissenschaftspolitisches Finale der Ulbricht-Ära, in: Dieter Hoffmann/Kristie Macrakis (Hg.), Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin, S. 35–57.
- Laitko, Hubert (2018): Der lange Weg zum Kröber-Institut, in: Wolfgang Girnus/Klaus Meier (Hg.), Wissenschaftsforschung in Deutschland. Die 1970er und 1980er Jahre, Leipzig, S. 13–154.
- Lambrecht, Wolfgang (2007): Wissenschaftspolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus. Die III. Hochschulreform (1965–71) am Beispiel der TH Karl-Marx-Stadt, Münster/New York/München/Berlin.
- Land, Rainer/Lutz Kirschner (Hg.) (1990): Texte zu Politik, Staat, Recht; Berlin [DDR].
- Lenski, Katharina (2017): Geheime Kommunikationsräume? Die Staatssicherheit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Frankfurt a.M./New York.
- Liebscher, Heinz (1995): Fremd- oder Selbstregulation? Systemisches Denken in der DDR zwischen Wissenschaft und Ideologie, Münster.
- Lienert, Matthias (2011): Zwischen Widerstand und Repression. Studenten der TU Dresden 1946–1989, Köln/Weimar/Wien.

- Linke, Dietmar (1994): Theologiestudenten an der Humboldt-Universität. Zwischen Hörsaal und Anklagebank. Darstellung der parteipolitischen Einflußnahme auf eine Theologische Fakultät in der DDR anhand von Dokumenten, Neukirchen-Vluyn.
- Lokatis, Siegfried (2003): Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht, Köln/Weimar/Wien.
- Lokatis, Siegfried (2019): Verantwortliche Redaktion. Zensurwerkstätten der DDR, Stuttgart.
- Lokatis, Siegfried (2021): „Nagruko“, „Grundriß“ und „Geschichtswerk“. Zensurmaßstäbe des IML unter Walter Ulbricht, in: ders./Martin Hochrein (Hg.), Die Argusaugen der Zensur. Begutachtungspraxis im Leseland DDR, Stuttgart, S. 682–705.
- Lokatis, Siegfried/Martin Hochrein (Hg.) (2021): Die Argusaugen der Zensur. Begutachtungspraxis im Leseland DDR, Stuttgart.
- Lorenz, Holger (Hg.) (2003): Der Passagier-Jet „152“. Walter Ulbrichts Traum vom „Überflügeln des Westens“. Die Geschichte des ersten deutschen Passagierflugzeugs mit Strahlantrieb, Marienberg.
- Lorenz, Rolf/Roswitha Hinz/Ingeline Nielsen/Jürgen Runge (o.J. [2019]): Zeitzeugnisse „Professorinnen und Professoren schützen Studierende“, o.O. [Halle (Saale)]. URL <https://docplayer.org/storage/103/159280574/1580136263/-mRI4M2hWDK1qUkQLnYI3w/159280574.pdf> (8.10.2020).
- Lorf, Marianne (1976): Erkundungsuntersuchung zum Entwicklungsstand von Bedingungen zur Förderung der wissenschaftlich-schöpferischen Arbeit der Studenten einiger gesellschaftswissenschaftlicher Sektionen und Bereiche der Humboldt-Universität, Berlin [DDR].
- Lorke, Christoph (2009): Zwischen Anpassung und Repression. Die Hochschullehrerschaft der Medizinischen Akademie Magdeburg vom Mauerbau bis zum Ende der Ära Ulbricht, Magdeburg.
- Lucas, Bernd (2017): Es war einmal ein Studienjahr.... Erinnerungen der stud. chem. der Matrikel 1964 der Ernst-Moritz-Arndt-Universität, o.O.
- Luhmann, Niklas (1964): Funktionen und Folgen formaler Organisation, Berlin [West].
- Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft, 2 Bde., Frankfurt a.M.
- Luhmann, Niklas (2000): Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt a.M.
- Lülfing, Daniela (1999): Die Entwicklung der Deutschen Staatsbibliothek und ihre Rolle im Bibliothekswesen der DDR, in: Peter Vodosek/Konrad Marwinski (Hg.), Geschichte des Bibliothekswesens in der DDR, Wiesbaden, S. 145–157.
- Lundgreen, Peter (2008): Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte Bd. VIII. Berufliche Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2001, unt. Mitarb. v. Jana Scheunemann und Gudrun Schwibbe, Göttingen.
- Maaß, Siegwart (1986): Einflußfaktoren auf die Nutzung von Potenzen der gemeinsamen Forschung auf Hochschullehrer und Studenten, Berlin [DDR].
- Magnus, Kurt (1995): Raketensklaven. Deutsche Forscher hinter rotem Stacheldraht, Stuttgart.
- Macrakis, Kristie (1998): Einheit der Wissenschaft versus deutsche Teilung, in: Dieter Hoffmann/Kristie Macrakis (Hg.), Naturwissenschaft und Technik in der DDR, Berlin.
- Mähler, Ulrich/Gerd-Rüdiger Stephan (1996): Blaue Hemden. Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen.
- Malige-Klappenbach, Helene (1986): Das „Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache“. Bericht, Dokumentation und Diskussion, Tübingen.
- Malycha, Andreas (2001): Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1961, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 30–31/2001, S. 14–21.
- Malycha, Andreas (2008): Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR 1970–1990. Zur Geschichte einer Wissenschaftsinstitution im Kontext staatlicher Bildungspolitik, o.O. [Leipzig].

- Malycha, Andreas/Ulrike Thoms (2010): Aufbruch in eine neue Zukunft? Biowissenschaftliche Prognosen in der DDR und der Bundesrepublik in der 1960er und 1970er Jahren, in: Heinrich Hartmann/Jakob Vogel (Hg.), Zukunftswissen. Prognosen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit 1900, Frankfurt/New York.
- Maron, Monika (1991): Stille Zeile Sechs. Roman, Frankfurt a.M.
- Marquardt, Bernhard/Emil Schmickl (1987): Wissenschaft, Macht und Modernisierung in der DDR. Pragmatismus plus Kontrolle – ein „neuer“ SED-Kurs?, in: APuZ B3/1987, S. 20–32.
- Marx, Karl (1983 [1857/1858]): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW Bd. 42, Berlin [DDR], S. 47–768.
- Maser, Peter (2013): „Mit Luther alles in Butter?“. Das Lutherjahr 1983 im Spiegel ausgewählter Akten, unt. Mitarb. v. Johannes Gruhn, Berlin.
- Mayntz, Renate (Hg.) (1994): Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt a.M./New York.
- MBW, Ministerium für Bildung und Wissenschaft (1990): Hochschulen und Fachschulen der DDR. Statistischer Überblick 1990, Berlin.
- Medwedew, Schores Alexandrowitsch (1971 [1969]): Der Fall Lyssenko. Eine Wissenschaft kapituliert, Hamburg.
- Mehlig, Johannes (1999): Wendezeiten. Die Strangulierung des Geistes an den Universitäten der DDR und dessen Erneuerung, Bad Honnef.
- Meier, Klaus (1999): Der Stand der Forschung in der DDR im internationalen Vergleich: Naturwissenschaften, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Bd. IV: Bildung – Wissenschaft – Kultur, Baden-Baden/Frankfurt a.M., S. 1305–1334.
- Meske, Werner (1990): Entwicklung des Wissenschaftspotentials der DDR, in: ders. (Hg.), Wissenschaft der RGW-Länder. Länderberichte zur Situation am Ende der 80er Jahre aus der DDR, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, der Sowjetunion, der Mongolischen VR, Vietnam und Kuba, Berlin, S. 23–67.
- Meske, Werner (1990a): Deutsch-deutsche Wissenschaftspotentiale in den 90er Jahren. Internationaler Vergleich, Grundtendenzen und Entwicklungsmöglichkeiten, in: Hansgünter Meyer (Hg.), Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR, Berlin/New York, S. 97–113.
- Meske, Werner (1990b): Industrie-F/E in der DDR. Umfang, Strukturen, Tendenzen, in: IGW-Report über Wissenschaft und Technologie 2/1990, S. 19–33.
- Mewes, Klaus-Hermann (1997): Pirna 014. Flugtriebwerke der DDR. Entwicklung, Erprobung und Bau von Stahltriebwerken und Propellerturbinen, Oberhaching.
- Meyer, Hansgünter (1990): Wissenschaftspolitik, Intelligenzpolitik. Das Personal für Wissenschaft, Forschung und Technik in der DDR, in: ders. (Hg.), Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR, Berlin/New York, S. 1–51.
- MHF, Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (1986): Anlage zur Broschüre Ausgewählte Signierschlüssel für die Planung und Abrechnung im Hoch- und Fachschulwesen der DDR, Zwickau.
- Michels, Jürgen/Jochen Werner (Hg.) (1994): Luftfahrt Ost 1945–1990. Geschichte der deutschen Luftfahrt in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), Bonn.
- Middell, Matthias (1997): 1968 in der DDR. Das Beispiel Hochschulreform, in: Etienne Francois/Matthias Middell/Emmanuel Terray/Dorothee Wierling (Hg.), 1968 – ein europäisches Jahr?, Leipzig, S. 125–146.
- Mielke, Ulrich/Klaus Kramer (1997): Der Vorgang Prof. Dr. med. habil. Linke. Die Medizinische Akademie Magdeburg und das Ministerium für Staatsicherheit. Enthüllungen über inoffiziell für das MfS tätige Leitungskader der MAM, Magdeburg.

- Miethe, Ingrid (2007): Bildung und soziale Ungleichheit in der DDR. Möglichkeiten und Grenzen einer gegenprivilegierenden Bildungspolitik, Opladen/Farmington Hills.
- Miethe, Ingrid/Martina Schiebel (2008): Biografie, Bildung und Institution. Die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten in der DDR, Frankfurt a.M.
- Ministerrat der DDR (1954): Beschluß des Ministerrats über die weitere Entwicklung des Gesundheitsschutzes in der Deutschen Demokratischen Republik vom 8. Juli 1954, in: Die Heilberufe 8/1954, S. 273–288.
- Mittenzwei, Ingrid (1980): Friedrich II. von Preußen. Eine Biographie, Berlin [DDR].
- MLU, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Rektoratskommission zur Aufarbeitung der Universitätsgeschichte in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts (Hg.) (o.J. [2019 ff.]): Politische Verfolgung und Widerstand in der DDR, Halle (Saale). URL <https://www.catalogus-professorum-halensis.de/politische-verfolgung-ddr/> (28.2.2022).
- Mocek, Reinhard (1994): Versuch zur Bilanz der Wissenschaftstheorie in der DDR. Entstehung – Inhalte – Defizite – Ausblicke, in: Dresdener Beiträge zur Geschichte der Technikwissenschaften H. 22, Dresden, S. 1–30. URL [http://digital.slub-dresden.de/fileadmin/data/378640844-19940100/378640844-19940100\\_tif/jpegs/378640844-19940100.pdf](http://digital.slub-dresden.de/fileadmin/data/378640844-19940100/378640844-19940100_tif/jpegs/378640844-19940100.pdf) (2.1.2019).
- Morgner, Martin (2010): In die Mühlen geraten. Porträts von politisch verfolgten Studenten der Friedrich-Schiller-Universität Jena zwischen 1967 und 1984, Weimar/Eisenach.
- Mühlpfordt, Günter/Günter Schenk (2004): Der Spirituskreis (1890–1958). Eine Gelehrten-gesellschaft in neuhumanistischer Tradition. Vom Kaiserreich bis zum Verbot durch Walter Ulbricht im Rahmen der Verfolgungen an der Universität Halle 1957 und 1958. Band 2: 1945–1958, i. Verb. m. Regina Meÿer, Halle/Saale.
- Müller, Johannes (1969): Zur Stellung der systematischen Heuristik im Komplex der Rationalisierung der geistig-schöpferischen Tätigkeit, in: Alfred Lange (Hg.), Forschungsökonomie. Protokoll des wissenschaftlichen Kolloquiums „Aktuelle Probleme der weiteren Verbesserung der Prognose, Planung und ökonomischen Durchdringung der Forschungsarbeiten mit dem Ziel der Erhöhung ihrer Effektivität“ am 28. und 29. November 1968 an der Hochschule für Ökonomie, Berlin, Berlin, S. 68–75.
- Müller, Johannes (1970): Programmbibliothek zur systematischen Heuristik für Naturwissenschaftler und Ingenieure, Halle (Saale).
- Müller, Johannes (1990): Arbeitsmethoden der Technikwissenschaften. Systematik, Heuristik, Kreativität, Berlin/Heidelberg/New York/London/Paris/Tokyo/Hong Kong.
- Müller, Klaus-Dieter/Jörg Osterloh (1996): Die Andere DDR. Eine studentische Widerstandsgruppe und ihr Schicksal im Spiegel persönlicher Erinnerungen und sowjetischer NKWD-Dokumente, Dresden.
- Münster, Arno (2004): Ernst Bloch. Eine politische Biographie, Berlin/Wien.
- MWB, Ministerium für Wissenschaft und Bildung, Referat Statistik (o.J. [1990]): Statistisches Jahrbuch des Fachschulwesens der DDR, Zwickau.
- Naumann, Frank (1991): Verlorene Erinnerung. Ein Tagebuch, Berlin.
- Naumann, Manfred (Leitung und Gesamtdredaktion) et al. (1973): Gesellschaft – Literatur – Lesen. Literaturrezeption in theoretischer Sicht, Berlin/Weimar.
- Naumann, Manfred (2012): Zwischenräume. Erinnerungen eines Romanisten, Leipzig.
- Neidhardt, Friedhelm (1994): Konflikte und Balancen. Die Umwandlung der Humboldt-Universität zu Berlin 1990–1993, in: Renate Mayntz (Hg.), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt/New York, S. 33–60.
- Nerlich, Michael (Hg.) (1993): Zum deutsch-französischen Verhältnis: Werner Krauss (=len-demens H. 69/70), Berlin.
- Neufeld, Michael J. (2009): Visionär des Weltraums, Ingenieur des Krieges, aus d. Engl. v. Ilse Strasmann, München.
- Neutsch, Erik (1985): Der Friede im Osten. Band 3: Wenn Feuer verlöschen, Halle/Leipzig.

- Niederhut, Jens (2005): Die Reisekader. Auswahl und Disziplinierung einer privilegierten Minderheit in der DDR, Leipzig.
- Niemann, Heinz (1993): Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln.
- Noll, Dieter (1979): Kippenberg. Roman, Berlin/Weimar.
- Nürnberg, Reiner/Ekkehard Höxtermann/Martina Voigt (Hg.) (2014): Elisabeth Schieman 1881–1972. Vom Aufbruch der Genetik und der Frauen in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. Beiträge eines interdisziplinären Symposiums zum 200. Gründungsjubiläum der Humboldt-Universität zu Berlin, Rangsdorf.
- Olbrich, Harald (Hg.) (1987–1994): Lexikon der Kunst. 7 Bde., Leipzig.
- Otto, Rainer (1975): Im Forschungsinstitut, in: ders. (Hg.), Pfeffermüllereien. Kabarett-Texte, Berlin [DDR], S. 229–236.
- Pampel, Ines (2018): Schriftentausch zwischen Bibliotheken der DDR und der BRD mit einer Nutzenanalyse am Beispiel der SLB Dresden, Berlin. URL <https://www.logos-verlag.de/ebooks/OA/978-3-8325-4663-2.pdf> (11.10.2024).
- Parthier, Benno (Hg.) (1994): „Die Wellen schlagen hoch...“. Zur 75. Wiederkehr des Geburtstages von Heinz Bethge, XXIII. Präsident der Leopoldina am 15. November 1994, Halle/S.
- Parthier, Benno (Hg.) (1994a): Die Leopoldina. Bestand und Wandel der ältesten deutschen Akademie. Festschrift des Präsidiums der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina zum 300. Jahrestag der Gründung der heutigen Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1994, Halle/S.
- Parthier, Benno (2001): Kurt Mothes (1900–1983). Gelehrter, Präsident, Persönlichkeit. Gedankenkreise am Vorabend seines 100. Geburtstages sowie anmerkenswerte Details zu seinem Leben und Wirken (Acta Historica Leopoldina Bd. 37), Heidelberg.
- Parthier, Benno/Dietrich von Engelhardt (Hg.) (2002): 350 Jahre Leopoldina – Anspruch und Wirklichkeit. Festschrift der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina 1652–2002, Halle/Saale.
- Pasternack, Peer (Hg.) (1993): IV. Hochschulreform. Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland 1989/90. Eine Retrospektive. Leipzig. URL [http://www.peer-pasternack.de/texte/NewContent/Pasternack\\_IVte%20HS\\_Reform.pdf](http://www.peer-pasternack.de/texte/NewContent/Pasternack_IVte%20HS_Reform.pdf) (13.2.2021).
- Pasternack, Peer (2006): Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der SBZ, DDR und Ostdeutschlands 1945–2000. Annotierte Bibliografie der Buchveröffentlichungen 1990–2005. CD-ROM-Edition, mit Booklet, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, Wittenberg/Berlin. URL <https://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Wissenschafts-und-Hochschulgeschichte-Komplettextport.pdf> (23.8.2024).
- Pasternack, Peer (2014): Bologna-Reform in Deutschland. Eine erklärungsorientierte Rekonstruktion, in: ders., Qualitätsstandards für Hochschulreformen. Eine Auswertung der deutschen Hochschulreformqualitäten in den letzten zwei Jahrzehnten, Bielefeld, S. 133–151. URL [https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/2014\\_Qualitaetsstandards.pdf](https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/2014_Qualitaetsstandards.pdf) (13.10.2024).
- Pasternack, Peer (2015): Akademische Medizin in der DDR. 25 Jahre Aufarbeitung 1990–2014, Leipzig. URL [https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/MedBibliogr\\_Buchlayout\\_WEB.pdf](https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/MedBibliogr_Buchlayout_WEB.pdf) (8.10.2024).
- Pasternack, Peer (2016): Die DDR-Gesellschaftswissenschaften post mortem: Ein Vierteljahrhundert Nachleben (1990–2015). Zwischenfazit und bibliografische Dokumentation, Berlin. URL <https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/DDR-GeWiPostMortem.pdf> (24.1.2021).
- Pasternack, Peer (2019): Fünf Jahrzehnte, vier Institute, zwei Systeme. Das Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB) und seine Kontexte 1964–2014, Berlin.

- Pasternack, Peer (2021): MINT und Med. in der DDR. Die DDR-Natur-, Ingenieur- und medizinischen Wissenschaften im Spiegel ihrer dreißigjährigen Aufarbeitung und Erforschung seit 1990, Berlin.
- Pasternack, Peer (2022): Wissenschaft und Politik in der DDR: eine Konfliktgeschichte? Untersucht anhand der Gesellschaftswissenschaften, in: Martin Kintzinger/Wolfgang Eric Wagner/Ingo Runde (Hg.), Hochschule und Politik. Politisierung der Universitäten vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Bern, S. 279–315.
- Pasternack, Peer (2024): Von Campus- bis Industrieliteratur. Eine literarische DDR-Wissenschaftsgeschichte, Baden-Baden.
- Pasternack, Peer (2025): Die vier Dimensionen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus ab 1990. Strukturen und Personal, wissenschaftliche Inhalte und akademische Kultur, Berlin [i. Ersch.].
- Pasternack, Peer (2025a): Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau in den 1990er Jahren. Annotierte Bibliografie, Halle-Wittenberg [i. Ersch.]. URL <https://www.hof.uni-halle.de/pu/blikationen/forschungsberichte/>.
- Pasternack, Peer/Daniel Hechler (2016): Annotierte Bibliografie, in: Peer Pasternack, Die DDR-Gesellschaftswissenschaften post mortem: Ein Vierteljahrhundert Nachleben (1990–2015). Zwischenfazit und bibliografische Dokumentation, Berlin, S. 241–584. URL <https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/DDR-GeWiPostMortem.pdf> (24.1.2021).
- Pasternack, Peer/Sebastian Schneider/Peggy Trautwein/Steffen Zierold (2018): Die verwaltete Hochschulwelt. Reformen, Organisation, Digitalisierung und das wissenschaftliche Personal, Berlin. URL [https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/2018-PaSchnTrauZie\\_Verwaltete-HS-Welt\\_web.pdf](https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/2018-PaSchnTrauZie_Verwaltete-HS-Welt_web.pdf) (12.8.2023).
- Paul, Saskia (2015): „stark sein im Geiste, klar in der Welt, fest im Dienste an unserem Volk“. Die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig von ihrer Reorganisation bis zur Akademiereform (1945–1974), Stuttgart/Leipzig.
- PDS-Bundestagsfraktion (Hg.) (2000): Arbeiter-und-Bauern-Fakultät. Was war sie und bleibt von ihr für linke Bildungspolitik? Zeitzeugenkonferenz der PDS-Bundestagsfraktion am 9. Oktober 1999 in Halle/Saale, Berlin.
- Penzlin, Heinz (Hg.) (1994): Geschichte der Zoologie in Jena nach Haeckel (1909 bis 1974), Jena.
- Penzlin, Heinz (Hg.) (1999): Geschichte ausgewählter Arbeitsvorhaben, hrsg. im Auftrag der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Stuttgart/Leipzig.
- Pepperle, Heinz (1986): Revision des marxistischen Nietzsche-Bildes? Vom inneren Zusammenhang einer fragmentarischen Philosophie, in: Sinn und Form 5/1986, S. 934–969.
- Pepperle, Heinz (1988): „Wer zuviel beweist, beweist nichts“, in: Sinn und Form 1/1988, S. 210–220.
- Pfeifer, Wolfgang (Hg.) (1989): Etymologisches Wörterbuch des Deutschen. 3 Bände, Berlin [DDR].
- Pfundter, Raimund/Wolfgang Cordes/Holger Föllmer (1995): Fernstudienbrückenkurse. Abschlußbericht, Hagen.
- Pleschak, Franz/Michael Fritsch/Frank Stummer (2000): Industrieforschung in den neuen Bundesländern, Heidelberg.
- Ploenus, Michael (2007): „... so wichtig wie das tägliche Brot“. Das Jenaer Institut für Marxismus-Leninismus 1945–1990, Köln/Weimar/Wien.
- Pollack, Detlef (2003): Auf dem Weg zu einer Theorie des Staatssozialismus, in: Historical Social Research 1–2/2003, S. 10–30.
- Pose, Rudolf Arthur (2019): Deutsche Wissenschaftler und Spezialisten im Sowjetischen Atomprojekt. Dokumente, Kommentare, Erinnerungen, Leipzig.

- Raddatz, Fritz J. (1974): Schreibt der Leser die Bücher mit? Wie Literatur aufgenommen wird. Eine Studie aus der DDR, in: Die Zeit, 25.10.1974. URL <http://www.zeit.de/1974/44/schreibt-der-leser-die-buecher-mit/komplettansicht> (20.1.2016).
- Rau, Christian (2018): „Nationalbibliothek“ im geteilten Land. Die Deutsche Bücherei 1945–1990, Göttingen. URL <https://d-nb.info/1211495442/34> (14.8.2021).
- Reichert, Steffen (2007): Unter Kontrolle. Die Martin-Luther-Universität und das Ministerium für Staatssicherheit 1968-1989, Halle (Saale).
- Reiprich, Siegfried (1996): Der verhinderte Dialog. Meine politische Exmatrikulation. Eine Dokumentation, Berlin.
- Reißig, Rolf (2002): Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED. Mit einem Nachwort von Erhard Eppler, Frankfurt a.M./New York.
- Reisz, Robert D./Manfred Stock (2007): Inklusion in Hochschulen. Beteiligung an der Hochschulbildung und gesellschaftlichen Entwicklung in Europa und in den USA (1950–2000), Bonn.
- Rex, Joachim (1999): Die wissenschaftlichen Akademiebibliotheken in Berlin während des Zeitraumes des Bestehens der DDR, in: Peter Vodosek/Konrad Marwinski (Hg.), Geschichte des Bibliothekswesens der DDR, Wiesbaden, S. 165–182.
- Rindfleisch, Hans-Jochen/Rainer Thiel (1994): Erfinderschulen in der DDR. Eine Initiative zur Erschließung und Nutzung von technisch-ökonomischen Kreativitätspotentialen in der Industrieforschung. Rückblick und Ausblick, Berlin.
- Ritz, Christian/Gert Geißler (Hg.) (2003): Wege des Wissens. 125 Jahre Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung, Berlin.
- Rochtus, Dirk (1999): Zwischen Realität und Utopie. Der „dritte Weg“ als Konzept in der DDR 1989/90, Leipzig.
- Roesler, Jörg (2020): Abgewrackt. Die Wirtschaft der DDR – von der Krise zur Liquidierung. Gesammelte Aufsätze, Köln.
- Rohland, Lothar/Horst Spaar (1973): Die medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften der DDR. Geschichte, Funktion und Aufgaben, Berlin [DDR].
- Römer, Wilhelm (2000): Gegen das Vergessen. Als Wissenschaftler im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Ein persönlicher Bericht auf Basis der Stasi-Akte, Göttingen.
- Ronge, Volker (1996): Politikberatung im Licht der Erkenntnisse soziologischer Verwendungsforschung, in: Annette Vogel/Heine Alemann (Hg.), Soziologische Beratung. Praxisfelder und Perspektiven. 9. Tagung für angewandte Soziologie, Opladen, S. 135–144.
- Rosner, Clemens (Hg.) (1992): Die Universitätskirche zu Leipzig. Dokumente einer Zerstörung, Leipzig.
- Roßner, Heinz (Autorenkollektiv-Ltg.) (1974): Das Fachschulwesen als Teil des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems, Karl-Marx-Stadt.
- Rothe, Rudolf (1985): Ergebnisse, Erfahrungen und Aufgaben der Hochschul-Bauplanung in der DDR. Ein Beitrag zur Qualifizierung der funktionellen und baulich-räumlichen Entwicklung von Hochschulkomplexen. Dissertation B, Dresden, unveröff.
- Ruben, Peter/Camilla Warnke (2022): Aktenzeichen I/176/58, Strafsache gegen Langer u.a. Ein dunkles Kapitel aus der Geschichte der DDR-Philosophie, Leipzig.
- Rübensam, Erich/Hans Wagemann (Hg.) (2011): Erinnerungen von Zeitzeugen an ihr Wirken in der Agrarwissenschaft der DDR, o.O. [Diekhof].
- Rücker, Manfred (1999): Das Institut für Hoch- und Fachschulbau. Entwicklung, Aufgaben, Leistungen und Abwicklung, in: Monika Gibas/Peer Pasternack (Hg.), Sozialistisch behaut & bekunstat. Hochschulen und ihre Bauten in der DDR, Leipzig, S. 72–84. URL <https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/Sozialistisch-behaut-bekunstat.pdf> (22.12.2018).
- Ruge, Eugen (2011): In Zeiten des abnehmenden Lichts. Roman einer Familie, Reinbek b. Hamburg.

- Rühle, Otto (1964): Die Idee der Universität. Hochschulbildung als Forschungsthema, in: Das Hochschulwesen 10/1964, S. 641–648.
- Rühle, Otto (1966): Idee und Gestalt der deutschen Universität. Tradition und Aufgabe, Berlin [DDR].
- Rupieper, Hermann-J. (Hg.) (2002): „Es gibt keinen Ausweg für Brandt zum Krieg“. August 1961 an der Martin-Luther-Universität, Halle (Saale).
- Ruppelt, Georg (Hg.) (2011): West-östliche Bande. Erinnerungen an interdeutsche Bibliothekskontakte, Frankfurt a.M.
- Scharf, Hans-Dieter (1996): Von Leipzig nach Workuta und zurück. Ein Schicksalsbericht aus den frühen Jahren des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates 1950-1954, Dresden.
- Scheer, Udo (2019): Jürgen Fuchs. Schriftsteller, Bürgerrechtler, Sozialpsychologe. Ein Porträt, Erfurt.
- Scheler, Werner (2000): Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Abriss zur Genese und Transformation der Akademie, Berlin.
- Schimank, Uwe (1994): Die Rolle der Westdeutschen Rektorenkonferenz/Hochschulrektorenkonferenz bei der Umgestaltung der ostdeutschen Hochschulen, in: Renate Mayntz (Hg.), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess, Frankfurt/New York, S. 259–281.
- Schirmer, Gregor (2004): Gedanken zur III. Hochschulreform, in: Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft (Hg.), Alma Mater und moderne Gesellschaft, Jena, S. 27–44.
- Schirmer, Gregor (2014): „Ja, ich bin dazu bereit“. Eine Rückblende, Berlin.
- Schmidt, Nadin (2015): Die Deportation der wissenschaftlichen Intelligenz an den Universitäten der SBZ nach 1945 und deren Re-Integration an den Universitäten der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Dissertation, Leipzig; URL <https://ul.qucosa.de/api/qucosa%3A15594/attachment/ATT-0/> (27.2.2020).
- Schmiedebach, Heinz-Peter/Karl-Heinz Spiess (Hg.) (2001): Studentisches Aufbegehren in der frühen DDR. Der Widerstand gegen die Umwandlung der Greifswalder Medizinischen Fakultät in eine militärmedizinische Ausbildungsstätte im Jahr 1955, Stuttgart.
- Schmutzler, Georg-Siegfried (1992): Gegen den Strom. Erlebtes aus Leipzig unter Hitler und der Stasi. „... es war tatsächlich möglich...“, Göttingen.
- Schneider, Klaus E. (2004): Der späte Student, Neurotiker und Extremist Wolf Lanzelo. Ein essayistischer Roman, Nora Verlagsgemeinschaft Dyck & Westerheide, Berlin.
- Schneider, Michael C. (1997): Bildung für neue Eliten. Die Gründung der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten in der SBZ/DDR, Dresden.
- Schoenemann, Julius (1998): Der große Schritt. Die dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen dargestellt an einem Beispiel aus der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969–1972, unt. Mitarb. v. Angelika Seifert, Rostock.
- Scholz, Michael F. (1997): Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste, Berlin.
- Schottlaender, Rainer (1993): Das teuerste Flugblatt der Welt. Dokumentation einer Großfahndung des Staatssicherheitsdienstes an der Berliner Humboldt-Universität, Berlin.
- Schreyer, Wolfgang (1987): Der sechste Sinn. Roman, Halle/Leipzig.
- Schröder, Benjamin/Jochen Staadt (Hg.) (2011): Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen in der SBZ/DDR, Frankfurt a.M.
- Schulz, Dagmar (1998): Auswahlbibliographie zur Begabungsforschung in der DDR, in: dies., Zum Leistungsprinzip in der DDR. Politische und pädagogische Studien, Köln/Weimar/Wien, S. 195–200.
- Schürer, Gerhard (2014): Gewagt und verloren. Eine deutsche Biografie, Berlin.
- Schürer, Gerhard/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfner/Arno Donda (1989): Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen. Vorlage für das Politbüro

- des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989. URL <http://www.chronik-der-mauer.de/material/178898/sec-politbuerovorlage-analyse-der-oekonomischen-lage-der-ddr-mit-schlussfolgerungen-30-oktober-1989> (12.8.2018).
- Schuster, Ulrike (1999): *Mut zum eigenen Denken? DDR-Studenten und Freie Deutsche Jugend 1961–1965*, Berlin.
- Schweska, Marc (2011): *Zur Letzten Instanz*, Frankfurt a.M.
- Seemann, Anna-Maria (2017): *Parallelverlage im geteilten Deutschland. Entstehung, Beziehungen und Strategien am Beispiel ausgewählter Wissenschaftsverlage*, Berlin.
- Segal, Jérôme (o.J. [2001?]): *Die Einführung der Kybernetik in der DDR. Begegnung mit der marxistischen Ideologie*, o.O. URL <http://jerome-segal.de/Publis/Kyb-DDR.htm> (5.10.2024).
- Segert, Dieter (2008): *Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR*, Wien/Köln/Weimar.
- Siemens, Johannes (1997): *Lyssenkoismus in Deutschland (1945–1965)*, in: *Biologie in unserer Zeit* 4/1997, S. 255–262.
- Sparschuh, Jens (1989): *Kopfsprung. Aus den Memoiren des letzten deutschen Gedankenlesers*, Berlin [DDR].
- Sparschuh, Vera (2005): *Von Karl Mannheim zur DDR-Soziologie. Generationendynamik in der Wissenschaft*, Hamburg.
- Sperlich, Cordula (2009): *Die Umwandlung des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen in ein Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und die sich daraus ergebende Organisation und Arbeitsweise. Eine institutionsgeschichtliche Betrachtung*. Diplomarbeit, Potsdam. URL [https://opus4.kobv.de/opus4-fhpotsdam/files/130/Diplomarbeit\\_SperlichCordula\\_a\\_2.pdf](https://opus4.kobv.de/opus4-fhpotsdam/files/130/Diplomarbeit_SperlichCordula_a_2.pdf) (12.10.2024).
- Stalin, J[osef] (1951 [1938]): *Über dialektischen und historischen Materialismus [1938]*, in: *ders., Fragen des Leninismus*, Berlin [DDR], S. 647–697.
- Starke, Uta (1992): *Ostdeutsche Studenten zwischen Wende und deutscher Einheit*, in: *hochschule ost* 8/1992, S. 16–21. URL [https://www.hof.uni-halle.de/journal/hefte/1992\\_08.pdf](https://www.hof.uni-halle.de/journal/hefte/1992_08.pdf) (12.10.2024).
- StatBA, Statistisches Bundesamt (1994): *Hochschulen 1980 bis 1990. Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR H. 13*, Wiesbaden. URL [https://www.statistischebibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/DEMonografie\\_derivate\\_00000970/Heft\\_13.pdf](https://www.statistischebibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/DEMonografie_derivate_00000970/Heft_13.pdf) (24.10.2024).
- StatBA, Statistisches Bundesamt (1995): *Fachschulen 1980 und 1985 bis 1990. Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR H. 22*, Wiesbaden, URL [https://www.statistischebibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/DEMonografie\\_derivate\\_00000981/Heft\\_22.pdf](https://www.statistischebibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/DEMonografie_derivate_00000981/Heft_22.pdf) (24.10.2024).
- StatBA, Statistisches Bundesamt (1996): *Fachserie 14: Finanzen und Steuern. Reihe 3.6: Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung 1994*, Wiesbaden.
- Steinbach, Matthias/Andreas Heyer (2016): *„Ins Nichts mit ihm!“ – Ins Nichts mit ihm? Zur Rezeption Friedrich Nietzsches in der DDR*, Berlin.
- Steiner, André (1999): *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül*, Berlin.
- Steiner, André (2004): *Wissenschaft und Politik: Politikberatung in der DDR?*, in: Stefan Fisch/Wilfried Rudloff (Hg.), *Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*, Berlin, S. 101–125.
- Stengel, Friedemann (Hg.) (2019): *Verfolgung und Widerstand. Gedenkfeier für die von politischer Verfolgung in Sowjetischer Besatzungszone und DDR betroffenen Angehörigen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale)*.
- Stokes, Raymond G. (2000): *Constructing Socialism. Technology and Change in East Germany 1945–1990*, Baltimore.

- Sukrow, Oliver (2018): Computer. Die Akademie der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft als gebaute Kybernetik. Planungs- und Baugeschichte, Ausstattung und Konzept eines sozialistischen Zukunftsortes, in: ders., Arbeit. Wohnen. Computer. Zur Utopie in der bildenden Kunst und Architektur der DDR in den 1960er Jahren, Heidelberg, S. 323–484. <https://doi.org/10.17885/heiup.422.613> (10.1.2019).
- Sywottek, Arnold (2000): Gewalt – Reform – Arrangement. Die DDR in den 60er Jahren, in: Axel Schild/Detlef Siegfried/Karl-Christian Lammern (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg, S. 54–76.
- Tandler, Agnes Charlotte (2000): Geplante Zukunft. Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik in der DDR 1955–1971, Freiberg.
- Teichmann, Herbert (2002): Chemie in Berlin-Adlershof, in: Mitteilungen Gesellschaft Deutscher Chemie/Fachgruppe Geschichte der Chemie Bd. 16, Frankfurt a.M., S. 151–175.
- Tellkamp, Uwe (2008): Der Turm. Geschichte aus einem versunkenen Land. Roman, Frankfurt a.M.
- Tetzner, Gerti (1974): Karen W. Roman, Halle (Saale).
- Thiel, Rainer (1977): Methodologie und Schöpfertum. Erste Stufe einer Bilanz von Möglichkeiten zur Erziehung und Ausbildung schöpferischer Verhaltensweisen, Berlin [DDR].
- Thiel, Rainer (2010): Neugier. Liebe. Revolution. Mein Leben 1930–2010, Berlin.
- Thulin, Andreas (2004): Durch Verhaftung ... das Handwerk legen. Die evangelische Studentengemeinde Halle (Saale) 1953 und die Inhaftierung von Studentenpfarrer Johannes Hamel, Halle.
- Topfstedt, Thomas (1994): Augustusplatz – Karl-Marx-Platz – Augustusplatz. Aufbauplanung und Neugestaltung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: ders./Pit Lehmann (Hg.), Der Leipziger Augustusplatz. Funktionen und Gestaltwandel eines Großstadtplatzes, Leipzig 1994, S. 69–76.
- Trieder, Simone (2018): Unsere russischen Jahre. Die verschleppten Spezialistenfamilien, Halle (Saale).
- Tripmacker, Wolfgang (1993): Bibliographie Bauwesen – Architektur – Städtebau. Veröffentlichungen der Bauakademie 1951 bis 1991, München.
- UAL, Universitätsarchiv Leipzig (Hg.) (o.J.): Studentischer Widerstand an der Universität Leipzig 1945–1955. Online-Dokumentation, Leipzig. URL [https://quellen.geschichte.uni-leipzig.de/?page\\_id=117](https://quellen.geschichte.uni-leipzig.de/?page_id=117) (12.2.2024).
- VADEMECUM-Redaktion (Hg.) (1990): Forschung in der DDR. Institute der Akademie der Wissenschaften, Universitäten und Hochschulen, Industrie; in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wissenschaft und Technik der DDR, Stuttgart.
- Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998, zuletzt geändert durch Gesetze vom 11. November 2013; URL <http://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVerf> (12.12.2016).
- VERS, Verband ehemaliger Rostocker Studenten VERS (Hg.) (1994): Namen und Schicksale der von 1945 bis 1962 in der SBZ/DDR verhafteten und verschleppten Professoren und Studenten, o.O.
- Vladutz, George E./David A. Pendlebury (1989): East European, Soviet, and Western Science Compared. A Scientometric Study, in: Craig Sinclair (ed.), The Status of Civil Science in Eastern Europe. Proceedings of the Symposium on Science in Eastern Europe, NATO Headquarters, Brussels, Belgium, September 28–30, 1988, Dordrecht, S. 113–128.
- Voigt, Dieter/Lothar Mertens (Hg.) (1995): DDR-Wissenschaft im Zwiespalt zwischen Forschung und Staatssicherheit, Berlin.
- Voit, Jochen/Gabriele Stötzer (2018): Rädelsführer. Studentischer Protest in der DDR 1976, Berlin.
- Vollgraf, Carl-Reich/Richard Sperl/Rolf Hecker (Hg.) (1992): Zur Kritik und Geschichte der MEGA<sup>2</sup>, Hamburg.

- Vollgraf, Carl-Reich/Richard Sperl/Rolf Hecker (Hg.) (2000): Marx-Engels-Edition und biographische Forschung, Hamburg.
- Vollgraf, Carl-Erich/Richard Sperl/Rolf Hecker (Hg.) (2006): Die Marx-Engels-Werkausgaben in der UdSSR und DDR (1945–1968), Hamburg.
- Wagemann, Hans (Hg.) (2006): Von der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin zur Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR. Ein Beitrag zur Geschichte 1951–1991. Band I/1: Bildung und Entwicklung der Landwirtschaftsakademie, ihre Aufgaben, Forschungseinrichtungen, wissenschaftlichen Arbeiten und Ergebnisse. Band I/2: Institute und Einrichtungen. Band II: Die Gelehrtengemeinschaft der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin, später Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Berlin.
- Wagner, Matthias (1992): Der Forschungsrat der DDR. Im Spannungsfeld von Sachkompetenz und Ideologieanspruch. 1954–April 1962. Dissertation, Berlin, unveröff.
- Walther, Joachim (1972): Zwischen zwei Nächten. Roman, Berlin [DDR].
- Wangenheim, Inge von (1961): Professor Hudebraach. Roman, Halle-Leipzig.
- Wangenheim, Inge von (1965): Das Zimmer mit den offenen Augen. Roman, Halle (Saale).
- Warda, Johannes (2008): Der Protest der Weimarer Musikstudenten 1956, Erfurt.
- Warnke, Camilla (2022): Zu diesem Band, in: Peter Ruben, Gesammelte philosophische Schriften. Bd. 4: Peter Ruben und Camilla Warnke: Zum philosophischen Denken in der DDR, hrsg. von Ulrich Hedtke und Camilla Warnke, Berlin, S. 8–9.
- Weingart, Peter/Jörg Strate/Matthias Winterhager (1991): Bibliometrisches Profil der DDR. Bericht an den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und den Wissenschaftsrat, Bielefeld.
- Weiss, Cornelius (2019): Wir „Russland-Kinder“, in: Leipziger Bürgerinitiative „Gute Nachbarschaft mit Russland“ (Hg.), Geschichten über den Zaun. Zur Förderung guter Nachbarschaft mit Russland, Leipzig, S. 116–127.
- Wenzlaff, Horst/Godela Stein/Gerald Lehmann (1990): Hochschulatlas Berlin (Ost) (mit angrenzenden Bereichen), Berlin.
- Wiegmann, Ulrich (2015): Agenten – Patrioten – Westaufklärer. Staatssicherheit und Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Wiemers, Gerald/Jens Blecher (1998): Studentischer Widerstand an der Universität Leipzig 1945-1955, Beucha.
- Wiese, Friedrich-Franz/Hartwig Bernitt (1994): Arno Esch. Eine Dokumentation, Dannenberg/Elbe.
- Wiesner, Hans-Joachim (2001): Rosa und Grau. Roman, Jena/Plauen/Quedlinburg.
- Winnacker, Ernst-Ludwig (2023): Vorwort, in: Michael Hecker/Bärbel Friedrich, Die ostdeutschen Universitäten im vereinten Deutschland. Eine Erfolgsgeschichte in Ost-West-Perspektive, Halle (Saale), S. 7–10.
- Winter, Christian (1998): Gewalt gegen Geschichte. Der Weg zur Sprengung der Universitätskirche Leipzig, Leipzig.
- Wissenschaftsrat (1992): Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften, in: ders., Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften und zu den Forschungs- und Editionsabteilungen der Akademie der Künste zu Berlin, Köln, S. 5–192.
- Wissenschaftsrat (1992a): Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin Teil IV, Köln.
- Wissenschaftsrat (1992b): Stellungnahme zu den Forschungs- und Editionsabteilungen der Akademie der Künste zu Berlin, in: ders., Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf

- dem Gebiet der Geisteswissenschaften und zu den Forschungs- und Editionsabteilungen der Akademie der Künste zu Berlin, Köln, S. 195–206.
- Witte, Christina (2006): „Ungestört wissenschaftlich weiterarbeiten...“. Der Pharmakologe Peter Holtz (1902–1970). Med. Dissertation, Greifswald.
- Witte, Verena (2011): Wandel mit System? Eine Denkstilanalyse der Kybernetik in der DDR, ca. 1956 bis 1971. Dissertation, Bielefeld. URL <http://d-nb.info/1036974537/34> (12.12.2015).
- Wittich, Dieter (2001): Erfahrungen an zwei ostdeutschen Nachkriegsuniversitäten: Jena und Berlin, in: Volker Gerhardt/Hans-Christoph Rauh (Hg.), Anfänge der DDR-Philosophie. Ansprüche, Ohnmacht, Scheitern, Berlin, S. 492–505.
- Wockenfuß, Karl (2003): Die Universität Rostock im Visier der Stasi. Einblicke in Akten und Schicksale, Dannenberg.
- Wolf, Christa (1963): Der geteilte Himmel. Erzählung, Halle (Saale).
- Wolf, Christa (1969): Unter den Linden, in: dies., Unter den Linden. Drei unwahrscheinliche Geschichten, Aufbau-Verlag, Berlin/Weimar 1974, S. 5–60.
- Wölfli, Manfred (1999): Die Industrieforschung in der DDR und den neuen Bundesländern, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Bd. IV/1-2: Bildung – Wissenschaft – Kultur, Baden-Baden, S. 469–480.
- Wolfram, Inga (2009): Verraten. Sechs Freunde, ein Spitzel, mein Land und ein Traum, Düsseldorf.
- Woywodt, Jana (2009): Die Arbeiter- und Bauernfakultät der Friedrich-Schiller-Universität 1949–1963. Eine Geschichte der ABF aus Sicht ihrer Dozenten und Studenten, Hamburg.
- Zabel, Nicole (2009): Zur Geschichte des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts der DDR. Eine institutionsgeschichtliche Studie. Dissertation, Chemnitz. URL <http://www.qucosa.de/fileadmin/data/qucosa/documents/5937/data/Dissertation.pdf> (12.12.2020).
- Zech, Karl-Adolf (2004): „... nicht nur ein Förderinstitut“. Mit der Arbeiter- und Bauern-Fakultät II Halle wurde vor 50 Jahren eine kommunistische Kadenschmiede gegründet, Magdeburg.
- Zeplin, Rosemarie (1990): Der Maulwurf oder Fatales Beispiel weiblicher Gradlinigkeit, Berlin/Weimar.
- ZHB, Zentralinstitut für Hochschulbildung (Hg.) (1983): Gezielte Informationsversorgung gesellschaftswissenschaftlicher Forschung durch Spezialisten im Rahmen einer arbeitsteilig organisierten wissenschaftlichen Information/Dokumentation. 2. Kolloquium des Informationszentrums des Zentralinstituts für Hochschulbildung, Berlin [DDR].
- ZHB, Zentralinstitut für Hochschulbildung (Hg.) (1984): Einführung in die Hochschulpädagogik, Teil 1. Grundlagen und Aufgaben der kommunistischen Erziehung an den Hochschulen der DDR, Berlin [DDR].
- ZHB, Zentralinstitut für Hochschulbildung (Hg.) (1986): Entwicklung von Selbständigkeit in der wissenschaftlichen Arbeit, von bewusster Aktivität und wachsender Eigenverantwortung der Studenten im Studium. XI. Internationales Symposium zur kommunistischen Erziehung, Teil 2, Berlin [DDR].
- ZHB, Zentralinstitut für Hochschulbildung (1989): Grundlinien der Gestaltung des Hochschulwesens der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts, Berlin [DDR]. URL [https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ZHB-1989\\_Grundlinien-Gestaltung-Hochschulwesens\\_DDR-Beginn-21-JH.pdf](https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ZHB-1989_Grundlinien-Gestaltung-Hochschulwesens_DDR-Beginn-21-JH.pdf) (15.10.2023).
- ZK, Zentralkomitee der SED (Hg.) (1952): Beschluss der II. Parteikonferenz der SED zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus. II. Parteikonferenz der SED vom 9.–12.7.1952, Berlin [DDR].

Zwahr, Hartmut (2019): Leipzig. Studentenroman, Beucha/Markkleeberg.

Zwerenz, Gerhard (1971): Zwischenbericht von der hoffnungslosen Lage an der Fakultät der guten Hoffnung, in: ders., Kopf und Bauch. Die Geschichte eines Arbeiters, der unter die Intellektuellen gefallen ist, Frankfurt a.M., S. 109–152.

Zwerenz, Gerhard (1997): Die Antworten des Herrn Z. oder Vorsicht, nur für Intellektuelle, Querfurt.

## HoF-Handreichungen

Online unter <https://www.hof.uni-halle.de/journal/handreichungen.htm>

- 16: Sebastian Schneider / Frederic Krull / Justus Henke: *Qualitätswirksam gestalten. Bedingungen und Kriterien für ein erfolgreiches forschungsbezogenes Wissensmanagement*, Halle-Wittenberg 2024, 85 S.
- 15: Peer Pasternack / Philipp Rediger / Sebastian Schneider: *Instrumente der Entbürokratisierung an Hochschulen*, Halle-Wittenberg 2021, 119 S.
- 14: Claudia Göbel / Justus Henke / Sylvi Mauermeister: *Kultur und Gesellschaft gemeinsam erforschen. Überblick und Handlungsoptionen zu Citizen Science in den Geistes- und Sozialwissenschaften*, unt. Mitarb. v. Susann Hippler, Nicola Gabriel und Stefan Zierold, Halle-Wittenberg 2020, 128 S.
- 13: Andreas Beer / Justus Henke / Peer Pasternack: *Integrieren und kommunizieren. Leitfaden und Toolboxen zur koordinativen Begleitung von Forschungsverbänden und Förderprogrammen*, Halle-Wittenberg 2020, 140 S.
- 12: Peer Pasternack: *Partizipation an Hochschulen. Zwischen Legitimität und Hochschulrecht*, Halle-Wittenberg 2020, 92 S.
- 11: Sascha Alexander Blasczyk / Peer Pasternack: *Exzellenzstrategie und die Universitäten in den ostdeutschen Flächenländern. Input- und Leistungsdaten – Schlussfolgerungen*, Halle-Wittenberg 2020, 52 S.
- 10: Peer Pasternack / Sebastian Schneider / Sven Preußner: *Administrationslasten. Die Zunahme organisatorischer Anforderungen an den Hochschulen: Ursachen und Auswege*, Halle-Wittenberg 2019, 146 S.
- 9: Justus Henke / Peer Pasternack: *Hochschulsystemfinanzierung. Wegweiser durch die Mittelströme*, Halle-Wittenberg 2017, 93 S.
- 8: Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid: *Third Mission bilanzieren. Die dritte Aufgabe der Hochschulen und ihre öffentliche Kommunikation*, Halle-Wittenberg 2016, 109 S.
- 7: Martina Dömling / Peer Pasternack: *Studieren und bleiben. Berufseinstieg internationaler HochschulabsolventInnen in Deutschland*, Halle-Wittenberg 2015, 98 S.
- 6: Justus Henke / Romy Höhne / Peer Pasternack / Sebastian Schneider: *Mission possible – Gesellschaftliche Verantwortung ostdeutscher Hochschulen: Entwicklungschance im demografischen Wandel*, Halle-Wittenberg 2014, 118 S.
- 5: Jens Gillissen / Isabell Maue (Hg.): *Knowledge Europe. EU-Strukturfondsfinanzierung für wissenschaftliche Einrichtungen*, Halle-Wittenberg 2014, 127 S.
- 4: Peer Pasternack / Steffen Zierold: *Überregional basierte Regionalität. Hochschulbeiträge zur Entwicklung demografisch herausgeforderter Regionen. Kommentierte Thesen*, unt. Mitarb. v. Thomas Erdmenger, Jens Gillissen, Daniel Hechler, Justus Henke und Romy Höhne, Halle-Wittenberg 2014, 120 S.
- 3: Peer Pasternack / Johannes Keil: *Vom ‚mütterlichen‘ Beruf zur differenzierten Professionalisierung. Ausbildungen für die frühkindliche Pädagogik*, Halle-Wittenberg 2013, 107 S.
- 2: Peer Pasternack (Hg.): *Regional gekoppelte Hochschulen. Die Potenziale von Forschung und Lehre für demografisch herausgeforderte Regionen*, Halle-Wittenberg 2013, 99 S.
- 1: Peer Pasternack / Daniel Hechler: *Hochschulzeitgeschichte. Handlungsoptionen für einen souveränen Umgang*, Halle-Wittenberg 2013, 99 S.
- 0: Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Hochschulorganisationsanalyse zwischen Forschung und Beratung*, Halle-Wittenberg 2012, 99 S.

## Lieferbare Themenhefte „die hochschule“ 2012–2024

Franziska Bomski (Hg.): *Inventur. Der Personalumbau in den ostdeutschen Wissenschaften nach 1989* (2024, 188 S., € 17,50)

Justus Henke / Annika Felix / Katja Knuth-Herzig (Hg.): *Vermittelnde Expertise. Schnittstellen von Management und Kommunikation im Wissenschaftssystem* (2023, 240 S., 20,-)

Peer Pasternack / Daniel Watermann (Hg.): *Studieren mit und ohne Corona* (2022, 254 S.; € 20,-)

Rocio Ramirez / Andreas Beer / Peer Pasternack: *WiHoTop – Elemente einer Topografie der deutschen Wissenschafts- und Hochschulforschung, unt. Mitarb. v. Sophie Korhase* (2021, 153 S.; € 17,50)

Annemarie Matthies / Bettina Radeiski (Hg.): *Wissenstransfer (in) der Sozialen Arbeit. Zur Produktivität wissenschaftlicher Vermittlungs- und Transfervorstellungen* (2020, 180 S.; € 17,50)

Sandra Beaufäys / Anja Franz / Svea Korff (Hg.): *Ausstieg aus der Wissenschaft* (2020, 175 S.; € 17,50)

Annett Maiwald / Annemarie Matthies / Christoph Schubert (Hg.): *Prozesse der Akademisierung. Zu Gegenständen, Wirkmechanismen und Folgen hochschulischer Bildung* (2019, 189 S.; € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Arbeit an den Grenzen. Internes und externes Schnittstellenmanagement an Hochschulen* (2018, 279 S.; € 20,-)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Einszweivierpunktnull. Digitalisierung von Hochschule als Organisationsproblem. Folge 2* (2017, 176 S.; € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Einszweivierpunktnull. Digitalisierung von Hochschule als Organisationsproblem* (2017, 193 S.; € 17,50)

Peter Tremp / Sarah Tresch (Hg.): *Akademische Freiheit. ‚Core Value‘ in Forschung, Lehre und Studium* (2016, 181 S.; € 17,50)

Cort-Denis Hachmeister / Justus Henke / Isabel Roessler / Sarah Schmid (Hg.): *Gestaltende Hochschulen. Beiträge und Entwicklungen der Third Mission* (2016, 170 S.; € 17,50)

Marion Kamphans / Sigrid Metz-Göckel / Margret Bülow-Schramm (Hg.): *Tabus und Tabuverletzungen an Hochschulen* (2015, 214 S.; € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hrsg.): *Ein Vierteljahrhundert später. Zur politischen Geschichte der DDR-Wissenschaft* (2015, 185 S.; € 17,50)

Susen Seidel / Franziska Wielepp (Hg.): *Diverses. Heterogenität an der Hochschule* (2014, 216 S.; € 17,50)

Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulforschung von innen und seitwärts. Sichtachsen durch ein Forschungsfeld* (2014, 226 S.; € 17,50)

Jens Gillessen / Johannes Keil / Peer Pasternack (Hg.): *Berufsfelder im Professionalisierungsprozess. Geschlechtsspezifische Chancen und Risiken* (2013, 198 S.; € 17,50)

Martin Winter / Carsten Würmann (Hg.): *Wettbewerb und Hochschulen. 6. Jahrestagung der Gesellschaft für Hochschulforschung in Wittenberg* (2012, 328 S.; € 17,50).

Karsten König / Rico Rokitte: *Weltoffen von innen? Wissenschaft mit Migrationshintergrund* (2012, 210 S.; € 17,50)

Bestellungen unter: [institut@hof.uni-halle.de](mailto:institut@hof.uni-halle.de)  
<http://www.die-hochschule.de>

## Bestellung und Abbonement

Einzelheft Ausgabe/Jahr .....	€ 17,50
..... mal <i>die hochschule</i> im Jahresabbonement	à € 34,-
..... mal <i>die hochschule</i> im PrivatabbonentInnen-Abo	à € 19,-

## Lieferanschrift

Name, Vorname

Straße

Hausnummer

PLZ

Ort

eMail

Ort, Datum

*Hinweis zum Abbonement:* Ich erkläre mich damit einverstanden, dass sich mein Abbonement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist (Jahresende) kündige.

*Hinweise zur Bestellung:* Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft. Abogebühren inklusive Versandkosten.

*Kündigungen:* Jeweils bis vier Wochen vor Ablauf des Jahres für den folgenden Jahrgang.

Gemäß § 33 Bundesdatenschutzgesetz weisen wir unsere Abbonent.innen darauf hin, dass wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abbonementverwaltung maschinell gespeichert haben.

Einzusenden an:

Institut für Hochschulforschung, Vertrieb „die hochschule“,  
Collegienstr. 62, 06886 Wittenberg, oder [institut@hof.uni-halle.de](mailto:institut@hof.uni-halle.de)

## Schriftenreihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“ 2016–2024

Peer Pasternack / Matthias Meinhardt (Hg.): *Das Universitätssterben um 1800. Strukturelle Bedingungen und kontingente Faktoren*, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2024, 209 S.

Andreas Beer / Daniel Hechler / Peer Pasternack / Rocio Ramirez: *Der Wissenschaftliche Beirat. Das letzte bislang unaufgeklärte Qualitätsinstrument in der Wissenschaft*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2023, 227 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: *150.000 Seiten konfessionelles Bildungswesen in der DDR. Bibliografische Dokumentation der seit 1990 publizierten Literatur*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2022, 327 S.

Sylvi Mauermeister: *Eingeschrieben und Geblieben? Herkunftsgruppenspezifische Bedingungen des Studienverbleibs nach der Studieneingangsphase an Universitäten*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2022, 390 S.

Peer Pasternack: *MINT und Med. in der DDR. Die DDR-Natur-, Ingenieur- und medizinischen Wissenschaften im Spiegel ihrer dreißigjährigen Aufarbeitung und Erforschung seit 1990*, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2021, 678 S.

Justus Henke: *Third Mission als Organisationsherausforderung. Neuausrichtung der Machtstrukturen in der Hochschule durch Professionalisierungstendenzen im Wissensmanagement*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 296 S.

Peer Pasternack: *Fünf Jahrzehnte, vier Institute, zwei Systeme. Das Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB) und seine Kontexte 1964–2014*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 497 S.

Rui Wu: *Zur Promotion ins Ausland. Erwerb von implizitem Wissen in der Doktorandenausbildung. Am Beispiel der wissenschaftlichen Qualifikationsprozesse chinesischer Doktoranden in Deutschland*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 383 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack / Steffen Zierold: *Wissenschancen der Nichtmetropolen. Wissenschaft und Stadtentwicklung in mittelgroßen Städten*, unt. Mitw. v. Uwe Grelak und Justus Henke, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018, 359 S.

Peer Pasternack / Sebastian Schneider / Peggy Trautwein / Steffen Zierold: *Die verwaltete Hochschulwelt. Reformen, Organisation, Digitalisierung und das wissenschaftliche Personal*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018, 361 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Hochschulen und Stadtentwicklung in Sachsen-Anhalt*, unt. Mitw. v. Jens Gillissen, Uwe Grelak, Justus Henke, Sebastian Schneider, Peggy Trautwein und Steffen Zierold, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018, 347 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Kurz vor der Gegenwart. 20 Jahre zeitgeschichtliche Aktivitäten am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 1996–2016*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2017, 291 S.

Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid: *Mission, die dritte. Die Vielfalt jenseits hochschulischer Forschung und Lehre: Konzept und Kommunikation der Third Mission*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2017, 274 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Theologie im Sozialismus. Konfessionell gebundene Institutionen akademischer Bildung und Forschung in der DDR. Eine Gesamtübersicht*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 341 S.

## HoF-Arbeitsberichte 2019–2024

Online unter [https://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof\\_arbeitsberichte.htm](https://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm)

- 126: Justus Henke: *Generative KI in der Hochschulkommunikation. Ergebnisse der 2. Welle – 2024*, 2024, 42 S.
- 125: Reinhard Kreckel: *Soziale Integration und nationale Identität. Eine Wiederbegegnung nach drei Jahrzehnten*, 2024, 42 S.
- 124: Christiane Arndt / Anne Mielke: *Vielfalt und Chancengerechtigkeit: Aktivitäten von und in Fachgesellschaften*, unt. Mitarb. v. Peer Pasternack, 2024, 124 S.
- 123: Rocio Ramirez / Olivia Laska / Arne Böker: *Studienvorbereitung für internationale Studieninteressierte in Deutschland. Eine Momentaufnahme eines dynamischen Feldes*, unt. Mitarb. von Ricarda Abendroth, Sophie Korthase, Roxana Schwitala, 2023, 82 S.
- 122: Justus Henke: *Hochschulkommunikation im Zeitalter der KI: Erste Einblicke in die Nutzung und Perspektiven generativer KI-Tools*, 2023, 53 S.
- 121: Peer Pasternack (Hg.): *Weit verbreitet und kaum erforscht: Wissenschaftliche Beiträge in der Wissenschaft*, 2022, 86 S.
- 120: Peer Pasternack: *Nicht nur Resteverwertung. Die Verwendungen der Wittenberger Universitätsfondation nach 1817*, 2022, 143 S.
- 119: Sebastian Schneider / Sylvi Mauermeister / Robert Aust / Justus Henke: *Paralleluniversen des Wissenschaftsmanagements: Ein Vergleich zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen*, 2022, 114 S.
- 118: Peer Pasternack / Andreas Beer: *Die externe Kommunikation der Wissenschaft in der bisherigen Corona-Krise (2020/2021). Eine kommentierte Rekonstruktion*, unt. Mitarb. v. Justus Henke, Sophie Korthase und Philipp Rediger, 2022, 79 S.
- 117: Cristina Raffaele / Philipp Rediger: *Die Partizipation Studierender als Kriterium der Qualitätssicherung in Studium und Lehre*, unt. Mitarb. v. Sebastian Schneider, 2021, 51 S.
- 116: Daniel Hechler / Theresa Hykel / Peer Pasternack: *Zum Stand der Disziplinentwicklung der Kindheitspädagogik. Materialband zum WiFF-Report*, 2021, 126 S.
- 115: Peer Pasternack: *Das fünfte Jahrzehnt. Forschung, Wissenstransfer und Nachwuchsförderung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 2016–2020*, 2021, 97 S.
- 114: Claudia Göbel / Justus Henke / Sylvi Mauermeister / Verena Plümpe: *Citizen Science jenseits von MINT. Bürgerforschung in den Geistes- und Sozialwissenschaften*, unter Mitarbeit von Nicola Gabriel, 2020, 105 S.
- 113: Sascha Alexander Blaszyk / Peer Pasternack: *Input- und Leistungsdaten der Hochschulen in den ostdeutschen Flächenländern unter besonderer Berücksichtigung der Universitäten*, 2020, 69 S.
- 112: Andreas Beer / Justus Henke / Peer Pasternack: *Kommunikation organisieren. Die koordinierende Begleitung von Forschungsförderprogrammen, verhandelt an Beispielen aus der Bildungs-, Wissenschafts- und Hochschulforschung*, unter Mitarbeit von Jennifer Jacob und Steffen Zierold, 2019, 148 S.
- 111: Peer Pasternack / Sebastian Schneider: *Kooperationsplattformen: Situation und Potenziale in der Wissenschaft Sachsen-Anhalts*, unter Mitarbeit von Carolin Seifert, 2019, 129 S.

*Uwe Grelak / Peer Pasternack*

## **Im Auftrag**

Sonderhochschulen und Ressortforschung in der DDR

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2024, 325 S.  
ISBN 978-3-525-31154-7. € 70,00

Das DDR-Wissenschaftssystem bestand nicht nur aus 53 öffentlichen Hochschulen, der Akademie der Wissenschaften mit ihren 64 Instituten, weiteren Akademien sowie der Industrieforschung mit 86.000 FuE-Beschäftigten. Zusätzlich gab es 40 Sonderhochschulen, die nicht allgemein öffentlich zugänglich waren (darunter 29 para-/militärische Hochschulen, aber auch Partei-, Gewerkschafts- und Jugendhochschule), und 90 Ressortforschungseinrichtungen, die unmittelbar Ministerien oder dem SED-Zentralkomitee zugeordnet waren – hier „staatsunmittelbare Wissenschaft“ genannt.

Von den insgesamt 130 Einrichtungen, die 1945 bis 1990 bestanden, existierten 1989 noch 116. In den Transformationsprozessen der 90er Jahre waren sie weithin unbeachtet geblieben und werden auch seither nicht als ein Teil der DDR-Wissenschaftsstrukturen wahrgenommen. Diese wenig bekannten Segmente der DDR-Wissenschaft werden in dem Handbuch vorgestellt und damit eine Wahrnehmungslücke geschlossen.

Blickt man auf die personellen Ressourcen, so waren in der staatsunmittelbaren Wissenschaft 14 Prozent der DDR-Wissenschaftler.innen tätig. Betrachtet man allein die Gesellschaftswissenschaften, so beschäftigten die Einrichtungen etwa 25 Prozent des Personals dieser Fächergruppe. Insgesamt waren an den Einrichtungen 1989 rund 11.300 wissenschaftlich tätige Personen tätig. Die Qualität der Einrichtungen war von höchst unterschiedlicher Güte, ebenso ihr Politisierungsgrad. Insbesondere die natur- und ingenieurwissenschaftlichen Regierungsinstitute hatten häufig auch behördliche Aufgaben, ebenso wie die Ressortforschung in anderen Ländern.



Peer Pasternack

# Von Campus- bis Industrieliteratur

Eine literarische DDR-Wissenschaftsgeschichte

Tectum-Verlag, Baden-Baden 2024, 633 S.  
ISBN 978-3-8288-4926-6. € 99,00

Es gilt als Trivialwissen, dass die DDR-Belletristik die Funktion einer Ersatzöffentlichkeit wahrgenommen hatte – sie habe hier übernommen, was die Massenmedien nicht leisteten. Das gilt auch für die DDR-Literatur, die den Wissenschaftsbetrieb und/oder das Wissenschaftsmilieu erzählerisch aufbereitet. Zwar gab es in der DDR keine Campusliteratur, wie sie etwa aus dem angelsächsischen Raum bekannt ist. Doch findet sich innerhalb der Literatur, die Probleme und Problembewältigungen des sozialistischen Aufbaus (seltener auch seiner stalinistischen Entgleisungen) und dann des weniger präzentösen ‚revolutionären Alltags‘ gestaltete, ein Segment von 155 belletristischen Texten zum Wissenschaftsbetrieb und seinem Milieu. Dieses Segment wird in einem Handbuch aufbereitet. Auf diese Weise soll sowohl das Thema „Wissenschaft in der DDR“ über die einschlägige Belletristik erschlossen als auch exemplarisch verdeutlicht werden, welche – bisher ungenutzten – Informationschancen die DDR-Belletristik insgesamt für sozial- und herrschaftsgeschichtliche Untersuchungen bereithält.



*Andreas Beer / Daniel Hechler / Peer Pasternack / Rocio Ramirez*

## **Der wissenschaftliche Beirat**

Das letzte bislang unaufgeklärte Qualitätsinstrument

Unter Mitwirkung von Melanie Augustin, Gudrun Calow,  
Sophie Korthase und Sabine Lucks

BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2023, 227 S.  
ISBN 978-3-8305-5565-0. € 29,-

Seit Qualitätssicherung und -entwicklung (QS/QE) im 20. Jahrhundert ein Thema der Wissenschaftsorganisation geworden war, sind sämtliche QS/QE-Instrumente vielfach untersucht worden. Nur eines nicht: Wissenschaftliche Beiräte, also Gremien, in denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von ihresgleichen in wissenschaftlichen Angelegenheiten beraten werden. Doch obwohl nahezu kein systematisches Wissen dazu vorliegt, ob solche Beiräte hilfreich sind, genießen sie allgemein eine positive Bewertung: Sie sind ein Instrument des Nachfragens, das keinen Nachfragen ausgesetzt ist. Hier nun werden die Beiräte im deutschen Wissenschaftssystem erstmals systematisch analysiert. Dabei geht es darum, wie verbreitet Wissenschaftliche Beiräte sind und wieviele es insgesamt gibt, welche offiziellen und inoffiziellen Funktionen sie wahrnehmen, wie sie zusammengesetzt sind und welche Kosten sie verursachen. Dabei wird der entstehende Ressourcenverbrauch – Zeit und Geld – den Effekten der Beiratsarbeit gegenübergestellt. Die Effekte werden auf der Ebene der beratenen Einrichtung, der Ebene des Wissenschaftssystems sowie als individueller Nutzen bei den Mitgliedern der Beiräte identifiziert. Abschließend werden kritische Punkte zusammengefasst und ein Ausblick auf mögliche Veränderungen in der innerwissenschaftlichen Beiratsarbeit skizziert.

